

18. Sitzung

Donnerstag, den 18.06.2015

Erfurt, Plenarsaal

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Blechschildt, DIE LINKE

1217

a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Thüringer Haushaltsgesetz 2015 – ThürHhG 2015 –)

1217

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 6/513 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 6/716 -

dazu: Änderungsantrag des Abgeordneten Krümpe (fraktionslos)

- Drucksache 6/727 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/743 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion der AfD

- Drucksachen 6/744 bis 6/746, 6/747 NF bis 6/749

-

dazu: Änderungsanträge der
Fraktion der CDU
- Drucksachen 6/750 bis
6/774 -

dazu: Entschließungsanträge der
Fraktionen DIE LINKE, der
SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN
- Drucksachen 6/729 bis
6/733, 6/740 bis 6/742 -

ZWEITE BERATUNG

**b) Mittelfristiger Finanzplan für
die Jahre 2014 bis 2018 für den
Freistaat Thüringen**

1218

Unterrichtung durch die Landes-
regierung

- Drucksache 6/514 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses
- Drucksache 6/717 -

**c) Bericht über den Stand und
die voraussichtliche Entwick-
lung der Finanzwirtschaft des
Landes – Unterrichtung des
Landtags nach § 31 Abs. 2 der
Thüringer Landeshaushalts-
ordnung (ThürLHO)**

1218

Unterrichtung durch die Finanz-
ministerin

- Drucksache 6/515 -

dazu: Beschlussempfehlung des
Haushalts- und Finanzaus-
schusses
- Drucksache 6/718 -

Aussprache

Reinholz, CDU	1218
Kowalleck, CDU	1227, 1256, 1315
Huster, DIE LINKE	1235, 1316
Dr. Pidde, SPD	1239, 1316
Höcke, AfD	1243, 1247, 1247, 1295
Brandner, AfD	1247, 1271, 1314
Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1248, 1249, 1251, 1251, 1282
Tischner, CDU	1251, 1290
Krumpe, fraktionslos	1251, 1325
Kuschel, DIE LINKE	1252, 1257, 1304
Taubert, Finanzministerin	1257, 1318
Walsmann, CDU	1263, 1271, 1272, 1272, 1272, 1272, 1273, 1273
Mitteldorf, DIE LINKE	1264
Kießling, AfD	1265, 1266, 1317

Marx, SPD	1266, 1284, 1285
Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1267, 1268, 1324
Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei	1268
Dittes, DIE LINKE	1272, 1273, 1273, 1276, 1289
Fiedler, CDU	1273, 1286, 1286
Höhn, SPD	1279
Henke, AfD	1280
Kalich, DIE LINKE	1285
Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales	1286, 1286
Wolf, DIE LINKE	1292
Rosin, SPD	1294
Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1296, 1310
Pelke, SPD	1298
Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	1299, 1299
Korschewsky, DIE LINKE	1299
Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport	1299
Scherer, CDU	1302, 1303, 1304
Berninger, DIE LINKE	1304, 1306, 1306
Lehmann, SPD	1306, 1313
Möller, AfD	1308, 1310, 1323, 1323
Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz	1311, 1313, 1314
Dr. Voigt, CDU	1319
Hausold, DIE LINKE	1320
Mühlbauer, SPD	1322, 1322
Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft	1326

Anwesenheit der Abgeordneten:**Fraktion der CDU:**

Bühl, Carius, Emde, Fiedler, Floßmann, Geibert, Grob, Gruhner, Herrgott, Heym, Holbe, Holzapfel, Kellner, Kowalleck, Lehmann, Lieberknecht, Liebetrau, Malsch, Meißner, Mohring, Primas, Reinholz, Scherer, Schulze, Tasch, Thamm, Tischner, Dr. Voigt, Walk, Walsmann, Wirkner, Worm, Zippel

Fraktion DIE LINKE:

Berninger, Blechschmidt, Dittes, Engel, Hande, Harzer, Hausold, Hennig-Wellsow, Huster, Jung, Kalich, König, Korschewsky, Kräuter, Kubitzki, Kummer, Kuschel, Leukefeld, Lukasch, Dr. Martin-Gehl, Mitteldorf, Müller, Schaft, Dr. Scheringer-Wright, Skibbe, Stange, Wolf

Fraktion der SPD:

Becker, Hey, Höhn, Lehmann, Marx, Matschie, Mühlbauer, Pelke, Dr. Pidde, Rosin, Taubert, Warnecke

Fraktion der AfD:

Brandner, Henke, Herold, Höcke, Kießling, Möller, Muhsal, Rudy

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Adams, Henfling, Kobelt, Pfefferlein, Rothe-Beinlich, Siegesmund

fraktionslos:

Gentele, Helmerich, Krumpe

Anwesenheit der Mitglieder der Landesregierung:

Die Minister Taubert, Prof. Dr. Hoff, Keller, Dr. Klaubert, Lauinger, Dr. Poppenhäger, Siegesmund, Tiefensee, Werner

Beginn: 9.02 Uhr

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen Sitzung des Thüringer Landtags, auch die Besucher auf der Besuchertribüne heiÙe ich herzlich willkommen sowie die Vertreter der Medien!

Für die Plenarsitzung hat als Schriftführer neben mir Herr Abgeordneter Herrgott von der CDU-Fraktion Platz genommen. Die Redeliste wird von Herrn Abgeordneten Kobelt geführt. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt: Frau Abgeordnete Dr. Lukin, Herr Abgeordneter Wucherpfennig und Herr Ministerpräsident Ramelow.

Zur Tagesordnung darf ich noch einige Hinweise geben:

Zu TOP 2 a sind eine Reihe von Änderungs- und Entschließungsanträgen eingegangen, die ich beim Aufruf des Tagesordnungspunkts genau benennen werde.

Zu TOP 6 wurde ein Alternativantrag der Fraktion der AfD in Drucksache 6/738 verteilt.

Zu TOP 8 wird ein Alternativantrag der Fraktion der AfD in Drucksache 6/739 verteilt.

Wird der Ihnen vorliegenden Tagesordnung zuzüglich der von mir genannten Ergänzungen widersprochen? Herr Abgeordneter Blechschmidt.

Abgeordneter Blechschmidt, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Laut § 12 Abs. 2 GO beantragen wir die Einberufung des Ältestenrats. Grund ist das Fotografieren der Fraktionslosen durch einen Mitarbeiter der AfD gestern bei der Abstimmung.

Präsident Carius:

Gut, dann würde ich die Sitzung unterbrechen und der Ältestenrat trifft sich in 5 Minuten im Raum des Ältestenrats.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die Sitzung wieder aufnehmen. Wir haben im Ältestenrat auf Antrag der Fraktion Die Linke noch einmal über die Vorkommnisse des gestrigen Abends beraten, insbesondere über das Fotografieren von Abgeordneten, die nunmehr nicht mehr der AfD-Fraktion angehören, durch Mitarbeiter der AfD-Fraktion. Wir haben festgestellt, dass das ein Verstoß gegen die im Ältestenrat gegebenen Regeln ist. Es gibt jetzt noch eine Reihe von Fragen, die von Herrn Möller, dem Parlamentarischen Geschäftsführer der AfD-Fraktion, bis zur nächsten Ältestenratssitzung geklärt werden. Wir sind übereingekommen, dass die Dauergenehmigung des betroffenen Mitarbeiters für die nächsten zwei Tage

der Plenarsitzung ausgesetzt ist und wir bis zur Klärung der noch offenen Fragen uns als Ältestenrat in der nächsten Sitzung Konsequenzen für die Dauergenehmigung des betroffenen Mitarbeiters vorbehalten. Insofern möchte ich noch mal darum bitten, dass alle Fraktionen auf ihre Mitarbeiter einwirken und ihnen noch mal erklären, wie das mit der Dauergenehmigung ist und wen sie fotografieren dürfen und wen nicht, soweit das noch nicht geschehen ist, damit wir so etwas für die Zukunft vermeiden können.

Wir waren gerade bei der Feststellung der Tagesordnung. Weitere Ergänzungen zu dem Vorgetragenen sehe ich nicht.

Dann rufe ich auf den **Tagesordnungspunkt 2** in seinen Teilen

a) Thüringer Gesetz über die Feststellung des Landeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015 (Thüringer Haushaltsgesetz 2015 – ThürHhG 2015 –)

Gesetzentwurf der Landesregierung

- Drucksache 6/513 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 6/716 -

dazu: Änderungsantrag des Abgeordneten Krumpe (fraktionslos)

- Drucksache 6/727 -

dazu: Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 6/743 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion der AfD

- Drucksachen 6/744 bis 6/746, 6/747 NF bis 6/749 -

dazu: Änderungsanträge der Fraktion der CDU

- Drucksachen 6/750 bis 6/774 -

dazu: Entschließungsanträge der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksachen 6/729 bis 6/733, 6/740 bis 6/742 -

ZWEITE BERATUNG

(Präsident Carius)**b) Mittelfristiger Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018 für den Freistaat Thüringen**

Unterrichtung durch die Landesregierung

- Drucksache 6/514 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 6/717 -

c) Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes – Unterrichtung des Landtags nach § 31 Abs. 2 der Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO)

Unterrichtung durch die Finanzministerin

- Drucksache 6/515 -

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

- Drucksache 6/718 -

Für die drei Beratungsgegenstände wird jeweils eine lange Redezeit gemäß § 29 Abs. 3 der Geschäftsordnung berücksichtigt. Darüber hinaus gibt es die Verständigung zwischen allen Fraktionen, die Redezeit bei den Einzelplänen von circa 4 auf 6 Stunden zu erhöhen. Damit ergibt sich eine grundsätzliche Gesamtredezeit der Fraktionen in Höhe von 9 Stunden und 56 Minuten. Für die Landesregierung besteht keine Redezeitbegrenzung. Sofern die Landesregierung ihre für die einzelnen Komplexe vorgesehene Redezeit überschreitet, erhöhen sich die Redezeiten der Fraktionen entsprechend. Die fraktionslosen Abgeordneten, die Herren Gentele, Helmerich und Krumpe, verfügen im Rahmen der Haushaltsberatung über je eine Gesamtredezeit von 15 Minuten. Die Gesamtredezeit von 15 Minuten wird zu gleichen Teilen, je 5 Minuten auf die Komplexe Generalaussprache, die Einzelpläne und die Schlussrunde verteilt. Innerhalb des Komplexes Einzelpläne ist die Inanspruchnahme der zur Verfügung stehenden Redezeit von 5 Minuten durch die einzelnen Abgeordneten frei wählbar.

Das Wort hat zunächst der Abgeordnete Reinholz aus dem Haushalts- und Finanzausschuss zur gemeinsamen Berichterstattung zu den Tagesordnungspunkten 2 a bis c. Herr Reinholz, Sie haben das Wort.

Abgeordneter Reinholz, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich berichte über den Verlauf

und das Ergebnis der Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses zum Landeshaushalt 2015. Der Gesetzentwurf der Landesregierung des Thüringer Haushaltsgesetzes 2015 in Drucksache 6/513 wurde vom Landtag in seiner 13. Sitzung am 30. April 2015 erstmals beraten und an den Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Im April hatte die Landesregierung des Weiteren als Beratungsunterlage zum Haushaltsentwurf sowohl den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018 für den Freistaat Thüringen – Drucksache 6/514 – als auch den Bericht über den Stand und die voraussichtliche Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes – Drucksache 6/515 – zugeleitet. Zu den beiden Unterrichtungen fand ebenfalls in der 13. Sitzung am 30. April die Beratung im Landtag statt. Die Ausschussberatungen erfolgten auch in diesem Jahr im Rahmen eines zuvor beschlossenen Terminplans, in dem auch die Fristen für die verfassungsrechtlich vorgesehene Anhörung der kommunalen Spitzenverbände berücksichtigt waren. Diesen Terminplan beschloss der Haushalts- und Finanzausschuss, weil von vornherein ein Zeitproblem absehbar war, vorausschauend bereits in seiner 3. Sitzung am 20. Februar 2015, also noch weit vor der Überweisung der Beratungsgegenstände durch das Plenum. Die kommunalen Spitzenverbände wurden sodann mit Schreiben vom 25. Februar über diesen Zeitplan in Kenntnis gesetzt und gebeten, etwaige Bedenken im Hinblick auf ihr verfassungsrechtliches Anhörungsrecht vorzubringen. Derartige Bedenken wurden nicht vorgebracht. Vielmehr waren die kommunalen Spitzenverbände von Anfang an zu größtmöglicher Kooperation bereit, wofür ich Ihnen im Namen des Haushalts- und Finanzausschusses auch ausdrücklich danken möchte.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die sechs Beratungssitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses fanden im Zeitraum zwischen dem 7. Mai 2015 und dem 12. Juni 2015 statt. Nach einer Grundsatzausprache zu Beginn wurden ausführliche Beratungen zu den Einzelplänen des Haushalts sowie zum Mittelfristigen Finanzplan und zum Finanzbericht durchgeführt. Auf entsprechende Nachfragen der Abgeordneten lieferte die Landesregierung zu zahlreichen Einzeltiteln ergänzende Zuarbeiten. Für diese zusätzlichen Ausführungen, die teilweise unter enger Fristsetzung erfolgten, möchte ich der Landesregierung bereits an dieser Stelle ausdrücklich danken.

Gleichwohl war es der Landesregierung nicht in allen Fällen möglich, ihre Zusagen fristgerecht einzuhalten, was wiederum dazu führte, dass Änderungsanträge erst später als ursprünglich geplant eingereicht werden konnten. Dies hatte insbesondere zur Folge, dass eine zweite mündliche Anhörung der kommunalen Spitzenverbände erforderlich

(Abg. Reinholz)

wurde. Dankenswerterweise waren diese zudem bereit, noch bis Dienstag, den 16. Juni, schriftliche Stellungnahmen nachzureichen. Diese Zuschrift trägt die Nummer 6/111 und liegt allen Mitgliedern des Landtags vor.

Bereits aus diesem kurzen Abriss des Verfahrensgangs lässt sich erahnen, dass in der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit die Beratungen mit der nötigen Sorgfalt und Intensität nur dank der Kooperationsbereitschaft aller Beteiligten und einer sehr konstruktiven und sachorientierten Zusammenarbeit innerhalb des Haushalts- und Finanzausschusses erfolgreich geführt und zum Abschluss gebracht werden konnten.

Insofern hat sich die bei den vorhergehenden Haushaltsberatungen, als mein Kollege Mike Huster dem Haushalts- und Finanzausschuss vorsah, herrschende positive Atmosphäre bewahren und auch fortführen lassen. Für diese gute sachliche Zusammenarbeit möchte ich bereits an dieser Stelle allen Kolleginnen und Kollegen im Haushalts- und Finanzausschuss danken, insbesondere den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen, namentlich außer dem bereits genannten Herrn Mike Huster dem Abgeordneten Maik Kowalleck, Dr. Werner Pidde, der in den Zeiten des Bahnstreiks dankenswerterweise bei Bedarf jederzeit bereit war, den Vorsitz im Ausschuss kurzfristig zu übernehmen, sowie Olaf Kießling und Dirk Adams.

(Beifall im Hause)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte mir an dieser Stelle nicht zuletzt im Hinblick auf die bald anstehenden Beratungen über den Doppelhaushalt 2016/2017 auch den Hinweis erlauben, dass das durchlaufene Beratungsverfahren, über das ich Ihnen heute berichte, als Sonderfall angesehen werden muss und daher für künftige Fälle nicht beispielgebend sein kann und auch nicht sein darf.

(Beifall CDU)

Der Budgethoheit des Parlaments als einer seiner verfassungsrechtlichen Kernkompetenzen und den verfassungsrechtlich verbürgten Anhörungsfristen und Anhörungsrechten der kommunalen Spitzenverbände muss auch durch die Ausgestaltung des Beratungsverfahrens in angemessenem Maße Rechnung getragen werden. Daher, meine Damen und Herren, möchte ich sagen: Ja, zügige, sachorientierte Haushaltsberatungen, aber nein unter unangemessenem zeitlichen Druck stehende Haushaltsberatungen.

Als wesentliches Beratungsergebnis möchte ich Ihnen zunächst die Rahmendaten des Thüringer Haushaltsgesetzes 2015 nennen. Mit den vorliegenden Beschlussempfehlungen wird Ihnen ein unverändertes Haushaltsvolumen von 9.272.336.800 Euro vorgeschlagen. Die im Haus-

halts- und Finanzausschuss angenommenen Änderungsanträge bewirkten lediglich Umschichtungen im Haushalt, sodass das genannte Haushaltsvolumen der Beschlussempfehlung mit dem Haushaltsvolumen des Regierungsentwurfs in der Höhe identisch ist. Im Vergleich zu 2014 bedeutet dies einen Aufwuchs von knapp 319 Millionen Euro, gleichwohl kommt der vorgelegte Haushalt ohne Neuverschuldung aus. Zudem ist ein Schuldenabbau in Höhe von 26,5 Millionen Euro vorgesehen.

Als Novum bei den Haushaltsberatungen lagen bezüglich des Einzelplans 01 des Thüringer Landtags dem Haushalts- und Finanzausschuss sowohl ein Entwurf der Landesregierung als auch ein Voranschlag des Landtagspräsidenten gemäß § 29 Abs. 3 der Thüringer Landeshaushaltsordnung in Form eines kompletten Einzelplans vor.

Auch dem Einzelplan 11 des Thüringer Rechnungshofs war der Voranschlag des Rechnungshofs, soweit der nicht im Regierungsentwurf übernommen worden war, beigelegt. Der Haushalts- und Finanzausschuss kam für diese Fälle im Ergebnis überein, dass die betreffenden Einzelpläne von den jeweilig zuständigen Präsidenten im Ausschuss vertreten werden und die Beratungen voll inhaltlich unter Berücksichtigung der jeweiligen Voranschläge stattfinden sollen.

In der Grundsatzausprache in der 6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 7. Mai 2015 legte die Landesregierung die Eckdaten ihres Gesetzentwurfs dar. Der Ministerpräsident führte grundlegend zum Haushalt aus, dass die Binnenproportionen und die Vorbereitungsarbeiten, die man bei dem Eckwerteverfahren zugrunde gelegt habe, auf dem Landeshaushaltsplan für das Jahr 2014 basierten. Der kalkulatorische Aufwuchs betrage 1,08 Prozent. Die Besonderheit habe darin bestanden, dass man Sonderfaktoren habe bewerten müssen, die schwer kalkulierbar seien. Das waren erstens die kaum zu beziffernden Kostensteigerungen wegen der stark ansteigenden und nur schwer zu prognostizierenden Flüchtlingszahlen; zweitens die für eine auskömmliche Ausgestaltung erforderlichen Mittel für den Heimkinderfonds; drittens das Thema freie Schulen und die sich diesbezüglich mit der Umstellung auf das Festbetragsmodell ergebenden Schwierigkeiten; viertens das Thema Fernwasser, bei dem es keine ewige Ausbaugarantie aus öffentlichen Kassen geben soll, und schließlich fünftens der Solidaritätszuschlag, um den die neuen Länder als Benachteiligungsausgleich kämpfen wollen, und die Neuregelung des Länderfinanzausgleichs.

Im Ergebnis ging der Ministerpräsident davon aus, dass die Landesregierung den finanzpolitischen Teil des Haushalts konsolidieren werde, dass man dabei auch einen Schuldenbewirtschaftungspfad und einen Schuldenabbaupfad mit einkalkuliert ha-

(Abg. Reinholz)

be, und dass man mit den Steuermehraufwüchsen die genannten Sonderfaktoren mit abfinanzieren werde.

Im Folgenden möchte ich Ihnen einen kurzen Überblick über die Einzelpläne geben. In der Reihenfolge der Beratung im Ausschuss seien einige wesentliche Punkte ohne Anspruch auf Vollständigkeit genannt.

Vorab lässt sich allgemein feststellen, dass bei der Beratung der verschiedenen Einzelpläne einige Punkte immer wieder Thema waren, nämlich die mit der Neustrukturierung der Ressorts im Zuge des Regierungswechsels verbundenen Kosten und Veränderungen in den einzelnen Budgets und die Frage, ob angesichts der vorgesehenen Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2015 gegen Mitte des Jahres die veranschlagten Mittel überhaupt noch sachgerecht und in der bis zum Ende des Haushaltsjahrs verbleibenden Zeit verausgabt werden können.

Einen weiteren wichtigen Punkt, der sich durch die Beratungen des Haushalts- und Finanzausschusses zog, stellte die finanzielle Situation der Kommunen dar. Der Einzelplan 03 des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales mit einem Ausgabevolumen in Höhe von 585,5 Millionen Euro ist vor allem durch die Ausgaben für den Polizeibereich geprägt. Nicht zuletzt die Geschehnisse am Wochenende vom 1. bis 3. Mai mit dem damit verbundenen massiven Polizeieinsatz haben die Bedeutung der Polizei für die Sicherheit der Bevölkerung und für die Gewährleistung der Demonstrationstrennung aufgezeigt. Auf den Polizeivollzug entfallen 6.338 Planstellen und damit ebenso viele wie im Jahr 2014. Der Abbaupfad für die Polizei wurde – wie im Koalitionsvertrag der Regierungsparteien vorgesehen – für das Jahr 2015 zunächst ausgesetzt. Außerdem soll der Beförderungsstau im Bereich der Polizei mit zusätzlichen rund 200 Stellenhebungen reduziert werden.

Das Digitalfunknetz für die Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben stellt einen weiteren Schwerpunkt im Einzelplan 03 dar. Für diesen Bereich sind etwa 12,1 Millionen Euro eingestellt worden. In diesem Zusammenhang wurde im Haushalts- und Finanzausschuss auch die Notwendigkeit der Ausrüstung der Tunnelfeuerwehren entlang der neuen ICE-Strecke mit Digitalfunk erörtert.

Was den Kommunalen Finanzausgleich angeht, so ist die Zuständigkeit mit der Neustrukturierung der Landesregierung in das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales gewechselt. Die Finanzausgleichsmasse wird wie bisher im Einzelplan 17 veranschlagt. Erst ab dem Jahr 2016 soll der Kommunale Finanzausgleich strukturell angepasst werden.

(Beifall DIE LINKE)

Die Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2015 ist gemäß dem in § 3 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes verankerten Partnerschaftsgrundsatz, der eine gleichmäßige Entwicklung der Einnahmen von Land und Kommunen beinhaltet, auf rund 1,8 Milliarden Euro und damit um 14,23 Millionen Euro höher als im Jahr 2014 festgelegt. Die größte Einzelposition innerhalb der Finanzausgleichsmasse stellen die vom Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales bewirtschafteten Schlüsselzuweisungen dar. Die Gesamtschlüsselmasse ist gegenüber 2014 um rund 12 Millionen Euro gestiegen. Sie beträgt insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro.

Daneben sind insbesondere noch der Mehrbelastungsausgleich und der Landesausgleichsstock zu nennen. So sind für den Mehrbelastungsausgleich 209,3 Millionen Euro veranschlagt. Von den insgesamt knapp 311 Millionen Euro für die Sonderlastenausgleiche entfallen rund 210 Millionen Euro auf den Bereich Kindertagesbetreuung und 100,6 Millionen Euro auf den Bereich Schulen und Schülerbeförderung.

Im Zusammenhang mit dem Kommunalen Finanzausgleich wurde auch die sogenannte kleine Revision nach § 3 Abs. 5 und 6 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes thematisiert. Deren Ergebnis lag zum Zeitpunkt der Beratung über den Kommunalen Finanzausgleich in der 6. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 7. Mai 2015 noch nicht vor, sondern wurde dem Haushalts- und Finanzausschuss erst am Abend des 28. Mai 2015 zunächst per E-Mail zugeleitet. Im Interesse einer zügigen Beratung sollten zukünftig solche gesetzlichen Evaluierungs- und Dokumentationspflichten auch als Informationspflichten gegenüber dem Parlament gehandhabt werden.

Das Ausgabebudget des Einzelplans 08 des Thüringer Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie steigt gegenüber dem Ist-Stand des Jahres 2014 um 45,5 Millionen Euro, mithin um 9,5 Prozent auf 528,8 Millionen Euro. Von dieser Erhöhung entfallen circa 80 Prozent auf die Erhöhung bundesgesetzlicher Leistungen. Die Aufwüchse gegenüber 2014 resultieren unter anderem aus der Erhöhung der Opferrente, aus höheren Ausgaben für die Kosten der Unterkunft, der Grundversicherung nach SGB XII, höheren Ausgaben für Schutzzimpfungen für Asylbewerber, aber auch aus der Steigerung der Kosten des Maßregelvollzugs in Thüringen. Die freiwilligen Leistungen erhöhen sich lediglich um 5,6 Millionen Euro auf ein Volumen von 26 Millionen Euro und machen damit nur knapp 5 Prozent des gesamten Ausgabenbudgets des Ministeriums aus.

Mit dem Einzelplan 09 des Thüringer Ministeriums für Umwelt, Energie und Naturschutz beabsichtigt die Landesregierung, bereits erste neue Schwerpunkte für Umwelt-, Energie- und Naturschutzpolitik

(Abg. Reinholz)

zu setzen. Gegenüber 2014 werden vor allem die Personalausgaben im Zuge der erfolgten Umstrukturierung des Geschäftsbereichs unter Einbeziehung des verabredeten Stellenabbaupfads zurückgehen. Für die Zukunft wird gleichwohl eine personelle Stärkung des Bereichs Naturschutz aufgrund einschlägiger Vorgaben der EU für erforderlich gehalten.

Die Sachausgaben im Jahr 2015 werden gegenüber 2014 nahezu unverändert bleiben. Wichtige neue Schwerpunkte beim Naturschutz sollen mit dem Natura-2000-Monitoring, dem Hochwasserschutz und der Stärkung der Arbeit der Thüringer Energie- und GreenTech-Agentur gesetzt werden.

Im Bereich der Energienutzung werden neue EU-Programme mit EFRE-Förderung beginnen. Der Freistaat soll an dieser Stelle seinen Anteil dazu beitragen, die Energiewende in Thüringen nicht nur zu flankieren, sondern auch deutliche Akzente zu setzen. Mit dem 1.000-Dächer-Solar-Programm sollen 2015 vor allem Genossenschaften unterstützt werden.

Aus aktuellem Anlass sei auf die Einstellung von Mitteln für die Fortschreibung des Managementplans für den Wolf hingewiesen, wodurch 25 im Hauptgewerbe tätige Schäfer in einem Umkreis von 30 Kilometern um den ehemaligen Truppenübungsplatz Ohrdruf durch eine Richtlinie Unterstützung für Präventionsmaßnahmen wie den Erwerb von Herdenschutzhunden oder Elektrozäunen erhalten können. Ich verweise hierzu auf die Diskussion in der Aktuellen Stunde vom gestrigen Tag.

Der Einzelplan 10 des Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft ist inhaltlich geprägt durch die Neuorganisation der Landesregierung. So hat sich die Anzahl der Abteilungen von vier auf sechs erhöht. Im Haushaltsplan sind sieben Fachkapitel aus dem Geschäftsbereich des ehemaligen Ministeriums für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz umgesetzt worden. Personell ist das Ministerium mit zwei Fachabteilungen, sieben Landwirtschaftsämtern, drei Ämtern für Landentwicklung und Flurneuordnung, der Landesanstalt für Landwirtschaft und der Lehr- und Versuchsanstalt Gartenbau um insgesamt 1.143 Stellen, darunter 155 Stellen im Ministerium selbst, verstärkt worden. Das Stellenabbaukonzept für den Geschäftsbereich des Einzelplans 10, der einen Stellenplan von insgesamt 1.234 Stellen und Planstellen vorsieht, soll beibehalten werden, wenngleich es noch kein abschließendes Strukturkonzept gibt.

Mit der Wohnungsbauförderung will die Landesregierung die Nachhaltigkeit des Wohnungsbestands und die qualitative Anpassung des Wohnungsmarkts an die Erfordernisse des demografischen Wandels sowie des Klimaschutzes unter Berücksichtigung der städtebaulichen Belange sichern.

Die Städtebauförderung soll auf hohem Niveau entsprechend fortgesetzt werden. Maßnahmen von überregionaler Bedeutung, wie die Landesgartenschau oder das Reformationsjubiläum, sollen im erforderlichen Maße unterstützt und vorbereitet werden.

Für die Planung, den Neu-, Um- und Ausbau, vor allem aber für die Erhaltung sowie die Unterhaltung von Landesstraßen sind im Jahr 2015 117 Millionen Euro vorgesehen, rund 20 Millionen Euro weniger als der mögliche Bedarf, aber unter Berücksichtigung der in diesem Jahr noch realisierbaren Ausgaben, da Investitionen erfahrungsgemäß einen langen Planungs- und Ausschreibungsvorlauf benötigen.

Im Bereich der Landwirtschaft werden die Ausgaben im großen Umfang von der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ und dem Europäischen Landwirtschaftsfonds ELER bestimmt.

Was den Einzelplan 18 anbelangt, soll der Strategiewechsel vom Neubau hin zur Erhaltung weiter fortgeführt werden. Damit die Bauunterhaltungsmittel so effizient wie möglich eingesetzt werden können, werden sie ab diesem Jahr in Kapitel 18 25 zentralisiert.

Die einzige Ausnahme von dieser zentralisierten Herangehensweise bietet der Aus- und Neubau von Hochschulen. Hier wird wie in den Vorjahren 1 Million Euro direkt für die Hochschulen zur Umsetzung in Eigenregie zur Verfügung gestellt.

Als große Baumaßnahmen sind neben den Hochschulbaumaßnahmen insbesondere die Abfinanzierung der Neubauten für die Bereitschaftspolizei und das Landeskriminalamt in der Kranichfelder Straße in Erfurt, die Sanierung der Amtsgerichte in Mühlhausen und Rudolstadt sowie die Modernisierung der Berufsakademie in Gera, Schloss Tinz, hervorzuheben.

Die Zuschüsse an das Universitätsklinikum Jena zur Durchführung des zweiten Bauabschnitts und die Zuweisungen zum Bau der gemeinsamen Justizvollzugsanstalt mit Sachsen in Zwickau-Marienthal werden die Ausgaben des Einzelplans 18 in den nächsten Jahren erheblich dominieren.

Der Einzelplan 10 enthält unter anderem auch Mittel für Zuwendungen an Gemeinden in Form von Einzelprojektförderungen, namentlich in Höhe von 340.000 Euro für die Stadtentwicklung von Oberhof und 900.000 Euro für die Vorbereitung des Lutherjahres Eisenach mit den beispielhaften Einzelprojekten Zentraler Busbahnhof, Lutherplatz, Nikolikirche und Predigerplatz. Für den Bau des Stadions in Jena ist eine Zuwendung in Höhe von 2 Millionen Euro veranschlagt.

(Abg. Reinholz)

Der Etat des Thüringer Landtags im Einzelplan 01 ist unter Berücksichtigung der notwendigen Haushaltskonsolidierung danach ausgerichtet, dass die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Parlaments, seiner Gremien, der Fraktionen und der einzelnen Abgeordneten gewahrt bleibt. Insofern ist tendenziell ein immer höheres Arbeitsaufkommen festzustellen, wie bereits der Vergleich zwischen der vierten und fünften Wahlperiode aufzeigt. So hat sich die Zahl der Plenarsitzungen von 112 auf 162 und somit um 44 Prozent, der Drucksachen von 5.500 auf 8.200 und somit um 49 Prozent, der Kleinen Anfragen von 2.900 auf 4.100 und somit um 41 Prozent und der Vorlagen von 2.900 auf 4.800 und somit um 67 Prozent erhöht. Bei der Sitzungszahl von Sondergremien sowie Untersuchungsausschüssen ist ein Anstieg von etwa 130 Prozent zu verzeichnen gewesen.

Auch ist festzustellen, dass die Arbeit des Parlaments und seiner Gremien zunehmend umfangreicher, intensiver und teilweise auch komplizierter wird. Die Fachausschüsse führen in zunehmendem Maße unter Einbeziehung eines tendenziell größer werdenden Kreises von Institutionen und Personen Anhörungen durch, nicht zuletzt weil Fragen des Europarechts ein immer stärkeres Gewicht erlangen. Dafür ist ein hoher Aufwand zur Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung durch die Landtagsverwaltung notwendig.

Dazu kommt eine stetig steigende Zahl von Veranstaltungen außerhalb der Gremiensitzungen. So wurden im Jahr 2012 im Landtag 213 Veranstaltungen durchgeführt, im Jahr 2013 bereits 391 und im Jahr 2014 394 Veranstaltungen. Um dieses Arbeitsaufkommen bewältigen zu können, muss in der Landtagsverwaltung das entsprechende Personal mit der nötigen technischen Ausstattung vorgehalten werden, wobei in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen ist, dass der Landtag zur Bewältigung von Spitzenlasten nicht auf Mitarbeiter nachgeordneter Behörden zurückgreifen kann. Da das sich verstetigende Arbeits- und Mehraufkommen nicht mehr nachhaltig durch Aushilfskräfte zu bewältigen ist, sieht der Einzelplan 01 einen moderaten Stellenaufwuchs vor.

Wegen des Ausscheidens von Abgeordneten aus dem Landtag im Ergebnis der Landtagswahl 2014 waren entsprechende Mittel zu veranschlagen, um die für die ehemaligen Abgeordneten gesetzlich vorgesehenen Leistungen abdecken zu können.

Bei den Landesbeauftragten, das heißt bei dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, dem Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur sowie dem Bürgerbeauftragten, deren Etats ebenfalls im Einzelplan 01 veranschlagt sind, ist ebenfalls ein erheblich höherer Personalbedarf zu konstatieren. Dies resultiert teils aus einer Ausweitung der Aufgaben-

bereiche durch Gesetze, teils aus einer erhöhten Inanspruchnahme der Angebote der Beauftragten durch die Bürgerinnen und Bürger. Insbesondere die Ansätze der Mittel für den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit waren in diesem Zusammenhang Gegenstand der Erörterungen im Haushalts- und Finanzausschuss.

Im Einzelplan 02 der Thüringer Staatskanzlei widerspiegelt sich im Vergleich zu den vorausgegangenen Haushaltsjahren der Umstand, dass im Zuge des Regierungswechsels zum Aufgabenbereich der Staatskanzlei nun auch der Sachbereich Kultur, der auch die Angelegenheiten der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften umfasst, hinzugekommen ist. Hierdurch ist es zu einer deutlichen Erweiterung des Stellenvolumens und damit insgesamt des Haushaltsvolumens gekommen. Bezüglich dieses Einzelplans wurden im Haushalts- und Finanzausschuss insbesondere die erhöhten Ausgaben für Dienstreisen und der Stellenpool zur Steigerung der europäischen Kompetenz ebenso wie die Mittel für die Veranstaltungen des Landes und des Bundes anlässlich des 70. Jahrestags der Befreiung der KZ Buchenwald und Mittelbau-Dora und die Zuschüsse an Grenz Museen thematisiert.

Der Einzelplan 04 des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport, der Gesamtausgaben von 1,52 Milliarden Euro vorsieht, ist vor allem durch Personalausgaben geprägt. Jeder zweite Euro der Personalausgaben des Landes entfällt auf den Einzelplan 04. Mit 20.462 von 46.006 Planstellen und Stellen ist nahezu jede zweite Stelle des Landeshaushalts im Einzelplan 04 ausgebracht. Dabei handelt es sich überwiegend um Planstellen für Lehrerinnen und Lehrer. Mit Blick auf die Möglichkeiten zukünftiger Landeshaushalte hat die Landesregierung keine neuen Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in den Haushaltsplan aufgenommen. Gleichwohl sollen 2015 im Rahmen der Stellenplanung 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und soll zur Reduzierung des Unterrichtsausfalls an Schulen zudem mit dem Aufbau einer Vertretungsreserve begonnen werden, indem Leerstellen für die Vertretung langzeitkranker Lehrkräfte ausgebracht werden.

An Hilfen für ehemalige Heimkinder in der DDR werden 2015 insgesamt 5,923 Millionen Euro gegenüber circa 0,9 Millionen Euro im Jahr 2014 veranschlagt. Die Erhöhung des Ansatzes ist erforderlich, weil das ursprünglich vorgesehene Fondsvermögen „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ aufgrund der unerwartet hohen Nachfrage nicht mehr ausreichend ist. In Thüringen haben sich 2015 bereits 4.800 Betroffene angemeldet.

Da das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport auch für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zuständig ist, wurden die Ausgaben in Höhe von

(Abg. Reinholz)

4,2 Millionen Euro für die erforderlichen Maßnahmen und Erstattungen in Ansatz gebracht. Wegen der schlechten Prognostizierbarkeit der Flüchtlingszahlen sind hier exakte Berechnungen schwierig.

Im Einzelplan 04 sind Mittel für Alphabetisierungsmaßnahmen im Rahmen der Erwachsenenbildung vorgesehen. Nach einer Studie aus dem Jahr 2011 sind circa 200.000 deutsch sprechende Erwachsene in Thüringen als funktionelle Analphabeten anzusehen, wovon circa 60 Prozent einen Migrationshintergrund aufweisen.

Gegenstand der Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss waren unter anderem die Mittel für das Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, mit dem lokale Aktionspläne in den Landkreisen und kreisfreien Städten in Thüringen gefördert werden sollen, weil die Kommunen als entscheidende Räume für die Auseinandersetzung mit den Fragen von Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit angesehen werden.

Beim Einzelplan 07, Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, hat es aufgrund der Neustrukturierung einen Aufwuchs an Budgetmitteln gegeben. Förderprogramme wie Thüringen-Invest und Thüringen-Dynamik sollen sowohl Innovationen fördern als auch Auslandsmärkte besser erschließen. Ein besonderer Fokus liegt hier auf der Kreativwirtschaft, als Beispiel seien hier der automotive thüringen e. V. und das Thüringer Innovationszentrum Mobilität genannt. Die Erschließung von internationalen und nationalen Märkten, gerade auch für mittelständische Unternehmen, soll durch Zuschüsse zur sogenannten Thüringen-Akquisition erfolgen, die neben Auslandsreisen Marketingmaßnahmen, wie zum Beispiel Präsenz auf Messen, beinhaltet.

In Thüringen stellt der Tourismus einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Bis zu 100.000 Menschen sind direkt und indirekt von diesem Wirtschaftszweig abhängig. In Anbetracht der bevorstehenden Jubiläen will die Landesregierung vermehrt Investitionen tätigen. Unter Beteiligung von Sachverständigen sollen zudem tourismusrelevante Konzeptionen und Gutachten erstellt werden. In diesem Zusammenhang wurde vom Haushalts- und Finanzausschuss auch die veranschlagte Zuweisung an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Leistungssteigerung im Tourismus und für Investitionen zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur hinterfragt.

Darüber hinaus wird die institutionelle Förderung sowie Planbarkeit der Hochschullandschaften als von entscheidender Bedeutung angesehen. Die Verwendung der Hochschulpaktmittel und der durch die Übernahme der BAföG-Zahlungen durch den Bund frei werdenden Mittel war in diesem Zusammenhang Gegenstand der Erörterung des Haushalts- und Finanzausschusses.

In Bezug auf den Einzelplan 12, betreffend den Thüringer Verfassungsgerichtshof, wurde vom Haushalts- und Finanzausschuss insbesondere erörtert, dass die in der Planung ursprünglich vorgesehenen Kosten für die Anmietung eines Sitzungssaals zunächst nicht anfallen werden, weil der geplante gemeinsame Umzug des Thüringer Verfassungsgerichtshofs und des Thüringer Oberverwaltungsgerichts in das Verwaltungsgerichtsgebäude in der Jenaer Straße in Weimar, wo erst 2023 ein Sitzungssaal im neuen Justizzentrum zur Verfügung stehen wird, auf Ende 2016 verschoben wurde.

Der Einzelplan 05 des Thüringer Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz beinhaltet bloße 4,8 Prozent der Gesamtausgaben des Landeshaushalts – trotz der Bedeutung der Justiz als dritter Staatsgewalt und als wesentlicher Standortfaktor für Wirtschaftsansiedlungen.

Im Vergleich zu den Vorjahren sind im Einzelplan 05 zwei Bereiche mit nicht unerheblichen finanziellen Auswirkungen hinzugekommen, nämlich das Migrations- und Flüchtlingswesen einschließlich des Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge und der Verbraucherschutz. Schwerpunkt des Justizetats sind traditionell die Personalausgaben, die 51 Prozent der Gesamtausgaben dieses Etats ausmachen, und zum anderen nunmehr als zweitgrößter Ausgabenposten das Flüchtlings- und Migrationswesen.

Letzteres liegt im Wesentlichen an den stark steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland und damit natürlich auch in Thüringen. Dieser Bereich umfasst inzwischen 78,5 Millionen Euro, wovon 58,5 Millionen Euro direkt an die Kommunen zur Erfüllung ihrer Aufgaben von Unterbringung und Sozialbetreuung weitergegeben werden. In diesem Bereich herrscht allerdings eine große Unsicherheit, welche Kosten letztendlich anfallen werden und in welcher Weise sich der Bund an diesen Kosten beteiligen wird. Seiner Bedeutung entsprechend nahm die Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses einen breiten Raum ein. Insbesondere wurde der Aspekt der finanziellen Unterstützung der Kommunen und die hierfür vom Bund bereitgestellten Mittel erörtert, aber auch zum Beispiel die vorgesehene Rückföhrhilfe für die freiwillige Rückkehr von Flüchtlingen in ihre Heimatländer.

Ein weiterer Schwerpunkt beim Justizetat ist der Bereich IT. Beispielhaft zu nennen ist in diesem Zusammenhang die Einführung der elektronischen Akte, für die verschiedenste Vorbereitungen zu treffen sind. Die Erhöhung der Sicherheit in den Gerichten, insbesondere durch Einrichtung von Eingangskontrollen bzw. von kontrollierten Zugängen, ist mit 546.000 Euro angesetzt.

Der Einzelplan 11 des Thüringer Rechnungshofs ist von den Personalausgaben geprägt, die 93 Prozent

(Abg. Reinholz)

des Etats ausmachen. Dieser Einzelplan weist eine Steigerung von rund 500.000 Euro aus, die sich dadurch erklärt, dass die Personalausgaben 2014 zu knapp angesetzt waren, sodass das Personalausgabenbudget um knapp 600.000 Euro erhöht werden musste. Im Gegenzug können bei den Sachausgaben voraussichtlich 100.000 Euro eingespart werden. Der Rechnungshof sieht sich derzeit in einem Umbauprozess, im Zuge dessen sich seine Struktur und Organisation ändern. Nachdem 2011 eine Direktorenstelle eingespart wurde und eine Abteilung weggefallen war, wurde 2013 eine dritte Direktorenstelle gesetzlich vorgeschrieben. Diese ist allerdings bis heute unbesetzt; zudem ist derzeit eine weitere Direktorenstelle vakant.

Im Jahr 2014 ist die Integration der Staatlichen Rechnungsprüfungsstellen in Suhl und Gera abgeschlossen worden. Zudem strebt der Rechnungshof an, die Überörtliche Kommunalprüfung zu integrieren. Zum 31. März 2015 waren rund 20 Stellen nicht besetzt. Dies ist teils der üblichen Fluktuation, teils aber auch der Tatsache geschuldet, dass sich die Problematik der Personalgewinnung beim Rechnungshof zum Teil schwieriger gestaltet als bei den anderen obersten Landesbehörden. Um mit hochwertigen Stellen die notwendigen qualifizierten Kräfte zu gewinnen, sollen für das Jahr 2015 insgesamt vier Hebungen im Prüferbereich vorgenommen werden.

Ausführlich wurde im Haushalts- und Finanzausschuss die Initiative des Rechnungshofs diskutiert, die Besoldung der drei Direktorenstellen von B4 nach B5 zu heben. Da insoweit bei Erstellung des Einzelplans keine Einigung mit der Landesregierung, die eine solche Stellenhebung ablehnt, zu erzielen war, wurde dem Entwurf des Haushaltsplans der Voranschlag des Rechnungshofs gemäß § 29 Abs. 3 der Thüringer Landeshaushaltsordnung beigefügt.

Der Einzelplan 06 des Thüringer Finanzministeriums weist im Vergleich zum Haushaltsjahr 2014 leicht erhöhte Einnahmen von nunmehr 18,86 Millionen Euro und Ausgaben von 182,4 Millionen Euro aus. Bei den Ausgaben ist eine Steigerung um 8,8 Millionen Euro insbesondere wegen der zu berücksichtigenden Tarif- und Besoldungssteigerungen zu verzeichnen, wengleich im Zuge des Stellenabbaus der Wegfall von 33 Planstellen und Stellen vorgesehen ist. Unter anderem sind auf der Ausgabenseite auch Mittel für den Ankauf von CDs und Daten von Steuerschuldnern veranschlagt, wovon sich das Finanzministerium – neben dem tatsächlichen Gewinn – auch einen erzieherischen Effekt im Sinne einer größeren Steuer Ehrlichkeit erhofft.

Im Rahmen der Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung – wurde unter anderem die stark

zunehmende Anzahl von Fiskalerbschaften in Thüringen ebenso thematisiert wie die etatisierten Mittel für die Inanspruchnahme des Freistaats aus Bürgschaften. So sind für das ehemalige CD-Werk in Suhl circa 25 Millionen Euro zu zahlen. Weiteren Raum nahm auch die Erhöhung der Verwendung der veranschlagten Zinseinnahmen aus angelegten Geldbeständen ein. Hinsichtlich des Thüringer Haushaltsgesetzes 2015 wurde im Haushalts- und Finanzausschuss insbesondere erörtert, inwieweit nicht die Möglichkeit einer aktiven Schuldentilgung ausdrücklich im Gesetz verankert werden sollte.

Kritisch hinterfragt wurde die im Haushaltsgesetz vorgesehene Streichung der Vorschriften betreffend die Sperren bei Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der institutionellen Förderung, wodurch die Unterrichtung des Haushalts- und Finanzausschusses bei der Aufhebung dieser Sperren wegfallen würde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in dem gesamten Ihnen soeben geschilderten Beratungsverlauf sind die Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände – namentlich des Gemeinde- und Städtebunds Thüringen und des Thüringischen Landkreistags – aus mehreren Anhörungsrunden eingeflossen. Die erste schriftliche Anhörungsrunde wurde durch die zweite mündliche Anhörungsrunde der kommunalen Spitzenverbände ergänzt, in der auch zu den jeweiligen Stellungnahmen des jeweils anderen Anzuhörenden aus der ersten schriftlichen Anhörung und zu den kommunalrelevanten Änderungsanträgen zu den Gesetzentwürfen Stellung genommen werden konnte. Diese mündliche Anhörung fand in zwei Etappen statt, und zwar zunächst am 2. Juni 2015 und sodann ergänzend am 12. Juni 2015. Diese Staffelung war notwendig, weil zum Zeitpunkt der ersten mündlichen Anhörung am 2. Juni 2015 noch keine Änderungsanträge vorlagen, zu denen die kommunalen Spitzenverbände sich hätten äußern können. Auf diese dem äußerst engen Zeitplan geschuldete Problematik habe ich bereits anfangs meiner Ausführungen hingewiesen.

Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen kritisiert vor allem die aus seiner Sicht bestehende massive Unterfinanzierung der Thüringer Kommunen. Zur Verdeutlichung verwies er auf die Situation Ende des Jahres 2014, als 125 Kommunen ein Haushaltssicherungskonzept erstellen mussten und 71 Kommunen ihren Haushalt nicht ausgleichen konnten. Da die Steuereinnahmen des Landes deutlich stiegen, bei den Kommunen aber zurückgingen, hält der Gemeinde- und Städtebund Thüringen nach dem Partnerschaftsgrundsatz einen Anspruch auf Erhöhung des Finanzausgleichs für gegeben.

(Beifall CDU)

Tatsächlich sei aber die KFA-Masse von 2,16 Milliarden Euro im Jahr 2011 um über

(Abg. Reinholz)

300 Millionen Euro auf 1,83 Milliarden Euro gekürzt worden.

Der Gemeinde- und Städtebund Thüringen hält allgemein eine Kostenfolgenabschätzung aller Gesetze für notwendig, wie er am Beispiel der Finanzierung der Kindertagesbetreuung illustriert hat.

Der Thüringische Landkreistag bemängelte ebenfalls die unzureichende Finanzausstattung, wofür er vor allem zwei Gründe anführte: zum einen die Personalkostensteigerungen und zum anderen die Kostensteigerungen in den sozialen Leistungsbereichen.

In Bezug auf den Mehrbelastungsausgleich sprach der Thüringische Landkreistag insbesondere die Thematik der Flüchtlinge und Asylbewerber an und die hierfür vom Bund bereitgestellten 13 Millionen Euro, die an die Landkreise weitergeleitet werden müssten.

(Beifall CDU)

Wichtige Themen im Zusammenhang mit dem Mehrbelastungsausgleich sind aus Sicht des Thüringischen Landkreistags zudem die Grundsicherung im Alter und die Blindenhilfe. Im Ergebnis ist der Thüringische Landkreistag der Ansicht, dass der Mehrbelastungsausgleich im Sinne des Konnexitätsprinzips geändert werden müsse, um die Pauschalen für die Landkreise zu erhöhen und damit den tatsächlichen Finanzbedarf bei den Aufgabenerfüllungen abzudecken.

An dieser Stelle weise ich darauf hin, dass sich die Leistungen des Landes außerhalb der Finanzausgleichsmasse, wie sie dem Haushalts- und Finanzausschuss von der Landesregierung mit Stand vom 9. Juni 2015 mitgeteilt wurden, auf eine Gesamtsumme von knapp 858 Millionen Euro belaufen. Darunter befinden sich unter anderem Zuschüsse an Theater, Orchester, Mittel für die örtliche Jugendförderung, Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen und für den kommunalen Straßenbau sowie Zuweisungen aufgrund des Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetzes, um nur einige wesentliche Beispiele zu nennen. Diese Übersicht lag uns zur abschließenden Beratung vor.

Sehr geehrte Damen und Herren, insgesamt lagen dem Haushalts- und Finanzausschuss am vergangenen Freitag knapp 400 Änderungsanträge aller Fraktionen vor, von denen rund 70 Anträge zum Haushaltsplan und ein Antrag zum Haushaltsgesetz angenommen wurden.

Die Regierungsfaktionen brachten etwa 70 Änderungsanträge zum Regierungsentwurf ein, die Umschichtungen im Haushalt in Höhe von knapp 7 Millionen Euro vorsehen. So wurde beispielsweise gefordert, dem Aufgabenzuwachs bei den Landesbeauftragten durch Schaffung neuer Stellen Rech-

nung zu tragen, und zwar durch zwei neue Stellen beim Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit und eine neue Stelle beim Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, wodurch dem dem Einzelplan 01 beigefügten Voranschlag gemäß § 29 Abs. 3 der Landeshaushaltsordnung teilweise Rechnung getragen wurde.

Weitere Änderungsanträge zielten auf eine stärkere Unterstützung der Thüringer Feuerwehren durch Gelder für die Konzeption einer Mitgliederkampagne für freiwillige Feuerwehren und in Form von Zuweisungen für Investitionen in Feuerwehrhäuser, Feuerwehrfahrzeuge und Feuerwehrgeräte ab.

Gut 100.000 Euro mehr sollten nach dem Willen der Regierungsfaktionen die Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit bekommen.

Ebenso sollten die Landkreise und kreisfreien Städte mit 500.000 Euro mehr bei der Betreuung und der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen unterstützt werden. Mit 100.000 Euro sollten Projekte im Rahmen der Entwicklung der digitalen Gesellschaft gefördert werden. Bezüglich des Radwegeausbaus sah der diesbezügliche Änderungsantrag der Regierungsfaktionen 500.000 Euro mehr als der Regierungsentwurf vor. Einsparungen vornehmen wollten die Regierungsfaktionen unter anderem beim Amt für Verfassungsschutz und bei den Zuschüssen für den Flughafen Erfurt.

Bezüglich des Thüringer Haushaltsgesetzes legten die Regierungsfaktionen einen Änderungsantrag vor, wonach der Betrag der dem Landtag vierteljährlich mitzuteilenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben bei 50.000 Euro belassen wird und nicht, wie von der Landesregierung gewollt, auf 100.000 Euro verdoppelt wird.

Die Fraktion der CDU beabsichtigte mit ihren 290, ein Volumen von 177,5 Millionen Euro umfassenden Änderungsanträgen in erster Linie eine gegenüber dem Regierungsentwurf stark erhöhte Schuldentilgung und höhere Mittelzuweisungen an die Gemeinden, insbesondere in Form einer sogenannten kommunalen Dividende.

Generell sah die CDU-Fraktion ein erhebliches Einsparpotenzial im Vergleich zum Regierungsentwurf schon allein aufgrund der späten Haushaltsvorlage, die zur Folge hat, dass nicht mehr alle im Entwurf veranschlagten Mittel im laufenden Haushaltsjahr noch sachgerecht ausgegeben werden können. Einsparmöglichkeiten ergeben sich nach Ansicht der CDU-Fraktion zudem durch die Rücknahme von Stellenmehrungen insbesondere im Leitungsbereich der Ministerien, die durch die Neustrukturierung der Ressorts im Zuge des Regierungswechsels eingetreten sind. So könnten zum Beispiel

(Abg. Reinholz)

nach Meinung der CDU-Fraktion allein beim Einzelplan 02 der Thüringer Staatskanzlei insgesamt 860.000 Euro durch Stellenabbau eingespart werden.

Im Einzelnen beinhalteten die Änderungsanträge der CDU-Fraktion unter anderem folgende Forderungen: Die Zuwendungen für die Investitionen im Bereich Elektromobilität sollen mit dem langfristigen Ziel ihrer gänzlichen Einstellung gekürzt werden. Entsprechend soll bei den Ausgaben für Maßnahmen zur Energienutzung und Klimaanpassung gespart werden. Gleiches gilt für die Maßnahmen des Naturschutzes und der Nachhaltigkeit. Die Ausgaben für die Maßnahmen der Arbeitsförderung, der sozialen Integration und der Armutsprävention werden in erheblichem Umfang als entbehrlich angesehen und sollen in Größenordnung von insgesamt 6,7 Millionen Euro gestrichen werden.

Demgegenüber hielt die CDU-Fraktion mit Blick auf die Steuerschätzung gemäß Bericht über die Ergebnisse der 146. Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzung für die Jahre 2015 bis 2019 des Thüringer Finanzministeriums vom 12. Mai 2015 die Steuereinnahmen im Haushaltsentwurf der Landesregierung für insgesamt deutlich zu niedrig angesetzt. Damit wurde eine Korrektur in Höhe des Saldos der Steuermehr- und Steuermindereinnahmen in Höhe von 59 Millionen Euro für notwendig angesehen. Diese 59 Millionen Euro sollen mit Einsparungen aus verschiedenen Titeln in Höhe von insgesamt 13 Millionen Euro und der Entnahme aus der Rücklage in Höhe von 52,5 Millionen Euro zu einer gegenüber dem Regierungsentwurf um 124,5 Millionen Euro höheren Schuldentilgung verwendet werden, was einen Schuldentilgungsbetrag von insgesamt 151 Millionen Euro bedeuten würde.

Die Schulen in freier Trägerschaft sollen nach dem Willen der CDU-Fraktion in Umsetzung ihres Entwurfs eines Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft mit gut 10 Millionen Euro unterstützt werden. Dem aus ihrer Sicht ungünstigen Stellenpegel bei der Thüringer Polizei wollte die CDU-Fraktion durch eine Verschiebung von zunächst 500 Planstellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes in solche des gehobenen Polizeivollzugsdienstes begegnen. Diese Vorhaben wären für das Haushaltsjahr 2015 kostenneutral, weil eine endgültige Einweisung in die neuen Planstellen und eine Entlohnung aus dem höheren Amt jeweils erst nach erfolgreicher mehrjähriger Aufstiegsausbildung erfolgen würde.

(Beifall CDU)

Vor allem aber forderte die CDU-Fraktion, die finanzielle Ausstattung der Kommunen durch verschiedene Maßnahmen grundlegend zu verbessern.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Mit ungedeckten Schecks!)

So sollten die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern durch eine kommunale Entlastungspauschale in Höhe von 13 Millionen Euro unterstützt werden. Zur Verbesserung der Abwasserinfrastruktur insbesondere im ländlichen Raum soll ein Landesförderprogramm aufgelegt werden. Schließlich sollten Einsparungen in den verschiedensten Haushaltstiteln, die sich auf einen Gesamtbetrag von 24 Millionen addieren, als kommunale Dividende der Stabilisierung der kommunalen Finanzausstattung dienen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Erst die Kommunen ruinieren, dann stabilisieren!)

Die CDU-Fraktion stellte bisher mehrere Änderungsanträge zum Thüringer Haushaltsgesetz, insbesondere um die Rechte des Haushalts- und Finanzausschusses zu erhalten,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Erst das Haus anbrennen und dann die Feuerwehr rufen!)

und mit dem Ziel, dass etwaige im Laufe des Haushaltsjahres zu generierende Mehreinnahmen grundsätzlich für die Schuldentilgung verwendet werden.

Die AfD-Fraktion schließlich bezweckte mit ihren rund 40 Änderungsanträgen einerseits Einsparungen mit dem Ziel einer um 11,7 Millionen Euro höheren Schuldentilgung im Vergleich zum Regierungsentwurf.

So sah die AfD-Fraktion insbesondere Einsparpotenzial beim Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit und bei den Ausgaben im Zusammenhang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern. Beispielsweise wird die Ausländerbeauftragte als ebenso entbehrlich angesehen wie die Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge sowie die Ausländervereinsarbeit. Durch eine konsequente Anwendung und Umsetzung des Asylrechts und die damit verbundenen Abschiebungen könnten die Ansätze für die Unterkünfte von Asylbewerbern stark gesenkt werden. Gespart werden könne auch bei den Maßnahmen zur Integrationsförderung und bei den Rückführungshilfen. Gestrichen sehen möchte die AfD-Fraktion auch die beiden Beauftragten für die Gleichstellung von Frau und Mann und für das Zusammenleben der Generationen. Mehrausgaben fordert die AfD-Fraktion hingegen für die Ausstattung von Rettungsdiensten mit Digitalfunk. Die Zuschüsse an Sportvereine und Sportverbände sollen nach dem Willen der AfD-Fraktion zum Auflegen von Sofortprogrammen für Gewaltprävention, Sozialförderung und Integration deutlich erhöht werden. Um der Überlastung der Verwaltungsgerichte durch Asylverfahren zu begegnen, sollen elf zusätzliche Richterstellen geschaffen werden. Zusätzliche Haushaltsmittel sollen bereitgestellt werden im Be-

(Abg. Reinholz)

reich des Gesundheitswesens, so zum Beispiel für das Masernbekämpfungsprogramm und die Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendzahnpflege sowie für die Finanzierung von Projekten zum Erhalt ambulanter Versorgungsstrukturen in Thüringen.

(Beifall AfD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt dem Landtag mehrheitlich, den Entwurf des Thüringer Gesetzes über die Feststellung des Landeshaushalts für das Haushaltsjahr 2015 mit den in der Beschlussempfehlung in Drucksache 6/716 vorgesehenen Änderungen anzunehmen. Insbesondere ist im Vergleich zum Regierungsentwurf hinzuweisen auf die um 1,2 Millionen Euro erhöhte Zuweisung an die Gemeinden für Feuerwehrhäuser, -fahrzeuge und -geräte, auf die um 500.000 Euro höhere Erstattung an Landkreise und kreisfreie Städte für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, auf die Erhöhung des Erziehungsgelds um 3,5 Millionen Euro und auf 500.000 Euro mehr für das Radwegenetz. Einsparungen sieht die Beschlussempfehlung gegenüber dem Regierungsentwurf beispielsweise bei den Zuschüssen für den Flughafen Erfurt in Höhe von 600.000 Euro und bei den Erstattungen an die Sozialversicherungsträger für Rentenleistungen aus dem Zusatzversorgungssystem in Höhe von 4 Millionen Euro vor.

Der Haushalts- und Finanzausschuss schlägt vor, der Finanzministerin und dem Präsidenten des Landtags die im Einzelnen in den Beschlussempfehlungen enthaltenen redaktionellen Ermächtigungen zu erteilen und dem Haushalts- und Finanzausschuss die Entscheidung über die Aufhebung von Sperrvermerken im Landeshaushalt 2015 zu übertragen, soweit sie der Einwilligung des Landtags bedürfen.

Schließlich empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, sowohl den Mittelfristigen Finanzplan für die Jahre 2014 bis 2018 für den Freistaat Thüringen als auch den Bericht über den Stand der voraussichtlichen Entwicklung der Finanzwirtschaft des Landes zur Kenntnis zu nehmen. Ich verweise insoweit auf die Beschlussempfehlungen in den Drucksachen 6/717 und 6/718.

Abschließend, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich allen an den Haushaltsberatungen Beteiligten für die konstruktive Arbeit danken. Der Landesregierung, allen voran der Finanzministerin, sei gedankt für die Begleitung der gesamten Beratung und für die zahlreichen ergänzenden Zuarbeiten. Diesbezüglich gilt der Dank ausdrücklich auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien. Mein Dank gilt Frau Cohrs vom Finanzministerium für die von ihr geleistete hervorragende technische Unterstützung. Bei den kommunalen Spitzenverbänden bedanke ich mich nochmals nachdrücklich für die trotz des engen zeitlichen Kor-

setts engagierte und kritische Kooperation. Dem Präsidenten des Thüringer Rechnungshofs, Herrn Dr. Sebastian Dette, sowie seinen Kollegen und Mitarbeitern gebührt ebenfalls Dank für die kritische Begleitung der Beratung im gesamten Beratungsverlauf.

Mein Dank gilt auch der Landtagsverwaltung, insbesondere dem Geschäftsführer des Haushalts- und Finanzausschusses, Herrn Dr. Thomas Poschmann, seiner Stellvertreterin, Frau Christiane Ruffert, Herrn Volker Bieler und Herrn Michael Apel für die fachliche und rechtliche Begleitung. Aber auch den anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung sei für ihren Beitrag zu einem reibungslosen Beratungsverlauf gedankt, so dem Parlamentssekretariat, dem Sachgebiet Protokollierung, der Druckerei, der Poststelle, dem EDV-Referat und dem Inneren Dienst.

Schließlich möchte ich auch unseren Fraktionsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern für ihren Verdienst bei allen Beratungen und dem Erstellen der Änderungsanträge danken, namentlich Herrn Markus Steinmeier, Herrn Andreas Schuster, Herrn Stefan Schambach und Herrn Reimond Hoffmann und Frau Desislava Kämpfer.

(Beifall im Hause)

Und Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für die umfangreiche Aufmerksamkeit und wünsche uns eine gute Beratung, vor allen Dingen eine sachliche Beratung. Herzlichen Dank.

(Beifall im Hause)

Präsident Carius:

Und wir danken Ihnen, Herr Reinholz, für den umfangreichen Vortrag aus dem Haushalts- und Finanzausschuss.

Wie im Ältestenrat festgelegt, beginnen wir mit der **Generalaussprache zum Haushalt insgesamt einschließlich Einzelplan 01 (Thüringer Landtag), Einzelplan 11 (Thüringer Rechnungshof) und Einzelplan 12 (Thüringer Verfassungsgerichtshof)**.

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen 48 Minuten für die CDU-Fraktion, 43 Minuten für Fraktion Die Linke, 31 Minuten für die SPD, AfD 28 Minuten, Bündnis 90/Die Grünen 27 Minuten. Wir beginnen mit Herrn Kowalleck von der CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch von unserer Seite natürlich herzlichen Dank an den Ausschussvorsitzenden für den ausführlichen Bericht und einen herzlichen Dank natürlich auch an die Landtagsverwal-

(Abg. Kowalleck)

tung. Es war nicht immer einfach, gerade aufgrund des kurzen Beratungszeitraums, aber Sie haben sehr gute Arbeit geleistet.

(Beifall CDU, AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben heute die zweite Beratung zum Landeshaushalt 2015. Das ist aber kein Grund zur Freude, im Gegenteil: Durch den viel zu spät abgelieferten Haushaltsentwurf standen Fördermittel nicht zur Verfügung und wichtige Investitionen im Freistaat konnten nicht getätigt werden.

(Beifall CDU)

Der Haushalt zeigt, dass die Koalition keine Ideen hat und nicht die Kraft aufbringt, um einen dringend notwendigen Konsolidierungskurs fortzusetzen, im Gegenteil: Sie verschließen die Augen vor der zukünftigen Entwicklung der öffentlichen Haushalte.

(Beifall CDU)

Es ist ein massives Problem, dass die Landesregierung erst 137 Tage braucht, um einen Haushalt vorzulegen, und der Landtag ihn in 57 Tagen beraten soll. Das – das haben wir auch im Bericht des Ausschussvorsitzenden gehört – bringt dann eben auch Probleme in der Beratungsabfolge mit sich. Die letzten Tage haben gezeigt, es zeigen sich auch schon wieder dunkle Wolken am Horizont. Der Kollege und Finanzpolitiker von der SPD, Herr Dr. Werner Pidde, sagte vor wenigen Tagen im „Freien Wort“, dass er das Ziel, den Doppelhaushalt im Dezember zu verabschieden, in Gefahr sieht, auch in Bezug auf die Beratungen zu den Schulen in freier Trägerschaft. Auch die Zeitungsbeiträge der letzten Tage sind nicht sehr vielversprechend. Hier heißt es unter anderem in der „Thüringischen Landeszeitung“: „Rot-Rot-Grün will nicht sparen“, „Tauberts Eckwerte des Grauens“, „Rot-Rot-Grün plant unsoliden Haushalt“. Sie sehen aber auch an diesen Meldungen, wie die öffentliche Meinung Ihre Finanzpolitik sieht.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das war die TLZ!)

Meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, Sie sind jetzt in Regierungsverantwortung, dann handeln Sie auch so, kommen Sie endlich in den Tritt und lassen Sie das Land und die Menschen nicht allein. Denn noch so eine Hängepartie wie mit dem Haushalt 2015 können wir uns nicht leisten.

(Beifall CDU)

Und das können wir auch den Menschen in diesem Land nicht zumuten.

Meine Damen und Herren, aus Verantwortung gegenüber dem Land hat die CDU-Fraktion natürlich

einer zügigen Beratung zugestimmt, denn wir wollen weiteren Schaden vom Freistaat abwenden. In den Haushaltsberatungen hat sich allerdings gezeigt, dass notwendige Zuweisungen von der Landesregierung erst verspätet oder nach mehrmaliger Aufforderung zugestellt wurden. Sie können sich bestimmt auch noch gut an unseren Antrag zum Kommunalen Finanzausgleich im letzten Plenum erinnern. An dieser Stelle im Hohen Haus haben wir erst die notwendigen Unterlagen anfordern müssen. Dieser Umgang zeigt die Geringschätzung gegenüber dem Parlament und auch insbesondere gegenüber den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses. Das hat auch unsere Arbeit massiv beeinträchtigt.

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Das ist doch Blödsinn!)

Herr Dr. Pidde, Sie sind selbst Mitglied im Haushalts- und Finanzausschuss und Sie haben gesehen: Selbst bei den kommunalen Spitzenverbänden blieben gerade in der letzten Sitzung zur mündlichen Anhörung noch Fragen offen, da Unterlagen

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Welche denn?)

erst nach Aufforderung und kurzfristig während der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses nachgereicht wurden.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Beispiele!)

Sie haben genau die Liste gesehen, die eben vom Finanzstaatssekretär Schubert eingereicht wurde während der Sitzung, und Sie haben auch die Stellungnahme der Spitzenverbände dazu gehört. Nichtsdestotrotz möchte ich auch an dieser Stelle im Namen meiner Fraktion einen Dank an die Spitzenverbände richten für ihre Kooperation und das Entgegenkommen trotz des engen Zeitplans.

(Beifall CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ohne Haushalt können letztendlich weder das Land noch die Kommunen investieren und viele Unternehmen warten vergeblich auf öffentliche Aufträge.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Welche?)

Ebenso sind die Einrichtungen und Vereine betroffen, die auf Förderung angewiesen sind. Ein Beispiel ist die Diskussion über die Katastrophenschutzfahrzeuge, die durch den fehlenden Haushalt eben nicht angeschafft werden können. Gerade im Bereich der Feuerwehren und der Rettungskräfte haben wir viele Freiwillige, die sich mit Herzblut für die Gesellschaft einsetzen. Und dann senden Sie als Landesregierung so ein Signal!

(Beifall CDU)

(Abg. Kowalleck)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Dafür erhebt ihr Umsatzsteuern auf Löschwasser! Also so was!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung muss endlich verstehen, dass die Steuereinnahmen nicht ewig so weitersprudeln. Sie müssen verstehen, dass der Solidarpakt ausläuft, die EU-Förderungen weiter zurückgehen und durch den Bevölkerungsrückgang eben auch die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich sinken. Sie müssen die gute wirtschaftliche Lage nutzen, um Schulden abzubauen, bevor die Zinsen wieder steigen und die Einnahmen zurückgehen.

Wie unsolide der Haushalt ist, zeigt sich daran, dass die Steuerdeckungsquote trotz steigender Einnahmen wegen der Mehrausgaben sinkt. Der Freistaat wäre einen wesentlich großen Schritt weiter bei der Konsolidierung, wenn die Finanzministerin den vom damaligen Finanzminister Dr. Voß eingeleiteten Schuldenabbau in einem Volumen von 200 Millionen Euro nicht zum großen Teil rückgängig gemacht hätte.

(Beifall CDU, AfD)

Meine Damen und Herren, wir hatten das auch schon an dieser Stelle thematisiert. Frau Finanzministerin Taubert, wenn Sie sagen, es ist nicht die Zeit, um Schulden zu tilgen,

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Taubert, Finanzministerin: Ihre Schulden!)

dann muss man hier an dieser Stelle auch fragen: Wann ist denn die Zeit, wenn nicht jetzt? Wir sehen auch, die vorgesehene Schuldentilgung von nur noch 26,5 Millionen Euro ist einfach zu wenig. Im Vorjahr hat das Land noch 114 Millionen Euro getilgt. Stattdessen war es eine erste Aktion von Rot-Rot-Grün, die beschlossene Tilgung zurückzunehmen und Kredite für eine Rücklage aufzunehmen. Ein verheerendes Zeichen nach außen und ein Schritt in die falsche Richtung!

(Beifall CDU)

Während der damalige Finanzminister Dr. Wolfgang Voß große Anstrengungen zur Schuldentilgung unternommen hat, kehrt die derzeitige Regierung den Kurs völlig um und verlässt den seit vielen Jahren beschrittenen Weg der Konsolidierung. Die Landesregierung richtet sich auf Dauer auf 500 Millionen Euro Mehrausgaben ein.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja und? Was ist denn daran schwierig?)

Unsere CDU-Fraktion steht dafür, die Haushalts- und Finanzpolitik auf künftige Entwicklungen einzustellen und dennoch Politik zu gestalten. Kommunen entlasten und Schulden tilgen, das ist unsere Antwort auf Ihre Haushaltspolitik.

(Beifall CDU, AfD)

Dazu gehört für uns ein konsequent eingehaltener Personalabbaupfad, die weitere Reform der Verwaltung, der Ausbau der interkommunalen Zusammenarbeit, auch der kritische Blick auf Standards und der Verzicht auf neue und schließlich auch der Verzicht auf die Gängelung der Wirtschaft und auf kostspielige Vorhaben, die am Ende niemand braucht. Gerade auch in Bezug auf die Wirtschaft erwähne ich hier noch mal die Anhörung zum Bildungsfreistellungsgesetz. Da haben die Kammern und Verbände klargemacht, welche Auswirkungen sie für die künftige wirtschaftliche Entwicklung sehen mit Ihren Vorhaben.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Da war Remidemmi!)

(Beifall CDU, AfD)

Die Landesregierung hat offensichtlich keine nachhaltigen Lösungen für unser Land. Sie gehen andere Wege und setzen das gute Fundament aufs Spiel, das Ihnen die schwarz-rote Landesregierung hinterlassen hat.

(Beifall CDU)

Sie wirtschaften so, als wenn es kein Morgen gibt.

Für die CDU-Fraktion sind die steigende Pro-Kopf-Verschuldung und die bei wachsenden Steuereinnahmen sinkende Steuerdeckungsquote untrügliche Zeichen dafür, dass Thüringen mit Rot-Rot-Grün den Pfad solider Haushaltspolitik verlässt.

(Zwischenruf Abg. Siegesmund, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 16 Milliarden Euro Schulden, Herr Kowalleck, das müssten Sie eigentlich wissen!)

Ach, Frau Ministerin Siegesmund, Sie sitzen ja noch in den Abgeordnetenreihen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Noch!)

(Beifall CDU)

Jetzt ist es mir aufgefallen. Ich hatte Sie eigentlich hier auf der Regierungsbank erwartet. Ja, Frau Ministerin, Kriterien für eine nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik sind für uns eben die sinkende Pro-Kopf-Verschuldung und die Berücksichtigung absehbarer Entwicklungen. Nichts von alledem leisten die Landesregierung und die Regierungskoalition.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Nicht die Werte verwechseln! Beschreiben Sie bitte mal den Wert für die Volkswirtschaft! Können Sie nicht! Sie können es nicht – außer vorlesen!)

Unsere Fraktion hat ihre Prioritäten für den Haushalt bereits im Januar während einer Klausur in Volkenroda festgelegt. Wir haben Vorschläge zum

(Abg. Kowalleck)

Haushalt 2015 erarbeitet. Wir senken die Pro-Kopf-Verschuldung, tilgen mehr Schulden, verhelfen Gemeinden, Städten und Landkreisen durch eine kommunale Dividende zu ihrem guten Recht und setzen unsere Vorhaben, die wir in Volkenroda im Januar gefasst haben, eben auch in Beschlüssen um.

(Beifall CDU)

Wir halten damit Wort und wir zeigen, wie Konsolidieren und Gestalten wirklich gehen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Kraftvoll!)

Für unsere Vorschläge und die Gegenfinanzierungen haben wir 290 Änderungsanträge im Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt.

Zur Kritik von den Koalitionsfraktionen kann ich nur sagen, meine Damen und Herren: Die Landesregierung ist in der Pflicht, den Haushalt aufzustellen und Sie tragen auch die Verantwortung.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, und? Was ist Ihr Problem?)

Wir als CDU-Fraktion werden auch weiterhin den Finger in die Wunde legen. Mit unseren Änderungsanträgen zeigen wir wichtige Lösungen für die Menschen, für das Land Thüringen auf.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

Sie müssen endlich begreifen, dass Sie in der Verantwortung sind. Sie können nicht die CDU vorschieben, wenn Sie Ihre Aufgaben in wesentlichen Dingen der Haushaltsaufstellung nicht erfüllen. Da sage ich auch ganz klar: Machen Sie endlich Ihre Arbeit und versprechen Sie den Menschen nichts, was Sie am Ende nicht halten, denn das hinterlässt nur Enttäuschungen in diesem Land. Das ist es nicht wert.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, erhöhen wollen wir die Schuldentilgung, und zwar von den durch die Regierungskoalition vorgesehenen 26,5 Millionen Euro auf 151 Millionen Euro. Maßstab nachhaltiger Finanzpolitik – das sagte ich – ist für uns auch die Pro-Kopf-Verschuldung in unserem Land. Mit unseren Vorschlägen sinkt sie weiter, statt wie bei Rot-Rot-Grün zu steigen.

Die CDU-Fraktion hat auch Vorschläge für eine Änderung zum Haushaltsgesetz eingebracht. So soll sichergestellt werden, dass übersteigende Mittel grundsätzlich für die Schuldentilgung verwendet werden. Nur der Abbau der Schulden verschafft künftigen Landtagen und Generationen wirklich finanziellen Spielraum und hat auch im Haushaltsvollzug Priorität. Weiterhin haben wir uns auch dafür eingesetzt, dass die Rechte des Parlaments gewahrt werden wie im Bereich der außer- und überplanmäßigen Ausgaben. In diesem Punkt sind sich

auch die Koalitionsfraktionen darüber einig, dass der Betrag für die dem Landtag vierteljährlich mitzuteilenden über- und außerplanmäßigen Ausgaben wie in der Vergangenheit auf 50.000 Euro festgelegt wird.

Die Kreditermächtigung haben wir in unserem Änderungsantrag um den Betrag der zusätzlichen Schuldentilgung in Höhe von 124,5 Millionen Euro herabgesetzt. Bei der Entscheidung über die Inanspruchnahme der Kreditermächtigungen steht zu prüfen, ob die Gelegenheit für eine Schuldentilgung durch Nichterneuerung auslaufender Kreditmittel besteht. Der ausdrückliche Bezug auf den bisher nur in der Gesetzesbegründung erwähnten Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit stellt diesen Anspruch des Parlaments als Haushaltsgesetzgeber gegenüber der Landesregierung klar.

Für die besondere Bedeutung von öffentlich-privaten Partnerschaften bei Investitionen wird durch Verankerung im Haushaltsgesetz wie in den vorherigen Haushaltsgesetzen Rechtsklarheit geschaffen. Auch diesen Punkt wollen wir wieder im Haushaltsgesetz verankert sehen. Weiterhin sollen die Rechte des Parlaments durch die notwendige Einwilligung bei der Aufhebung von Sperrern entsprechend der Regelung in der Vergangenheit gewahrt werden.

Zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe wollen wir das Finanzministerium wie in den Vorjahren ermächtigen, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen bis zu 500 Millionen Euro zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, nach unseren Beschlüssen sollen die Kommunen mit 2,022 Milliarden Euro im Jahr 2015 genauso viele Zuschüsse erhalten wie im Jahr 2014. Wir stabilisieren damit die Landeszuweisungen an die Kommunen auf dem Vorjahresniveau. Das steht den Kommunen auch zu.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wichtiger ist, Strukturen zu verändern! Strukturen ändern, nicht Fenster auf – Geld raus!)

Deshalb beantragen wir, dass die Kommunen 24 Millionen Euro zusätzlich als kommunale Dividende erhalten. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Entwurf des Thüringer Haushaltsgesetzes 2015 haben die kommunalen Spitzenverbände nochmals auf ihre Forderungen aufmerksam gemacht. Den Kommunen wurde zunächst von der Landesregierung für 2015 eine finanzielle Nachbesserung beim Kommunalen Finanzausgleich in Höhe von mindestens 135 Millionen Euro an frischem Landesgeld versprochen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist auch gekommen! Haben wir mit euren ungedeckten Schecks bezahlen müssen!)

(Abg. Kowalleck)

Dies hatte der Thüringische Landkreistag zusammen mit dem Gemeinde- und Städtebund Thüringen sowie dem Innenministerium und dem Finanzministerium ausgehandelt. Über die Ankündigung des Innenministers Herrn Dr. Poppenhäger haben wir an dieser Stelle schon oftmals gesprochen. Ich muss an dieser Stelle auch sagen: Wenn Sie Versprechungen machen, dann müssen Sie sie auch halten! Gerade gegenüber unseren Kommunen.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Er hat sie eingehalten!)

(Beifall CDU)

Denn die Kommunen brauchen Verlässlichkeit auf Basis nachvollziehbarer Berechnungen. Wir kritisieren weiterhin, dass die Verrechnungen von Bundes- und Landesmitteln von der Landesregierung nicht verbindlich und klar dargelegt werden. Die Kommunen sehen am Ende, dass sie in Summe vom Land weniger erhalten als 2014 und das bei steigenden Kosten. Die CDU-Fraktion hat sich 2013 dafür eingesetzt, eine Evaluation im Finanzausgleichsgesetz vorzusehen, weil für uns völlig klar war, dass wir mit dem geänderten Kommunalen Finanzausgleich Neuland betreten. Für die Übergangszeit haben wir mit einem kommunalen Hilfspaket und einem Garantiefonds dafür gesorgt, dass die Kommunen 2014 im letzten Jahr der schwarz-roten Koalition 2,022 Milliarden Euro seitens des Landes zur Verfügung hatten.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Hilfspakete helfen nie!)

Das hatte ich eben bereits erwähnt, auch in Bezug auf unsere kommunale Dividende. Der Thüringische Landkreistag fordert auch in seiner aktuellen Resolution für den Landeshaushalt 2016/2017 2 Milliarden Euro plus X. Von den Landkreisen werden insbesondere die steigenden Ausgaben im Personal- und Sozialbereich angeführt. Der Ausschussvorsitzende, Herr Reinholz, hatte in seiner Berichterstattung auch angemahnt, dass gesetzliche Evaluierungs- und Dokumentationspflichten auch als Informationspflichten gegenüber dem Parlament gehandhabt werden. Ich habe meine Kritik schon angebracht: Das ist auch notwendig, um hier eine gute Beratung in den Gremien durchzuführen und ich bitte das auch entsprechend zu beachten.

So lag den Abgeordneten die kleine Revision nach § 3 Abs. 5 und 6 des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes zur Beratung über den Kommunalen Finanzausgleich am 7. Mai noch nicht vor und wurde den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses erst am 28. Mai zugestellt.

Meine Damen und Herren, die kommunalen Spitzenverbände melden einen deutlichen Korrekturbedarf gerade beim Mehrbelastungsausgleich an. Der Mehrbelastungsausgleich muss zwingend dem tatsächlichen Finanzbedarf der Kommunen angepasst

werden. Im gemeinsamen Schreiben der Spitzenverbände zur mündlichen Anhörung wurde vor einigen Tagen nochmals deutlich, dass der durchschnittliche Finanzbedarf der Landkreise tatsächlich bei 85 Euro je Einwohner liegt. Es sollen aber nur 71 Euro je Einwohner im Jahr 2015 als Pauschale für die Landkreise ausgereicht werden. Die Steigerung des Mehrbelastungsausgleichs von 2014 auf 2015 soll somit nur 1 Million Euro betragen – also von 208 auf 209 Millionen Euro steigen. Das ist eben auch ein massiver Widerspruch zum tatsächlichen Finanzbedarf.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Falsch! Einfach falsch!)

Weitere Themen, die der Ausschussvorsitzende angesprochen hatte, die wir in der mündlichen Anhörung durchgenommen haben, waren die Grundsicherung im Alter und die Blindenhilfe. Ein wichtiges Thema waren auch wieder die Kosten der Kindergärten, die ein wichtiger, wesentlicher Faktor in den kommunalen Haushalten sind. Da muss man auch sagen, die Forderung nach der Weiterreichung der Betriebskostenbeteiligung an die Kindergartenträger ist dabei ein wichtiger Punkt. Hier stellt der Bund jährlich die 26 Millionen Euro zur Verfügung. Wir hatten an dieser Stelle auch schon die Diskussion, Frau Ministerin Klaubert, gerade zu Ihren Vorhaben im Koalitionsvertrag, was das beitragsfreie Kita-Jahr angeht, da hatten Sie zunächst gesagt und das steht auch im Koalitionsvertrag, das erste Kindergartenjahr soll frei werden. Jetzt heißt es zwischenzeitlich, das letzte, obwohl da schon annähernd 100 Prozent der Kinder im Kindergarten sind. Aber am Ende ist es wichtig, auch für die Kommunen, dass Sie sagen, woher Sie das Geld nehmen, mit dem Sie dieses beitragsfreie Kindergartenjahr bezahlen.

(Beifall CDU, AfD)

Lassen Sie die Kommunen nicht alleine auf den Kosten sitzen. Diese Diskussion dürfen Sie nicht aufmachen, hier stehen wir auch an der Seite der kommunalen Spitzenverbände.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Sie legen es auf die Elternbeiträge um!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ja, ja!)

Meine Damen und Herren, nach aktueller Prognose entfallen nach dem Königsteiner Schlüssel auf Thüringen im Jahr 2015 über 12.000 Flüchtlinge und Asylsuchende. Angesichts der zu bewältigenden Zahl von Flüchtlingen stehen das Land und vor allem die Kommunen vor besonderen Herausforderungen. Von den für 2015 in Aussicht gestellten 500 Millionen Euro Bundesmittel entfiel auf Thüringen ein Anteil von rund 13 Millionen Euro. Wir ha-

(Abg. Kowalleck)

ben aktuell gehört, dass die Bundesregierung diesen Ansatz von 500 Millionen Euro auf 1 Milliarde Euro verdoppelt hat. Damit fällt auch der Anteil für Thüringen höher aus, er erhöht sich auf das Doppelte, auf 26 Millionen Euro. Unsere CDU-Fraktion hat im Haushalts- und Finanzausschuss beantragt, den Kommunen über eine kommunale Entlastungspauschale Bundesmittel in Höhe von 13 Millionen Euro nach dem alten Stand ungeschmälert zukommen zu lassen. Rot-Rot-Grün will die im Asylbereich den Kommunen zustehenden Mittel im Landeshaushalt selbst verrechnen. Das lehnen wir ab und reichen mit unserem Antrag

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Hört, hört!)

die Bundesmittel als zusätzliche Entlastung vollständig an die Kommunen weiter.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich habe eben gesagt, mittlerweile gibt es einen neuen Stand – es ist heute ein wichtiger Termin in Berlin angesetzt –, die Ansätze sollen verdoppelt werden, das heißt, den Thüringer Kommunen stehen dann Bundesmittel in Höhe von 26 Millionen Euro zur Verfügung.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das wäre doch gut!)

Die CDU-Fraktion hat deshalb auch einen Änderungsantrag erarbeitet, der auf die aktuellen Zahlen eingeht. Dass Bundesmittel weitergereicht werden müssen, ist auch die Forderung der kommunalen Spitzenverbände, die wir an dieser Stelle ausdrücklich unterstützen. Wenn die Koalitionsfraktionen diesen Forderungen nicht zustimmen, führt das dazu, dass am Ende nicht die Kommunen, sondern dass am Ende das Land entlastet wird.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das Land hat schon bezahlt. Was wollt Ihr denn noch, wenn alles schon bezahlt ist?)

Auch hier ist wieder Ihr Koalitionsvertrag der Maßstab. Denn auf Seite 83 heißt es: Sofern der Bund die Kommunen finanziell entlastet, werden diese Entlastungen auch an die Kommunen weitergeleitet.

(Beifall CDU)

Die kommunalen Spitzenverbände haben ihre Position dazu vor einigen Tagen ganz deutlich, ganz klar dargelegt. Allein der reine Personalmehraufwand der Kommunen liegt nach Berechnungen des Thüringer Innenministeriums bei rund 11 Millionen Euro.

Die Länder Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Rheinland-Pfalz haben bereits beschlossen, die Bundesmittel vollständig an die Kommunen weiterzureichen,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wir als Thüringen haben auch 95 Prozent vorher erstattet!)

während in der Anhörung von den Koalitionsfraktionen – Herr Kuschel meldet sich gerade zu Wort – sehr deutlich gemacht wurde, dass in Thüringen diese Bundesmittel ausschließlich zur Entlastung des Landeshaushalts verwendet werden und kein Cent an die Kommunen geht.

(Beifall CDU)

Herr Kuschel, jetzt sind Sie auf einmal ruhig.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Wir werden es erklären!)

In ihrer schriftlichen Stellungnahme im Rahmen des mündlichen Anhörungsverfahrens mahnen die kommunalen Spitzenverbände weiterhin die Beschaffung des Digitalfunks an. Das Land muss die Ausstattung der Kommunen mit Digitalfunktechnik stärker im Landeshaushalt untersetzen. Die geplante Ansatzserhöhung von rund 1,2 Millionen Euro ist nicht ausreichend, wenn davon auszugehen ist, dass die Beschaffung der digitalen Funkgeräte mit Einbau rund 21 Millionen Euro zusätzliche Kosten verursacht. In dem entsprechenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion sind insgesamt 24 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung für die Jahre 2016 und 2017 vorgesehen, also jeweils mit 12 Millionen Euro. Damit wollen wir die Kommunen beim Erwerb von Ausrüstungsgegenständen im Bereich des digitalen BOS-Funks unterstützen.

(Beifall CDU, AfD)

Den Schulen in freier Trägerschaft sollen mit dem Antrag der CDU-Fraktion über 10 Millionen Euro gegeben werden. Mit den bereits durch die Landesregierung eingeplanten Mitteln wären das in diesem Jahr insgesamt 17,5 Millionen Euro zusätzlich. Damit haben wir eine Lösung erarbeitet, die durchaus auch von den Koalitionsfraktionen unterstützt werden sollte. Das gemeinsame Projekt von Rot-Rot-Grün, die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft auf neue Füße zu stellen, gerät mehr und mehr zur Belastung – ich habe das eingangs gesagt – und hat schon Auswirkungen auf die Erstellung des Doppelhaushalts. Das ist sehr bedenklich, denn wieder haben Sie ein Vorhaben, das im Koalitionsvortrag steht, aber das nicht angegangen wird.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, unseren Gesetzentwurf, den wir im Februar eingebracht haben, sitzen Sie aus, obwohl es vonseiten der Regierungskoalition keine brauchbare Alternative gibt. Sie müssen endlich – wie versprochen – eine praktikable Lösung präsentieren, damit die Schulen in freier Trägerschaft Planungssicherheit haben. Nach Ihrem Hin und Her steht eines fest: Zum Schuljahresbeginn

(Abg. Kowalleck)

gibt es keine Klarheit über die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wahnsinn!)

Ein weiteres unserer Vorhaben umfasst Investitionen in die Abwasserinfrastruktur. Zur Verbesserung der Abwasserinfrastruktur insbesondere im ländlichen Raum soll ein Landesförderprogramm aufgelegt werden. Zusammen mit den Fördermitteln in anderen Programmen sollen insgesamt 50 Millionen Euro jährlich zur Verfügung stehen. Im Jahr 2015 werden lediglich anteilige Mittel veranschlagt; mit den von der CDU zusätzlich geplanten 5,65 Millionen Euro ergibt sich eine Gesamtsumme für Abwasserinvestitionen von 25 Millionen Euro.

Unser Paket sieht überdies Verpflichtungsermächtigungen für mehrere Projekte vor. Durch die späte Vorlage des Haushaltsentwurfs – ich habe das bereits erwähnt – können viele Vorhaben unmöglich noch in diesem Jahr begonnen werden. Ich war vor einigen Tagen zum Kreissporttag des Kreissportbunds Saale/Schwarza in Bad Blankenburg. Auch hier wurden von den Sportlerinnen und Sportlern noch einmal ganz eindeutige Mahnungen deutlich gemacht in Richtung der Landesregierung, Zusage auch einzuhalten und die Sportlerinnen und Sportler bei den Vorhaben zu unterstützen. Wir als CDU-Fraktion haben hier verschiedene Änderungsanträge eingebracht. So wollen wir, dass die tatsächlichen Einnahmen aus der Konzessionsabgabe von privaten Sportwettenanbietern

(Unruhe CDU)

dem Thüringer Sport zweckgebunden für Landes- und Stützpunkttrainer im Nachwuchsbereich zur Verfügung stehen. Weiterhin sollen die Einnahmen zur Förderung von Investitionen in Sportanlagen eingesetzt werden und da hat es sehr gut gepasst, am Dienstag war ja die Sendung „Fakt ist ...!“ im MDR – ich sehe jetzt den Wirtschaftsminister Herr Tiefensee nicht –, dort hat er aus Sicht der Landesregierung die Vorhaben dargestellt bzw. hat gesagt, man müsse sich noch einmal mit der Bildungsministerin Frau Klaubert und der Finanzministerin Frau Taubert zusammensetzen und beraten, wie es nun weitergeht. Er hat aber gleichzeitig auf Seite 34 des Koalitionsvertrags verwiesen und gerade dieser Passus ist ganz interessant, den möchte ich Ihnen mal zur Kenntnis geben. Da heißt es: „Die Koalition wird Vereine bei Anpassungsaufwendungen infolge eines Aufstiegs in eine höhere Liga dann unterstützen, wenn die Leistungsfähigkeit der Vereine und betreffenden Kommunen nicht ausreicht. Dabei liegt die Priorität in der kommenden Legislaturperiode im Um- und Ausbau der für den Spitzensport notwendigen Sporthallen in Eisenach, Suhl und

Bad Langensalza. Wir werden die dafür erforderlichen Voraussetzungen einer Förderung schaffen.“

(Zwischenruf Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft: Genau!)

Meine Damen und Herren, statt Hinhaltetaktik und Sonntagsreden wie bei Rot-Rot-Grün hat die CDU-Fraktion in ihrem Haushaltspaket die Sportstätten intensiv bedacht und eine konkrete finanzielle Lösung für die Probleme der Spielstätten vorgelegt.

(Beifall CDU)

Die finanzielle Unterstützung der Sportstätten hatte unsere CDU-Fraktion bereits während ihrer Winterklausur im Januar 2015 in Volkenroda beschlossen. Um in der Handballbundesliga weiterhin erstklassig und auch international auf hohem Niveau spielen zu können, brauchen Vereine wie der Thüringer HC und der ThSV Eisenach verlässliche politische Zusagen für die Finanzierung.

(Beifall CDU, AfD)

Hier, Frau Keller, geht es gerade um den dringenden Ausbau der Heimspielstätten. Die CDU-Fraktion hat im Haushaltsplan 2015 Planungskosten in Höhe von 150.000 Euro für den Ausbau der Werner-Aßmann-Halle in Eisenach und 200.000 Euro für die Salza-Halle in Bad Langensalza beantragt. Für 2016 beantragen wir Verpflichtungsermächtigungen zur Finanzierung der Bauten. Die 3.000 Zuschauer fassende Werner-Aßmann-Halle in Eisenach entspricht eben nicht den geforderten Hallenstandards der Handballbundesliga. Daher soll 2016 ein Umbau der Halle erfolgen. Die Stadt Eisenach kann den Umbau jedoch nicht allein schultern. Trotz der mündlichen Zusagen von Vertretern der rot-rot-grünen Landesregierung bietet deren Haushalt keinerlei finanzpolitische Sicherheit für den Verein. Ebenso verhält es sich mit der Salza-Halle des THC in Bad Langensalza.

Wer eine angemessene Finanzausstattung vom Wohlverhalten der Kommunen bei der Schaffung größerer Kommunalstrukturen abhängig macht, der verkehrt das enorme Potenzial freiwilliger Gemeindeneugliederungen. Wir haben die freiwilligen Gemeindeneugliederungen in der letzten Wahlperiode so stark verändert, wie seit 1993/1994 nicht mehr. Die CDU-Fraktion setzt weiterhin auf Freiwilligkeit bei den Gemeindeneugliederungen,

(Beifall CDU)

denn gerade dieser Weg hat sich in der Vergangenheit bewährt. Aus diesem Grund wollen wir mit unserem Antrag weiterhin die finanziellen Grundlagen schaffen. Dadurch können die Gemeinden auch endlich wieder planen.

Ein wichtiges Thema in Bezug auf das Handwerk ist der Meisterbonus. Um das Thüringer Handwerk innovativ aufzustellen und attraktiv für die Zukunft

(Abg. Kowalleck)

zu machen, brauchen wir eben diesen Meisterbonus. Die Landesregierung muss dabei auch endlich den Fuß von der Bremse nehmen, damit die Meisterausbildung als Rückgrat des Handwerks attraktiver wird. Mit dem Meisterbonus haben wir ein geeignetes Instrument, um das Know-how in Thüringen im Handwerk zu sichern. Das beweist auch die Praxis in Bayern, wo der Meisterbonus bereits praktiziert wird. Angesichts der rückläufigen Zahl der Handwerker mit Meistertitel im Freistaat haben wir als CDU-Fraktion im Landtag bereits im März dieses Jahres die Einführung des Meisterbonus gefordert.

(Beifall CDU)

Wir wollen damit ein deutliches Zeichen für die duale Ausbildung setzen und wir wollen damit auch die berufliche Weiterbildung honorieren, sodass sich eben auch mehr Handwerker für die Meisterausbildung entscheiden. Im Rahmen eines Förderprogramms sollen diese Anreize geschaffen werden. Jeder erfolgreiche Meisterabschluss soll mit 1.000 Euro honoriert werden. Dazu haben wir einen entsprechenden Antrag eingebracht.

(Beifall CDU)

Das Thema „Breitband“ hat für uns einen wichtigen Stellenwert. Gerade im ländlichen Raum müssen wir da weiter dranbleiben. Viele meiner Kollegen und ich selbst kommen aus dem ländlichen Raum, da haben wir auch aufgrund der Topografie Regionen, da geht's bergauf, da geht's auch mal bergab und das stellt uns vor technische Herausforderungen. Wir hören das immer wieder in Gesprächen; ob das die Schüler sind, die darauf angewiesen sind, dass sie ein schnelles Internet haben, oder die Privatpersonen, weil sich viel auf das Internet verlagert hat, oder auch – wir hatten gerade das Thema Handwerker – die Wirtschaft in Thüringen, die gerade im ländlichen Raum zu Hause ist. Hier wollen wir Zeichen setzen, gerade auch für den ländlichen Raum – ich habe das gesagt. Um den Breitbandausbau in Thüringen voranzutreiben, müssen zusätzlich zu den vorhandenen und möglichen Finanzierungsquellen Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Hier haben wir Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2016, 2017, 2018 mit jeweils 4 Millionen Euro beantragt.

Zum Thema „Personal“: Um die Einsatzfähigkeit und die Einsatzbereitschaft der Thüringer Polizei sicherzustellen, ist es wichtig, die Arbeit der Polizeibeamten durch Beförderung zu honorieren. Unsere Polizei ist der Garant für die innere Sicherheit im Freistaat.

(Beifall CDU, AfD)

Es ist uns wichtig, die Arbeits- und Besoldungsbedingungen der Polizeibeamten so zu gestalten, dass das Engagement für diesen Dienst entsprechend gewürdigt wird. Deshalb beantragt die CDU-

Fraktion eine Stellenhebung von 500 Planstellen des mittleren Polizeivollzugsdienstes in den gehobenen Dienst.

(Beifall CDU)

Weiterhin wollen wir auch für die Justizwachtmeister eine Besserung im Stellenplan erreichen. Im Rahmen der Dienstrechtsreform wurde das Eingangsamt für den Wachtmeisterdienst auf Besoldungsgruppe A 6 angehoben. Um die Leiter der Justizwachtmeistereien entsprechend ihrer Aufgaben besolden zu können, ist die Hebung von sechs Stellen erforderlich.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jawohl!)

(Beifall CDU)

In der Berichterstattung ist deutlich geworden, zur Generalausprache gehört auch der Einzelplan 01 des Thüringer Landtags. Der Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses hatte in der Berichterstattung darauf hingewiesen, dass von der Landtagsverwaltung ein höheres Arbeitsaufkommen zu bewältigen ist. Das ist richtig und das wurde auch entsprechend unterlegt.

Ein Thema in der Diskussion muss dennoch angesprochen werden. Die Landesregierung hat dem Parlament zwei Exemplare zum Einzelplan übergeben, einmal den Entwurf und dazu noch einmal einen Voranschlag gemäß § 29 Abs. 3 Thüringer Landeshaushaltsordnung; wir haben das Vorgehen an dieser Stelle schon einmal deutlich gemacht. Das ist ein Tabubruch, denn das gab es in diesem Freistaat noch nie. Für uns ist es unverständlich, wie Sie das Parlament hier vorführen und Sie machen als Koalitionsfraktionen da auch noch mit. Wir haben lang und breit im Haushalts- und Finanzausschuss über das Vorgehen diskutiert und ich muss an dieser Stelle sagen, da haben Sie dem Parlament einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall CDU)

Im Bereich des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit haben die Koalitionsfraktionen einen Änderungsantrag eingebracht, der die Erhöhung von Stellen zur Folge hat, und zwar ein Ministerialrat und ein Oberregierungsrat. Daraus folgen Mehrausgaben in Höhe von 73.000 Euro. Für die zusätzlich wahrzunehmenden Aufgaben durch den Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hatte die CDU-Fraktion im Haushalts- und Finanzausschuss eine zusätzliche Stelle A 13 beantragt. Dem wurde nicht gefolgt, sondern die Koalitionsfraktionen haben nur eine E-12-Stelle zugebilligt. Wir hätten uns gewünscht, dass die Koalitionsfraktionen an dieser Stelle ein klareres Zeichen für die Arbeit des Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur setzen. Das ist so nicht erfolgt.

(Beifall CDU)

(Abg. Kowalleck)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rot-Rot-Grün bläht den Haushalt auf, nimmt ein Steigen der Pro-Kopf-Verschuldung in Kauf, tritt beim Personalabbau auf die Bremse und setzt die Kommunen finanziell unter Druck. Das ist die vermittelte Botschaft zum Haushalt 2015 und auch schon zum Haushalt 2016 und 2017. Es wird weiter ohne Rücksicht auf die Bevölkerungs- und Einnahmeentwicklung gewirtschaftet. Und für uns ist es fragwürdig, dass bei steigenden Einnahmen die Tilgungsbeiträge für 2016 bei 49 Millionen Euro liegen sollen und für 2017 gerade nur bei 31 Millionen Euro. Thüringen hat gerade 2014 – das habe ich an dieser Stelle hier auch gesagt – noch 114 Millionen Euro getilgt. Richtig wäre gewesen, konsequent auch mit dem Landeshaushalt 2015 zu tilgen.

(Beifall CDU, AfD)

Denn gerade das würde Spielräume für eine Zukunft mit weniger Zuweisungen des Bundes und der EU eröffnen, statt diese Spielräume weiter einzuschränken. Ihr Haushalt ist kein Zeichen für eine zukunftsgerichte Politik. Sie zeigen, dass Sie nicht den Willen haben, den Konsolidierungskurs im Freistaat weiterzuführen. Das ist ein schlechtes Zeichen für Thüringen, das ist ein schlechtes Zeichen für die Menschen in unserem Freistaat.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Im Auftrag des Präsidenten erteile ich rückwirkend dem Abgeordneten Kuschel einen Ordnungsruf für die Bemerkung, dass Herr Abgeordneter Kowalleck lügt.

(Beifall CDU)

Ich rufe für die Fraktion Die Linke den Abgeordneten Huster auf.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, an Parteien werden oftmals zwei widerstrebende Erwartungen gerichtet, zum einen wird Streit sehr oft als etwas Negatives empfunden. Die Erwartungshaltung lautet, vertragt euch und einigt euch auf ein kleinstes gemeinsames Vielfaches, einen kleinsten gemeinsamen Nenner. Andererseits wird aber ebenso oft kritisiert, dass Parteien nicht mehr unterscheidbare Positionen vortragen und das als Grund für Politikverdrossenheit gelten muss. Eine Haushaltsdebatte ist, glaube ich, in dieser Hinsicht doppelt anspruchsvoll, weil noch einmal dazukommt, dass viele Menschen sich selbst für nicht besonders qualifiziert empfinden, Haushaltsdinge zu verstehen, die Haushälter in aller Regel aber den Anspruch haben, die Dinge so zu erklären, dass sie verständlich sind. Und Sie wissen

ja, hinter den Zahlen steht Politik. Ich will also versuchen, in meiner Rede auch nach der Rede von Maik Kowalleck ein paar Gemeinsamkeiten und Unterschiede herauszuarbeiten.

Maik Kowalleck, ich nehme die Herausforderung an. Genauso, meine Damen und Herren, hat Rot-Rot-Grün diese Herausforderung und den entsprechenden Gestaltungsauftrag angenommen. Obwohl wir uns in einem Übergangshaushalt 2015 befinden, stärken wir mit unseren Vorschlägen die Kommunen, vornehmlich dabei die Investitionen, und hierbei noch einmal prioritär die Schulinvestitionen. Wir investieren in die Zukunft. Wir helfen den Kommunen insbesondere in Notlagen und fangen an, auch dort endlich Probleme zu lösen. Wir stellen uns den Herausforderungen mit den zu uns kommenden Flüchtlingen. Wir sitzen die Probleme dort nicht mehr aus, sondern betreiben eine aktive Politik,

(Beifall DIE LINKE)

eine bejahende Politik. Wir forcieren die Lehrereinstellungen und wollen eine Vertretungsreserve aufbauen, um den Schulunterricht besser absichern zu können. Wir gestalten schon 2015 auch im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung und gemeinwohlorientierter Beschäftigung und verstetigen die aktive Arbeitsmarktpolitik.

Meine Damen und Herren, das machen wir alles, ohne neue Schulden aufzunehmen, im Gegenteil, alte Schulden werden getilgt und es wird Risikoversorge betrieben. Wir wollen gestalten, konsolidieren und vorsorgen.

Meine Damen und Herren, warum ist dieser Dreiklang so wichtig? Die Herausforderungen in dieser Legislatur – sie endet 2019 –, die Herausforderungen für das Jahr 2020 sind uns allen bekannt. Der Solidarpakt läuft aus, die EU-Mittel sinken. Wir werden ab 2019 einen neuen Länderfinanzausgleich haben. Daraus resultiert einnahmeseitig eine enorme Unsicherheit. Das ist in der Tat eine enorme Herausforderung für alle Haushalte bis 2020. Derzeit werden auch durch unsere Regierung zwischen Bund und Ländern Verhandlungen über die Finanzbeziehungen mit großer Intensität geführt, aber noch mit keiner Einigung. Allerdings, meine Damen und Herren, von Horrorszenarien, beispielsweise aus den Jahren kurz nach oder während der sogenannten Finanzkrise, sind wir weit entfernt. Auch das bitte ich zu berücksichtigen. Wir haben im Jahr 2010 noch Mittelfristige Finanzplanungen aufgestellt, die die Perspektive hatten: 2 Milliarden Euro weniger im Jahr 2020 und demzufolge einen Konsolidierungsdruck von 2 Milliarden Euro gegenüber dem Jahr 2010. Von diesen Horrorszenarien sind wir mittlerweile, auch durch die Entwicklung, weit entfernt. Die Steuereinnahmen haben sich kräftig entwickelt und relativieren zumindest das Problem. Und das heißt, das können

(Abg. Huster)

wir auch schon an den Mittelfristigen Finanzplanungen sehen, dass eine kluge, weitsichtige Politik möglich ist und dass sie Gestaltungschancen hat. Das ist auch unser Anspruch,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

wenn wir diese Chancen für diesen Dreiklang von Konsolidieren, Gestalten und Risikovorsorge betonen.

Meine Damen und Herren, zum Gestalten gehört auch Investieren und das tun wir auch im Wissen, dass nicht alles von heute auf morgen geht.

Meine Damen und Herren, es ist berichtet worden vom Vorsitzenden des Haushaltsausschusses über den Verlauf der Sitzungen und es sind zu einzelnen Änderungsanträgen schon Ausführungen gemacht worden. Ich will die wichtigsten oder einige der wichtigsten Anträge der Koalition hier noch mal darstellen aus dem Haushalts- und Finanzausschuss, die jetzt ihren Eingang in die Beschlussempfehlung gefunden haben. Wir haben die Zuschüsse für Berufsschüler zu den Fahrt- und Unterkunft-/Verpflegungskosten in Höhe von 100.000 Euro erhöht. Wir haben ein Förderprogramm für Volontäre im Museumsbereich verstärkt. Die Zuwendungen an den Feuerwehrverband für die Konzeption einer Mitgliederkampagne werden zur Verfügung gestellt. Zuweisungen für Investitionen in Feuerwehrhäuser und -fahrzeuge werden ebenso erhöht. Dahinter verbirgt sich eine Erhöhung für die Bereitstellung von Digitalfunk für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr in den Kommunen.

(Beifall SPD)

Mit Änderungsanträgen ist die Stärkung des Landesprogramms für Demokratie beabsichtigt. Die Zuschüsse an die Sportvereine und -verbände werden erhöht, ebenso die Zuschüsse an die Verbraucherinsolvenzberatungsstellen, die Ausländervereinsarbeit gestärkt. Es beginnt eine innovative und zielgruppenorientierte Studierendekampagne und die Stärkung und Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes ist beschlossen, welche vorrangig den Kommunen zugute kommt und vor allen Dingen der Kindergesundheit dienen soll. Und, meine Damen und Herren, diese Anträge sind solide, sie sind gegenfinanziert im Haushalt und sie dokumentieren den Gestaltungswillen von Rot-Rot-Grün.

(Beifall DIE LINKE)

Dahinter, meine Damen und Herren, stehen oftmals gar nicht so große Zahlen, aber der Beginn einer Politik, die mit den Betroffenen Alternativen entwickelt und versucht, die Dinge schrittweise zu verbessern. Wir hatten im Haushalts- und Finanzausschuss interessante Debatten, weitgehend sachlich. Dafür ist unter anderem auch dem Vorsitzenden des Haushalts- und Finanzausschusses zu

danken. Wir haben bemerkenswert den Umstand festzustellen, dass wir in den weiteren Debatten heute eine längere Redezeit für den Einzelplan 03 konstatieren dürfen. Das verdanken wir vor allem Herrn Geibert wegen seiner intensiven Arbeit im Haushalts- und Finanzausschuss. Das wundert dann schon, wenn gerade er die neue Landesregierung intensiv nach Konzepten befragt, obwohl er noch vor wenigen Monaten dort selbst Verantwortung übernommen hatte. Aber sei es drum, sei es wie es sei, lieber von Geibert als Oppositionspolitiker befragt als vom Minister Geibert belehrt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Kollegen, lassen Sie mich zu den Änderungsanträgen von CDU und AfD einige Bemerkungen machen, wenngleich ich einräumen muss, dass ich mich nur auf die Anträge beziehen kann, die im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt wurden, denn die anderen liegen uns noch nicht vor und die können wir demnach nicht bewerten.

Die CDU hat unter anderem beantragt, den neuen Titel „Förderung öffentlich geförderte gemeinwohlorientierte Beschäftigung“ zu streichen mit der lapidaren Begründung „entbehrlich“. Ebenso wurde beantragt, die Verpflichtungsermächtigung im bestehenden Landesarbeitsmarktprogramm von 7,5 Millionen auf 3 Millionen Euro deutlich zu reduzieren mit der Begründung „entbehrlich bis zur Höhe der bereits ausgebrachten VE“. Bei den Zuschüssen für investive Maßnahmen bei studentischen Angelegenheiten wollte die CDU eine Halbierung auf 1 Million Euro durchsetzen. Herr Kowalleck hat über sein Angebot, sein unmoralisches Angebot

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Unmoralische Angebote mache ich nicht!)

im Bereich der freien Schulen gesprochen und kompensiert das in den Deckungsvorschlägen mit Kürzungen von über 7 Millionen Euro beim Landesstraßenbau, meine Damen und Herren. Das sollten zumindest auch mal alle wissen.

(Beifall DIE LINKE)

Noch klarer wird das Profil, wenn man sich die Änderungsanträge der AfD im Haushalts- und Finanzausschuss ansieht. Die Mittel für den Thüringen-Monitor sollen vollständig gestrichen werden mit der Begründung, ich zitiere: „Hier existiert eine Konkurrenz zu privaten Umfrageinstituten. Der Thüringen-Monitor ist keine primäre Staatsaufgabe und ist in Zeiten der Haushaltskonsolidierung zu streichen.“

In dieser Qualität, meine Damen und Herren, geht es weiter bei der Fortbildung im Rahmen des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“. Die Titel werden gnadenlos zu-

(Abg. Huster)

sammengestrichen, alle mit folgender Begründung: Das Thüringer Landesprogramm berücksichtige religiösen Extremismus und Linksextremismus nur unzureichend und offenbare weitergehende konzeptionelle Fehler, etwa bei der Wahl der Institutionen, die mit der Durchführung des Programms beauftragt werden. Die Neukonzeption erschließe vorhandene Wirtschaftlichkeitsreserven.

Weiter geht es mit der Abschaffung des Ausländerbeauftragten, die drei Stellen sollen künftig eingespart werden nach Willen der AfD, weil die Rechte für Integration, Migration und Asyl im Gesetz und Grundgesetz verankert und rechtlich durchsetzbar seien. Einen Ausländerbeauftragten benötige man daher nicht – usw. usf.

Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als die Offenbarung Ihrer Ideologie und das Schüren von Ressentiments und Vorurteilen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Das Gegenteil, Herr Kollege, das Gegenteil!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, sowohl in der ersten Lesung hier im Plenum als auch in der Generaldebatte oder Grundsatzdebatte im Haushalts- und Finanzausschuss als auch heute von Herrn Kowalleck zum Teil vorgetragen, hat die CDU weitere Kritikpunkte vorgetragen, die einer kritischen Würdigung bedürfen. Zum einen hat Herr Kowalleck auch hier – aber auch Herr Mohring – in der ersten Lesung die Aufblähung des Haushaltsvolumens beschworen. Dazu ist Folgendes zu sagen: Im Haushaltsplan 2014 war das kommunale Hilfspaket nicht enthalten. Die 100 Millionen, die dann tatsächlich aufgelegt wurden, führten zu einer Steigerung des Haushaltsvolumens im Ist. Wir planen die Mittel im Gegensatz dazu bereits mit der Aufstellung des Haushalts 2015 ein. Die Mittel des Bundes für den Hochschulpakt stiegen 2014 um 27 Millionen Euro gegenüber dem Ansatz. Diese 27 Millionen Euro wurden auch ausgezahlt. Damit stieg das Haushaltsvolumen an. Wir haben nicht vor, jetzt 2015 wieder weniger einzuplanen. Im Haushaltsplan 2014 waren die Mittel aus der Kinderbetreuungsfinanzierung des Bundes nicht enthalten. Die 9,25 Millionen Euro wurden weitergereicht und führten damit zu einer Steigerung des Haushaltsvolumens. Bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung waren 2014 61 Millionen Euro eingeplant. Der Bund übernimmt inzwischen die Mittel in voller Höhe. Er hat tatsächlich 69 Millionen gezahlt. Mit der Weiterreichung der Mittel an die Kommunen stieg das Haushaltsvolumen um diese Differenz zum Plan, hier also um 8 Millionen Euro. Weitere Beispiele ließen sich darstellen. Ich will zumindest noch eins erwähnen, meine Damen und Herren: Ihre „Altlast Pilz“ holt uns aktuell wieder ein. Wir müssen für die Bürg-

schaftsausfälle 25 Millionen Euro mehr ausgeben in diesem Jahr 2015, was Sie, die damals regierende CDU, uns also eingebrockt haben, meine Damen und Herren. Auch das führt zu einer Ausweitung des Haushaltsvolumens, das Sie kritisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daran sieht man mal in Summe, wie unseriös Ihre Kritik an dieser Stelle ist.

Nächster Punkt: Sie haben uns in der ersten Lesung vorgeworfen, die Finanzministerin würde in ihrem Entwurf einen Teil der Mittel, die aus der November-Steuerschätzung 2014 resultieren würden, im Haushalt veranschlagen. Ich möchte Herrn Mohring aus der ersten Lesung des Haushalts zitieren: „Anstatt diesen Weg fortzusetzen, schätzen Sie mehr Steuereinnahmen, als die Novembersteuerschätzer in diesem Land voraussagen. Es kann uns ein neues blaues Wunder drohen an dieser Stelle, weil weder die steuergeschätzten Einnahmen der Novembersteuerschätzer kommen noch die Mehreinnahmen, dieser Hoffnungsaufschlag, den Sie planen. Sie drohen dem Land, ein neues Risiko im neuen Haushalt und all das macht sich fest.“ Nun frage ich Sie, Herr Kowalleck, was Sie mit Ihren Änderungsanträgen machen. Sie kassieren nicht nur diesen Ansatz der Finanzministerin, sondern verrechnen noch die aus der Mai-Steuerschätzung 2015 prognostizierten Mehreinnahmen für Ihre Änderungsanträge, um eine höhere Schuldentilgung darzustellen. Ihre dargestellte Schuldentilgung ist nichts anderes, als auf Pump finanziert, eine Risikodarstellung, und wir haben gute Gründe, sie nicht im Haushalt anzufassen, sondern zu schauen, wie das Jahr insgesamt verläuft.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wer sich hinstellt und sich profilieren will, dass er mehr Schulden tilgt als wir, und uns daraus den Vorwurf unsolider Haushaltspolitik konstruieren möchte, der sei mit einer weiteren Tatsache Ihrer Änderungsanträge konfrontiert. Herr Kowalleck, Sie haben in vielen Bereichen hier dargestellt – völlig zu recht übrigens –, dass es in den nächsten Jahren in gewissen Bereichen Mehrbedarfe gibt, in denen wir etwas tun müssen oder entscheiden müssen, machen wir es dort oder machen wir es dort. Das hängt mit verfügbaren Haushaltsmitteln zusammen. Sie haben dafür das Instrument von Verpflichtungsermächtigungen gewählt, aber wenn man mal zusammenrechnet, was Sie gemacht haben: Auf der einen Seite den Popanz aufbauen, wir müssten mehr Schulden tilgen, und auf der anderen Seite haben Sie allein für das Jahr 2016 mit Ihren Änderungsanträgen zusätzliche Verpflichtungsermächtigungen von fast 100 Millionen Euro in diesen Haushalt hineinschreiben wol-

(Abg. Huster)

len. Geld, das Sie nicht haben, das noch mitten in der Diskussion um die Verteilung der geringer werdenden Mittel insgesamt steht. Das kann doch keine seriöse Politik sein, einerseits zu fordern, wir müssten mehr Schulden tilgen, und auf der anderen Seite ungedeckte Schecks in die Zukunft reinzuschreiben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das zum Prinzip macht – Herr Kowalleck, stellen Sie sich mal vor –, da kann sich ja jeder hinstellen und sagen, ich habe zwar für das Haushaltsjahr 2015 de facto keine wirklichen Alternativen, aber in den Folgejahren müssen wir Hunderte Millionen in die Bereiche und in die Bereiche stecken und finanzieren soll es irgendein anderer. So kann man seriöse Haushaltspolitik aus meiner Sicht nicht betreiben, Herr Kowalleck.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es stellt sich eine zweite Frage. Wenn Sie plötzlich so viele Bedarfe für das Jahr 2016 identifiziert haben, dann fragt man sich, wo die denn alle herkommen. Kommen die denn aus dem halben Jahr Rot-Rot-Grün oder handelt es sich nicht eher um über viele Jahre aufgestaute Probleme, die Sie nicht in den Haushalt gebracht haben? Nicht, weil Sie es nicht wollten, sondern weil Sie es oftmals nicht konnten, meine Damen und Herren. Deshalb ist es legitim zu überlegen, dass man sehr verantwortungsvoll mit dem Thema „Schulden tilgung“ in der jetzigen Situation umgeht und sich vielmehr über mögliche alternative Instrumente wie zum Beispiel die Rücklagenbildung Gedanken macht, damit man den Investitionsstau in vielen Bereichen vernünftig abbauen kann.

Meine Damen und Herren, Herr Mohring hat einen vierten Vorwurf in der ersten Lesung hier dargestellt, auch um den Popanz aufzubauen, Rot-Rot-Grün möchte neue Schuldenermächtigungen haben. Herr Mohring kritisiert, dass die Kreditermächtigungen von 1,8 Milliarden Euro im Jahr 2014 auf 1,9 Milliarden Euro im Jahr 2015 steigt, genauer, um 110 Millionen Euro. Er meint, dass die neue Landesregierung damit neue Schulden macht oder neue machen will und – Zitat: „An dieser Stelle seien sie enttarnt“, wirft er uns vor. Diese Äußerungen schreien geradezu nach einer Belehrung, Herr Mohring. Die Kreditermächtigungen dienen lediglich der Erneuerung von Krediten, der Erneuerung von alten Krediten, die von ehemaligen Finanzministern aufgenommen wurden und die jetzt fällig sind. Die Kritik richtet sich also genau genommen an Menschen wie Andreas Trautvetter und Birgit Diezel, Marion Walsmann und Wolfgang Voß, weil sie als Finanzminister nicht aufgepasst haben und bei Kreditaufnahmen und Krediterneuerungen die Fälligkeit für das Jahr 2015 doch tatsächlich um rund

110 Millionen Euro höher gewählt haben als noch für das Jahr 2014. Ich gehe davon aus, dass Herr Mohring nicht kritisiert, dass wir die Kredite, die von CDU-Finanzministern oder -ministerinnen aufgenommen wurden, auch zur Fälligkeit bedienen. Wie man es auch nimmt, meine Damen und Herren, aufgrund Ihrer Rede bei der Einbringung und der Kritik an dieser Stelle: Bei den Kreditermächtigungen kommen durchaus berechnete Zweifel an Ihrer haushaltsfachlichen Kompetenz auf. Oder um es mit den Worten von Mike Mohring zu sagen: „An dieser Stelle seien Sie enttarnt.“

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass wir dazu, zu diesem schweren Vorwurf gegen Rot-Rot-Grün, keinen Änderungsantrag der CDU im Haushaltsausschuss vorliegen hatten, habe ich für mich als Eingeständnis gewertet, dass das heiße Luft war, die Sie in der ersten Lesung vorgetragen haben.

Meine Damen und Herren, da möchte ich abschließend zu diesem Komplex, zu dem Thema „Schulden tilgung, Rücklagen und die dahinterliegende Strategie“, noch zwei Worte sagen dürfen. Wir sind der Auffassung, dass die Haushalte atmen dürfen, und sie müssen atmen können. Wir haben eine ganze Menge volkswirtschaftliche Risiken, Risiken, die wir hier nicht beeinflussen können. Seitdem einige Bundesländer in der Lage sind, Haushalte ohne neue Schulden aufzustellen und schrittweise in die Tilgung einzusteigen, und seitdem es in den Landeshaushaltsordnungen die Schuldenbremse gibt, hat man auf der exekutiven Seite überlegt: Was könnten denn flexible Instrumente in der Haushaltsbewirtschaftung sein, auch überjährig? Wie kann man Risiken vernünftig verteilen? Es stellt sich heraus, dass es rational ist, über das Instrument der Rücklagenbildung nachzudenken. Wir haben derzeit circa 2 Prozent des Volumens des Landeshaushalts als Rücklage. Das halte ich für eine vernünftige Größe mit Blick auf mögliche Risiken. Und die Philosophie, die dahintersteht, kann doch heißen: Wenn das Haushaltsjahr vernünftig läuft und im Haushalt am Jahresende Überschüsse entstehen, dann kann man doch einen vernünftigen Mix angehen, nämlich Schulden tilgung – das schließt in Thüringen die Tilgung von Schulden in alten Sondervermögen ausdrücklich mit ein –, man kann Rücklagen bilden und man kann einen Teil des Geldes einsetzen, um in Zukunftsinvestitionen zu gehen. Das alles ermöglicht man, indem man die Haushalte etwas atmen lässt, und nicht jetzt, nur um des Effektes willen, drastisch in die Schulden tilgung geht. Wenn dann einmal ein konjunktureller Einbruch zu verzeichnen ist, hat man sofort entweder ein Vollzugsproblem im Haushalt und man hat sofort eine Neuverschuldungsdebatte. Wenn man das abschwächen will, wenn man das vermeiden will, wenn man der Exekutive die Mög-

(Abg. Huster)

lichkeit gibt, sich frühzeitig auf Entwicklungen einzustellen, und wenn die befürchteten Entwicklungen nicht eintreten, den Gestaltungswillen nutzt, auch für die Schuldentilgung und für die Zukunftsinvestitionen, dann, das glauben wir, ist das im Moment das sachgerechteste Instrument, was wir haben. Wir sollten froh sein, dass wir es haben. Insofern können wir dem Änderungsantrag der CDU, die Rücklage weitgehend abzuschwächen, auch nicht zustimmen, meine Damen und Herren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe erwähnt, dass die Bund-Länder-Finanzbeziehungen für die weiteren Finanzplanungen von hoher Bedeutung insgesamt für die neuen Bundesländer und für Thüringen sind. Wir sind uns bewusst, dass in dieser Legislatur wichtige Aufgaben zu bewältigen sind, schon im bevorstehenden Doppelhaushalt 2016/17. Ausdrücklich noch mal hinzugefügt: Dazu gehören auch die Sondervermögen; wenn Sie über Schuldentilgung reden, reden wir auch über die Sondervermögen. Wenn wir dort nichts tun, werden wir in den nächsten Jahren bei wahrscheinlich sinkendem Haushaltsvolumen im Landeshaushalt steigende Zuführungen aus diesem Landeshaushalt in die Sondervermögen leisten müssen, was die Spielräume für alle anderen Politikbereiche einschränken würde. Das haben wir Ihnen zu verdanken; weitsichtige Politik – kann ich nur sagen – Sondervermögen und Sonderschulden aufzubauen, sogenanntes „Althaus-Wahlversprechen“, 1,3 Milliarden Euro schwer. Das ist immer noch ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wissen, dass Strukturreformen in diesem Land nötig sind. Der Thüringer Landtag hat bereits im Frühjahr mit Beschluss die Regierung beauftragt, ein kommunales Leitbild zu erstellen und ein Vorschaltgesetz, Stichwort „Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform“, hier vorzulegen. An dieser Stelle erlaube ich mir noch mal, Herrn Mohring aus der ersten Lesung zu zitieren. Er sagte wie folgt: „Sie haben uns sogar an Ihrer Seite, wenn es um Haushalt geht und Sie Prioritäten setzen müssen, die schmerzhaft sind, weil Konsolidierungsbedarfe bestehen, die Sie vielleicht sogar irgendwann erkennen und hier vor das Parlament treten und sagen: Wir bitten um große, breite Unterstützung, damit wir diesen Weg gehen können.“ Ich war Herrn Mohring sehr dankbar für diese Einfügung und ich sage: Beim Thema „Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform“ werden wir auf die CDU zukommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt 2015 – damit komme ich zum Schluss –, dokumentiert unseren Anspruch, dass sozial und ökologisch nachhaltige Zukunftsinvestitionen und haushalterische Vernunft miteinander stärker als bisher, stärker als in den letzten Jahren, in Einklang

gebracht werden können. In dem Sinne wünsche ich uns eine gute Schlussdebatte, gute Beratungen für heute und morgen und ich möchte allen danken, die an der Entstehung und Ergänzung des Haushalts ihren Anteil hatten. Ich darf mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD erhält Abgeordneter Dr. Pidde das Wort.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, Verlässlichkeit ist gepaart mit Solidität. Deshalb ist der vorliegende Haushalt ein guter Haushalt, gut für die Menschen in unserem Land.

(Beifall SPD)

Dieser Haushalt wird Thüringen weiter voranbringen. Sozial, ökologisch, finanzpolitisch solide. Meine Damen und Herren, was versprochen wurde, wurde auch gehalten. Dieser Haushalt ist ein Haushalt ohne neue Schulden. Und wenn wir uns anschauen, dass von den 16 Bundesländern zehn Kredite aufnehmen müssen, um den Haushalt 2015 überhaupt zu bekommen – dann sage ich, dass ist schon einmal eine gute Aussage.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Alles Sozialdemokraten!)

Dabei profitieren alle 16 Bundesländer gleichermaßen von den derzeit guten Steuereinnahmen. Thüringen, wir, wir wollen sogar tilgen – nämlich 26,5 Millionen Euro. Sicher sagen die einen oder anderen: Das ist nicht viel, angesichts der enormen Schuldenberge, die unter den Ministerpräsidenten Vogel und Althaus aufgebaut worden sind. Aber beim Sparen kann man es nie allen recht machen. Der Bund der Steuerzahler sagt: Es muss mehr gespart werden. Der DGB fordert eine Abkehr vom Spardiktat. Ich möchte darauf mit einem Zitat vom ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss antworten: „Sparen ist die goldene Mitte zwischen Geiz und Verschwendung.“ Der vorliegende Haushalt trifft diese goldene Mitte. Wir tilgen Schulden. Von den 16 Bundesländern – um noch einmal darauf zurückzukommen – sind es nur noch drei, die in der Lage sind oder die das wollen, jetzt Geld in die Hand zu nehmen, um Schulden zu tilgen. Ganz wichtig ist die Rücklage, die wir haben. Ich verstehe auch die Kritik der CDU als unsachlich, weil alle, die sich ein kleines bisschen um die Gesamtproblematik Finanzen kümmern, wissen, dass die Jahre 2018/2019 die finanziell schwierigsten für Thüringen werden, wenn die Solidarpaktmittel steil nach unten auf Null heruntergefahren werden.

(Abg. Dr. Pidde)

Meine Damen und Herren, aber nicht nur deshalb kann sich dieser Haushalt sehen lassen. Die Koalition erhöht die Investitionsquote von 12,4 auf 13,5 Prozent. Dies ist ein wichtiges Signal an die Wirtschaft, tragen die Investitionen doch unmittelbar zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei. Nur wenn wir heute klug investieren, ist Thüringen auch morgen noch gut aufgestellt. Der vorliegende Haushalt setzt auf Kontinuität bei der Förderung von Vereinen, Verbänden und Institutionen; alle Bundes- und Europamittel sind voll kofinanziert, es wird kein Geld liegen gelassen, das Geld wird in Thüringen eingesetzt. Für den Bereich Wirtschaft und Wissenschaft ist diese Feststellung besonders wichtig. Darüber hinaus sind die Stärkung der Außenwerbung, die Fortführung des Tourismusbudgets, die Ausfinanzierung der Rahmenvereinbarung III für die Hochschulen und die Schaffung eines neuen Sanierungsprogramms für Studentenwohnheime geplant. Im staatlichen Hochbau wird die weitere Unterstützung des Universitätsklinikums Jena für den zweiten Bauabschnitt des Neubaus die dominierende Maßnahme dieser Wahlperiode sein, gefolgt vom gemeinsamen Gefängnisneubau mit Sachsen in Zwickau. Beides findet sich finanziell untersetzt im Plan wieder. Nennen möchte ich an dieser Stelle noch die Modernisierung der Berufsakademie in Gera sowie die Fortführung der Bauarbeiten für die Bereitschaftspolizei und das Landeskriminalamt in der Kranichfelder Straße in Erfurt, für die ebenfalls die Gelder veranschlagt sind.

Überhaupt verfügt das Infrastruktur- und Landwirtschaftsministerium über den drittgrößten Etat. In den hier veranschlagten Investitionsprogrammen gibt es erst einmal keine größeren Veränderungen. Kontinuität bei bewährten Förderprogrammen ist das Gebot der Stunde.

Mehr Geld für Bildung gehört zu den wichtigsten Vorhaben der Koalition. Die Einstellung von 500 neuen Lehrerinnen und Lehrern ist finanziell genauso untersetzt wie die Schaffung einer starken Vertretungsreserve für die Schulen in Höhe von 100 Stellen. Mehr Geld für Schulen in freier Trägerschaft, die Stärkung der Erwachsenenbildung und ein zusätzliches Förderprogramm für Kinder nicht-deutscher Herkunft seien noch genannt.

Im Kulturbereich bleibt es bei der verlässlichen Finanzierung der reichhaltigen Thüringer Kulturlandschaft in all ihren Facetten. Das 500. Jubiläum der Reformation ist fest im Blick und wird solide vorbereitet.

Im Einzelplan des Innenministers wird die Aussetzung des Abbaupfads der Polizei, wie im Koalitionsvertrag beschlossen, nachvollzogen. So gewinnt man Luft für weitere Überlegungen. Die 200 vorgesehenen Stellenhebungen offenbaren, dass es der Regierung ernst damit ist, den von der CDU in die-

sem Bereich hinterlassenen Beförderungsstau schrittweise abzubauen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zudem werden 125 Polizeianwärter eingestellt, um die Altersstruktur bei der Polizei zu verbessern. Der Haushalt sieht des Weiteren die Schaffung der Voraussetzungen für den Kauf von 160 neuen Polizeifahrzeugen, die Fortführung des Projekts Digitalfunk sowie die solide Ausstattung des Förderprogramms für die Finanzierung von Feuerwehrgerätehäusern und Feuerwehrfahrzeugen vor.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon fast wieder vergessen ist das rot-rot-grüne Hilfspaket für die Kommunen. Zählt man die Abfinanzierung der Mittel des schwarz-roten Hilfspakets für 2015 hinzu, erhalten die Thüringer Kommunen zusätzlich zur Finanzausgleichsmasse und zusätzlich zu den eigenen gestiegenen Steuereinnahmen insgesamt 135 Millionen Euro dazu. Das ist ein sehr weites Entgegenkommen der Koalitionsfraktionen an die kommunale Familie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, im Justizbereich sind Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit der Gerichte vorgesehen; Investitionen in den Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs und der elektronischen Akte sowie in die Amtsgerichte Rudolstadt und Mühlhausen werden erfolgen. Zudem gibt es mehr Geld für die Verbesserung der Integrationsförderung und eine solide Erstattung der Kosten für die Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen an die Landkreise und kreisfreien Städte.

Im Sozialbereich wurden wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Die Stabilisierung des Landesarbeitsmarktprogramms, die Schaffung des neuen Programms öffentlich geförderter gemeinwohlorientierter Beschäftigung, die Fortführung des Ausbaus der Kindertagesstätten zu Eltern-Kind-Zentren gehören zu den Punkten auf der Habenseite. Im Verantwortungsbereich der Sozialministerin profitieren besonders viele Vereine und Verbände von der durch die Koalition vereinbarten verlässlichen Fortführung ihrer Unterstützung.

Die Regierungskoalition steht für neue Schwerpunktsetzungen im Bereich Umweltschutz und Nachhaltigkeit. So wird das Natura-2000-Monitoring begonnen. Zudem ist im Haushalt 2015 Geld für die Schaffung der ersten Biologischen Stationen vorgesehen. Das 1.000-Dächer-Programm wird fortgeführt, insbesondere Genossenschaften sollen davon profitieren.

(Beifall SPD)

(Abg. Dr. Pidde)

Die Förderung der Elektromobilität und der dazugehörigen Forschung soll der Entwicklung dieses Bereichs einen Schub verleihen.

Es ist eine lange Auflistung, die ich hier vorgenommen habe. Mein Resümee daraus: Obwohl die Koalitionsfraktionen den Haushalt 2015 als Übergangshaushalt betrachten, können die genannten Maßnahmen getrost als erste Wegmarken der rot-rot-grünen Regierungspolitik betrachtet werden.

Meine Damen und Herren, von Cicero stammt der Ausspruch „Getane Arbeiten sind angenehm“. Und so ist es gut und angenehm, nach der getanen Arbeit im Haushalts- und Finanzausschuss jetzt den Haushalt für 2015 zu verabschieden. Es gingen viele interne Beratungen in den Fraktionen, in der Koalition diesem Prozess voraus. Ich erinnere noch einmal, es gab ein ganz knappes Wahlergebnis im vergangenen Jahr, es war schwierig, eine Regierung zu bilden, und der Ministerpräsident konnte erst im Dezember gewählt werden. Morgen sind es 196 Tage danach, dass diese Regierung ihren ersten Haushalt beschließt. Es gab Kritik, dass es eine sehr lange Zeit ist. Wenn ich aber zurückschauen auf 2009, auf die Wahl von Christine Lieberknecht zur Ministerpräsidentin – damals waren es 182 Tage bis zur Verabschiedung des Haushalts, also fast genauso lange.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, im Nachgang gesehen, ist die Kritik, die es daran gab, vollkommen überflüssig.

Meine Damen und Herren, viel Kritik ist in der ersten Lesung des Haushalts am gestiegenen Haushaltsvolumen geübt worden. Geflüchtig wurde dabei vergessen, dass das kommunale Hilfspakt der schwarz-roten Landesregierung ohne den damals von meiner Fraktion geforderten Nachtragshaushalt beschlossen worden war. Die zusätzlichen Hilfen für die Kommunen im Jahr 2014 tauchen also bei dem Haushaltsvergleich überhaupt nicht auf. Die Haushaltsberatungen haben noch einmal bestätigt, dass die rot-rot-grüne Landesregierung den Haushalt an sehr vielen Stellen ehrlicher gemacht hat, indem sie durchlaufende Mittel aus Gründen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit auch in Einnahmen und Ausgaben veranschlagt hat. Fast 80 Millionen Euro zusätzlicher Bundesmittel, angefangen von Mitteln für den Kampfmittelberäumungsdienst, über die Hochschulpakt- und BAföG-Mittel und bis hin zur Durchreichung der Mittel für die Grundsicherung im Alter führen ganz automatisch zu einem Anstieg des Haushaltsvolumens im Jahr 2015. Dazu kommen erhebliche, gestiegene, gesetzliche Leistungen, die jede Regierung – egal wie sie aussieht – abfinanzieren muss. Zu nennen sind die Leistungen nach dem Gemeindefinanzübergangsgesetz, dem Heimkinderfonds, dem Asylbewerberleistungsgesetz, den zusätzlich zu leisten-

den Bürgerschaftsausfällen, den höheren Personalausgaben wegen des Tarifabschlusses für die Landesbediensteten und die Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten. All diese Positionen summieren sich auf fast 400 Millionen Euro, die jede Regierung, die Anspruch auf einen ehrlichen und sachgerechten Haushalt stellt, hätte hinnehmen müssen. Das ist ein Fakt und deshalb ist die Kritik der CDU-Fraktion an dieser Stelle am Haushaltsvolumen doch sehr verwunderlich. Sie ist wider besseres Wissen und populistisch.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich möchte mich ganz besonders für die Aufstellung des Haushalts bei der Finanzministerin und ihrem gesamten Team bedanken. Wir haben dieses Zahlenwerk in sieben anstrengenden Wochen intensiv geprüft, hinterfragt und beraten. Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen des Haushalts- und Finanzausschusses, aber auch bei allen anderen Abgeordneten der Oppositionsfraktionen und auch der Koalition ganz herzlich bedanken. Mein Dank gilt auch der Landtagsverwaltung, den Ministerien, ganz besonders auch dem Rechnungshof für seine Beratung, und den kommunalen Spitzenverbänden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ganz besonders bedanken möchte ich mich bei den Finanzreferenten der Fraktionen, die sehr viel Arbeit hatten und immer im Hintergrund wirkten, damit wir heute dieses Ergebnis hier auch vorliegen haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nur durch die konstruktive Arbeit aller Beteiligten – sowohl der Opposition als auch der Koalition – war es möglich, in einem so kurzen Zeitraum die Haushaltsberatungen zügig abzuschließen.

Am Ende des Beratungsprozesses stehen wie immer die Änderungswünsche der Fraktionen. Die Koalitionsfraktionen haben sich auf 70 Haushaltsänderungsanträge geeinigt, die insgesamt ein Umschichtungsvolumen von 6,8 Millionen Euro vorsehen. Nutznießer unserer Umschichtungsvorschläge sind unter anderem die Thüringer Kommunen, die mehr Geld für die Unterstützung und Einführung des Digitalfunks erhalten sollen.

Haushalterisch sind Planungsmittel für die notwendigen Sporthallen für den Spitzensport in Eisenach, Bad Langensalza und Suhl gesichert. Die Mannschaften in der ersten Bundesliga sind Aushängeschilder und wichtige Werbeträger für unseren Freistaat. Wir stellen heute die finanziellen Weichen, damit die Sportstätten den Erfordernissen der Spieler, der Zuschauer und der Verbände angepasst werden.

(Abg. Dr. Pidde)

Mit dem Antrag zur Aufstockung der Mittel für die Fahrt-, Unterkunft- und Verpflegungskosten für Azubis wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die Fahrten zur Ausbildungsstätte tendenziell länger werden und für sozial benachteiligte Lehrlinge höhere Belastungen entstehen, die besser abgefedert werden sollen. Ein Entschließungsantrag konkretisiert das Ganze zusätzlich.

Die Verpflichtungsermächtigungen für das Landesarbeitsmarktprogramm sollen um 3 Millionen Euro aufgestockt werden, um Betroffenen eine bessere Perspektive zu geben. Zusätzliche Mittel sollen nach dem Willen der Koalition aber auch für Freifunkinitiativen, für das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, für Verbraucherinsolvenzberatungsstellen, ein Volontärprogramm im Museumsbereich und den Radwegebau zur Verfügung gestellt werden.

Die Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land leisten Hervorragendes. Sie sehen sich allerdings mit immer größeren Nachwuchssorgen konfrontiert. Deshalb war es den Koalitionsfraktionen besonders wichtig, in einem ersten Schritt Geld für die Konzeption einer Feuerwehrmitgliederkampagne zur Verfügung zu stellen.

Der Datenschutzbeauftragte und der Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur haben gestiegene Aufgaben; ihnen wird zusätzliches Personal zur Verfügung gestellt.

Ein Haushaltsvermerk, der Mittel aus dem Hochschulpakt für eine Studierendenkampagne umlenken soll, komplettiert die Änderungsvorschläge der Koalitionsfraktionen zum Haushalt 2015.

Diese Änderungsanträge sind im Haushalts- und Finanzausschuss bestätigt worden und liegen Ihnen als Beschlussempfehlung des Ausschusses vor. Das Haushaltsvolumen wird durch diese Anträge nicht verändert, alle Mehrausgaben sind gedeckt, jeweils wurden Einsparungen an anderer Stelle vorgenommen und die Investitionsausgaben wurden noch mal um 1 Million Euro erhöht.

Meine Damen und Herren, die Oppositionsfraktionen, insbesondere die CDU-Fraktion und ihr Vorsitzender, haben in der ersten Lesung des Haushalts kräftig ausgeteilt. Mit Blick auf die nun von der CDU vorgelegten Haushaltsanträge kann ich nur feststellen: Es wird auch nur mit Wasser gekocht. Mit Ihren Vorwürfen an die Regierung haben Sie bei uns und auch in der Öffentlichkeit Erwartungen geweckt – und nun Enttäuschung auf ganzer Linie. Wenn Sie schon ein aufgeblähtes Haushaltsvolumen kritisieren, wo sind dann Ihre Vorschläge zur Senkung des Haushaltsvolumens? Fehlanzeige. Das unbereinigte Haushaltsvolumen würde sogar noch steigen, weil Sie sich des Tricks bedienen, zusätzliche Steuereinnahmen zu veranschlagen und die vorhandene Rücklage aufgreifen, nur um auf dem Pa-

pier eine höhere Schuldentilgung nachweisen zu können. Ich erinnere mich noch an Zeiten, da hat die CDU ähnliche Vorschläge früherer Oppositionsparteien lautstark in Sack und Asche gehauen.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: So etwas haben wir nie gemacht!)

Liebe Kollegen von der CDU, noch im April haben Sie die Finanzministerin dafür gegeißelt, dass sie im Vorgriff auf die abzusehenden Mehreinnahmen aus der Maisteuerschätzung einen Teil der Mehrprognose für den Ausgleich des Haushaltes 2015 genutzt hat. Und nun schlägt die CDU-Fraktion die damals von der Finanzministerin geforderte haushalterische Vorsicht in den Wind und will alle Einnahmen aus der Steuerprognose im Haushalt fixieren. Das ist doch politisch motivierter Aktionismus. Herr Mohring wusste auch ganz genau, warum er bei der Pressekonferenz zur Vorstellung der CDU-Änderungsanträge die Einsparvorschläge erst mal vorenthalten hat. Dies und das kann man leicht versprechen, wenn man nicht sagen muss, wo das Geld herkommt.

Schaut man sich die Einsparvorschläge an, dann muss man gar nicht lange rätseln, warum nur ein einziger Antrag im Haushalts- und Finanzausschuss angenommen worden ist. 5,5 Millionen Euro will die CDU beim Landesstraßenbauprogramm wegstreichen, 1,5 Millionen Euro beim Universitätsklinikum in Jena. Sie wollen Kürzungen beim Hochwasserschutz vornehmen, Sie wollen die Investitionen an den Museen zusammenstreichen und, und, und. Das wollen wir nicht und deshalb sind Ihre Anträge abgelehnt worden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dass die CDU aber bei den Zuweisungen an die Kommunen kürzt, um dann effektiv eine sogenannte kommunale Dividende als zusätzliche Zuweisung an die Kommunen zu präsentieren, das ist schon dreist. Die kommunalen Spitzenverbände waren auch überrascht in der Anhörung und wussten nicht, wie ihnen geschieht.

Das Gleiche gilt für Durchreichung der Mittel für die Kosten der Flüchtlingsaufnahme. Hier wird ein Potenzial aufgebaut, der gar nicht existiert.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Über die Flüchtlingskostenverordnung und die dort festgelegten personengebundenen Pauschalen werden den Kreisen und kreisfreien Städten die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung bereits heute erstattet. Steigende Flüchtlingszahlen führen automatisch zu höheren Erstattungen an die Kommunen.

(Abg. Dr. Pidde)

So weit zu den Griffen der CDU-Fraktion in die Trickkiste.

Der absolute Hammer sind aber die Anträge, mit denen die CDU-Fraktion den Doppelhaushalt 2016/2017 vorbelasten will, um heute ohne Deckungsquelle Schönes für morgen versprechen zu können. Ich erinnere noch mal und habe die Worte von Finanzminister Voß im Ohr, was er zur Verpflichtungsermächtigung gesagt hat: Wir müssen die Vorbelastungen künftiger Haushalte minimieren. – Recht hatte er, aber die CDU macht heute genau das Gegenteil.

(Zwischenruf Abg. Meißner, CDU: Und was machen Sie?)

Meine Damen und Herren, zu den Anträgen der anderen Oppositionspartei hier im Hohen Haus kann ich nur sagen, dass diese Anträge alle Klischees erfüllen, die mit dieser Partei in Verbindung gebracht werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die AfD hat sich mit der übergroßen Zahl ihrer Anträge die Maske selbst vom Gesicht gezogen und die eigene Geisteshaltung offenbart. Herr Höcke, ich kann verstehen, dass sich Abgeordnete mit Rückgrat und Hirn aus Ihren Reihen abgewendet und die Fraktion verlassen haben.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Dieser Finanzerspruch gilt in diesem Jahre natürlich in besonderem Maße, denn während wir jetzt noch über den Haushalt 2015 beraten, hat die Regierung schon die Eckwerte für den Doppelhaushalt 2016/2017 beschlossen. Deshalb gehen wir von einer Haushaltsberatung gleich in die nächste über. Für den Doppelhaushalt 2016/2017 sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gut, aber es gibt auch ernst zu nehmende Risiken. Wie es mit Russland und der Ukraine weitergeht, wissen wir nicht. Wie es mit Griechenland weitergeht, kann nicht gesagt werden. Insofern müssen wir schauen, was im Doppelhaushalt 2016/2017 durchgesetzt werden kann, damit die Handschrift von Rot-Rot-Grün noch deutlicher sichtbar wird als jetzt diese ersten Schritte im Haushaltsplan 2015. Als Finanzpolitiker appelliere ich aber auch an alle innerhalb und außerhalb dieses Hohen Hauses, keine überzogenen Erwartungen und Vorstellungen zu entwickeln. Im Koalitionsvertrag sind diese Wunschvorstellungen alle beschrieben. Eine der zentralen Forderungen des Koalitionsvertrags wird aber oft übersehen. Ich will sie hier noch einmal zitieren, Frau Präsidentin, mit Ihrer Erlaubnis: „Den Koalitionspartnern ist bewusst, dass die Umsetzung der Maßnahmen unter dem Finanzierungsvorbehalt des Haushalts steht.“

Meine Damen und Herren, finanzpolitische Solidität ist nämlich auch ein wichtiger Grundpfeiler der Regierungspolitik dieser Koalition von Rot-Rot-Grün.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit wir das nicht aus den Augen verlieren, haben wir noch einmal in einem Entschließungsantrag, der Ihnen allen als Drucksache vorliegt, gesagt und ausgeführt, welche wichtigen Bereiche in Angriff genommen werden müssen. Stellenabbau, wie gehen wir mit den steigenden Pensionslasten um, was machen wir mit den Sondervermögen? Das sind alles ganz wichtige Fragen, Erblasten aus der Vergangenheit, für die aber Lösungen erarbeitet werden müssen. Hier haben wir im Entschließungsantrag konkrete Fristen für die Landesregierung eingearbeitet. Derzeit läuft die Debatte über die Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Vom Ausgang der Verhandlungen wird abhängen, wie der weitere Konsolidierungskurs ausgestaltet sein muss. Es wäre schön, wenn in der Mittelfristigen Finanzplanung, die die Landesregierung für den Doppelhaushalt 2016/2017 vorlegen muss, die Entwicklung bereits mit aktuellen Zahlen widergespiegelt werden könnte. Bis dahin bleiben viele Fragen offen.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss möchte ich feststellen: Die neue Regierungskoalition hat den Haushalt 2015 auf solider und ehrlicher Grundlage veranschlagt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Morgen werden wir einen ausgewogenen, verantwortungsvollen und deshalb guten Haushalt beschließen. Ich sehe keinen Grund, diesem Haushaltsentwurf nicht zuzustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat Abgeordneter Höcke, Fraktion der AfD.

Abgeordneter Höcke, AfD:

So.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Aber jetzt!)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Es bleibt dabei, die AfD ist rassistisch!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnetenkollegen, liebe Besucher auf der Tribüne! Herr Dr. Pidde, wo ist er denn?

(Zwischenruf Abg. Dr. Pidde, SPD: Hier!)

(Abg. Höcke)

Da ist er. Sie haben mich gerade persönlich angegriffen. Ich will nicht Gleiches mit Gleichem vergelten. Deswegen möchte ich mich ganz herzlich für Ihre langweilige Rede hier vorn bedanken.

(Beifall AfD)

Wir wollen als AfD natürlich etwas zur Verlebendigung nicht nur der Demokratie, sondern auch des Hohen Hauses beitragen. Deswegen werde ich jetzt etwas Wasser in den Wein hineinkippen müssen.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Rothe-Beinlich ist auch aufgewacht, schönen guten Morgen!

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich bin die ganze Zeit sehr wach!)

Er war vielleicht nicht ganz so knickrig wie sein Vater, aber er war trotzdem ein Preuße. Gemeint ist Friedrich der Große, König von Preußen, der sagte, ich zitiere: „Ein sparsamer Fürst ist weise und vorausschauend. Er bereitet sich im Voraus Hilfsquellen und sammelt durch Beschränkung seines Aufwandes und seiner Ausgaben die Gelder, die er bei gegebener Zeit zur Erleichterung für sein Volk bestimmt.“

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Wolf, DIE LINKE: Oder zum Krieg hernimmt!)

„Ein verschwenderischer Fürst gleicht einem Körper mit stets verdorbenem Magen, der mit Gier isst, dem aber selbst die nahrhaftesten Speisen nichts nützen.“ In die Gegenwart übertragen heißt das, dass die Regierung in der Verantwortung steht, ihre Ausgaben klein zu halten und alles in ihrer Macht Stehende tun muss, um das Volk zu entlasten. 2013 hatten wir eine Staatsquote in der Bundesrepublik Deutschland von 44,3 Prozent. Wir hatten über 2 Billionen Euro explizite Staatsschulden. Staatsschulden sind zur Normalität geworden. Diese Normalität – hier sind wir als AfD-Fraktion mal wieder unzeitgemäß, denn konservativ, das haben wir gestern auch gehört, dieses Zitat stammt übrigens von Herrn Bismarck: „Konservativ zu sein, heißt, an der Spitze des Fortschritts zu marschieren.“

(Beifall AfD)

(Heiterkeit SPD)

Genau! Diese Normalität der Staatsverschuldung, der steigenden Staatsverschuldung, akzeptieren wir nicht.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Jetzt gehen wir es durch!)

In der Summe tragen unsere Anträge zum Haushalt zur Verringerung der Verschuldung Thüringens bei. Wir müssen den Holzweg der ständig steigenden Staatsverschuldung verlassen, sehr verehrte Kollegen. Die linke Regierung in Thüringen ist dazu anscheinend nicht in der Lage oder nicht willens oder beides. Sie schreitet auf dem Holzweg weiter fort. 300 Millionen mehr an Haushaltsaufblähung, das ist der Holzweg der linken Landesregierung in Thüringen.

(Beifall AfD)

Wir als AfD-Fraktion möchten einen Staat, der leistungsfähig ist, nicht trotz, sondern weil er schlank ist. Denn jeder Cent und jeder Euro, der zuviel ausgegeben wird, ist hart verdientes Geld der Thüringer Steuerzahler. Dieses Geld ist nichts anderes als geronnene Lebenszeit, sehr verehrte Kollegen. Zu dieser Verschwendungssorgie, die die linke Landesregierung in Thüringen betreibt, gehört zum Beispiel die Reisetätigkeit des Ministerpräsidenten. Ich muss hier mal lobend Frau Christine Lieberknecht, Ministerpräsidentin a. D., erwähnen, die weniger als 20.000 Euro für Auslandsreisen ausgab. Herr Ramelow möchte dieses Jahr Thüringen und seine Bevölkerung mit mehr als dem vierfachen Betrag belasten, nämlich 88.500 Euro. Jetzt kann man vermuten, wohin Herr Ramelow fährt. Vielleicht besucht er seinen sozialistischen Kollegen in der griechischen Regierung, Herrn Tsipras,

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Gute Idee!)

einen weiteren Fachmann beim Umgang mit deutschen Steuergeldern, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch das Budget für die Inlandsreisen wird verdoppelt, nämlich auf 74.000 Euro. Was die Thüringer davon haben, dass dieses Budget entsprechend aufgebläht ist, das erschließt sich mir und uns nicht. Natürlich setzen wir hier als AfD die Schere an. Das ist doch selbstverständlich, sehr verehrte Kollegen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Natürlich! Geht doch klar!)

Ein effizienter Staat ist doch einer, der seine Ressourcen dort einsetzt, wo sie gebraucht werden, beispielsweise in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Hier herrscht eine krasse Unterbesetzung. Dies führt zu einem enormen Rückstau von Widerspruchsanträgen in Asylverfahren. Wir rechnen dieses Jahr mit etwa 3.000 neuen Widerspruchsanträgen in Asylverfahren. Dazu kommen dann entsprechend auch noch die Altfälle. Die Verwaltungsrichter sind schon lange über die Belastungsgrenze hinaus.

(Abg. Höcke)

Die Beschleunigung dieser Verwaltungsverfahren bringt den Thüringern ganz konkret mehr Geld. Ein Asylbewerber kostet nämlich laut unterschiedlichen Berechnungen zwischen 8.000 und 10.000 Euro im Jahr. Nicht eingerechnet sind Verwaltungskosten und medizinische Kosten. Das muss betont werden. Und wenn wir diese Asylverfahren entsprechend beschleunigen, dann können wir massiv Geld einsparen. Das kann gar nicht genau quantifiziert werden, aber das dürfte ein ein-, zwei- bis dreistelliger Milliardenbereich in Deutschland sein.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Wie viel sparen wir denn ohne AfD-Fraktion ein?)

Ihre Regierung setzt jedoch noch eins drauf: Drei Verwaltungsrichterstellen werden aus der regulären Gerichtsbarkeit umgesetzt und stehen entsprechend nicht mehr für die Beschleunigung der Verfahren im Asylbereich zur Verfügung. Sie tragen damit entsprechend die Verantwortung für eine immer dysfunktioneller ausgerichtete Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Wir als AfD-Fraktion haben deswegen einen Antrag gestellt, nicht nur die drei Verwaltungsrichter zurückzuholen, sondern acht weitere Richter einzustellen, um dem Steuerzahler indirekt, aber sehr nachhaltig hohe Steuerzahlungen zu ersparen.

(Beifall AfD)

Im Übrigen möchte ich mal betonen, dass es den Antragstellern gegenüber nur fair ist, wenn wir hier zu einer Beschleunigung der Verfahren kommen, um den Status dieser Antragsteller möglichst schnell zu klären, denn auch diese Menschen haben ein Recht auf Planungssicherheit, liebe Kollegen.

(Beifall AfD)

Konsequente Abschiebung von Menschen, die nicht bleibeberechtigt sind oder aus sicheren Drittländern kommen, würde – wie ich schon sagte – Millionen, ja Milliarden einsparen. Ihre Verweigerungshaltung, dieses Vollzugsdefizit, das Sie uns zumuten, kostet aber nicht nur Geld, das ist bedauerlich genug.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Das kostet Menschlichkeit!)

Es unterminiert letztendlich das Vertrauen der Menschen draußen in die Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaats und das ist unentschuldig, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Blanker Populismus, Herr Höcke!)

Die Kommunen erhalten zwar die Pauschalen, doch die Kosten für den enormen Verwaltungsauf-

wand erhalten sie nicht. Auch der Winterabschiebestopp, dieses ideologische Großprojekt, hat das Land zusätzlich und ohne Not belastet. Migrationsminister Läuinger setzt mit dem Winterabschiebestopp Recht und Gesetz außer Kraft, schwebt also praktisch über den Gesetzen, verlangt aber vom Bund für seinen irrationalen Politikeinsatz auch noch zusätzliches Geld.

(Beifall AfD)

Er bekommt dieses Geld: 13 Millionen Euro. Doch er stellt es nicht den Kommunen zur Verfügung, denen macht er eine lange Nase, denn diese 13 Millionen Euro verschwinden im Landeshaushalt. An dieser Stelle möchte ich mal auf eine immer wieder aufgemachte Milchmädchenrechnung hinweisen:

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Das können Sie!)

Statt auf bedarfsorientierte und kriteriengeleitete Einwanderungspolitik zu setzen, wie das die AfD tut, erklären Sie jeden Asylsuchenden zum Neubürger. Es ist Ihnen ganz egal, ob diese Menschen lesen und schreiben können,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Dann müssen Sie es lernen können und dürfen, Sie sind doch Lehrer!)

ob sie eine Berufsausbildung haben, ob sie integrationsfähig oder integrationswillig sind. Um Ihre Multikulti-Ideologie auf Teufel komm raus durchzusetzen,bürden Sie dem Steuerzahler Integrationsfolgekosten in fast nicht quantifizierbarer Höhe auf.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Menschenrechte sind halt nicht verhandelbar!)

Weil dieses irrationale Experiment Millionen und Milliarden kostet – ganz konkret Thüringen Millionen und Milliarden – rufen Sie nach dem Bund,

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Milliarden?)

als wenn dieses Geld, das dann vom Bund kommt, kein thüringisches und kein deutsches Steuergeld ist. Das ist doch vollkommen absurd, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

Mit Ihrem ideologiebegründeten Politikansatz überfordern Sie die Menschen im Land. Weil Sie den gesunden Menschenverstand ausblenden, prophezeie ich Ihnen ein Totalversagen in diesem zentralen zukünftigen Politikfeld. Sie verlieren die Menschen im Land. Die TA – „Thüringer Allgemeine“ – vom 17. Juni 2015 berichtet von deutlich höheren Ausgaben für unbegleitete minderjährige Asylsuchende im kommenden Jahr. Die Prognosen spre-

(Abg. Höcke)

chen von einer notwendigen Steigerung des Budgetansatzes von 4,2 auf 38 Millionen Euro nur für unser kleines Thüringen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vollzugsdefizite und Fehlanreize dominieren Ihre falsch angelegte Einwanderungspolitik.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es geht um Kinder und Jugendliche, Herr Höcke!)

Und es sind klassische Fehlanreize, die sich hier zu unvorstellbaren Kosten aufsummieren. Ein klassischer Fehlanreiz ist beispielsweise die Rückführungshilfe, die mit 232.000 Euro zu Buche schlägt. Hier wird Menschen, die in Thüringen Asyl beantragt haben, Geld gewährt, damit sie in ihre Heimat zurückkehren. Ich sage, Recht und Gesetz einfach durchzusetzen, das käme uns wahrlich viel billiger.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Da hat er recht, der Gute!)

Wo das Land Thüringen Nachholbedarf hat, das ist bei den Ärzten. Gerade im ländlichen Raum fehlt es an Hausärzten. Die Wartezeiten sind – das wissen wir alle – viel zu lang und diese Mangelversorgung in Kombination mit den zusätzlichen Wartezeiten ist ein zusätzlicher Faktor dafür, dass wir in Thüringen von einem weiterhin ungebremsten Dörfersterben reden müssen. Deshalb wollen wir mit zusätzlich 1 Million Euro Anreize setzen, damit sich im Land Thüringen 50 neue Ärzte ansiedeln. Im Jahr 2014 war schon jeder dritte Hausarzt über 59 Jahre alt und 70 Prozent der Praxen wurden nicht nachbesetzt. Diese Entwicklung führt bald zu einer massiven Knappheit, das kann man schon antizipieren, und dem müssen wir entgegenwirken, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

In unseren Überlegungen hat die Versorgung der Thüringer eine wichtige Rolle gespielt. Das Land Thüringen hat bei den Rettungskräften ebenfalls Rückstände aufzuholen, nämlich bei der Ausstattung mit Digitalfunkgeräten und anderen Unterstützungsapparaturen. Fachleute sprechen von bis zu 21 Millionen Euro, die fehlen. Schauen wir mal in unser Nachbarland Sachsen-Anhalt. Wir finden hier eine hundertprozentige Finanzierung der Endgeräte durch das Land und eine zügige Ausstattung der Rettungskräfte. Ich sage Ihnen, die verzögerte Ausstattung in Thüringen gefährdet jeden Tag ganz konkret Menschenleben. Und diese Verantwortung tragen Sie, sehr verehrte Landesregierung.

(Beifall AfD)

Wir wollen zusätzliches Geld für Sportvereine in die Hand nehmen, denn Sportvereine sorgen dafür, dass Menschen miteinander in Kontakt kommen.

Hier wird nämlich zwanglos und unangeleitet überschüssige Energie gewaltfrei abgebaut. Sportvereine sind heute ein Instrument der Gewaltvermeidung, des Zusammenkommens und der Integration; Alt und Jung, Männlein und Weiblein – und was es sonst noch so gibt, nicht wahr –, Inländer und Ausländer begegnen sich beim Sporttreiben in Sportvereinen.

(Beifall AfD)

Der Religionsphilosoph Martin Buber hat einmal gesagt, ich zitiere: „Alles wirkliche Leben ist Begegnung.“ Im Sportverein ereignet sich Begegnung ohne Hintergedanken, ohne ideologische Instrumentalisierung, sondern einfach von Mensch zu Mensch und deshalb ganz natürlich.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Frau Rothe-Beinlich, lachen Sie nur und hören Sie gut zu. Sportvereine sind ein ganzheitlicher Integrationsansatz, der auch tief liegende, falsch angelegte Verhaltensmuster aufzubrechen im Stande ist.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob das mit einschlägigen Programmen und den dort beschäftigten Sozialpädagogen mit ihren „Lass-uns-mal-drüber-reden-Veranstaltungen“ gelingen kann, das möchte ich hier mal ganz deutlich infrage stellen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Lassen Sie Ihre Diffamierungen!)

Im Gegenteil, Frau Rothe-Beinlich, können wir vermuten

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Sie können dazwischenreden, wie Sie wollen, die Lautsprecheranlage ist sehr stark und sehr gut hier im Thüringer Landtag.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja leider!)

Das schaffen wir zusammen, die Lautsprecheranlage und ich. Hören Sie auf mit Ihren destruktiven Zwischenrufen!

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ich kann so viel dazwischenrufen, wie ich möchte!)

Übrigens habe ich gar nichts gegen konstruktive Zwischenrufe, Frau Rothe-Beinlich, denn konstruktive Zwischenrufe sind ja bekanntlich das Salz in der Suppe des Parlamentarismus. Also Ja zu konstruktiven Zwischenrufen und Nein zu destruktiven Zwischenrufen, Frau Rothe-Beinlich!

(Abg. Höcke)

(Beifall AfD)

Jetzt haben Sie mich abgelenkt. Sie haben es ja doch geschafft, Frau Rothe-Beinlich.

(Heiterkeit AfD)

Fangen wir noch mal bei den Pädagogen an mit ihren „Lass-uns-mal-drüber-reden-Veranstaltungen“. So mancher dieser Pädagogen – ich vermute das – und auch der Verfassungsschutzbericht

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Was haben denn die Pädagogen mit dem Verfassungsschutz zu tun?)

– nun hören Sie doch erst mal zu und quatschen Sie nicht schon wieder; wir lernen das noch, zusammen lernen wir das – weist darauf hin, dass manch ein Mitarbeiter, der von Ihrem Programm bezahlt wurde, in einem integrativen Sportverein als Mitglied besser aufgehoben wäre.

(Unruhe DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Absolut!)

(Beifall AfD)

Deswegen sagen wir als AfD-Fraktion, da können ruhig die 3,2 Millionen Euro für das Programm für Toleranz, Weltoffenheit und Demokratie wegfallen. Hier werden nämlich in weiten Teilen politisch einseitige Programme finanziert, die eine starke linke bis linksextreme Schlagseite haben.

(Beifall AfD)

(Heiterkeit DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Also, Menschlichkeit ist linksextrem!)

Ich komme zum Ausgangspunkt meiner Rede zurück.

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Lieber nicht!)

Die AfD-Fraktion möchte, um in den Worten von Friedrich dem Großen zu bleiben

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– ja, Friedrich der Große, Frau Rothe-Beinlich und Frau Henfling, Friedrich der Große –,

(Zwischenruf Abg. Kalich, DIE LINKE: Wir sind im 21. Jahrhundert!)

um in den Worten Friedrich des Großen zu bleiben, nicht mit Gier essen, ohne satt zu werden. Das ist eher etwas für Rot-Rot-Grün. Daher haben wir auch in über 40 Änderungsanträgen aufgezeigt, wie man zusätzlich 12 Millionen Euro einsparen kann. Ja wohl, das haben wir gezeigt.

(Beifall AfD)

Die Zukunftsaussichten, darauf möchte ich abschließend noch mal ein Wort verwenden, für künftige Haushalte sind nicht sehr rosig. Das möchte ich gerade der Regierungskoalition und der in Verantwortung stehenden Regierung noch mal abschließend zurufen. „Welt Online“ rief gestern eine Zeitenwende bei den Staatsanleihen aus. Die Refinanzierung der Staatsschulden wird in Zukunft sehr viel teurer werden. Ich sage ganz deutlich: Dunkle Wolken ziehen am Horizont auf. Bitte behalten Sie diese Entwicklung im Blick. Darum möchte ich Sie bitten im Interesse der thüringischen Steuerzahler. Denken Sie daran, dass in Zukunft die Refinanzierung der Staatsschulden wesentlich teurer werden dürfte. Vor diesem Hintergrund, sehr verehrte Kollegen, ist es in meinen Augen und in den Augen meiner AfD-Fraktion ein fatales Zeichen, wenn dieser Haushalt neuerlich um 300 Millionen Euro aufgebläht wird. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Höcke, der Abgeordnete Brandner möchte Ihnen eine Frage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Höcke, AfD:

Dann muss ich aber erst einen Schluck Wasser trinken.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Ich habe nur eine kurze Frage: Du hattest ja die Frau Rothe-Beinlich gebeten, konstruktive Zwischenrufe zu machen. Hast du einen gehört?

Abgeordneter Höcke, AfD:

Hier vorn ist jetzt keiner angekommen. Hast du einen gehört?

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir sind hier nicht in der Kneipe!)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Lächerlich!)

Vizepräsidentin Jung:

Ich darf mir von hier die Bemerkung erlauben, dass das auch keine konstruktive Frage war!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Adams das Wort.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir zuerst, im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen allen, insbesondere dem Ministerium von Frau Taubert, aber auch ganz besonders der Mannschaft, Frau Präsidentin, des Thüringer Landtags und hier auch den Kollegen im Thüringer Landtag zu danken für die wirklich konstruktive Debatte, mit der wir hier zu diesem Punkt gekommen sind, nämlich heute einen Haushalt zu beraten und dann morgen auch verabschieden zu können.

Erlauben Sie mir auch einen ganz besonderen Dank an meine beiden Kollegen aus der Koalition, Herrn Werner Pidde und Herrn Mike Huster, die mich sozusagen als finanzpolitischen Sprecher neu in ihre Runde aufgenommen haben, dass wir konstruktiv an diesem Projekt arbeiten konnten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Schlagwort „konstruktiv“ will ich ganz kurz auf die eben gehörte Rede von Herrn Höcke eingehen. Eines der letzten Worte, die mir im Ohr geblieben sind, war die „Zeitenwende“, vorher habe ich „Friedrich den Großen“ mehrfach gehört. Und ich frage mich, auf welches Blasenniveau Sie das noch hochpumpen wollen! Wir haben hier rhetorische Blasen, die oftmals mit dem, was hier zu besprechen ist, überhaupt nichts mehr zu tun haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das muss man an der Stelle mal sehr deutlich sagen, mal ganz konstruktiv. Sie schimpfen von diesem Pult aus auf die Staatsverschuldung und das Gift oder den modrigen Weg der immer fortwährenden Staatsverschuldung und Sie sind nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass dies der erste Landeshaushalt ist, den eine Koalition nach einer Wahl auf den Weg bringt, der ohne Schulden auskommt. Wie kommen Sie dazu, den Menschen hier auf der Tribüne und im Land Thüringen immer wieder eine solche Mär zu erzählen, dass diese Regierung mehr Schulden aufnehmen will?

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Wir haben doch gewaltige Steuereinnahmen! Sonst gingen das doch nicht!)

Sie probieren hier immer wieder, den Leuten zu erzählen, dass hier neue Schulden aufgenommen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren, und Sie vermischen das mit einem Haushalt, der gänzlich ohne Schulden auskommt, sogar die Schulden noch tilgt. Das ist auch ein Vorwurf in Richtung der CDU. Sie alle zusammen probieren – und das haben wir bei der Einbringung erlebt –, diesen Haushalt zu zerreißen. Jetzt haben wir in Ruhe im Ausschuss debattiert und da ist die Kritik um ei-

niges kleiner: Will nicht sparen! Jetzt ist es nicht mehr das Ruinieren. Jetzt ist es nur noch, dass nicht genug gespart wird. Aber ich werde auf diese Sache noch eingehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Wer nicht genug spart, ruiniert auch!)

Für den Haushalt 2015 waren für uns Grüne drei Projekte wichtig gewesen, die Umwelt, die Bildung und die Frage, wie gehen wir menschenwürdig mit denjenigen um, die hier nach Thüringen kommen, nämlich den Flüchtlingen. Wir konnten auch in diesem Übergangshaushalt, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier einige Punkte setzen.

Lassen Sie mich ganz kurz darauf eingehen. Im Bereich des Naturschutzes sind wir angetreten, Dinge, die als große Aufgabenposten aus der letzten Legislatur, aus der Regierungszeit der CDU, mit rübergekommen sind, abzubauen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im letzten Jahr, und zwar am 25.01.2014, war die Thüringer Landesregierung aufgefordert gewesen, der EU die Maßnahmenpläne für unsere FFH-Gebiete zu übermitteln. Nicht einmal 89 Prozent haben Sie hier überhaupt gemeldet. Die CDU hat uns die große Aufgabe gelassen, nämlich, Sie hat nur 11 Prozent dieser Gebiete gemeldet und 89 Prozent sind noch offen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diesen Block arbeiten wir jetzt ab. Dafür haben wir uns des Mittels bedient, dass wir in Naturschutzstationen schauen, was aus diesen Managementplänen wird. Denn es macht keinen Sinn, Papier zu beschreiben, sondern es macht Sinn, Dinge umzusetzen. Gerade vor dem Hintergrund, dass die Kollegen von der CDU gestern hier den Untergang unseres schönen Thüringens, wenn denn die Windkraftträder kämen, propagiert haben,

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Das hat er dann falsch interpretiert!)

will ich Ihnen eines sagen: Unsere Natur, meine sehr verehrten Damen und Herren, schützen wir nur, wenn wir auch das umsetzen, was auf der EU-Ebene dafür vorgesehen ist. Das sind eben das Ausweisen dieser Flächen, das Erstellen von Managementplänen für diese Flächen und das Umsetzen dieser Managementpläne. Unser grünes Gold, meine sehr verehrten Damen und Herren, die Natur in Thüringen, werden wir schützen. Die bisherige Landesregierung bzw. die bisherigen CDU-Umweltminister haben dies nicht getan, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um nur einen ganz kleinen Blick voraus zu machen: Wir sind auch bei der Riesenaufgabe – und das war auch ein Beschluss aus der letzten Legis-

(Abg. Adams)

latur, das ist kein rot-rot-grünes Projekt an sich –, die Energiewende voranzubringen. Sie hatten das auch beschlossen, aber Sie haben es eben nicht umgesetzt, ähnlich wie bei den Managementplänen für die FFH-Gebiete. Sie haben nicht umgesetzt den Weg in Richtung einer CO₂-neutralen und einer erneuerbaren Energiewirtschaft. Wenn wir das schaffen wollen, werden wir unseren Energieverbrauch drastisch reduzieren müssen. Auch damit beginnen wir hier schon in diesem Übergangshaushalt, wir starten nämlich mit 100.000 Euro, die für Modellvorhaben im ökologischen Baubereich eingesetzt werden können, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Im Bereich der Bildung beginnen wir einen Pfad, den die CDU uns aufgedrückt hat, nämlich mit ihrem Abbau von Lehrerinnen und Lehrern. Das Kostbarste, was wir in Thüringen als Rohstoff haben, nämlich Bildung, hat man hier versucht, nicht mehr abzubauen, nicht mehr aufzubauen, sondern einfach wegzudrücken, meine sehr verehrten Damen und Herren. Deshalb sind wir sehr froh, dass wir 500 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen, dass wir eine Vertretungsreserve, befristet zunächst einmal, für 100 Vertretungslehrer auf den Weg bringen und dass wir natürlich auch 1,2 Millionen Euro zur Verfügung stellen, um Deutsch als Zweitsprache wieder in aller Munde zu bringen, den Menschen, die hierherkommen wollen, auch die Chance zu geben, die Sprache zu lernen und sich hier integrieren zu können.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Kowalleck, wenn ich auf Ihre Rede schaue, in der Sie gesagt haben, die CDU habe uns, der Nachfolgeregierung, ein gutes Fundament überlassen, dann kann ich Ihnen nur sagen, gerade im Bildungsbereich haben Sie uns Brückenbrösel aus Beton dagelassen und sonst nichts, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Wer hat denn das Ministerium geführt? Ihr Koalitionspartner!)

(Unruhe CDU)

Wissen Sie, da habe ich doch jetzt ins Schwarze getroffen. Jetzt wollen Sie mir doch nicht erzählen, dass Herr Matschie die Lehrer abgebaut hat. Wer hat denn mit diesem Floating angefangen?

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer hat denn gesagt: Das brauchen wir alles nicht mehr, weg mit den Lehrern? Wer war denn das? Er hat doch das Erbe der vorhergehenden ...

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 17 Jahre wurden keine Grundschullehrer eingestellt!)

(Unruhe CDU)

Genau, 17 Jahre keine Grundschullehrer eingestellt. Wer hat denn dieses Erbe angetreten und wer hat es denn aufgebaut? Ihre Reaktion – vielen Dank dafür – zeigt doch nur, dass ich absolut ins Schwarze getroffen habe, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Gerade bei den freien Schulen!)

Meine Damen und Herren, die Frage der Flüchtlinge habe ich auch noch einmal angesprochen. Was uns besonders viel Wert ist, ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Adams, Abgeordneter Tischner würde Ihnen gern eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr gern am Ende. Ich werde mich bemühen, hinreichend Zeit übrig zu lassen, Herr Tischner.

Zum Thema Flüchtlinge: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben die Erstattungen an die Landkreise zur Unterbringung und Betreuung ausländischer Flüchtlinge noch einmal mit einem Änderungsantrag angehoben, wir wollen die Landkreise hier ordentlich ausstatten. Meine Kollegen sind schon auf die Mär eingegangen, die Sie immer wieder erzählen, mit den 13 Millionen Euro, die man sich irgendwie in die Tasche stecken wollte. Die Gegenfrage, Herr Kowalleck, müssen Sie sich gefallen lassen: Wenn Sie behaupten, dass sich das irgendjemand in die Tasche steckt, müssten Sie ja sagen, wohin wir es stecken. Sie wissen ja selbst als Haushaltspolitiker, dass ...

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: In die Tasche!)

„Tasche“, den Titel müssen Sie mir erst mal noch zeigen. Zeigen Sie mal den Einzelplan oder die Titelgruppe, wo „Tasche“ steht, Herr Brandner. Das ist nicht der richtige Punkt.

Herr Kowalleck, wenn Sie seriös die Frage beantworten, wo das eingenommen und wo es ausgegeben wird, dann werden Sie sagen, natürlich bei der Erstattung an Landkreise und kreisfreie Städte für die Unterbringung und Betreuung von ausländischen Flüchtlingen. So ist es.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Sie waren doch dabei in der Beratung!)

(Abg. Adams)

Alles Reden darum, wie Sie es vorhin probiert haben, den Betrag noch mal zu verdoppeln, Sie wissen auch, dass die 26 Millionen Euro der Betrag für 2015 und 2016 ist, was danach kommt, weiß keiner. Das ist nicht erhöht worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erhöhen auch die Maßnahmen zur Integrationsförderung von bisher 500.000 Euro auf 732.000 Euro. Wir wollen hiermit ein Zeichen setzen, wohin wir uns entwickeln müssen. Ich sage das sehr deutlich, insbesondere in Richtung der AfD-Fraktion: Im besten aller Fälle, meine sehr verehrten Damen und Herren, sind Menschen, die als Flüchtlinge nach Thüringen kommen, hier so willkommen, dass sie Thüringerinnen und Thüringer werden. Wir zumindest wollen ihnen das anbieten, wir würden uns freuen, wenn sie Thüringerinnen und Thüringer werden, denn wir brauchen ganz dringend Menschen, die hier mit uns zusammenleben wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kowalleck, die CDU, die AfD haben es in den letzten Wochen immer wieder zum Thema gemacht, hier will irgendjemand nicht sparen. Dafür, meine sehr verehrten Damen und Herren, glaube ich, gibt es überhaupt keinen Grund, eine solche Geschichte zu erzählen. Ich will das versuchen, deutlich zu machen. Ich glaube, Herr Pidde hatte schon einmal ähnliche Zahlen dargestellt.

Thüringen ist eines von fünf Ländern, das überhaupt tilgt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir gehören zu den wenigen Ländern, meine sehr verehrten Damen und Herren, neben Bayern, Berlin, Sachsen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, die keine Schulden aufnehmen. Das ist nicht selbstverständlich, zeigen diese Zahlen.

(Beifall SPD)

Das ist nicht selbstverständlich und wir haben diese Kraft, das hier auch zu machen, und alle Vorwürfe, dass wir dies nicht tun würden, verlaufen im Sande, meine sehr verehrten Damen und Herren. Auch den Vergleich, um das noch einmal ganz deutlich zu sagen, mit dem – na, man darf es, glaube ich, sagen – ostdeutschen Klassenprimus, was die Haushaltspolitik angeht, dem Freistaat Sachsen, muss Thüringen nicht scheuen und muss dieser Haushalt, aufgestellt von Rot-Rot-Grün, nicht scheuen, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn Sie hatten gesagt, es sei schlecht, hier ein Haushaltsvolumen zu erhöhen. Schauen wir nach Sachsen, das Haushaltsvolumen wird von 16,85 Milliarden Euro auf 17,16 Milliarden Euro auch erhöht, weil im Augenblick die Zeit ist, um zu

investieren, Herr Kowalleck, und nicht die Zeit, um Dinge in den Keller zu legen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist wichtig, dass wir im Augenblick investieren, und deshalb ist es auch richtig, wenn das Haushaltsvolumen hier erhöht wird. Auch bei der Schau oder bei dem Blick auf die Zahlen für die Tilgung in Sachsen steht Thüringen im Vergleich zu dem geringeren Haushaltsvolumen überhaupt nicht schlecht da, und das, obwohl Sachsen es in den letzten Jahren geschafft hat, eine Riesenrücklage aufzubauen, eine Rücklage, die Sie nicht aufgebaut haben. Die CDU-Finanzpolitik war nicht in der Lage, eine sinnvolle Rücklage aufzubauen. Ein ganz kleiner Teil ist nur aufgebaut worden und ich will es mal in die Alltagssprache übersetzen: Sie haben über die 24 Jahre Ihrer Regierungsverantwortung jeden Sommer das grüne Gras von der Wiese geschmückt und schimpfen heute darüber, dass wir kein Heu in der Scheune haben. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Schulze, CDU: Das Heu wird im Frühjahr gemacht!)

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Ich dachte, sie rauchen Gras!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie auf der Wiese das Gras suchen, Herr Brandner, da werden Sie wahrscheinlich bei frischem Gras vollkommen verzweifelt versuchen, das anzuzünden. Das ist der erste Punkt. Und berauschende Wirkungen werden Sie da sicherlich auch nicht feststellen können. Ich glaube, gerade weil Sie vorhin den Aufruf gemacht haben, seriöse und konstruktive Zwischenrufe zu machen, da fällt auch dieser wieder ziemlich raus.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, erlauben Sie mir ganz kurz – damit zeitlich noch genug Platz für Herrn Tischner bleibt –, noch einmal auf einen Punkt einzugehen. Werner Pidde hatte das schon andiskutiert. Die CDU hat sich hier gerühmt, was sie jetzt alles anders machen würde, was sie viel besser machen würde. Erstens reduzieren Sie das Haushaltsvolumen, das Sie in der Höhe so kritisiert haben, überhaupt nicht. Das Zweite, das finde ich wirklich krass: Sie sagen, es muss mehr getilgt werden, und zwar 124,5 Millionen Euro mehr in die Tilgung. Das wäre wichtig. Wenn man jetzt fragt, womit Sie das finanzieren, dann rechnen Sie den Menschen in Thüringen die Steuern hoch. Im Prinzip sagen Sie, die Thüringer sollen mehr Steuern zahlen, damit wir unsere Haushaltsgeschenke, die wir hier wieder haben, besser verteilen können.

(Abg. Adams)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bündnis 90/Die Grünen, und ich gehe davon aus, die gesamte Koalition, will eine solche Finanzpolitik nicht, in der man sagt, wenn wir nicht genug Geld haben, dann heben wir einfach nur den Wert bei der Steuereinnahme und sagen, das wird schon passen und am Ende hat man dann nach 24 Jahren 16 Milliarden Euro Schulden – das ist Ihre Haushaltspolitik, die machen wir nicht weiter mit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir gehen einen neuen Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich würde gern an der Stelle abbrechen, um Herrn Tischner noch hinreichend Platz zu machen, nicht dass es heißt, ich hätte jetzt extra lange geredet.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Adams, Sie haben noch 10 Minuten Redezeit.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Gut, dann machen wir jetzt erst einmal die Fragen; vielleicht brauchen wir dafür länger.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Tischner.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Vielen Dank, Herr Adams, dass Sie mir die Zeit einräumen. Wir wären ein gutes Team, nicht nur bei den freien Schulen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe eine Nachfrage. Sind Sie gewillt mir zuzustimmen, dass die Altersstruktur der Thüringer Lehrerschaft erst in den letzten Jahren zum Problem geworden ist, dass erst in den letzten Jahren die Kolleginnen und Kollegen in Masse in den Ruhestand gehen, weil nämlich momentan – ich sage mal – die zweite Generation der Lehrer nach dem Krieg in den Ruhestand geht und dass dieses Problem seit fünf Jahren existenziell größer wird? Gehen Sie auch mit, Herr Adams, dass das Floating-Modell, das die CDU damals eingeführt hat, verhindert hat, dass tausendfach Lehrer in Thüringen entlassen werden mussten?

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Herr Tischner, sind Sie sich bewusst, dass das biologisch bedingt ist?)

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Zunächst einmal stimme ich Ihnen zu, dass die Lehrerinnen und Lehrer in Thüringen älter geworden sind.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass man seit den 90er-Jahren keine ordentliche Planung gemacht hat,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn es war vollkommen klar, dass man, wenn man keine jungen Lehrer einstellt, dort irgendwann einen überalterten Lehrkörper hat.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil das jetzt ins Niedliche gebracht wird und ich das so eigentlich nicht stehen lassen will: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen heute ziemlich genau, wie viele Polizistinnen und Polizisten, wie viele Lehrerinnen und Lehrer wir neu einstellen müssen, um gegenzusteuern. Genau das ist das, was wir Ihnen vorwerfen, das ist genau das, was wir jetzt machen. Wir beginnen jetzt mit dem Mehreinstellen von Lehrerinnen und Lehrern. Das ist das, was die CDU bisher nicht getan hat. Wenn Sie jetzt wieder damit kommen, dass es der Herr Matschie gewesen ist: Wir alle sind doch nicht seit dem ersten Tag in diesem Parlament. Wir alle wissen doch genau, wie der Finanzminister Voß das Bildungsministerium von Herrn Matschie rangeonnen hat. Da war kein Spielraum mehr gewesen. Aber diese Koalition stattet das Ministerium mit hinreichenden Mitteln aus, um solche Wege zu gehen bei den freien Schulen, bei den Lehrern. Wir werden gute Wege gehen, niemals einfach, aber wir werden einen guten Weg gehen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Wir werden sehen!)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat Abgeordneter Jens Krumpe.

Abgeordneter Krumpe, fraktionslos:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen Abgeordnete, liebe Bürger! Thüringen hat eine Aufgabe. Thüringen muss bis zum Jahr 2020 eine Ausgabenreduzierung zwischen 450 und 950 Millionen Euro erreichen. Die Gründe hierfür liegen auf der Hand.

Durch das Auslaufen des Solidarpakts II reduzieren sich die Einnahmen bis 2020 um circa 830 Millio-

(Abg. Krumpe)

nen Euro. Eine weitere Einnahmereduzierung ergibt sich aus den verringerten Korb-II-Mitteln wie etwa der Wirtschafts- und Städtebauförderung sowie verringerten EU-Fördermitteln in Höhe von 20 Prozent für die Periode 2014 bis 2020. Eine Vollkompensation der Einnahmeausfälle durch Steuerermehrungen ist bei der Annahme eines gleichbleibenden Konjunkturniveaus wie zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwarten.

Es besteht also die Aufgabe, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die die Ausgabenseite auf die erkennbare Einnahmeentwicklung des Landes anpassen. Eine wirksame Maßnahme ist die Tilgung, denn nur getilgte Schulden kosten dauerhaft keine Zinsen mehr. Dank der letzten Amtshandlung des ehemaligen Finanzministers ist die Tilgungsrate im vorliegenden Haushaltsgesetz zufriedenstellend.

Eine weitere wirksame Maßnahme ist es, eine Strategie zu entwickeln, um den größten Posten im Haushalt, nämlich die Landesverwaltung einschließlich ihres Personals, an die Einnahmeentwicklung des Landes anzupassen. Allein das Verwaltungspersonal schlägt mit über 25 Prozent des Landesbudgets zu Buche. Um die Landesverwaltung zu verschlanken, sind hierfür zwei wichtige Änderungen im Haushaltskonzept durchzuführen. Erstens: Die avisierte Zielvorgabe von 8.800 einzusparenden Stellen liegt deutlich unter der Mindestvorgabe von 11.000 Stellen, damit wir im Vergleich zu den westlichen Flächenländern auf ein ähnliches Verhältnis zwischen Einwohneranzahl und Landesbediensteten kommen. Zweitens: Anscheinend glaubt die Landesregierung, dass sich der kostenintensive Verwaltungsapparat allein mit dem Personalabbau verschlanken lässt. Liebe Kollegen, das ist ein Irrglaube. Der Personalabbau muss logischerweise mit einer Aufgabenkritik und im Weiteren mit der Notwendigkeitsüberprüfung von Schriftformerfordernissen, der Bürokratiekostenmessung sowie der Darstellung der zeitlichen und finanziellen Erfüllungsaufwände zur Umsetzung einer gesetzlichen Norm einhergehen. Am Ende muss eine zielführende Struktur- und Prozessoptimierung von Verwaltungsaufgaben stehen, die die Informationstechnologie als elementaren und strategisch wichtigen Bestandteil des Verwaltungskerngeschäfts mit einbezieht.

(Beifall AfD)

Die 2014 erarbeitete IT-Strategie bietet eine solide Grundlage für eine Prozessoptimierung, aber sie wird weder umgesetzt noch fortgeschrieben. Es gibt noch nicht einmal einen IT-Beauftragten der Landesregierung. Ich hätte tatsächlich erwartet, dass wir heute hier einen Einzelplan mit allen zukünftig zentral gesteuerten IT-Maßnahmen für die notwendige Verwaltungstransformation in die vernetzte Welt in unserer Hand halten. Fehlanzeige. Stattdessen wird weitergemacht mit Klein-Klein, also mit

kleinen und großen Insellösungen in den Ressorts statt einer zentralen integrativen und ressortübergreifenden IT-Steuerung.

Beispiel: Das Finanzministerium ist zuständig für E-Government, allerdings ohne sichtbare und nennenswerte Ideen, Aktivitäten oder Ergebnisse. Das Ministerium für digitale Gesellschaft ist gemessen an dessen Zuständigkeit seinen Namen nicht wert und die Staatskanzlei kümmert sich mit einem Juristen aus dem Umweltministerium an der Spitze um Verwaltungsmodernisierung.

Was bei Klein-Klein mit viel mehr politischer Priorisierung am Ende rauskommt, wurde auf der diesjährigen „CeBIT“ deutlich: Thüringen präsentierte sich mit einer antiquierten Software namens Geoproxy, welche noch nicht einmal die Mindestanforderung der an sie gestellten Anforderungen erfüllt – siehe Drucksache 6/310.

Meine Damen, meine Herren, hier verpuffen Synergien und hier verpuffen auch Steuermittel und das nicht zu knapp. Ich werde meine Zustimmung zum Haushaltsgesetz davon abhängig machen, ob mein Änderungsantrag für die Vorbereitung eines zukünftigen zentralen Steuerungsgremiums für den IT-Einsatz in der Landesverwaltung eine Zustimmung erfährt oder nicht. Vielen Dank.

(Beifall AfD; Abg. Gentele, fraktionslos; Abg. Helmerich, fraktionslos)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Herr Abgeordneter Kuschel das Wort – 18 Minuten.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der bisherigen Debatte sind einige Aussagen getroffen worden, insbesondere vom Vertreter der CDU, die eine Erwiderung unumgänglich machen, einfach damit die Öffentlichkeit, die hier diese Debatte verfolgt, sich auch ein objektives Bild der Lage machen kann,

(Beifall DIE LINKE)

abwägen kann, was tatsächlich geschehen ist. Herr Kowalleck war offenbar in den Ausschusssitzungen nur körperlich anwesend.

(Zwischenruf Abg. Kowalleck, CDU: Vollkommen, vollkommen!)

Deswegen hat er die dortigen Debatten nicht verfolgt oder er hat sie bewusst ausgeblendet. Beides ist für einen Finanzpolitiker nun nicht gerade ein Aushängeschild.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Als wenn Sie ein Aushängeschild für dieses Haus wären! Gucken Sie sich mal selber an!)

(Abg. Kuschel)

Meine Damen und Herren, der erste Punkt, der hier immer wieder diskutiert wird: höhere Tilgung. Ist es tatsächlich volkswirtschaftlich und auch finanzpolitisch von Wert, in der jetzigen Situation eine höhere Tilgung von Schulden in Erwägung zu ziehen? Denn wir müssen uns mit der Tatsache beschäftigen, wenn wir mehr tilgen – das geht –, welche Konsequenzen damit verbunden sind. Da wir auf der Einnahmeseite nur geringe Gestaltungsmöglichkeiten haben, müssen wir auf der Ausgabenseite andere Prioritäten setzen. Das heißt, eine höhere Tilgung hat zwangsläufig weniger Investitionen oder weniger öffentliche Leistungen zur Folge. Da ist die Frage: Wollen wir das? Ich hatte gerade von konservativen Finanzpolitikern erwartet, dass sie diesen Zusammenhang erkennen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Den haben wir!)

Wir verschieben letztlich die Schuld in unser Anlagevermögen, in die Straßen, in die Gebäude und dergleichen. Dort wird es nicht billiger, weil jeder weiß, mit jedem Jahr steigen die Investitionskosten von ganz allein. Das heißt, wer heute beim jetzigen Zinsniveau letztlich Fiskalschulden abbaut, baut in dem Anlagevermögen höhere Schulden auf. Das ist doch verantwortungslos. Das würde im Privathaushalt keiner machen. Kein Mensch würde das tun, Sie würden das privat niemals tun, was Sie hier von uns als Landtag verlangen. Volkswirtschaftlich völlig daneben und fiskalisch, fiskalpolitisch ein Offenbarungseid, weil erneut deutlich wird, dass die CDU vielleicht viel kann, aber Finanzpolitik nicht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, darüber hinaus müssen Sie sich darüber im Klaren sein, dass Rot-Rot-Grün mehr tilgt, als die Zahlen zum Ausdruck bringen. Wir müssen nämlich mit Ihren Altschulden umgehen und diese abbauen. 20 Millionen Euro für Pilz, das ist Schuldentilgung. Die haben Sie uns hinterlassen. Oder das Sondervermögen Wasser/Abwasser, das sind Ihre Schulden, die müssen wir abfinanzieren. Das ist nichts anderes als eine Schuldentilgung. Sie dürfen also nicht nur das Schuldenkonto betrachten, sondern das Ergebnis Ihrer Gesamtpolitik. Ich komme im kommunalen Bereich noch einmal dazu. Die Gesamtsituation, die Sie uns hinterlassen haben, ist eine komplizierte. Und jetzt wollen Sie uns einfach die Möglichkeiten nehmen, Schritt für Schritt aus diesem Fiasko herauszukommen. Sie werden Verständnis haben, dass wir in diese Falle nicht hineintappen, sondern wir wollen weiter gestalten. Ich glaube, es ist eine hohe Leistung, denn es hat keiner den Linken oder dieser Koalition zugetraut, dass wir einen Haushaltsentwurf ohne Schulden vorlegen. Das hat uns keiner zugetraut und das ist ein hoher Wert.

(Unruhe CDU)

Dass Sie das nicht erfreut, das kann ich nachvollziehen, weil Ihr ideologisches Kartenhaus hier in dieser Frage zusammenbricht.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte mich mit einer zweiten Sache beschäftigen, was die Begrenzung von Mehrausgaben betrifft. Offenbar, und Herr Kowalleck, ich weiß das, Sie wissen es ja, Sie dürfen es hier nur nicht sagen, weil Ihr Mann in der ersten Reihe Ihnen das untersagt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das geht nur bei Euch!)

Aber ich will Ihnen das noch einmal sagen: Sie können doch einen Haushalt nicht nur auf der Ausgabenseite betrachten. Das machen Sie doch zu Hause auch nicht, sondern Sie betrachten auch die Einnahmeseite. Sie müssen sich mal mit der Struktur der Landeseinnahmen beschäftigen. Man braucht kein großer Finanzexperte zu sein, um zu erkennen, dass der Landeshaushalt auf der Einnahmeseite anwächst, ohne dass wir hier im Landtag etwas tun müssen. Das hat etwas mit der Einnahmestruktur zu tun. Wir haben etwas mehr als 6 Milliarden Euro Steuereinnahmen, rund 4 Milliarden Euro davon sind der Landesanteil an der Umsatzsteuer. Das ist sehr abhängig von der Konjunktur und der Binnennachfrage. Die läuft zurzeit sehr gut. Aber damit wächst natürlich der Haushalt, automatisch schon allein aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung, weil jede Preisentwicklung letztlich auf die Umsatzsteuer durchschlägt. Über 1 Milliarde Euro beträgt der Landesanteil an der Einkommenssteuer. Dieser Landesanteil an der Einkommenssteuer wächst aufgrund der Tarifentwicklung auch. Das heißt, es sind über 5 Milliarden von 7 Milliarden Euro, die alleine dadurch dynamisiert sind. Insofern ist es doch in der Landespolitik gestalterisch, wenn man diesen Aufwuchs auf der Einnahmeseite auch auf der Ausgabenseite abbildet. Hinzu kommt, dass – und Herr Mike Huster hat einige Beispiele genannt, weshalb – der Landeshaushalt insgesamt steigt. Er steigt aber eben auch durch den allgemeinen Kostenaufwuchs und die Tarifentwicklung. Wer das nicht will, wer also sagt, Ausgaben sollen konstant bleiben, der muss doch offen dazu sagen, was er tatsächlich beabsichtigt.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Prioritäten setzen, Prioritäten setzen!)

Er beabsichtigt nämlich einen Leistungsabbau, weil ein gleicher Landeshaushalt unter der Maßgabe der allgemeinen Preisentwicklung und der Tarifentwicklung nichts anderes bedeutet als Leistungsabbau. Dann müssen Sie aber sagen, meine Damen und Herren von der CDU, wo dieser Leistungsabbau erfolgen soll. Das, was Sie machen, Umschichtung von der Rücklage in die Tilgung, höhere Steuerein-

(Abg. Kuschel)

nahmen und einfach mal fiktiv unterstellen, dass bestimmte Mittel nicht abfließen, ist genau die Politik, die das Land fast an den finanziellen Kollaps gebracht hat, und 16 Milliarden Euro Schulden sind das Ergebnis. Da wollen wir tatsächlich umdenken, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das ist das Erbe des Kommunismus!)

Meine Damen und Herren, Sie haben als Ziel formuliert: Kommunen entlasten und Schulden tilgen. Das ist eine späte Einsicht, denn Sie reagieren damit auf die Folgen von 24 Jahren CDU-Politik.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ihr habt 40 Jahre lang das Land regiert!)

Und das ist auch das Eingeständnis Ihres Scheiterns. Das gestehen wir Ihnen zu, denn da haben wir Ihnen etwas voraus. Wir sind keine Dogmatiker und sind deshalb bereit, auch zu Fehlern zu stehen. Der politische Irrtum ist uns nicht fremd. Herr Mohring muss das nur noch lernen, auch mal einzugestehen, dass er sich geirrt hat. Das ist natürlich sehr schwer, nach 24 Jahren zu der Erkenntnis zu kommen, dass wesentliche Teile der Landespolitik zu der jetzigen Situation geführt haben. Aber Sie haben auch gesagt, Sie haben ein gutes Fundament hinterlassen. Da will ich mal in der kommunalen Ebene Ihr Fundament beschreiben: Von 841 Gemeinden hatten 71 im vergangenen Jahr überhaupt keinen Haushalt. 125 Gemeinden sind in der Haushaltssicherung. 400 Gemeinden, das ist jede zweite, konnten den Haushalt nur ausgleichen durch Entnahme aus der Rücklage. 200 Gemeinden, das ist jede vierte, haben gar keine Rücklagen mehr. Das ist Ihre Bilanz, die Sie hier präsentieren.

(Beifall DIE LINKE)

Jedes Jahr ein Hilfspaket aufzulegen, zeugt nun nicht gerade davon, dass Ihr Finanzausgleich bisher zielgenau war. Das ist der Fakt. Wir können uns 2024, wenn wir dann zehn Jahre regiert haben, mal über unsere Bilanz unterhalten.

(Beifall DIE LINKE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch Ihre kommunale Dividende hilft da nicht. Diese 26 Millionen werden die Krise der Kommunen nicht beenden, sondern wir brauchen Strukturveränderungen. Das werden wir mit dem Finanzausgleich 2016 angehen, weil Sie uns eine Struktur hinterlassen haben, da kann man noch so viel Geld reinstecken, die wird nicht zu Leistungsfähigkeit führen. Aber was das Beste ist an Ihrer kommunalen Dividende, ist letztlich wieder der ungedeckte Scheck, nämlich die Deckungsvorschläge. Auch damit tun wir letztlich den Kommunen keinen Gefallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, zum Hilfspaket 2015: 135 Millionen Euro, ich bleibe dabei, es sind 135 Millionen Euro, Herr Kowalleck, da können Sie noch so diskutieren. Denn Sie haben uns 33 Millionen Euro aus Ihrem Hilfspaket 2014 als ungedeckten Scheck hinterlassen. Den müssen wir finanzieren. Das sind die 30 Millionen Euro zusätzliche Bedarfszuweisungen und das sind die 3 Millionen Euro Winterdienstkosten, mal allgemein formuliert. Die haben Sie zwar 2014 den Kommunen für 2015 versprochen, haben sie aber nicht finanziert, sondern das hat jetzt Rot-Rot-Grün gemacht. Deshalb ist es zulässig, zu den 102 Millionen Euro frischem Geld noch mal 33 Millionen Euro, diesen ungedeckten Scheck, hinzuzurechnen, und das sind genau die 135 Millionen Euro, die der Innenminister mit den kommunalen Spitzenverbänden ausdiskutiert hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, mit diesem Hilfspaket haben wir die kommunale Investitionskraft gesteigert. Wir bauen den Investitionsstau an den Schulen ab und wir stocken die Bedarfszuweisungen auf, weil wir 2015 den notleidenden Gemeinden als Übergangsjahr noch mal helfen müssen, bevor wir dann 2016 in eine neue Struktur einsteigen.

Der CDU-Vertreter hat zu Recht auf steigende Kosten bei den Kommunen hingewiesen, Sozialkosten und Personalkosten steigen. Aber die Antwort kann doch nicht sein, dass wir aus dem Landeshaushalt ständig höhere Zuweisungen an die Kommunen zahlen, sondern wir müssen an die Ursachen heran. Das macht diese Landesregierung. Bei den Sozialkosten geht es eben darum, Menschen, die lange in Arbeitslosigkeit sind, wieder in Arbeit zu bringen. Wir wagen diesen Schritt auch ohne große Bundesbeteiligung mit dem Einstieg in den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Und nur dann können wir nachhaltig die Sozialausgaben senken, wenn es wieder gelingt, Menschen in Arbeit zu bringen. Das Zweite, steigende Personalkosten: Da müssen die Kommunen tatsächlich mit uns gemeinsam über Strukturveränderungen nachdenken. Ich will Ihnen ein Beispiel sagen. Wir haben 17 Landkreise mit eigenen Gewerbeämtern und noch 23 kreisangehörige Gemeinden, die sich auch eigene Gewerbeämter leisten. Das geht nicht mehr, diese Doppelstrukturen. Da müssen Kommunen bereit sein, mit uns gemeinsam über Veränderungen zu diskutieren.

Zum Mehrbelastungsausgleich, der oftmals in der Debatte eine Rolle gespielt hat, fragt man sich, wer den überhaupt entwickelt hat. Es wird so getan, als ob das Rot-Rot-Grün gewesen wäre. Das hat die CDU zu verantworten. Sie hat ein völlig intransparentes System geschaffen im Vergleich zur früheren Auftragskostenpauschale. Bei der früheren Auftragskostenpauschale ist jede übertragene Aufgabe separat berechnet und pauschaliert erstattet wor-

(Abg. Kuschel)

den. Damit konnten die Kommunen genau nachvollziehen, in welchen einzelnen Bereichen sie Zuschüsse vom Land bekommen. Jetzt hat man alles in eine Pauschale geschmissen, 71 Euro, und da ist natürlich kaum Transparenz gegeben. Wenn jetzt aber die Landkreise aufschreiben, dann machen wir nur noch mal auf drei Dinge aufmerksam, weil wir in dieser Frage tatsächlich eher den Städten und Gemeinden zugestehen, dass sie meckern. Wir nehmen das 2015 in Kauf. Aber die Landkreise müssten sich eigentlich in Zurückhaltung üben, aus drei Gesichtspunkten heraus: Bei den übertragenen Aufgaben bei den Gemeinden berechnen wir nach der sogenannten Korridormethode, also nur zwischen 50 und 100 Prozent werden Ausgaben anerkannt. Bei den Landkreisen gab es die Verständigung, dass wir den teuersten Landkreis zur Berechnung genommen haben. Das war der Landkreis Sömmerda. Dessen Aufwendungen waren Grundlage des Mehrbelastungsausgleichs. Das heißt, in den letzten zwei Jahren haben 16 Landkreise mehr Geld aus dem Mehrbelastungsausgleich bekommen, als sie überhaupt selbst beim Land als Ausgaben angegeben haben. Da muss es doch möglich sein, in einer Aufgabe wie bei der Flüchtlingsunterbringung, bei der es nur um die Verwaltungskosten geht, dort im Rahmen des Systems selbst einen Ausgleich herbeizuführen. Im Jahr 2016 werden wir ihn überprüfen. Aber sich hier hinzustellen und zu sagen, wir würden die Landkreise überfordern, ist ungehörig.

Es kommt ein weiterer Aspekt hinzu: Durch die Neuberechnung der Umlagekraft über die höheren nivellierten Sätze bei der Grund- und Gewerbesteuer steigt die Umlagekraft der kreisangehörigen Gemeinden um 108 Millionen Euro. Davon schöpfen die Landkreise 46 Millionen Euro über die Kreisumlage ab – 46 Millionen Euro. Und da meckern die hier wegen angeblich 11 Millionen mehr für die Flüchtlingsunterbringung für die Verwaltung. Das ist ungehörig. Das ist ungehörig! Hier hätten die Städte und Gemeinden Grund, an das Land heranzutreten und zu sagen, das ist unfair, aber bitte schön nicht die Landkreise. Aber wir nehmen den Landkreistag ernst und werden mit ihm im Dialog die Neuberechnung ab 2016 diskutieren.

Dabei muss ich noch mal darauf verweisen: Bei der Frage Flüchtlingsunterbringung geht es nur um die Verwaltungskosten im Mehrbelastungsausgleich, die Zweckkosten sind im Einzelplan des Migrationsministeriums festgehalten und dort wird nach Fällen abgerechnet, unabhängig davon, was drinsteht. Man kann darüber diskutieren, ob die Sachkostenauspauschalen dann in jedem Fall noch angemessen und real sind. Das werden wir sicherlich überprüfen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Müssen!)

Auch müssen, da haben Sie recht, Herr Mohring, müssen.

Zur Kindergartenfinanzierung: Da wird es nun ganz putzig, wenn die CDU jetzt hier die Kindertagesstättenfinanzierung anmahnt. Wer hat denn das Chaos hinterlassen? Das waren Sie. Sie haben dieses Chaos des Mehrsäulensystems hinterlassen

(Beifall DIE LINKE)

und davon 125 Millionen Euro in den Schlüsselzuweisungen, damit niemand mehr nachvollziehen kann, was tatsächlich ankommt. Das Land erstattet 330 Millionen Euro für die Kitas. Nur die Städte und Gemeinden können es gar nicht nachrechnen, weil eben ein Teil steuerkraftabhängig ist. Das werden wir überprüfen und transparenter gestalten. Aber wir müssen den Städten und Gemeinden auch sagen: Wenn sie hier einen höheren Beitrag des Landes verlangen, haben sie auf der anderen Seite eigene Steuereinnahmen zusätzlich zur Verfügung, die dann bei der Berechnung der Finanzausgleichsmasse herangezogen werden. Das ist also rechte Tasche – linke Tasche. Da müssen wir mit den Städten und Gemeinden noch mal ernsthaft reden, was sie tatsächlich wollen. Wir sind für mehr Transparenz in dieser Frage, aber wir müssen auch berücksichtigen, dass letztlich beim Finanzausgleich, bei der Finanzausgleichsmasse insgesamt nichts passiert.

Meine letzte Anmerkung zu der Flüchtlingsfinanzierung und den 13 Millionen Euro: Die 13 Millionen Euro, die das Land bekommt, bekommen wir über eine höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer. Deswegen findet das niemand im Haushalt, das ist eine höhere Beteiligung am Landesanteil der Umsatzsteuer. Wir sind eines der wenigen Länder, die die Zweckkosten bei der Flüchtlingsunterbringung zu 95 Prozent erstatten, und zwar vorher schon. Das war übrigens eine Leistung der CDU und SPD in der Großen Koalition oder der schwarz-roten Koalition. Das sollten Sie gar nicht kleinreden, das war ja in Ordnung. Deswegen ist die Forderung der kommunalen Spitzenverbände hier nicht angemessen, die durchzureichen, denn das würde zu einer sozusagen Überfinanzierung führen. Das ist nicht möglich. Die Entlastung, die der Bund damit verfolgt, zielt auf die Bundesländer ab, die nur zu 33 oder nur zu 50 Prozent die Kosten übernehmen. Wir übernehmen sie aber zu 95 Prozent. Insofern ist es richtig, dass wir da keine Veränderungen vornehmen. Worüber wir reden müssen, ist tatsächlich, ob die Sachkostenerstattungen noch real sind.

Es wäre noch manches zu sagen. Ganz abschließend muss ich noch etwas sagen, was Eisenach und die Sporthalle betrifft: Seit zehn Jahren ist eine CDU-geführte Landesregierung nicht in der Lage, das Finanzproblem von Eisenach in den Griff zu kriegen. Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen, das soll jetzt mal Rot-Rot-Grün innerhalb von weni-

(Abg. Kuschel)

gen Wochen lösen. Sie haben dieses Fiasko in Eisenach zu verantworten.

(Heiterkeit CDU)

Es fällt Ihnen jetzt ein, dass die Aßmann-Halle nicht ausreicht. Die erhielt schon beim letzten Mal nur eine Ausnahmegenehmigung. Das hätten Sie alles machen können und haben es nicht gemacht. Jetzt machen Sie Verpflichtungsermächtigungen – das sind wieder ungedeckte Schecks –, erzeugen Hoffnung.

(Unruhe CDU)

Wir machen das real und Sie können sich darauf verlassen: Wir werden auch dieses Problem lösen. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kuschel. Aus den Reihen der Abgeordneten sehe ich eine Wortmeldung vom Abgeordneten Kowalleck, CDU-Fraktion.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident! Eine Sternstunde des Parlaments haben wir jetzt mit der Rede nicht erlebt, im Gegenteil.

(Beifall CDU)

(Heiterkeit DIE LINKE)

Jetzt weiß ich auch, warum mancher Abgeordneter hier als parlamentsunwürdig bezeichnet wird. Wenn Sie, Herr Kuschel – dafür haben Sie ja den Ordnungsruf bekommen – mich hier als Lügner bezeichnen, dann ist das schon unterste Kategorie.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das war es mir wert!)

So sollte man miteinander nicht umgehen.

(Beifall CDU)

Zu den Punkten, die Sie angeführt haben, Herr Kuschel. Ich habe hier in meiner Rede aus der Resolution des Thüringischen Landkreistages zitiert, ich habe aber auch aus der Stellungnahme des Gemeinde- und Städtebundes zitiert und aus der gemeinsamen Stellungnahme. Wenn Sie dann hier in Ihren Reden einfach die Worte verdrehen und daraus irgendwo Ihre eigene Geschichte machen, dann entspricht das auch nicht den Tatsachen. Es ist doch eins klar: Diese 135 Millionen Euro, die Sie hier anführen, sind einfach ein Mogelpaket, so wie Sie das hier darstellen. Das haben auch die kommunalen Spitzenverbände schon mehrfach dargestellt. Wenn Sie jetzt sagen, ich würde lügen, dann sagen Sie ja gleichzeitig auch, die kommunalen Spitzenverbände und unsere Kommunen und

Landkreise lügen. Das geht nun überhaupt nicht an dieser Stelle!

(Beifall CDU, AfD)

Gerade was das Thema Asyl angeht: Ich bin sehr dafür, dass man hier in dem Hohen Haus mit einer Stimme spricht, denn es gibt viele Menschen, die unsere Hilfe brauchen und die wir hier auch aufnehmen müssen, gerade aus Syrien und anderen Ländern, die von Krieg betroffen sind. Da muss man eben auch sagen, die finanziellen Mittel, die uns der Bund zur Verfügung stellt, sind eine Entlastung für die Kommunen. Das ist auch als Entlastung für die Kommunen vorgesehen. Dann müssen wir das auch so behandeln und da sind wir auch in der Pflicht, diese Gelder, diese 13 Millionen Euro, die im Raum stehen, weiterzugeben.

Genauso geht es doch um den Mehrbelastungsausgleich. Wenn uns die Landkreise wirklich hier anhand der Zahlen darstellen, wie die Einwohnerentwicklungen sind und was an Pauschalen pro Einwohner gebraucht wird, dann muss man das doch hier auch sagen können, da können Sie mir doch nicht das Wort im Mund rundrehen. Das sind doch Stellungnahmen, die von den kommunalen Spitzenverbänden kommen.

(Beifall CDU, AfD)

Wir haben alle die gleichen Unterlagen bekommen. Die Landkreise fordern beim Kommunalen Finanzausgleich die 2 Milliarden Euro plus X. Hier steht das doch alles. Ich bin doch nicht der Einzige, der die Unterlagen bekommt, die gehen doch an alle Mitglieder des Haushalts- und Finanzausschusses und die Landtagsabgeordneten. Die 13 Millionen Euro Bundesmittel werden eingefordert, das steht doch auch hier in der Resolution. Genauso steht hier: Entscheidung über die Zukunft der Schulhorte. Auch das Thema mit den Kindertagesstätten brennt uns doch allen hier ganz deutlich. Gerade wenn ich sehe: Wir haben doch selber auch Bürgermeister in unseren Reihen, die sehen das doch, die haben doch selber die Kindergärten und wir sehen doch die Kostenentwicklungen vor Ort,

(Beifall CDU)

wie die Kommunen belastet werden. Das können wir doch nicht einfach ausblenden, da müssen wir doch sagen, hier unterstützen wir.

Ich musste diese Punkte hier noch mal sagen. Ich bin wirklich erschüttert, wie so eine Diskussion hier läuft. Ich muss auch sagen, diese persönlichen Angriffe darf es einfach nicht geben und das sollten wir hier auch an dieser Stelle nicht so weiterführen. Danke.

(Beifall CDU, AfD)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Kowalleck. Ich habe jetzt noch eine Wortmeldung vom Abgeordneten Kuschel, Fraktion Die Linke, mit dem Zeitbudget von 1 Minute und 30 Sekunden.

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Herr Präsident. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kowalleck, Sie haben geredet, aber nichts gesagt. Trotzdem muss ich noch mal auf den Mehrbelastungsausgleich eingehen. Es ist Ihr System, Sie haben dieses System entwickelt. Wir haben überhaupt keine rechtliche Grundlage, jetzt dort etwas Grundlegendes zu verändern. Dann müssten wir das Gesetz insgesamt verändern. Sie haben im Gesetz geregelt, dass nur eine Dynamisierung entsprechend dem Preisindex erfolgt, außer es kommt eine neue Aufgabe hinzu oder die Standards ändern sich. Jetzt kann man trefflich diskutieren, ob der Aufwuchs der Anzahl der Flüchtlinge eine neue Aufgabe ist oder ein anderer Standard. Wir sind in der Abwägung dazu gekommen, nein, das ist eine andere Fallzahl. Da Sie aber alle Aufgaben in einen Topf geschmissen haben, ist eben die Gesamtpauschale für alle Aufgaben. Da müssen die Landkreise tatsächlich hin und her jonglieren. Wenn sich zeigt, dass das nicht funktioniert, werden wir das 2016 ändern. Aber wir können nicht bei jeder Änderung der Fallzahlen das Gesamtsystem infrage stellen. Außer Sie wären beim System der Auftragskostenpauschale geblieben, dann wäre für jede einzelne Aufgabe die Erstattung erfolgt. Dann könnten wir darüber reden. Damals war das Schöne, da gab es für die Beflagung von Dienstgebäuden an staatlichen Feiertagen 2 Cent pro Einwohner im Jahr. Das war für mich was, das prägt sich immer ein.

Die kommunalen Spitzenverbände haben einen gewissen Auftrag und den erfüllen die gut. Sie müssen sich nämlich um die Kommunen kümmern. Wir haben einen anderen Auftrag: Wir müssen einen Interessenausgleich zwischen allen herbeiführen. Das ist eine andere Verantwortung, der stellen wir uns. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsident Höhn:

Damit ist das Zeitbudget der Fraktion Die Linke ausgeschöpft.

Meine Damen und Herren, ich sehe jetzt mit Blick in das Plenum keine weiteren Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten. Für die Landesregierung Frau Finanzministerin Taubert.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Sie muss jetzt nur länger reden, dann kann ich noch mal reden. Ich rede so gern!)

Taubert, Finanzministerin:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordneten, die Koalition aus Linken, Grünen und SPD möchte heute erstmals einen Haushalt beschließen. Wir legen ihn vor im Sinne unseres Koalitionsvertrags und da ist die Überschrift „Demokratisch, sozial und ökologisch“. Genau unter diesem Leitmotiv gestalten wir für das Jahr 2015 den Freistaat Thüringen mit den Mitteln und durch die Mittel des Landeshaushalts.

Meine Damen und Herren, Haushalt ist kein Selbstzweck. Wir haben viele gesetzliche und auch außergesetzliche Aufträge, die uns unsere Bürgerinnen und Bürger gegeben haben, und die haben wir zu erfüllen. Das wollen und das werden wir auch tun. Wir legen den ersten Landeshaushalt ohne neue Schuldenaufnahme vor. Am Anfang einer Legislaturperiode ist das in Thüringen einmalig. Das ist ein wichtiges und ein gutes Signal.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kowalleck, Sie sprechen für die größte Oppositionspartei, aber ich hatte bei Ihrer Rede den Eindruck, es gilt mittlerweile bei Ihnen wie früher: Überholen ohne einzuholen. Sie haben keine solide Gegenfinanzierung für viele Ihrer Mehrausgaben und Sie sprechen ganz fröhlich nebenher vom Einsparen. Sie werfen uns vor, wir tilgen zu wenig. Doch auch da muss ich als Finanzministerin sagen: Woher kommen denn die 16 Milliarden Euro Schulden?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Von euch!)

Nein, Herr Mohring! Sie haben das mal so schön in einer Rede beschrieben – 2012 oder 2013 war das gewesen – zum Doppelhaushalt mit den Schulden. Da haben Sie schön aufgeschrieben, in welcher Legislaturperiode welche Schulden aufgenommen wurden. Da waren Sie immer dabei.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Aber ihr auch, liebe Frau Taubert!)

Ich habe in der Einbringungsrede gesagt, ein Teil liegt auch an den Sozialdemokraten, aber Sie haben den größeren Teil auf Ihrem Buckel, und das dürfen Sie nicht ignorieren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, Sie haben einen entscheidenden Anteil daran. Ich sage noch mal in aller Deutlichkeit: Was Sie hier vorgelegt haben, auch mit den Änderungsanträgen, mit der Rede, Herr Kowalleck, das ist unseriöse Finanzpolitik.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Frau Taubert, das glauben Sie doch selber nicht!)

Ich will an dieser Stelle auch kurz auf den Redebeitrag von Herrn Höcke eingehen. Wenn Sie noch

(Ministerin Taubert)

vom Fürsten reden, dann muss ich ehrlich sagen, so einen Staat möchte ich nie wieder haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es schüttelt mich, wenn jemand unseren Freistaat Thüringen mit so vielen – ich sage wirklich mal – Errungenschaften mit dem Fürsten vergleicht, das ist ein völlig ...

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Es ging um Sparsamkeit! Das war ein Zitat!)

Der Fürst hat doch nicht gespart! Ich bitte Sie! Der hat vielleicht sparsam gelebt, der Fürst, der hat das für sich so ausgemacht. Das ist ja auch in Ordnung so, aber er hat doch seine Mitbürgerinnen und Mitbürger geknechtet in einer Art und Weise, die wir heute nicht mehr als Maßstab anlegen können. Ich bitte Sie!

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damals war ein armer Staat auch für die Bürgerinnen und Bürger ein schlechter Staat gewesen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, der Haushalt hat viele gute Beispiele. Auch ich möchte noch mal an das kommunale Investitionspaket erinnern, das wir auf den Weg bringen – in Summe aus alter und neuer Gesetzgebung 132 Millionen Euro. Und auch die Kofinanzierung des Bundes – Kommunal Invest –, das im Übrigen aus den Geldern finanziert wird, die wir nicht mehr bekommen, aus Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen, haben wir sofort versprochen, kofinanzieren wir. Und wir wollen natürlich auch den ökologischen Umbau. Herr Adams hat auf einige Dinge hingewiesen, die dringend notwendig sind.

Wir halten die Bildungsausgaben auf einem hohen Niveau. Ich denke nur an die freien Schulen – mit 12 Millionen mehr in diesem Haushalt verankert. Und wir stehen zu unserem Wort der gesicherten Hochschulfinanzierung. Wir haben eines, was wir versprochen haben, auch mit diesem Haushalt erfüllt. Wir erfüllen unser Versprechen, ehemalige DDR-Heimkinder, die Leid und Unrecht erfahren haben, zu unterstützen. Wir begreifen ihre Erfahrungen als unauslöschliche Mahnung, was Diktaturen Menschen zufügen können.

Meine Damen und Herren, aber der Haushalt bietet noch viel mehr. Wir unterstützen die Thüringer Wirtschaft verlässlich. Wir helfen Menschen mit Vermittlungshemmnissen durch die Fortführung des Landesarbeitsmarktprogramms, selbstbewusst und selbstständig zu leben. Aber – auch das ist richtig – wir gehen vom Fördern und Fordern nicht ab.

Meine Damen und Herren, wir stellen uns den Aufgaben und den Herausforderungen – kann man ja schon sagen – für die vielen Flüchtlinge, die zu uns kommen. Wir lassen die Kommunen nicht allein. Es ist völlig falsch dargestellt.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie wissen es ganz genau und Sie reden trotzdem darüber, wider besseres Wissen.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Haushaltsvolumen von 9,272 Millionen Euro und wir haben es für notwendige und sinnvolle Maßnahmen verteilt. Ich will es – vielleicht, weil es viele nicht verstehen – noch mal mit dem privaten Haushalt sagen. Wenn ich an Lehrerinnen und Lehrer denke – da haben wir auch einige ehemalige hier dabei –, die waren auch immer darauf bedacht, dass ihr Einkommen steigt. Die haben also nicht gesagt, das Einkommen soll konstant bleiben, vielleicht 60 Prozent von West, hätte auch sein können – nein, man sieht natürlich auch im privaten Haushalt, dass die Einkommen steigen, dass man verlässlich auch mehr zur Verfügung hat, zum einen, weil es die Inflation gibt, und zum anderen, weil auch dringliche, notwendige Ausgaben anstehen. Deswegen ist es doch gerechtfertigt, dass auch Landeshaushalte genauso wie der Bundeshaushalt und genauso wie die Kommunalhaushalte ein Recht darauf haben, diese Ausgaben zu schultern und dafür Einnahmen einzunehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Grundgesetz gibt auch den Thüringerinnen und Thüringern und dem Freistaat Thüringen das Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse. Das gilt in allen Teilen Deutschlands. Und auch wenn es heute offensichtlich manch einer nicht wahrhaben will: Wir haben schmerzhaft die Erfahrung machen müssen, wie eine ganze Generation aus Thüringen abgewandert ist, weil diese gleichwertigen Lebensverhältnisse eben noch nicht vorhanden waren. Deswegen ist für mich manches nicht nachvollziehbar. Ich merke, dass einige auch im Bund, auch Bundestagsabgeordnete von einer Regierungsfraktion, der Auffassung sind ...

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Von der SPD!)

Nein, nein, das ist die CDU! Wenn Sie mich so fragen, Herr Mohring, dann sage ich es Ihnen. Es ist die CDU und es gibt auch einzelne Landtagsabgeordnete hier auf der Oppositionsbank, die die gleiche Auffassung haben. Die gehen nach Berlin und erzählen, wir wären schon bald über den Berg, wir müssten nur ordentlich sparen und dann kämen wir da schon hin. Und ich finde, Sie fallen denen wider besseres Wissen in den Rücken, die hierbleiben wollen,

(Ministerin Taubert)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die trotz dieser nicht so besonders hohen Löhne und Einkommen, die trotz der Wirtschaft- und Finanzschwäche in unserem Land hierbleiben, hier arbeiten und hier leben wollen. Denen fallen Sie in den Rücken. Das macht mich zornig, das will ich Ihnen sagen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Ich kriege Angst!)

Ja, das macht mich zornig. Sie müssen keine Angst davor haben. Ich bin nur deswegen zornig, Frau Tasch: Was Sie überhaupt nicht auf dem Schirm haben bei solchen Reden in Berlin, das ist doch eines: Es geht doch nicht nur um das Land, es geht doch auch nicht um diese rot-rot-grüne Landesregierung, wenn wir vom Bund-Länder-Finanzausgleich sprechen. Es geht um den Freistaat Thüringen und die Bürgerinnen und Bürger und es geht auch um die Kommunen. Das lassen Sie völlig außer Acht, wenn Sie mit so einer Einstellung in Berlin daherkommen.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wer denn?)

Das sage ich Ihnen später unter vier Augen. Ich möchte hier keinen öffentlich – ich sage es Ihnen unter vier Augen, Herr Mohring, das mache ich.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ich lade Sie ein!)

Das ist schön.

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Wahrscheinlich war er es selber!)

Aber ich will eins und das mit aller Ernsthaftigkeit sagen: Es ist doch auch kein Naturgesetz, wenn jetzt die Bund-Länder-Finanzbeziehungen neu gestrickt werden, dass die armen Länder arm bleiben müssen und die reichen Länder reich bleiben müssen oder noch reicher werden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch kein Naturgesetz! Im Gegenteil, der Staat ist doch dafür da, genau diesen Ausgleich zu schaffen, nämlich dass die Reicheren etwas abgeben und die Ärmeren etwas dazubekommen, dass gleichwertige Lebensverhältnis in allen Regionen Deutschlands

(Beifall DIE LINKE, SPD, AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch Realität werden.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das steht im Grundgesetz! Schön, dass Sie das Grundgesetz vortragen!)

Ja, genau. Und Gott sei Dank sehen das unsere ostdeutschen Nachbarn auch so. Ich bin da ganz froh darüber, dass wir weiterhin beim Länderfinanzausgleich einig sind. Wenn wir nicht kämpfen, wenn wir Ostdeutschen nicht für eine Fortführung des Länderfinanzausgleichs kämpfen und auch für die auskömmliche Finanzausstattung des Freistaats, wer soll denn sonst für uns dafür kämpfen?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Das stimmt! Aber sagen Sie auch noch etwas zum Landeshaushalt?)

Ich sage noch was zum Landeshaushalt, das mache ich noch, warten Sie nur ab. Aber Sie wissen auch, Herr Mohring, wenn wir in Zukunft – ich sage meinen Kolleginnen und Kollegen: Im schlimmsten Fall müssen wir weiter regieren.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Wer jetzt? Wir zusammen?)

Ja, die Sozialdemokraten in jedem Fall, die Grünen und die Linken. Wie sagen Sie immer so schön; was sind Sie für eine Opposition?

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Regierung im Wartestand!)

(Heiterkeit im Hause)

Sie sind eine Regierung im Wartestand. Sie wollen ja auch wieder regieren. Deswegen muss es uns doch ein Anliegen sein, diese auskömmliche Finanzausstattung auf hohem Niveau zu haben. Das ist doch auch für unseren Haushalt wichtig, auch für den 15er-Haushalt.

Ich will noch einmal zwei Zahlen nennen, damit auch wirklich klar ist, warum wir nicht einfach aus Jux und Tollerei sagen, wir brauchen noch weitere Mittel. Wir haben 70 Prozent des Wirtschaftswachstums und wir haben 55 Prozent der Steuerkraft westdeutscher Länder und leider konnten alle Bemühungen der letzten 25 Jahre das nicht ausgleichen. Deshalb ist es wichtig – wir sind uns da in der Koalition vollständig einig –, dass das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag auch weiterhin in die Finanzierung von Bundes- und Länderaufgaben und damit auch in kommunale Ausgaben fließen kann.

Meine Damen und Herren, der 15er-Haushalt zeigt, dass wir eine solide Haushaltspolitik machen. Mit der Schuldenbremse im Grundgesetz und den geschaffenen weiter zu entwickelnden Kontroll- und Überwachungsmechanismen, ich denke hier an den Stabilitätsrat, hat Deutschland sich dieser Verpflichtung und Verantwortung aus den europäischen Übereinkommen gestellt. Thüringen hat mit der Verschuldungsregelung in § 18 der Landeshaushaltsordnung den Weg eingeschlagen und in den vergangenen Jahren, das will ich auch sagen, konsequent umgesetzt. Diesen Weg beschreiten wir weiter. Wir legen nicht nur einen Haushalt vor,

(Ministerin Taubert)

der planmäßig keine Schulden hat und der auch keine Schulden braucht, sondern einen Haushalt, der eine planmäßige Tilgung vornimmt, und zwar ohne dass es eine Verpflichtung aus dem Schuldentilgungsplan gibt. Das ist solide Haushaltswirtschaft. Auch das, meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben Sie nicht geschafft. Sie haben einen Popanz aufgebaut – ich erinnere mal an das letzte Jahr, so kurz vor Weihnachten –, offenbar der einzige Strohalm, den die CDU damals hatte, an den sie sich klammern konnte, nämlich dass Rot-Rot-Grün jetzt das Land ruiniert. Furchtbar! Und nun ist die Seifenblase geplatzt, der Haushalt ist solide

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Das ganze Jahr ist schon rum und noch keine Gemeindegliederung auf den Weg gebracht!)

und wir können frohen Mutes in die Zukunft sehen. Frau Tasch, ich kann Ihnen sagen, wir haben ja schon mit vielen Menschen geredet, mittlerweile glaubt keiner mehr daran, dass wir das Land ruinieren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch, warum wir sorgsam mit dem Geld umgehen: weil wir das aus einer Einsicht heraus tun, dass nur mit einem vorsorgenden Haushaltsdenken die finanzielle Zukunft Thüringens sicher sein kann. Es ist eine völlig andere Herangehensweise als noch in der Landesregierung vor zehn Jahren, auch daran möchte ich Sie heute erinnern, wo Machterhalt vor Haushaltsvernunft ging. Sogenannte Sondervermögen machen uns das Haushalten heute und in Zukunft unnötig schwer.

Meine Damen und Herren, der Haushalt hat schon, bevor er heute diskutiert wurde, große Wellen in der Presse geschlagen. Ich möchte von der Stelle dem Kollegen von der Presse gute Besserung wünschen, der offensichtlich fast einen Herzinfarkt gehabt hat.

(Zwischenruf aus dem Hause)

Ja, tut mir wirklich leid, ich wollte das mit dem Wort „Prognose“ gar nicht auslösen, aber es ist nun mal so. Jeder, der einen Wirtschaftsbetrieb führt, jeder öffentliche Haushalt, ob das ein kommunaler Haushalt ist, ob das ein Bundeshaushalt ist oder eben auch ein Landshaushalt, und selbst Presseverlage stützen sich auf eine Prognose der Einnahmen. Nichts anderes machen wir auch und nichts anderes habe ich auch gesagt und es gibt nur wenige abhängig beschäftigte Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, der unkündbar ist. Die können sagen, das, was ich bekomme, das bekomme ich. Ich muss keine Prognose machen, ich kann gut darauf vertrauen. Das heißt, Einnahmen sind natürlich immer Prognosen. Ausgaben können wir in aller Re-

gel etwas genauer in den Haushalt hineinschreiben, weil wir auch Steuerungsinstrumente dafür haben. Das haben wir getan. Ich will nur noch einmal die Personalkostensteigerung nennen mit 63 Millionen Euro. Ich will in dem Zusammenhang aber auch sagen, dass wir Stellenabbau auch in diesem Haushalt betreiben, 143 Stellen gestrichen, 285 Stellen müssen weiter abgebaut werden und wir werden natürlich auch die Verwaltungsreform weiter fortführen. Da will ich daran erinnern, dass ich in der vorletzten Legislaturperiode ein Stück weit gelitten habe. Ich habe persönlich als Abgeordnete in der Enquetekommission Verwaltungs- und Gebietsreform gesessen. Alle Dinge lagen auf dem Tisch und die CDU hat sich selbst blockiert – die Ministerpräsidentin wollte, der Innenminister wollte nicht, andere vielleicht auch nicht, das weiß ich nicht, vielleicht wollte auch die Fraktion etwas anderes, das kann ich so nicht beurteilen – und damit haben wir die letzten fünf Jahre zumindest zum Teil verschenkt, um in der Verwaltungsreform weiterzukommen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden natürlich auch, darauf müssen wir heute nicht so intensiv eingehen, aber ich will es erwähnen, wir wollen auch die Gemeinde- und Kreisgebietsreform auf den Weg bringen.

(Zwischenruf Abg. Tasch, CDU: Da haben Sie Spaß!)

Ja, Frau Tasch, aber auch da muss ich sagen, es gab mal so einen ehemaligen Bürgermeister, den ich persönlich sehr schätze, der war in irgend so einer Gruppe im Innenministerium, hat einen sehr guten Abkürzungsnamen gehabt. Im Wesentlichen ging es um die interkommunale Zusammenarbeit und Sie wissen ja, was da rausgekommen ist.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Ein Projekt, eins!)

Wenig, wir sagen mal freundlich wenig. Also es lag nicht an dem Kollegen. Es lag daran, dass das einfach der falsche Ansatz gewesen ist und dass nicht einmal Geld geholfen hat, an der Stelle etwas zu tun

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Und das war der Bürgermeister von Zeulenroda! Der ist doch CDU, oder?)

und deswegen müssen wir etwas anderes tun.

Meine Damen und Herren, ich will auch noch einmal ausdrücklich sagen, auch der Kommunale Finanzausgleich ist auskömmlich finanziert und ich rate Herrn Kowalleck, gucken Sie sich doch einmal die Haushaltsrede zum Doppelhaushalt 2013/2014 von Herrn Kollegen Mohring an. Da finden Sie schöne Passagen dazu und ich kann Ihnen das nur ans Herz legen. Da wird nämlich das Wort „aus-schleichen“ benutzt. Ich habe noch einmal nachge-

(Ministerin Taubert)

lesen, Herr Mohring. Das heißt, Sie haben ein Ausschleichen haben wollen, wollten also weiter absenken beim Kommunalen Finanzausgleich, tiefer als das heute, 2015, überhaupt der Fall ist. Deswegen sage ich mal, das Kurzzeitgedächtnis der CDU hat offenbar Lücken oder ist nicht mehr intakt, aber Sie können es im Plenarprotokoll nachlesen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will dazu auch sagen, natürlich stehen wir zu unserem Wort, Kommunen auch weiterhin zu unterstützen, aber die Wahrheit ist natürlich auch, dass die Kommunen zum Beispiel im Jahre 2014 einen Überschuss von 131 Millionen Euro hatten und der muss natürlich auch zum Teil mit eingesetzt werden. Trotzdem, trotz dieser Tatsache, nimmt diese Landesregierung Geld aus der Rücklage und nur deswegen Geld aus der Rücklage, 89 Millionen Euro, um das, was die Kommunen gefordert haben, auch umzusetzen, nämlich dass die Rücklage zum Teil dafür verwendet wird, dass sie kommunale Investitionen tätigen können. Das, was der Landkreistag und der Gemeinde- und Städtebund aufschreiben, Herr Kowalleck, ist aller Ehren wert. Ich habe lange genug kommunalpolitisch gearbeitet und kenne die Blätter mit dem grünen Rahmen außerordentlich gut. Es ist ihre Aufgabe und die wissen auch ganz genau, wenn ich ein bisschen mehr fordere, dann bekomme ich das, was ich unbedingt brauche. Die Frage ist doch aber auch an die CDU-Fraktion, auch an Sie persönlich, was machen Sie daraus? Wir haben die gleichen Unterlagen erhalten. Selbstverständlich haben wir das ernsthaft geprüft, aber wir müssen sagen, manche Forderungen sind eben nicht zu erfüllen oder sie sind nicht richtig, sie sind umfänglich nicht richtig.

(Beifall DIE LINKE)

Sie haben die 13 Millionen Euro angesprochen – wegen Asyl. Auch da muss ich, wenn das noch zehnmal, hundertmal hier in diesem Plenum erwähnt wird, zunächst mal sagen: Selbst wenn noch mal 13 Millionen Euro dieses Jahr draufkommen, also insgesamt der Bund 1 Milliarde Euro aus dem Hochwasserfonds nimmt, der zur Hälfte von den Ländern und zur Hälfte vom Bund finanziert wird, hätten wir nur 13 Millionen Euro, die wir weiterreichen müssten nach Ihrer Anschauung – nur 13 Millionen, nicht 26. Denn Sie sagen immer: Das, was der Bund gibt, muss an die Kommunen weitergereicht werden. Verstehen Sie?

Nun ist die Frage: Was ist denn nun wahr? Das steht im Gesetz, es steht drin, wie es finanziert wird, und Sie ignorieren das schlicht und ergreifend. Sie sagen: Nein, es ist anders – weil es schöner klingt und weil es die kommunalen Spitzenverbände fordern. Wenn ich weitergehen würde – was wir gar nicht tun –, dann würden Sie im Bundesgesetz sogar lesen, dass das nicht nur für Kommu-

nen, sondern auch für die Länder gedacht ist. Sieh mal an! Also, das heißt: Wenn man schon Bundesgesetze hier wiedergeben will, dann sollte man sie richtig wiedergeben und dann sollte man sich an den Gesetzestext halten.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Nicht einer von euch hat das gelesen!)

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch bei euch auch so. Herr Mohring,

(Unruhe CDU)

das ist doch bei Ihnen auch so. Sie klatschen doch auch wider besseres Wissen, weil es ganz gut ist – das ist opportun. Es ist aber bei der CDU nicht anders, das tut mir jetzt leid.

Meine Damen und Herren, ich will noch mal bei den Flüchtlingen bleiben. Im Plan standen 20 Millionen Euro – 2014.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Hier ist Angela Merkel!)

(Heiterkeit im Hause)

Ja, hoffentlich haben Sie keine Mail geöffnet – hier im Landtag.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Ich simse mit ihr!)

Sie simsens mit ihr, das ist wahrscheinlich sicherer.

(Heiterkeit DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das geht direkt über Barack Obamas Schreibtisch – okay.

Lassen Sie uns noch mal ernst werden! Ich will noch mal zu den Flüchtlingsausgaben kommen; 20 Millionen Euro standen im Plan 2014 drin – das ist keine Fehlplanung gewesen, sondern es ging darum, wie sind die Aufwüchse. Jetzt sind es 77 Millionen Euro,

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Es sind mehr Flüchtlinge!)

weil es mehr Flüchtlinge sind – das ist doch richtig.

Aber es kann uns doch keiner vorwerfen, dass wir nicht ausreichend Mittel zur Verfügung stellen, auch für die Landkreise und kreisfreien Städte. Da will ich noch mal eines sagen, auch zum Mehrbelastungsausgleich: Wenn man vom Mehrbelastungsausgleich und von einer notwendigen Änderung spricht, dann ist das auf der einen Seite richtig. Aber das mit den Flüchtlingen einfach nur so zu verknüpfen, das finde ich nicht richtig, weil jeder Flüchtling auch Einwohner ist. Wenn das einwoh-

(Ministerin Taubert)

nerbezogen ausgegeben wird, hat natürlich jeder Landkreis, hat jede Kommune mehr Einwohner und damit auch mehr Einnahmen aus dem Mehrbelastungsausgleich. Dass sich das im Kommunalen Finanzausgleich am Ende verschiebt, ist eine ganz andere Baustelle. Aber an sich bekommt natürlich jeder Landkreis auch zusätzlich Gelder, weil er zusätzlich Einwohner mitrechnen kann – Einwohnergleichwerte zumindest.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, und auch das ist uns wirklich wichtig: Wir wollen eine Willkommenskultur leben und wir unterstützen auch alle, auch im ganz besonderen Maße, die länger bei uns in Thüringen bleiben dürfen. Deshalb ist eine schnelle Integration notwendig – das ist völlig unbestritten. Deswegen möchte ich noch mal darauf kommen, weil Sie als CDU-Fraktion gesagt haben, man darf nicht nach dem Wunsch schreien – jetzt auf einmal. Ich finde schon, wenn möglicherweise über Jahrzehnte, aber mindestens über Jahre die Flüchtlingsströme so bleiben, wie sie momentan sind, vielleicht in Nuancen, aber dennoch zumindest vermehrt, dann muss doch der Bund das als nationale Aufgabe begreifen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann doch nicht sein, dass der Bund auf der Galerie sitzt – mal so im Bilde gesprochen – und runterguckt auf die Länder und ein paar Brotkrumen runterwirft und sagt: Ja gut, damit müsst ihr halt auskommen und dann – wie im Falle des Jahres 2015 – auch noch die Hälfte von den Ländern mitfinanziert bekommt. So kann es nicht weitergehen, das, denke ich, wird heute auch Inhalt des Gesprächs mit der Bundeskanzlerin gewesen sein. Ich hoffe sehr, weil ich das von den Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktion der SPD weiß, dass man sich sehr dafür einsetzt, dass wir eine Verstärkung von Zuschüssen bekommen. Aber was wirklich im Sinne des Freistaats, der Länder und auch der Kommunen wäre, wenn der Bund sich strukturell an den Kosten für Flüchtlinge beteiligt und damit natürlich auch partizipiert vom Auf und Ab.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Wo soll er das denn hernehmen?)

Der Bund? Dann müssen Sie sich mal mit dem Bundeshaushalt beschäftigen. Dann kann ich Ihnen sagen, wo er das hernimmt.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Aus Steuergeldern!)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Aus Steuergeldern vom Bürger!)

Natürlich nimmt er das aus Steuergeldern, ist doch klar. Alles kommt aus Steuergeldern, Herr Höcke, das ist auch keine Überraschung.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, warum Steuern gezahlt werden? Damit der Staat einen Ausgleich schaffen kann zwischen Arm und Reich, zwischen denen, die etwas benötigen, und denen, die etwas haben. Ganz einfach und in wirklich einfacher Sprache gesagt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die Aufgabe des Staates. Genauso, wie wir dieses Jahr sagen, wir nehmen Steuererhöhungen, um das Geld unter anderem für mehr Flüchtlinge auszugeben, so muss auch der Bund sich daran beteiligen. Das ist doch gar nicht die Frage.

(Zwischenruf Abg. Höcke, AfD: Es geht immer nur um Partikularinteressen!)

Nein, es sind keine Partikularinteressen. Wenn 16 Bundesländer, 16 Ministerpräsidenten und 16 Finanzministerinnen und Finanzminister einer Meinung sind, inklusive Herrn Seehofer – man kann ja nun nicht sagen, dass der immer mit uns einer Meinung ist –, dann bedeutet das, hier gibt es eine tatsächliche Not der Bundesländer. Die Bundesländer tragen den Bund und deswegen ist der Bund verpflichtet, weil er für uns die Steuern einnimmt, weil wir es gar nicht selber machen können, deswegen ist er verpflichtet, daran auch teilzunehmen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: So, bitte!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich will als Letztes auch unseren Anteil von Investitionen im Haushalt nicht verschweigen. 13,5 Prozent sind noch viel Geld. Wir sind nicht allein daran schuldig, sondern es ist natürlich auch, weil wir bestimmte Einnahmen noch haben. Ich denke auch an europäische Mittel. Ich finde, das ist außerordentlich gut so.

Ich möchte allen Beteiligten am Landeshaushalt 2015 ganz herzlich danken, zunächst einmal sowohl dem Finanzministerium als auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der anderen Häuser. Es war ein Kraftakt, das will ich so sagen. Ich möchte mich aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen bedanken, auch der Landtagsverwaltung. Ich weiß, dass das manchmal alles sehr knapp ist. So ein gemeinsames Zusammenarbeiten ist aber auch sehr fruchtbar. Ich habe das so empfunden.

Ich möchte natürlich – da schließe ich hier im Hause gar niemanden aus – an alle Mitglieder des Thüringer Landtags einen herzlichen Dank sagen. Die rege Diskussion sowohl im Haushalts- und Fi-

(Ministerin Taubert)

nanzausschuss als auch hier im Plenum – auch heute und morgen wird das noch so sein – trägt dazu bei, dass die Menschen im Lande erkennen: Wir leben Demokratie und wir scheuen uns auch nicht, eine sachliche, wenn auch emotionale Diskussion zu führen.

Ich möchte den kommunalen Spitzenverbänden danken. Auch mit ihnen bin ich nicht so oft einer Meinung – wahrscheinlich ändert sich das, wenn man Landespolitikerin ist –, aber trotz alledem, Sie haben immer mitgemacht und haben sich nie verweigert, die Diskussion mit zu führen – auch da ganz herzlichen Dank. Ich möchte dem Ausschussvorsitzenden Jürgen Reinholz danken. Mit aller Ruhe hat er den Haushalts- und Finanzausschuss geführt. Ganz herzlichen Dank dafür, auch für seine Einbringungsrede,

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die aufgrund des Sachverhalts, dass es um Zahlen geht, nicht ganz so emotional sein konnte. Ich möchte mich bei Herrn Dette und Herrn Gerstenberger, stellvertretend auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofs, bedanken. Auch hier ist es so, wir haben Auseinandersetzungen, wir haben Diskussionen, aber wir kommen an vielen Stellen auch zusammen. Herzlichen Dank Ihnen allen.

Ich bitte natürlich, dass wir dem Haushalt 2015 zustimmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Herzlichen Dank, Frau Finanzministerin. Gibt es seitens der Abgeordneten noch Redebedarf? Das kann ich nicht erkennen. Damit schließe ich die Generalaussprache.

Wir treten jetzt in eine Mittagspause ein und setzen die Sitzung mit der Debatte um den Einzelplan 02 – Thüringer Staatskanzlei – um 14.05 Uhr fort.

Meine Damen und Herren, es ist 14.05 Uhr. Wie versprochen, setze ich die Sitzung fort. Ich schaue noch einmal ins weite Rund, meine Stimme verhallt nicht ganz ungehört.

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Es ist doch Sollstärke, oder?)

Ich rufe auf den **Einzelplan 02 – Thüringer Staatskanzlei**.

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für die CDU-Fraktion 7 Minuten, für Die Linke ebenfalls 7 Minuten, die SPD 5 Minuten, die AfD-Fraktion 4 Minuten wie auch Bündnis 90/Die

Grünen 4 Minuten. Übliches Prozedere: Wenn die Redezeit der Regierung die Zeit von 7 Minuten überschreitet, dann gibt es einen entsprechenden Nachschlag für die Fraktionen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Walsmann, CDU-Fraktion.

(Zwischenruf Abg. Huster, DIE LINKE: Ich würde sagen, die Wichtigsten sind da!)

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in einer kleinen, aber nicht weniger kompetenten Runde wollen wir uns dem Einzelplan 02, dem Etat der Staatskanzlei zuwenden. Der Einzeletat der Staatskanzlei beträgt rund 209 Millionen Euro. Er ist in der Folge der Umstrukturierung der Zuständigkeiten der Landesregierung und der Zuweisung der Zuständigkeitsbereiche Kirchen und Religionsgemeinschaften, Staatsarchive, Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie sowie Kunst und Kultur an die Staatskanzlei nachvollziehbar von seinen 23 Millionen angewachsen. Der Löwenanteil entfällt auf den Bereich Kunstpflege mit 137 Millionen Euro. Der ist – ich sage das von vornherein – bis auf eine größere Ausnahme auch im Wesentlichen unspektakulär für 2015.

Die Kosten für das Stühlerücken, lieber Herr Minister Hoff, will ich heute hier an dieser Stelle nicht näher beleuchten, weil sich diese Kosten auf mehrere Einzelpläne verteilen. Die Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Bundes- und Europaangelegenheiten sind in etwa gleich geblieben. Das ist begrüßenswert, das sage ich ausdrücklich. Es ist wichtig, dass wir als Freistaat Thüringen in Brüssel vertreten sind. Deshalb sehen wir hier nicht die Kritikpunkte. Ich hätte mir eventuell eine Aufstockung des Stellenpools zur Stärkung der europäischen Kompetenz gewünscht und auch vorstellen können. Aber auch hier sind die Zahlen im Lichte des schon weit vorangeschrittenen Haushaltsjahres zu sehen. Wir brauchen dennoch mehr Mitarbeiter mit Europakompetenz. Und es wird zukünftig immer stärker darauf ankommen, unsere Interessen gegenüber der EU-Kommission und dem EP zum Ausdruck zu bringen und Informationsvorlauf zu haben. In Brüssel muss man – und das ist nicht nur sportlich gemeint – am Ball bleiben.

Die Fortführung der Ansätze im Bereich der Medienpolitik und Medienwirtschaft mag vor dem Hintergrund des viel zu späten Haushalts noch akzeptabel sein. Für die Zukunft reicht das nicht aus. Die Konkurrenz an anderen Medienstandorten schläft nicht. Gerade in den letzten Monaten hat sich da eine ganze Menge getan. Unsere regional ansässigen Produzenten und Dienstleister brauchen Unterstützung bei Film- und Drehbuchentwicklung, brauchen Aufträge, um es kurz und knapp zu sagen. Spätestens im nächsten Haushalt steht dann vor

(Abg. Walsmann)

Thüringen auch wieder die Frage nach der Erhöhung der Beteiligung für die MDM, denn jeder für die MDM-Förderung zur Verfügung gestellte Euro bringt summa summarum 3 Euro Regionaleffekt zurück nach Thüringen. Sachsen zeigt, dass da noch Luft nach oben ist. Hier steht die Frage der richtigen Prioritätensetzung innerhalb des Einzelplans aber auch erst beim nächsten Haushalt. Dem sehe ich mit Freude entgegen.

Zugunsten der Stabilisierung der kommunalen Finanzausstattung könnte für 2015 auch gut der Einzelplan 02 beitragen. Hier ist damit zu rechnen, dass Mittel in Millionenhöhe 2015 gar nicht mehr abfließen werden, weil das Jahr bereits weit vorangeschritten ist. Wir haben bei zahlreichen Titeln in den Kapiteln 02 01, 02 03, 02 05, 02 06 und 02 07 im Haushalts- und Finanzausschuss Anpassungen an den Ist-Stand 2014 vorgeschlagen, insbesondere bei Dienstreisen, bei Öffentlichkeitsarbeit und natürlich bei den Titeln, die Beschaffungen durch Ausschreibungen oder bei Investitionen in Ausstattung beinhalten. Es ist davon auszugehen, dass Mittel aufgrund vorangehender notwendiger Ausschreibungen und anderer Dinge, die zu realisieren sind, aber in drei bis vier Monaten nicht mehr geschafft werden können, nicht in der eingestellten Höhe abfließen werden. Diese Kürzungen sind nicht nachhaltig, weil sie einen Einmaleffekt darstellen. Das sage ich auch. Insofern sind sie nicht unter der Rubrik echte Kürzungen zu fassen.

Innerhalb des Haushaltsplans 02 sind im Kapitel 02 01 die Unstimmigkeiten am größten. Die Kritik an zu hohen Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, Dienstreisen und Gutachterkosten fällt hier fast minder schwer ins Gewicht. Was aber in Zeiten abnehmender finanzieller Ressourcen gar nicht geht, ist die Explosion der Personalkosten. 15 neue Stellen im politischen Leitungsbereich der Staatskanzlei, das sind jährlich 860.000 Euro, und das nicht nur für 2015, sondern für die nächsten 20 oder 30 Jahre plus Pensionsfolgekosten. Wenn man sich neben dem Stellenaufwuchs die Stellenstruktur und die Wertigkeit der Stellen anschaut, dann wird es noch abenteuerlicher: sieben B 6-Stellen und eine B 7-Stelle. Das macht acht Abteilungsleiterstellen. Man muss eine Staatskanzlei sicher nicht mit zwei Abteilungen führen wollen – das billige ich total zu –, aber auch nicht mit acht, zumal einige Abteilungsleiter gar kein Hinterland haben, auch nicht brauchen. Die B 7-Stelle hat keinerlei Berechtigung mehr, denn diese sondervergütete, herausgehobene Stelle wurde mit dem Auftrag der Vertretung des Chefs der Staatskanzlei in Zeiten notwendig, als das nicht anders ging, weil es entweder nur einen Staatssekretär gab und ein Vertreter notwendig war und später gab es nur den Minister und keinen adäquaten Vertreter. Jetzt haben Sie zwei Staatssekretäre in der Staatskanzlei und ein Staatssekretär hat explizit diese Aufgabe der Ver-

tretung. Deshalb fordern wir den ersatzlosen Wegfall dieser Stelle.

Wir haben Vorschläge zur Reduzierung des Aufwuchses im Stellenplan um einige neue Stellen gemacht und wollen damit eine nachhaltige Änderung bewirken. Und noch eine Kleinigkeit: Die Stellen der persönlichen Referenten von Ministerpräsident und Minister sollen mit A 15 bewertet sein. Früher war es für Neueinsteiger zumindest erst mal üblich, mit A 13 zu beginnen. Ähnliches gilt für die Struktur der Besoldung bei den neu zu schaffenden Stellen für Referenten für die Staatssekretäre. Hier fehlt auch jegliches Augenmaß, was Wertigkeit und was Einstiege angeht. Darüber hinaus gibt es im Geschäftsbereich, glaube ich, genügend versierte Vorzimmerkräfte oder Fahrer, um entsprechende neue Wünsche zu erfüllen. Wir finden, diese 860.000 Euro zusätzliche Personalkosten für die nächsten Jahrzehnte wären für den Schuldenabbau besser angelegt.

(Beifall CDU)

Wenn Ihnen Schuldenabbau scheinbar nicht so behagt, dann zumindest, um im Einzelplan 02 nicht bei der politischen Bildungsarbeit, Gedenkstättenarbeit, Kulturpflege, Soziokultur oder Volontären zu sparen. Da zeigt Ihr eigener Änderungsantrag, dass man sich manchmal auch korrigieren muss. Danke für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Höhn:

Frau Abgeordnete, das war eine Punktlandung. Herzlichen Dank!

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Stärke ist ja, zu Fehlern zu stehen!)

Als Nächste hat Frau Mitteldorf aus den Reihen der Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordnete Mitteldorf, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Bei der Einbringung des Haushalts gab es während der Debatte hier im Hohen Haus eine nicht sehr konstruktive Nachfrage eines Abgeordneten einer Fraktion, die von mir aus hier ganz rechts sitzt, der sich nämlich gewundert hat, wozu denn die Staatskanzlei eine Personalstelle „Kunstpflge“ brauche. Ich kann nur hoffen, dass sich während der Beratung zum Einzelplan 02 diese Bildungslücke geschlossen hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn in der Staatskanzlei ist nun auch der Bereich Kultur verortet und damit Chefsache. Der gute Weg des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Ver-

(Abg. Mitteldorf)

einen, Verbänden und Institutionen in diesem Bereich, den Christoph Matschie bereits in der letzten Legislatur begonnen hat, wird durch Minister Prof. Hoff und Staatssekretärin Dr. Winter konsequent fortgeführt, was ich sehr begrüße. Auch dadurch wird deutlich unterstrichen, welchen essenziellen Wert Kultur für unsere Gesellschaft hat und dass Kultur nicht einfach nur – da zitiere ich jetzt nur zu gern Birgit Klaubert – „Geranie am Staatsfrack“ ist. Beim Blick auf die Zahlen im Kulturbereich im Einzelplan 02 wird deutlich, dass wir hier von Verlässlichkeit sprechen können.

Neben der Sicherung der kulturellen Vielfalt im Freistaat werden bereits jetzt erste, richtungsweisende Akzente gesetzt. Thüringen bekommt endlich ein Volontariatsprogramm für unsere Museen, die dringend wissenschaftlichen, qualifizierten Nachwuchs benötigen. Mein Dank geht hier noch mal ausdrücklich an Christoph Matschie, der dieses Programm bereits in der letzten Legislaturperiode vorbereitet hat. Als Koalitionsfraktionen, liebe Frau Walsmann, haben wir uns entschieden, dieses so wichtige Programm von Anfang an auf eine breitere Basis zu stellen. Wir wollen außerdem gewährleisten, dass Volontärinnen und Volontäre bereits in diesem Jahr mit ihrer Arbeit beginnen können und eine Sicherung ihres Vertrags bis zum Ende des Programmzyklus bekommen, weswegen wir die Verpflichtungsermächtigung ausbringen möchten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sorgen wir schon jetzt für zukunftsfestere Strukturen und echte Planungssicherheit.

Meine Damen und Herren, auch in den Bereichen Medien und Europa kann ich für meine Fraktion in diesem Übergangshaushalt 2015 bereits echtes Gestalten erkennen. So begrüßen wir als Linke die Verstärkung der Mittel im Medienbereich. Mehr noch: Wir begrüßen ausdrücklich die stärkere Fokussierung auf Thüringer Produktionen und den weiteren Ausbau des Kindermedienlands Thüringen, was uns als Regierungskoalitionen auch in unserem Koalitionsvertrag ein besonderes Anliegen war und ist.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Europeil im Einzelplan 02 gewährleistet aus unserer Sicht eine starke Verankerung des Freistaats Thüringen in Brüssel bei der Europäischen Union und beim Europäischen Parlament. Auch der Koalitionsvertrag sieht eine Stärkung der Thüringer Landesvertretung in Brüssel als kompetente Interessenvertretung und als Bindeglied zwischen Thüringen und den europäischen Institutionen vor. Dies wird in diesem Haushalt aus unserer Sicht bereits konsequent angegangen. Deshalb begrüßt die Fraktion Die Linke auch, dass der Personalpool –

Sie haben davon auch schon gesprochen, Frau Walsmann – im Ministerium, welcher für die Arbeit und Präsenz bei den europäischen Institutionen verantwortlich ist, auch fortgeführt wird.

Zusammenfassend – es ließe sich noch vieles sagen – ist der Einzelplan 02 aus unserer Sicht eine solide Basis für den Doppelhaushalt 2016/2017 und ich bedanke mich ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Koalition und mit der Staatskanzlei und darüber hinaus auch mit der Opposition sowohl im Ausschuss – das kann man hier auch mal sagen – als auch in den Haushaltsberatungen. Vielen Dank.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Als Nächstem erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Kießling, AfD-Fraktion.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete, der Haushalt 02 – ich wusste gar nicht, dass wir irgendeine Wissenslücke hatten, liebe Kollegin von den Linken.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nicht nur eine!)

Wie gesagt, Herr Ramelow hat nun die Kultur zur Chefsache gemacht. Das ist uns wohlbekannt, das ist ja auch gut so. Kultur ist wichtig, keine Frage. Deswegen zogen die Kunst und die Kultur nun in die Staatskanzlei ein. So war die Staatskanzlei im Haushaltsplan 2014 noch mit knapp 23 Millionen Euro budgetiert. Jetzt liegt uns für 2015 ein Moloch von geplant knappen 209 Millionen Euro vor. Diese 209 Millionen Euro wollen nun insgesamt verwaltet werden. Von den 209 Millionen Euro haben wir gerade gehört, 4,8 Millionen Euro Aufwuchs in den Personalkosten. Ob die jetzt wirklich so hundertprozentig notwendig waren, Herr Hoff, wissen wir nicht. Sie sagen, ist notwendig, gut. Wir hoffen, dass es so ist. Wir warten es ab. Es ist sicherlich schwer vor lauter Tarifverhandlungen, was Herr Ramelow noch so nebenbei machen muss – Tarifschlichtung bei der Bahn, Homoehekampagne, Kunstverwaltung usw. –, noch eine Landesregierung zu koordinieren, was ja die eigentliche Hauptaufgabe ist.

Der Streit der Regierungskoalition in der Frage der freien Schulen liefert uns vielleicht auch ein Beispiel, was da für Probleme existieren. Trotzdem wollen Sie Zeit finden zu reisen. So haben wir zum Beispiel im Haushaltsplan 02 ein Budget von 160.000 Euro für Reisekosten im In- und Ausland. Da ist auch die Frage: Muss das wirklich sein? Ist

(Abg. Kießling)

das Geld da nicht anderweitig vielleicht besser aufgehoben? Wir haben leider noch keinen verabschiedeten Haushalt und das heißt ja auch, dass die Ministerien

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei)

– noch nicht ganz, erst wenn wir dem zugestimmt haben, dann haben wir den Haushalt. Genau deswegen sind wir ja heute hier, richtig. Deswegen wird momentan bloß das Notwendigste ausgegeben und demnächst können wir in die Vollen gehen, oder?

Die Gesamtkosten für die Reisetätigkeiten haben sich mehr als verzweieinhalbfacht, das ist etwas bedenklich. Es ist ganz klar, dass hier gekürzt werden muss, deswegen haben wir auch einen Vorschlag eingebracht, womit wir entsprechend gekürzt haben. Das Geld ist nach unserer Meinung besser bei den Kommunen aufgehoben, gerade auch für den Ausbau des Digitalfunks, wo die Kommunen bei den Kosten ein bisschen im Regen stehen gelassen werden. Denn Digitalfunk ist wichtig, gerade auch was die Kommunen betrifft, für die Vorsorge für unsere Bürger.

Auch bei den Sachverständigenkosten der Staatskanzlei haben wir gestrichen. Nach unserer Meinung sind hier auch die Kosten für den Thüringen-Monitor mit drin, einem Umfrageinstrument, das die politische Meinung der Thüringer abfragen soll. Mal abgesehen davon, dass versucht werden sollte, möglichst viele der Sachverständigenausgaben im eigenen Haushalt zu haben oder im eigenen Haus zu vergeben, so haben wir in der Bundesrepublik Deutschland viele andere große Umfrageinstitute wie Forsa, INSA, Infratest dimap usw. Zusätzlich zu diesen einen Thüringen-Monitor durchzuführen, ist nach unserer Ansicht eigentlich Steuergeldverschwendung. Der Thüringer Bürger wird nicht nur mit diesem Rundfunkbeitrag belastet, mit dem schon der MDR und die weiteren Öffentlich-Rechtlichen bezahlt werden, sondern auch für die Haushaltsposition, Finanzbeteiligung an der mitteldeutschen Medienförderung. Auch die öffentlich-rechtlichen Sender zahlen hier ein und der Bürger wird so eigentlich doppelt zur Kasse gebeten. Wäre die Förderung allein für Thüringer Projekte, so hätte man sicherlich noch Verständnis. Doch die mitteldeutsche Medienförderung hat etwa diesen Hollywood-Film „Grand Budapest Hotel“ mitfinanziert. Der Film wurde zwar zum großen Teil in Dresden gedreht, doch wer würde international den Film mit Mitteldeutschland oder sogar mit Thüringen in Verbindung setzen? Weltweit erzielte dieser Film einen Umsatz von 172,7 Millionen US-Dollar. Da ist hier die Frage: War die Förderung da wirklich notwendig? Wir wollen hier lieber 1,5 Millionen Euro kürzen, um die Schulden zu tilgen und auch, wie ge-

sagt, um den Digitalfunkausbau voranzubringen. Damit wäre den Bürgern künftig mehr geholfen, wenn Steuerlasten oder Zinslasten gemindert werden.

Vizepräsident Höhn:

Herr Abgeordneter Kießling, beachten Sie bitte die Redezeit?

Abgeordneter Kießling, AfD:

Genau. Ich komme zum Schluss. Wie gesagt, wir wollen vernünftig haushalten und Schulden tilgen. Die Schulden von heute sind die Zinszahlungen von morgen und die Steuern von übermorgen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

Vizepräsident Höhn:

Nun erteile ich das Wort Frau Abgeordneter Marx von der Fraktion der SPD.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, ja, reisen bildet, das wusste schon Goethe und ich habe ein Goethe-Zitat an den Anfang meiner Ausführungen gestellt: „Was du ererbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.“ Das haben Sie bestimmt auch schon mal in der Schule gehabt und sollten interpretieren, was damit gemeint sein könnte. Es ist ja etwas widersinnig, wenn es heißt: Was du geerbt hast, sollst du noch mal erwerben, um es zu besitzen. Was ist damit gemeint? Das bezieht sich natürlich auch sehr schön hier auf das kulturelle Erbe in Thüringen, dass man sich ein Erbe auch immer erarbeiten muss, um es nutzen zu können, um es zum Teil des eigenen Lebens zu machen und nutzbar machen zu können.

Das heißt, Kultur, von der wir in Thüringen sehr viel haben – ich brauche Ihnen das nicht zu sagen –, ist dann nicht nur Vitrine, wo ich sie hereinstelle oder ein bauliches Kunstwerk oder die Gärten. Wenn man ins Aufzählen gerät, dann kann man nicht mehr aufhören. Kultur ist ein Prozess, wird sie nicht gepflegt, ernährt und erneuert, dann droht unter anderem auch ein sogenannter „Traditionsabriss“. Was ist ein Traditionsabriss? Ich erzähle Ihnen da vielleicht eine witzige Anekdote aus Sondershausen, wo ich herkomme. Vor Jahren mussten dort wegen Doppelung von Straßennamen ein paar Straßen umbenannt werden. Da gab es eine Straße, die erhielt den schönen Namen von Max Bruch. Dann gab es einen erbitterten Leserbrief, dort beschwerte sich ein Leser und sagte, das sei mit einem Riesenaufwand für die Bürgerinnen und Bürger dort verbunden. Die müssten sich neue Adressen drucken lassen und alles umändern in ihren

(Abg. Marx)

Geschäfts- und Privatbriefen. Der Brief endete mit der wunderbaren Feststellung: Das nützt nur einem, Max Bruch. Ich habe darüber natürlich herzlich gelacht, weil dem Leserbriefschreiber satzungsbekannt war, dass Max Bruch, der bekannte Komponist, von 1838 bis 1920 lebte er, natürlich schon lange tot war, als die Straße umbenannt wurde, aber auch in Sonderhausen – ich fahre mit dem Werbeblock für meine Stadt noch ein bisschen fort – als Kapellmeister wirkte. Das Max-Bruch-Konservatorium trägt heute noch seinen Namen und er hat bei uns auch angeblich sein wunderschönes Violinkonzert vollendet.

Warum ist es so wichtig, Kultur am Leben zu erhalten und den Traditionsabbruch zu stoppen? Kultur ist nicht nur hübsch, nett und schön, es ist auch ein Zugangsmittel zu höheren Ämtern. Wir haben in Sonderhausen – ich bin immer noch im Werbeblock – Kulturforen veranstaltet. Im zweiten Kulturforum 2011 gab es einen wunderbaren Vortrag von Karl Ermert, der darauf hingewiesen hat, es gibt eine Studie über den sogenannten „feinen Unterschied“. Es wird heutzutage oftmals als ein Karriere Merkmal oder eine Zugangsvoraussetzung für höhere Weihen betrachtet, dass Menschen sich in Kunst und Kultur auskennen. In diesem Sinn ist es sehr wichtig, dass unsere Kultur- und Kunstpolitik auch integrativ ist und nicht nur exklusiv. Das bedeutet natürlich auch, dass man, wenn man im Haushalt den Rotstift ansetzt, es nicht ausgerechnet da tun darf bzw. nur insoweit, dass man Kultur nicht abwürgt und sie nicht droht, zurückzufallen auf das, was sie früher einmal war, ein Dresscode für Eliten, sondern ein Lebensmittel bleibt, ein Lebensmittel für alle Teile der Gesellschaft, was wirklich auch notwendig ist, um Teilhabe zu verwirklichen. Es ist also kein „Extra“.

In diesem Sinne freue ich mich sehr, dass wir in unserem Kulturretat schon bei dem Entwurf den Kulturlastenausgleich in voller Höhe – 9 Millionen Euro – erhalten konnten, dass das Volontärsprogramm fortgeführt wird, das auch schon von Minister Matschie begonnen wurde – die Kollegin Mitteldorf hat dazu gesprochen –, und dass wir natürlich auch zum Beispiel ein Restaurierungsprogramm im Museumsbereich weiter aufstocken konnten.

Zu den Änderungsanträgen der Oppositionsfraktionen: Herr Kießling hat ja eben die MDM – die Mitteldeutsche Medienförderung – kritisiert, in dem Kürzungsantrag, da behaupten Sie, es handelt sich um staatspolitisch nachrangige Ziele.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das habe ich nicht gesagt! Unterstellung!)

Damit zeigen Sie Ihre Unbedarftheit, denn die von der MDM ausgereichten Fördermittel für den Medienproduktionsstandort und den Drehort Thüringen haben Sie offenbar noch nicht verstanden. Das ist

auch ein wichtiger Beitrag der Kulturwirtschaft, um diesen Begriff auch noch mal zu nennen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Erklären Sie es, Frau Marx!)

Die CDU möchte im Kulturbereich 1,1 Millionen Euro streichen, um an anderer Stelle die Zuwendungen für die Kommunen zu erhöhen. Mit Ihren Anträgen würden Sie die Arbeit der Staatsarchive, der Denkmalpflege und des Kulturrats Thüringen einschränken, Sie würden das Preisgeld für den Thüringer Literaturpreis kürzen, Sie verringern die Investitionen im Museumsbereich und streichen als christliche Partei ausgerechnet die staatlichen Zuschüsse für das Reformationsjubiläum zusammen. Das alles zeigt, dass Sie dem Erhalt und der Weiterentwicklung des Kulturlands Thüringen zu wenig Stellenwert beimessen. Wir haben mit weiteren Ergänzungs- und Änderungsanträgen versucht, unsere Gewichtung in die andere Richtung zu ziehen. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Vizepräsident Höhn:

Frau Abgeordnete, herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Als Nächste hat das Wort Frau Abgeordnete Henfling, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, viel Richtiges und Wichtiges ist schon gesagt worden von der Kollegin Mitteldorf und der Kollegin Marx. Auch wir verstehen natürlich den Haushalt 2015 grundsätzlich eher als einen Übergangshaushalt. Das Wichtigste ist aus unserer Sicht, dass die Fördermittel, auf die viele Kulturinstitutionen dringend angewiesen sind, schnell ausgereicht werden können. Nichtsdestotrotz haben wir uns einiges vorgenommen. Das müssen wir dann im Doppelhaushalt beginnen, da müssen wir die Dinge dann auch tatsächlich anpacken. Das ist uns, glaube ich, allen klar. Einen Punkt sehen wir schon deutlich auch im Haushalt 2015, das ist das schon erwähnte Volontärsprogramm im Museumsbereich, das sehr wichtig ist und das wir auch vorantreiben wollen. Des Weiteren müssen wir wirklich ein Auge auf die Fragen von Kulturdigitalisierung haben, auch das ist eine Herausforderung, der wir uns in Thüringen stellen müssen, insbesondere mit der kleinteiligen Kulturlandschaft, die wir hier vorfinden. Das können die ganzen kleinen Museen und Einrichtungen nicht selbst stemmen, da braucht es Unterstützung von uns. Auch ein wichtiges Anliegen der Koalition, aber auch natürlich von unserer Fraktion ist die Stärkung der freien Szene in Thüringen. Wir müssen die Verlässlichkeit von

(Abg. Henfling)

Förderzeiträumen für das Projektmanagerprogramm, für den Kultur- und den jugendkulturellen Bereich erhöhen, auch das sehen wir als eine der wichtigen Aufgaben im Doppelhaushalt 2016/2017.

Die Medienpolitik ist hier schon angesprochen worden. Uns ist durchaus bewusst, dass es hier noch Defizite gibt, insbesondere die Schärfung aus unserer Sicht, was den Standort „Kindermedienland“ angeht. Ich glaube, da müssen wir ran und müssen schauen, wie wir das auch wirklich zu dem machen, was wir uns darunter vorstellen. Dass die Region noch zu wenig profitiert von den Ansiedlungen des KiKA und der Produktionsstätte, das ist uns allen bewusst. Die Frage ist: Wie kommen wir da zu einem größeren Profit auch des Landes Thüringen? Ich glaube, das können wir nur mit den Sendern und den Produktionsfirmen gemeinsam aushandeln, wie das aussehen kann. Es gab ja dazu vor Kurzem auch einen Bericht in der „Thüringer Allgemeine“, wo sich insbesondere die Produzenten an der Stelle auch beschwert haben, an einigen Stellen sicherlich auch zu Recht. Die Frage ist: Wie bekommen wir das hin, ohne beispielsweise in Vergaberechte einzugreifen oder da rechtswidrig zu handeln? Das ist, glaube ich, gar nicht so trivial und das ist eine große Aufgabe.

Zum Thema „Europa“: Wir als Grüne sind durchaus dafür bekannt, eine Europapartei zu sein. Als überzeugte Europäerinnen und Europäer findet für uns Europa natürlich auch unmittelbar in Thüringen statt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Walsmann hat das so schön betont, dass es so wichtig ist, dass Thüringen auch in Brüssel vertreten ist, aber natürlich, dass Brüssel auch nach Thüringen kommt, dass wir das den Menschen nahebringen, denn übrigens auch der Thüringen-Monitor zeigt, dass das wichtig ist. Sie halten den ja für überflüssig. Ich glaube, das ist ein sehr wichtiges und richtiges Instrument. Wenn Sie von der AfD sich die Entstehungsgeschichte des Thüringen-Monitors angucken würden, dann würden Sie vielleicht auch merken, warum dieses Instrument so wichtig ist.

(Beifall SPD)

Um Ihnen das zu erklären, ist meine Redezeit zu kurz.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Gern später!)

Nein, ich glaube, das hilft nicht wirklich. Ein bisschen irritiert bin ich im Vergleich zu der Rede von Frau Walsmann über die Änderungsanträge aus der CDU-Fraktion. Sie haben betont, es ist so wichtig, dass wir in Brüssel sind. Dann kürzen Sie bei den Dienstreisen. Die Logik dahinter erschließt sich mir nicht ganz.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zu Ihrer Kritik am Personal muss ich ganz ehrlich sagen: Wir diskutieren den Einzelplan 01 ja nicht, aber wenn hier im Landtag eine Stelle geschaffen wird, obwohl Sie die Zusage haben, dass Sie für den Ausschuss der Region die vollste Unterstützung der Staatskanzlei, der Staatssekretärin und der zuständigen Minister haben, und Sie trotzdem hier eine Stelle geschaffen bekommen müssen, um da arbeiten zu können, dann finde ich es doch ein bisschen vermessen, sich an der Staatskanzlei abzarbeiten. Da sollte man doch vor der eigenen Haustür kehren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Frau Abgeordnete, ...

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Ich bin fertig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Wunderbar. Herzlichen Dank. Damit ist das Redezeitbudget der Abgeordneten erschöpft. Für die Landesregierung Herr Minister Prof. Dr. Hoff.

Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Abgeordnete Walsmann, mutig sind Sie ja. Denn Sie haben hier das Thema „Personalkosten“ angesprochen und da muss ich sagen, bin ich wirklich erstaunt, wie kurz das Gedächtnis der Union ist. Im letzten Dezember hat die vorherige Landesregierung das, was ich Aktion „Dezemberfieber“ nenne, gestartet, indem aus dem Leitungsbereich nicht nur der Staatskanzlei, sondern auch anderer Ministerien quasi alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Stellen in die Linien, also Referate etc., versetzt wurden. Dort wurden also nicht freie Stellen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern weiterhin besetzt, sondern sie wurden mit Stelle aus dem Leitungsbereich in Referate versetzt, in Aufgabengebiete, die für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Teil geschaffen wurden. Nun machen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine unglaublich gute Arbeit und ich möchte das nutzen, um mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Staatskanzlei für die wirklich tolle Arbeit, auch bei der Aufstellung des Haushalts 2015, zu bedanken. Wenn dann eine neue Hausleitung kommt und gar

(Minister Prof. Dr. Hoff)

keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis auf eine Sekretärin plus eine weitere Sekretärin, aber keine Büroleitung, keine persönlichen Referenten vorfindet, weil Sie, Ihre vorherige Regierung, die Stellen mit dem Personal irgendwohin verlagert hat, wenn dann das große Tränengejammer kommt, dass hier Stellen geschaffen wurden, damit eine Hausleitung und ein Ministerpräsident arbeitsfähig sind, dann ist das, gelinde gesagt, eine Frechheit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der zweite Punkt: Ja, im Haushalt steht eine B 7 und ja, im Haushalt steht eine B 6 und Sie tun so, als ob damit Geld anfallen würde. Geld fällt an, wenn die Stellen besetzt sind. Ich habe im Haushaltsausschuss eindeutig erklärt: Diese Stellen werden im Jahre 2015 nicht besetzt und mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 wird eine entsprechende Vereinbarung mit dem Finanzministerium zur Zukunft dieser Stellen getroffen. Hier den Eindruck gegenüber den Zuhörerinnen und Zuhörern zu erwecken, die möglicherweise nicht in jedem Haushaltsdetail drinstehen, als ob mit unbesetzten Stellen im Haushalt Geld verbunden wäre und hier Geld ausgegeben würde, ist schlicht Sand in die Augen derjenigen zu streuen, die in dem Thema nicht ganz so tief drinstecken wie Sie. Sie argumentieren also wider besseres Wissen. Sie geben mir aber die Gelegenheit, das hier darzustellen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiterer Punkt ist die Frage: Wie sind denn Stellen bewertet? Nun ja, es gibt – bedauerlicherweise hat das auch die Vorgängerregierung nicht geschafft – zwar keine einheitliche Dienstpostenbewertung im Freistaat Thüringen, aber es gibt eine Dienstpostenbewertung. Wenn die Büroleiter in dieser Funktion Referatsleiter sind, dann werden sie auch in der Funktion von Referatsleitern nach einer einheitlichen Dienstpostenbewertung der Staatskanzlei finanziert. Insofern kann ich Ihre Kritik an dieser Stelle nicht verstehen und das Gleiche möchte ich noch einmal im Hinblick auf die Öffentlichkeitsarbeit sagen. Ja, der Titel der Öffentlichkeitsarbeit ist gewachsen, aber warum ist er gewachsen? Weil wir ein Content-Management-System bei „thuringen.de“ haben, wo es bedauerlicherweise der alten Landesregierung nicht gelungen ist, eine Struktur zu erzeugen, in der bei der Umstellung des Content-Management-Systems alle Ministerien mitziehen, sondern weil Entscheidungen der alten Landesregierung nicht adäquat getroffen worden sind, wir zwei Imperia-Content-Management-Systeme parallel laufen lassen müssen. Das sind Mehrkosten, die bei einer besseren IT-Entscheidung der vorherigen Regierung, die wir nun korrigieren müssen, bedauerlicherweise mit Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, was

hätte sinnvoller ausgegeben werden können, zusätzlich anfallen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ist es richtig, dass Sie darauf hinweisen, aber es wäre vielleicht gut gewesen, an der einen oder anderen Stelle weniger vorwurfsvoll gegenüber der neuen Landesregierung zu argumentieren,

(Beifall DIE LINKE)

sondern einzugestehen, was die alte Landesregierung nicht hinbekommen hat und uns die Gelegenheit gibt, es auch in diesem Punkt besser zu machen als die Vorgängerregierung.

Sie haben die Bundes- und Europapolitik und die Landesvertretungen in Berlin und Brüssel angesprochen. Ich stimme Ihnen sehr zu, ich habe ein großes Interesse daran, dass die Landesvertretung in Berlin und die Landesvertretung in Brüssel für die Landespolitik noch stärker aktiv werden. Wir haben deshalb eine Europastrategie nicht der Landesregierung, sondern des Freistaats Thüringen vorgeschlagen, wir haben ein großes Beteiligungsverfahren bei Institutionen gestartet, es gibt demnächst eine sehr große Veranstaltung, an der Sie mit Sicherheit auch teilnehmen werden und in der wir sehr positive Rückmeldungen aus den Regionen und aus Verbänden bekommen, die sagen, wir sind in 25 Jahren der Existenz des Freistaats Thüringen noch nie zu einer Europastrategie des Landes gefragt worden, sondern bisher gab es immer nur eine Europastrategie, die in den Landesministerien vorbereitet wurde. Das ist ein Quantensprung, darauf hätten Sie eingehen können. Ich gebe Ihnen die Gelegenheit, das auch gut zu finden.

Ich habe ein Interesse daran, dass wir bei der Landesvertretung Berlin und bei der Landesvertretung Brüssel tatsächlich – und das ist eine Aufgabe, die mit den Ministerien läuft – dies als Instrument der Personalentwicklung nutzen, dass also beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Aufstieg vom gehobenen in den höheren Dienst sind, diesen Aufstieg für eine Tätigkeit für einen Zeitraum von ein bis zwei Jahren sowohl in der Landesvertretung in Brüssel als auch in der Landesvertretung Berlin nutzen. Wir wissen – ganz ehrlich – auch, dass an der einen oder anderen Stelle diese Kompetenz nicht immer als Personalentwicklungsinstrument genutzt wurde.

Nun will ich, mit Ihrem Einverständnis, auf die Medienförderung eingehen. Wir sind uns einig und ich danke allen Abgeordneten, die über das Thema Medienförderung gesprochen haben und sich positiv zu dem Instrument der Medienförderung auch kompetent geäußert haben, dass Sie mit uns der Überzeugung sind, dass Medienförderung auch aus regionalwirtschaftlichem Interesse, aber auch aus Interesse bei der Entwicklung einer Gesamtstrategie von Kulturwirtschaft und Kreativwirtschaft zu-

(Minister Prof. Dr. Hoff)

sammen gedacht wird. Da ist das Beispiel Kindermedienland ein sehr gutes Beispiel. Es ist von der Abgeordneten Henfling zu Recht darauf hingewiesen worden, dass aus der Ansiedlung des KiKA allein noch keine Kindermedienlandstrategie entsteht. Wir haben bei uns in den Unterlagen gesucht und geschaut, wo denn die Kindermedienlandstrategie der vorherigen Landesregierung ist. Wir waren leider nicht erfolgreich bei der Suche. Wir haben aber festgestellt, viel von dem, was man in der Kindermedienlandschaft und in der Medienpolitik hätte machen können, ist daran gescheitert, dass in der alten Landesregierung das sozialdemokratisch geführte Wirtschaftsministerium zur Kreativwirtschaft zwar viele gute Ideen hatte, es aber eine Konkurrenz zwischen Staatskanzlei und dem Wirtschaftsministerium gegeben hat, die letztlich dazu führte, dass eine ganze Reihe von Akteuren, die zu runden Tischen eingeladen wurden, im Ergebnis mit akkumulierten Enttäuschungserfahrungen für sich gesagt haben, nur dass man zusammensitzt, ist noch lange keine Strategieentwicklung. Es geht tatsächlich darum, sich die Frage zu stellen; sie nicht nur zu stellen, sondern sie zu beantworten: Wie gelingt es uns, um den KiKA herum gezielte Ansiedlungen von Produktionen zu gewährleisten, die nicht alle möglichen Medienthemen umfassen, sondern eine gezielte Clusterentwicklung, Kindermedienstrategie, so wie wir beispielsweise im Raum Köln eine tatsächlich dort strategisch über einen langen Zeitraum vorgenommene Entwicklung eines Medienstandorts im Hinblick auf Comedy haben? Wir wollen und müssen diesen Standort Erfurt und den Standort Thüringen entwickeln als ein Kindermedienland. Das Geld, was wir beispielsweise für das deutschlandweit größte Kinder-Medien-Festival „Goldener Spatz“ ausgeben, das dieses Jahr mit einer neuen Höchstzahl an Besucherinnen und Besuchern stattgefunden hat, zeigt, dass wir in dieser Fokussierung und Strategieentwicklung auf dem richtigen Weg sind. An dieser Stelle auch den Kolleginnen und Kollegen, die in diesem Bereich tätig sind, ganz herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Kollege von der AfD: Wenn wir in der mittel-deutschen Medienförderung Geld ausgeben und Sie zu Recht sagen, in Mitteldeutschland erfolgt eine Produktion – ob das letztlich einen Hollywood-Hintergrund hat, ist nicht der entscheidende Punkt, sondern der entscheidende Punkt ist: Was passiert in Mitteldeutschland? Wird hier produziert? Finden hier die entscheidenden Wertschöpfungseffekte statt, die dadurch entstehen, dass Produktionen hier in Mitteldeutschland stattfinden? Das haben Sie nicht gesagt und insofern kann ich an dieser Stelle auch nicht mit Ihnen einig sein. Ich stimme jedem zu, der sagt, dass wir Geld ausgeben, nur damit in irgendeinem Film mal, weil die MDM das

fördert, das Schild Erfurt, Gera oder Sonneberg auftaucht. Das ist nicht, was ich MDR-mäßig ...

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Oder ...?)

(Zwischenruf Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft: Oder Gotha!)

Gotha selbstverständlich auch.

Aber ich finde, wenn es uns gelingt, dass ein entsprechender Film in Gotha auch tatsächlich produziert wird, dann ist es das, was ich möchte. Da würde mir das Schild Gotha nicht ausreichen.

(Beifall SPD)

Ich danke Ihnen ganz herzlich.

Insofern wäre es schön, wenn Sie in die Überlegung Ihrer Kritik an MDR, MDM auch die Vorstellung von Umwegrentabilität und -wertschöpfung mit einbeziehen. Da haben wir tatsächlich Nachholbedarf. Aber hier einfach zu sagen, das bringt nichts, ist zu kurz gegriffen.

(Unruhe AfD)

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Das habe ich nicht gesagt!)

Doch, das haben Sie gesagt, und wenn Sie es nicht gesagt haben, dann haben Sie es so gemeint, und aus diesem Grund spreche ich es hier an.

(Zwischenruf Abg. Kießling, AfD: Unterstellung! Ich habe lediglich gefordert, Thüringer Projekte zu fördern und Zweifel angemeldet, wenn Hollywood-Filme gefördert werden!)

Lassen Sie mich zum Bereich der Kulturpolitik vier Aspekte ansprechen. Unser Interesse besteht darin, dass wir in diesem Jahr – und das wird den Haushalt 2016/2017 insbesondere berühren – in die Neuverhandlungen der Finanzierung bei der Klassik Stiftung Weimar und der Gedenkstätte Buchenwald einsteigen. Dass wir in diesem Bereich einen Schwerpunkt sehen, drückt sich auch im Haushalt 2015 aus, denn es ist der Gedenkstätte Buchenwald/Mittelbau-Dora in ganz hervorragender Weise gelungen, den 70. Jahrestag der Befreiung aus den Konzentrationslagern in einer Darstellungsform, die weite Ausstrahlung über Thüringen hinaus hatte, zu gewähren. Ich denke, dass das ein Beispiel für die hervorragende Arbeit ist, die in der Gedenkstätte Buchenwald/Mittelbau-Dora, aber auch in den anderen Gedenkstätten in Thüringen geleistet wird. Die Ausstellung, die hier gestern eröffnet wurde, ist ein Beispiel dafür. Wir haben ein Interesse daran, auch mit dem Bund die Gespräche darüber zu führen, wie die Stiftung Schloss Friedenstein in Gotha stärker vom Bund wahrgenommen und auch finanziert wird,

(Beifall SPD)

(Minister Prof. Dr. Hoff)

aber wir sagen auch ganz deutlich: Die Ausstattung der Klassik Stiftung Weimar als der nach der Stiftung Preußischer Kulturbesitz relevantesten deutschen Kulturstiftung ist und bleibt uns ein zentrales Anliegen und muss im Vordergrund auch unserer Tätigkeit stehen.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Ja, ja, ja!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe ein Interesse daran, dass die dichotome Diskussion zwischen institutioneller Theaterfinanzierung und freier Theaterszene dahin gehend überwunden wird, dass wir sagen, beide sind für Thüringen unverzichtbar. Die freie Theaterszene hat überhaupt keinen Grund, einen Minderwertigkeitskomplex vor sich herzutragen – und ich bin froh, dass sie das nicht macht – oder sich stets in ein Verhältnis zu den institutionellen Theatern zu setzen, denn die ist Spitze und macht eine Arbeit, die institutionelle Theater in dieser Form häufig gar nicht gewährleisten können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insofern ergänzen sich beide in einer ganz hervorragenden Form.

Aber gerade die Finanzierung der freien Theaterszene, die institutionelle Theaterförderung und die freien Träger verweisen uns auf eines – und damit möchte ich abschließen –: Wir haben jenseits des Kommunalen Finanzausgleichs die zwingende Notwendigkeit, im Rahmen einer Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform zu Strukturen zu kommen, die Kommunen wieder in die Lage versetzen, kulturelle Infrastruktur auch tatsächlich gewährleisten zu können, und die Vielzahl an Kommunen in der Haushaltsnotlage – der Abgeordnete Kuschel hat dazu gesprochen – zeigt uns, dass wir sehr, sehr oft über den Kulturlastenausgleich hinaus in einer ganzen Reihe von Punkten in Kapitel 02 08 die Notwendigkeit haben, Kommunen zu unterstützen, die bei der Sicherung der kulturellen Infrastruktur den Eigenanteil nicht mehr gewährleisten können. Dieses Thema ist ein Thema, das beschäftigt uns 2015, das wird uns 2016/2017 beschäftigen und so lange beschäftigen, wie wir nicht durch eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs in Verbindung mit einer tatsächlichen Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform, die weniger, aber handlungsfähigere Strukturen schafft, zu einer Sicherung der kulturellen Infrastruktur und damit der Sicherung der Daseinsvorsorge in allen Landesteilen kommen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und für die spannende Diskussion.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Minister Hoff. Durch die Redezeit der Landesregierung ergeben sich zusätzliche Redezeiten für die Fraktionen, pro Fraktion in Höhe von sage und schreibe 5 Minuten und 30 Sekunden. Möchte das vielleicht jemand aus den Reihen der Fraktionen in Anspruch nehmen? Herr Abgeordneter Brandner, bitte schön.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, es sollte eigentlich eine Zwischenfrage werden an den Herrn Hoff, aber er ist dann so schnell weggerannt. Sie haben keine Angst vor mir – oder? Es geht um die Mitteldeutsche Medienförderung, um noch mal den Aspekt, den der Kollege Kießling gerade angesprochen hat, zu erwähnen. Er hat dieses Beispiel gebracht, da ist so eine Hollywood-Schnulze über diese MDM gefördert worden, die dann einen Umsatz von circa 180 Millionen Dollar erzielt hat. Jetzt schütteln Sie den Kopf, aber es scheint zu stimmen, was wir da recherchiert haben.

(Zwischenruf Prof. Dr. Hoff, Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten und Chef der Staatskanzlei: Ich schüttelte den Kopf über den unfassbaren Satz, den Sie hier gesagt haben, dass hier Schnulzen gefördert werden. Das zeigt Ihre Kulturlosigkeit!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Machen Sie ruhig weiter! Solche Zwischenrufe sind ja Hochkultur hier, bei denen man ja richtig im Stehen applaudieren müsste – oder?

Also meine Frage, die ich an Sie stellen wollte, ist ganz vernünftig. Halten Sie es für angemessen, dass diese Zuschüsse, die da gezahlt werden, verlorene Zuschüsse sind? Wäre es nicht angemessen, zu sagen, wenn der Film ein wirtschaftlicher Erfolg wird, dann behalten wir uns vor, zumindest mal die Zuschüsse zurückzufordern?

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Brandner. Gibt es weitere Redemeldungen? Frau Abgeordnete Walsmann, CDU-Fraktion.

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, da drängt es einen ja förmlich nach vorne, ein paar Entgegnungen auch zu sagen.

Sehr geehrter Herr Minister Hoff, die B 7-Stelle – wir haben in der Tat im Haushalts- und Finanzausschuss darüber gesprochen. Es geht ja auch gar nicht darum, dass ich Ihnen vielleicht für dieses

(Abg. Walsmann)

Jahr misstrauen würde, weil ja auch kein Geld im Haushalt dafür eingestellt ist. Aber wir möchten schon sicherstellen, dass nicht die Lust an der Besetzung für die nächste Zeit wieder neu entsteht, und deshalb heißt es: B 7 künftig wegfallend. Man braucht sie schlicht und einfach nicht mehr, weil es diese Aufgabe nicht mehr gibt. Insofern ist es nur redlich, auch auf diese Stelle zu verzichten.

Sie haben mich bewusst missverstanden, als ich über die Wertigkeiten von Stellenbesetzungen gesprochen habe. Mir geht es nicht um die Eingruppierung oder Bewertung von Stellen, mir geht es schlicht und einfach um die Tatsache, wenn Seiteneinsteiger, wenn Neueinsteiger ohne die entsprechende Laufbahnqualifizierung einsteigen, dann ist es in dem politischen Leitungsbereich nicht ganz unüblich. Aber auch die sollen nicht oben anfangen, bei A 15 einsteigen, sondern sie sollen genauso die Möglichkeit haben, bei A 13 einzusteigen und dann Entwicklungsmöglichkeiten bekommen.

Wenn wir gerade bei dem Thema sind, wenn es schon sein muss: Diese Stellen, um die es geht, das sind neue Stellen, das sind keine Umwandlungen, keine Umsetzungen, sondern das sind neue Stellen. Die 860.000 Euro sind neues Geld, was ansteht. Insofern – Sie können ja gern Umsetzungen machen, Sie können aus den Bereichen der Landesregierung für das, was Sie brauchen, Personal akquirieren, das haben wir früher auch getan, aber hier geht es um neue Stellen und den Aufwuchs im Stellenplan.

Vizepräsident Höhn:

Frau Abgeordnete Walsmann, es besteht der Wunsch nach einer Zwischenfrage vom Abgeordneten Dittes.

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Am Ende bitte.

Vizepräsident Höhn:

Herr Dittes, am Ende.

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Kürzungen im Kulturbereich: Liebe Frau Marx, ich habe ausdrücklich – weil ich schon wusste, dass das kommt – ganz deutlich gesagt, keineswegs Kürzungen, aber wir schätzen halt sehr realistisch auch aus Erfahrungswerten ein, wenn die Zeit vorangegangen ist und wenn Ausschreibungen im Spiel sind, wenn vielleicht sogar eine europaweite Ausschreibung im Spiel ist oder wenn die Dinge mit Vergaben zu tun haben für Leistungsangebote oder Ausstattungen, die bestellt werden müssen, können Mittel gar nicht in dem Maße abfließen. Auch Dienstreisen kann man nicht in dem Maße machen,

wie man sie für ein ganzes Jahr hätte machen können, wenn man im Januar angefangen und einen Haushalt gehabt hätte. Das liegt nun nicht an uns, dass der Haushalt so spät kommt, das müssen Sie sich schon selbst zurechnen.

(Beifall CDU)

Deshalb sage ich ganz deutlich, auch da lasse ich kein bewusstes Missverstehen durchgehen: Hier geht es darum, dass wir sagen, wir rechnen damit, die Mittel fließen 2015 nicht ab. Deshalb geht es hier nicht um Kürzen aus dem Etat des Kultusbereichs, sondern hier geht es darum, realistische Ansätze aufzuschreiben. Diese messen sich an den Ist-Werten von 2014.

(Beifall CDU)

Liebe Frau Henfling, ich bin der Staatskanzlei sehr dankbar, insbesondere Frau Dr. Winter, und das sage ich hier ganz deutlich, dass die Zusammenarbeit im AdR ganz hervorragend funktioniert. Aber: Es ist das erste Mal, dass der Landtag ein eigenständiges AdR-Mandat hat. Dann sollten wir wenigstens als Abgeordnete hier im Landtag die Souveränität haben, das auch zu dokumentieren. Wir sind nicht – mit Verlaub gesagt – der verlängerte Arm der Staatskanzlei, sondern der Landtag hat ein eigenes Einbringungs- und Mitspracherecht.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: In Brüssel gibt es ein Büro!)

Deshalb ist diese Stelle durchaus gerechtfertigt.

(Beifall CDU)

Wenn Sie kein Bewusstsein für die Dinge haben, frage ich mich, warum Sie dann als Abgeordnete hier sitzen. So viel dazu. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Höhn:

Sie wollten eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dittes beantworten.

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Besonders gern.

Vizepräsident Höhn:

Herr Dittes, bitte schön.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Das freut mich, Frau Walsmann. Sie waren ja auch mal Chefin der Staatskanzlei.

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Genau.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Das war noch nicht die Frage.

(Heiterkeit DIE LINKE)

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Soweit setze ich das voraus.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Können Sie mir vielleicht die Gründe nennen, warum eine alte Landesregierung wenige Tage vor der Neuwahl eines Ministerpräsidenten aus dem Leitungsbereich – wie von Herrn Hoff beschrieben – Stellen in die Referate versetzt und halten Sie ein solches Vorgehen für sachlich begründet?

Abgeordnete Walsmann, CDU:

Ich glaube, dazu habe ich gerade ebenfalls ein Wort gesagt.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Nein. Was denn?)

Im Übrigen war ich auch nicht in der letzten Phase Chefin der Staatskanzlei. Bitte schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsident Höhn:

Gibt es weitere Wortmeldungen zum Einzelplan 02? Das kann ich nicht erkennen. Damit beende ich die Aussprache zum Einzelplan 02 – Staatskanzlei.

Ich rufe auf den **Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales, einschließlich Kapitel 17 20** – Kommunaler Finanzausgleich.

Die vereinbarten Redezeiten für die Fraktionen betragen für diesen Einzelplan für die Fraktion der CDU 19 Minuten, für die Fraktion Die Linke 18 Minuten, die SPD hat ein Kontingent von 13 Minuten, die AfD von 12 Minuten und Bündnis 90/Die Grünen von 11 Minuten. Die Regelredezeit der Regierung beträgt in diesem Falle 18 Minuten.

Ich eröffne die Aussprache und das Wort hat für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Fiedler. Guten Appetit.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Wolfgang, denk an den Infraschall!)

Wie alle besorgt um mich sind!

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Aber keine Bäuerrchen machen, gell?)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, es kann ja mal vorkommen, dass man, um

alles hier zu überstehen, gerade mal was Süßes zu sich nimmt, damit die Glückshormone wieder steigen. Vielleicht sind sie bei mir gestiegen und ich weiß es nicht.

(Heiterkeit im Hause)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einige wenige Sätze zum Einzelplan 03 und zum KFA insgesamt sagen. Mein Kollege Kowalleck hat in großen Zügen alles schon hier vorgetragen. Aber ich denke mal, meine Damen und Herren, im Großen und Ganzen war am Anfang der Einzelplan 03 gar nicht mal so schlecht. Wenn man sich dann etwas näher damit beschäftigt hat, dann hat man im ersten Augenblick gedacht: Oh, selbst im Verfassungsschutz, den wir hier dringend brauchen, gibt es eine kleine Erhöhung. Es soll ja auch umgestellt werden usw. usf. Und siehe – ich wollte es schon damals gar nicht so richtig glauben –, auf einmal, wenn man dann die Änderungen gesehen hat, da haben sicher Herr Dittes, Frau König und noch ein paar mitgearbeitet, auf einmal ist da eine Kürzung von circa 288.000 Euro. Das geht einfach mal so; erst einmal so starten und dann heimlich, still und leise von hinten das wieder einkassieren. Das ist nicht schön und muss natürlich hier auch benannt werden, meine Damen und Herren. Erst werden die V-Leute abgeschafft, dann sträuben Sie sich gegen die Vorratsdatenspeicherung – an der Spitze Herr Lauinger –, unser Innen- und Kommunalminister hat sich zurückgehalten, weil er weiß, sonst würden ihm seine eigenen Innenministerkollegen ganz schön die Leviten lesen. Wenn man dann noch die Kürzungen sieht, dann ist das quasi langsam eine Auflösung des Amts. Und das ist das, was eigentlich das Entscheidende ist, meine Damen und Herren. Heimlich, still ...

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Ja, Frau Kollegin König, ich kann mir vorstellen, dass Sie das freut. Aber Sie vergessen, dass es in dem Land neben Demonstrationen auch noch andere Gefahren gibt.

(Beifall CDU, AfD)

Ich will das jetzt hier nicht alles ausbreiten, was für Islamisten und wer hier alles unterwegs ist und wo wir einfach gewappnet sein müssen. Wir müssen gewappnet sein. Herr Kollege Harzer, ich höre.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Mordende Nazis!)

Ach, mordende Nazis, die hat es leider Gottes viel zu viele gegeben. Aber es will doch nun niemand erklären, dass da jetzt welche durch die Gegend ziehen, die morden. Sie meinen NSU. Das ist Ihr Hauptthema. Darüber haben wir uns hier so oft auseinandergesetzt, haben unsere klare Meinung

(Abg. Fiedler)

dazu gesagt, das muss man nicht jeden dritten Tag wiederholen.

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das waren ja nur ein paar Tote!)

Ja, aber nicht alle in Thüringen, nur mal nebenbei gesagt.

Das Entscheidende ist ...

(Zwischenruf aus dem Hause)

(Unruhe CDU)

Ja, damit wird es nicht besser, aber – jetzt höre ich auf, was interessiert mich das dumme Geschwätz, was Sie hier loslassen. Es geht mir einfach darum deutlich zu machen, die innere Sicherheit wird hier immer weiter ausgehöhlt. Das muss man einfach klar und deutlich auf den Tisch legen, damit es die Menschen im Lande auch merken.

(Beifall CDU, AfD)

Denn eines ist sicher und Fakt: Sollte es – was ich nie hoffe – zu irgendwelchen Dingen kommen, wenn solche Losgelassenen hier durchs Land ziehen,

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Vor allem die Nazis!)

dann wird das Geschrei groß sein, warum haben wir keine Vorfeldaufklärung gehabt, warum haben wir das nicht gewusst, warum haben wir das nicht gewusst. Die Einzigen, auf die ich da noch zählen kann, ist die SPD, dass die SPD ihren Innenminister nicht untergehen lässt, damit er hier überhaupt noch durchhalten kann.

Meine Damen und Herren, dann haben wir auch noch einen Titel „Kosten für Sachverständige“, den erhöhen Sie um 100.000 Euro auf insgesamt 200.000 Euro, um eine Überprüfung sämtlicher beim Amt für Verfassungsschutz gespeicherten personenbezogenen Daten vorzunehmen. Das ist klares Misstrauen gegen die Mitarbeiter und das Amt.

(Beifall CDU, AfD)

Dass die hier in Generalverdacht gestellt werden, dazu kann man einfach nur sagen, das Geld hätte man sich sparen können.

Meine Damen und Herren, für die Evaluation der Polizeiaus- und -fortbildung stellen Sie 50.000 Euro mehr ein. Warum, frage ich mich.

(Beifall CDU, AfD)

Die Evaluation muss immer gemacht werden, das ist ein ständiger Prozess, da muss ich nicht extra 50.000 Euro einstellen.

Meine Damen und Herren, und nicht nachvollziehbar sind mir – aber vielleicht kann der Minister das noch näher erläutern – die Kürzungen bei der Bewachung des Ministeriums und des LKA um insgesamt 700.000 Euro. Ich erinnere mich daran, dass wir hier in der letzten Legislatur über ein paar Dinge gesprochen haben, was ausgerechnet beim Wirtschaftsminister, was sich in diesen Bewachungsapparat für Leute eingeschlichen hatten und, und, und. Ich weiß auch, ein wirklich lange währendes Gespräch, was wir damals mit unserem Minister geführt haben, ging um die Bewachung direkt im Innenministerium. Da haben wir auch lange gesagt, was brauchen wir da eigentlich Polizisten, das kann doch vielleicht auch privat gemacht werden. Man muss aber dazu wissen, dass die Mitarbeiter, die dort sind, für den – ich sage mal – „normalen Polizeidienst“ aus gesundheitlichen oder anderen Gründen überhaupt nicht mehr geeignet sind. Ich will das noch einmal ganz deutlich sagen, weil da so, ach, da können wir doch mal 700.000 sparen, vielleicht müssen wir auch das LKA nicht mehr so genau bewachen, da kann ja jeder rein und raus marschieren. Ich denke, das ist der falsche Weg. Deswegen muss man das hier auch ansprechen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, Herr Minister, ich habe es in der ersten Lesung, glaube ich, schon gesagt, ich will es noch einmal verstärken: Wenn wir – und wir hatten das Thema schon in dieser Plenartagung – mehr Kriminalität verhindern wollen und müssen, ob das jetzt Aufschlitzen an Autobahnen oder ähnliche Dinge sind, was brauchen wir da? Wir brauchen Polizisten. Wo kommen Polizisten her? Die fallen nicht vom Himmel, die müssen ausgebildet werden. Sie haben die Möglichkeit, dass Sie mindestens 150 Auszubildende nach Meiningen holen, damit sie dann entsprechend ihren Dienst hier antreten können. Das kostet erst einmal kein Geld. Ich erinnere mich noch deutlich daran, auch in der letzten Legislatur – ich nehme da gern einmal Bezug drauf, damit nicht immer der Eindruck entsteht, die schwätzen nur über das Jetzt, wir sind doch erst sechs Monate dran usw. – hat damals unser Innenminister einfach ausgebildet. Der hat einfach da und dort die Stellen erhöht, hat es einfach gemacht, auch – der Finanzminister ist gerade draußen – wenn der Finanzminister Voß damals natürlich dagegen gezogen ist. Man kann in seinem eigenen Haus auch mal Entscheidungen treffen, wo man nicht immer nur abhängig ist von den Finanzen, die der Finanzminister oder die Finanzministerin rausrückt. Ich denke, das kann man auch. Aus dem großen Topf des Innenministeriums kriegt man das hin. Gucken Sie in den Haushalt rein, da stehen bis zu 300 Stellen zur Ausbildung drin – das ist möglich. Ich will nur daran erinnern, ich glaube, dem Minister muss ich das eigentlich nicht erzählen. Ich muss eigentlich in diese Richtung gucken oder in

(Abg. Fiedler)

die Richtung, aber wir müssen mit der Landesregierung hier auch umgehen.

Meine Damen und Herren, wir begrüßen ausdrücklich, dass im Bereich Brand- und Katastrophenschutz die vorgesehenen Mehrausgaben für den Ausbau von Digitalfunk mit enthalten sind. Aber, meine Damen und Herren, wer sich ein bisschen damit beschäftigt, und wir haben uns schon damit beschäftigt, das wird sich am Ende um mindestens 21 Millionen Euro handeln. Wenn wir da nicht beizahlen anfangen und Geld einstellen – wir wollen nur dem zuständigen Minister helfen, denn er will uns bis zum Jahresende ein Konzept vorlegen –, weil dann auch Geld da sein muss, damit wir nicht alles auf einmal haben. Wir haben die Polizei mit Digitalfunk, die Feuerwehr, die hat keinen Digitalfunk, die Rettungsdienste, die haben auch keinen. In Erfurt ist es so, da gibt es bestimmte Pilotprojekte, da haben auf einmal beide was. Das sind alles Zufallstreffer und so kann es nicht sein. Deswegen, Herr Minister, muss dort dringend etwas getan werden und, ich denke mal, das ist und bleibt eine der wichtigsten Aufgaben, die Sie in nächster Zeit zu leisten haben.

Meine Damen und Herren, ich könnte noch ein paar Dinge aus dem Einzelplan 03 rausnehmen. Halt! Ich habe noch eines vergessen, jetzt fällt es mir wieder ein. Ganz interessant ist die geplante Beschaffung von zwei Toilettenwagen für Einsatzkräfte bei geschlossenen Einsätzen. Meine Damen und Herren, das ist sehr löblich, dass die geschlossenen Einheiten so was bekommen. Aber ich hoffe nur, dass das nicht für Herrn Dittes und Frau König gedacht ist, dass die als fast Berufsdemonstranten das dann mitbenutzen können, dass sie sich das selber reingeschrieben haben

(Beifall CDU, AfD)

– ich gehe mal davon aus, dass, wie wir es in Saalfeld gesehen haben, die Unabhängigkeit von Polizei und Abgeordneten gewahrt bleibt –, ich setze auf den Minister, dass das nicht passiert.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich will noch auf einige Einsparungsvorschläge von uns zu sprechen kommen. Unsere Änderungsanträge sehen Einsparungen von insgesamt rund 1.623.000 Euro vor. Unsere wichtigste Änderung im Einzelplan 03: Zur Förderung von freiwilligen Gemeindezusammenschlüssen wird für 2016 und 2017 jeweils eine VE in Höhe von 3 Millionen Euro eingestellt. Sie werden das noch merken. Es war eine der ersten Amtshandlungen, dass der Innenminister gesagt hat, wir führen erst mal die Freiwilligkeit weiter. Das finde ich top, das haben wir auch gemacht, wir haben immer gesagt, lass die sich doch freiwillig zusammenschließen und gebt noch einen Pfennig Geld dazu, dann hilft es vielleicht. Es hilft nicht immer, aber vielleicht

hilft es. Deswegen ist es auch notwendig, dass man hier entsprechendes Geld einstellt.

Jetzt noch mal konkret zum BOS-Digitalfunk. Hier wollen wir 2016 und 2017 je 12 Millionen Euro einstellen. Es geht darum, dass wir auch hierbei die Kommunen entlasten, denn die Kommunen sind diejenigen, die am Ende den Großteil bezahlen müssen. Mir graut davor, Herr Minister Poppenhäger, mir graut davor. Wir wissen jetzt schon, ob in Erfurt oder Saalfeld oder wo auch immer, wenn Großlagen sind, kracht jetzt schon das Netz zusammen. Das Netz ist jetzt schon nicht mehr ausreichend. Und im Moment geht es nur um Polizei und wenige Rettungskräfte, die Digitalfunk haben. Hier muss nachgebessert werden und wenn wir das dann noch weiterführen wollen und müssen – wir müssen nämlich –, für Rettungskräfte etc., dann muss auch das Netz insgesamt noch mal betrachtet werden, weil sich das jetzt forciert.

Dann möchte ich, meine Damen und Herren, kurz noch mal einiges zum KFA sagen. Es ist schon schön: Zunächst hat der Ministerpräsident angekündigt, es werde einen dreistelligen Millionenbetrag für die Kommunen geben. Die Kommunen happy: Die sind doch besser als die Schwarzen und die Roten, die vorher dran waren. Jetzt kommt richtig Knete und richtig Geld. Was war es am Ende? Es ging ja noch weiter: Die Spitzenverbände, wie es sich gehört, verhandeln natürlich mit dem zuständigen Kommunalminister unter Beteiligung des Finanzministeriums auf höchster Ebene, wie sich das gehört, und man einigt sich – es ist immer so, Kompromisse hin und her – auf 135 Millionen Euro. Ich will es nur wiederholen, ich weiß, es ist schon gesagt worden. Man einigt sich auf 135 Millionen Euro und dann auf einmal gilt das alles nicht, weil einige – ich gehe mal davon aus, insbesondere Linke und Grüne – dann auf einmal dazu kommen: „Nein, so viel Geld geben wir den Kommunen nicht.“ Und dann gingen die Kürzungen los. Und der Kommunalminister wurde unmöglich gemacht; das Finanzministerium war mit beteiligt. Es ist ja auch nicht gerade erfreulich, wenn das rauskommt.

Meine Damen und Herren, am Ende kommt raus: 84 Millionen Euro, die die Regierungsfaktionen ankündigen und den Kommunen zur Verfügung stellen. Ich weiß, da gibt es verschiedene Rechenarten, wer was mit dazuzählt. Ich kann nur sagen: Der Gesetzentwurf sieht für 2015 dann sogar nur noch 78 Millionen Euro vor. In der mündlichen Anhörung, die auch die Spitzenverbände hatten, ist das eindeutig abgelehnt worden, weil die Spitzenverbände sagen, dass viele hier mit dem Rücken an der Wand stehen. Es ist schon mehrfach hier diskutiert worden, wie es in den Kommunen aussieht. Da kann man auch sagen: „Ja, da seid ihr doch mit dran schuld.“ Das mag durchaus sein. Aber nichtsdestotrotz ist es notwendig, dass es hier entsprechend auch bei den Kommunen vernünftig

(Abg. Fiedler)

weitergeht. Deswegen kann ich nur dringend bitten und auffordern, dass hier die kommunale Familie ernst genommen wird und nicht am Katzentisch sitzt, während andere die Dinge für wunderschöne Dinge, die sich der eine oder andere wünscht – der eine will die Homoehe, der Nächste will das haben, der eine jagt den Wolf und der Nächste hat dieses oder jenes. Es geht hier um unsere Kommunen. Das sind die kleinsten Einheiten vor Ort und die sind für den Bürger direkt da und da erwarten wir einfach, dass dort etwas mehr gemacht wird.

(Beifall CDU)

Und auch Ihre Änderungsanträge vom März brachten nur wenig Besserung. Ich erinnere Sie an Ihren Koalitionsvertrag: „Die Koalition strebt an, die finanzielle Situation der Kommunen nachhaltig zu verbessern.“ Na, wo ist denn hier die nachhaltige Verbesserung? Ich kann sie nicht feststellen. Nichts ist geschehen.

Meine Damen und Herren, ich will an der Stelle noch mal ausdrücklich darauf verweisen – auch das ist mehrfach gesagt worden und ich erinnere an den letzten Gemeinde-und-Städtebund-Tag oder vorhergehende auch noch, wo uns insbesondere auch in den Anhörungen hier noch mal dezidiert gesagt wurde, querbeet, von Linke-Bürgermeistern, von SPD-Bürgermeistern, von schwarzen Bürgermeistern, dass es hier auch unter anderem um Asyl geht –, dass hier vernünftig ausgestattet wird. Aber es geht mir insbesondere um den Kitabereich. Deswegen, meine Damen und Herren – Sozialbereich, vor allem Kitabereich –, die Kommunen kommen nicht mehr über die Runden. Es muss endlich die auskömmliche Finanzierung geklärt werden. Es gab schon einen alten Streit auch mit Minister Matschie – ich will es wiederholen –, dass nie die Zahlen auf den Tisch kamen. Wir haben jetzt von der Landesregierung Antworten bekommen, wir werden das auswerten, aber wir werden auch eigene Dinge dazu beisteuern; das werden wir ganz klar auf den Tisch legen. Ich habe selber einen Kindergarten, den habe ich zwar Gott sei Dank in freier Trägerschaft an das DRK gegeben, deswegen konnten sie zumindest nicht streiken. Denn auch da gab es Familien, die wussten über vier Wochen nicht, wie sie ihre Kinder unterbringen sollten. Aber die Kommunen haben das Geld nicht und das müssten selbst Herr Harzer und andere wissen, die im kommunalen Bereich tätig waren, dass die Kommunen bei der Kita-Finanzierung nicht voll ausfinanziert sind.

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Das hast du doch mit beschlossen, Wolfgang!)

Das habe ich nicht beschlossen, sondern wie es in Koalitionen so ist – ich will ja nicht zu sehr auf den alten Partner draufhauen. Dort haben wir es mehrfach versucht, wir kriegten keine Einigung hin. Übrigens, wenn ich an die freien Schulen denke, wie

viele Monate da schon drangesessen wird an so einem kleinen Punkt. Mein Gott, nein, da werdet ihr euch erst mal einig.

Meine Damen und Herren, ich möchte einfach noch mal darauf verweisen, dass es insbesondere hier auch im Kita-Bereich dringend notwendig ist, etwas zu machen. Das ist natürlich mit dem Bildungsbereich zu machen. Aber am Ende müssen die Kommunen finanzieren und das ist das Entscheidende. Das muss geklärt werden. Bevor es ein freies Kita-Jahr gibt, muss es erst mal die Finanzierung der bestehenden geben. Ich hoffe – das ist meine letzte Hoffnung, die ich noch habe, wir werden es aufmerksam verfolgen –, dass im Doppelhaushalt dann wenigstens viele Dinge drin sind. Das wurde ja immer als Übergangshaushalt bezeichnet, das kann ich gegebenenfalls akzeptieren, viel zu spät, viel zu lange hat es gedauert, aber das kann ich noch mitnehmen. Entsprechend muss aber im neuen Doppelhaushalt – da gibt es kein Wegdrücken mehr – mehr für die kommunale Familie, mehr für die innere Sicherheit getan werden. Vielen Dank.

(Beifall CDU, AfD; Abg. Gentele, fraktionslos)

Vizepräsident Höhn:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fiedler. Als Nächstem erteile ich Herrn Abgeordneten Dittes von der Fraktion Die Linke das Wort.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Meine Damen und Herren! Vielen Dank, Herr Fiedler, für Ihre Rede, denn die bietet mir Gelegenheit, tatsächlich meine anders zu strukturieren. Ich möchte Ihnen in einem ersten Punkt recht geben. Sie haben vollkommen recht, wenn Sie sagen, diese neue Landesregierung kann sich natürlich nicht auf ewig darauf zurückziehen, dass sie erst sechs Monate im Amt ist und die Verantwortung für all das, was hier geschieht, in der Vorgängerregierung liegt. Da gebe ich Ihnen ausdrücklich recht, auch wenn ich anmerken muss, dass Sie mit dem Verweis auf die letzten 40 Jahre 24 Jahre Regierungsverantwortung betrieben haben. Aber Sie machen in Ihrem Redebeitrag auch deutlich, dass der Verweis auf die Vorgängerregierung hier durchaus richtig und auch wichtig ist, denn so oft, wie Sie hier gefordert haben, dass in dem Bereich etwas nachzubessern ist – in dem Bereich wäre etwas nachzubessern und in dem Bereich wäre etwas zu korrigieren –, machen Sie sehr deutlich, dass sehr viele Hausaufgaben übriggeblieben sind, die Ihre Landesregierung in Thüringen nicht hat erfüllen können oder auch wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Ich habe heute früh in der Beratung gelernt, dass Sie sich selbst in diesem Haus nicht als Opposition verstehen, sondern als Regierung im Wartestand.

(Abg. Dittes)

(Beifall CDU)

Nun habe ich nicht ganz verstanden, was Sie damit eigentlich zum Ausdruck bringen wollen,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir wollen ans Ruder!)

und habe noch mal im Internet nachgeguckt, was das eigentlich bedeutet, dieser „Wartestand“. Ich habe zumindest gefunden, dass Wartestand eine Folge einer nachhaltigen Störung in der Wahrnehmung des Dienstes ist.

(Beifall DIE LINKE)

Das konnte ich dann natürlich auch sehr viel besser verstehen, als ich mich an die Haushalts- und Finanzausschusssitzung erinnert habe, in der wir den Einzelplan 03 beraten haben. Da hat nämlich der ehemalige Innenminister so viele dezidierte Fragen zum Haushalt des Ministeriums gestellt, das er selbst mehrere Jahre geleitet hat, wo ich sage, ja, jetzt erklärt sich einiges, worin offensichtlich diese Störung in der Wahrnehmung des Dienstes lag, denn offensichtlich sind viele Abläufe aus dem Ministerium und dem Haushalt nicht bekannt gewesen. Und im Prinzip war es auch die Unkenntnis darüber, welche Konzepte möglicherweise von der alten Landesregierung in jenem oder einem anderen Bereich hätten vorgelegt werden sollen. Ich werde im Einzelnen auch noch mal darauf zurückkommen.

Wenn ich diese nachhaltige Störung hier angesprochen habe, dann will ich zumindest auch darauf verweisen, dass die bei Ihnen noch andauert, denn ich habe Ihre Änderungsanträge zum Einzelplan 03 wirklich erst vor 2 Minuten erhalten. Es fällt mir dadurch natürlich auch etwas schwerer, dezidiert Stellung zu nehmen. Ich werde es an einzelnen Stellen aber dennoch versuchen.

Herr Fiedler, Sie haben ein Schreckgespenst an die Wand gemalt – aber das war auch nicht anders zu erwarten –, dass die innere Sicherheit ausgehöhlt wird. Sie haben ein Beispiel benannt, nämlich die Kürzung bei der Bewachung von Gebäuden des Innenministeriums oder des Landeskriminalamts. Das ist nun wirklich auch Blödsinn. Ich will Ihnen das nur sagen, denn Sie haben es tatsächlich richtig begründet: Diese Kostensenkung im Haushalt kann deshalb dargestellt werden, weil diese Landesregierung darauf verzichtet, auf private Sicherheitsunternehmen zurückzugreifen, sondern im Interesse einer wirklich effektiven Personalbewirtschaftung die Beamten der Thüringer Polizei dort zum Einsatz bringt, die durch ihren gesundheitlichen Zustand nur noch eingeschränkt dienstfähig sind. Das ist doch wirklich auch ein verantwortungsvoller Umgang mit den Bediensteten im Freistaat Thüringen. Das führt darüber hinaus auch zu Kostenersparnissen, die offensichtlich Ihre alte Landesregierung noch als Ausgaben geplant hat.

Natürlich muss man in dem Bereich, wenn man über Bedienstete und Stellensituation redet, auch noch mal darüber sprechen, was wir eigentlich vorgefunden haben und wo die tatsächlichen Hausaufgaben für diese Landesregierung im Bereich der öffentlichen Sicherheit liegen. Der Einzelplan 03 des Innenministeriums stellt 62 Prozent der Ausgaben allein für den Bereich der Polizei dar und 68 Prozent der im Haushalt im Einzelplan 03 ausgewiesenen Stellen fallen auf den Polizeivollzug. Da wird, glaube ich, die Dimension deutlich, über die wir hier reden müssen. Wir haben – und darauf verweisen Sie ja an vielen Stellen – auf der einen Seite eine Polizeistrukturereform in Thüringen gehabt, die auch natürlich Dienstposten bewertet und dargestellt hat. Aber wir haben gleichzeitig einen Stellenabbaupfad Ihrer alten Landesregierung auf dem Tisch liegen, was für den Bereich des Innenministeriums noch einen abzubauenen Stellenanteil von 1.737 Stellen darstellt. Jetzt sage ich mal deutlich, wenn Sie insgesamt 6.338 Polizeibedienstete haben, und da 68 Prozent der Bediensteten im Innenministerium haben, aber das beides in der Vergangenheit noch nicht zusammengebracht haben, nämlich Polizeistrukturereform, nämlich tatsächliche Personalentwicklung in diesem Bereich, aber sich hier vorn einerseits hinstellen, um als innenpolitischer Sprecher für die Bediensteten der Polizei einzutreten, mehr Stellen zu fordern, und als haushaltspolitischer Sprecher Ihrer Fraktion zu kritisieren, wenn man in dieser Landesregierung allein nur auf die Idee kommt, mal das Stellenabbaukonzept der alten Landesregierung auszusetzen, zu überprüfen und dann eben zu evaluieren und zu novellieren. Das hat sich diese Landesregierung vorgenommen, weil Sie genau diese Differenz, die Sie immer darstellen, in der Polizeistruktur einerseits und im Stellenabbaupfad andererseits, nicht lösen wollten, sondern ausgesessen haben – komme, was da wolle. Wir versuchen jetzt, hier ein Stück weit Licht ins Dunkel zu bringen und natürlich auch konzeptionell voranzugehen.

Wenn ich gesagt habe, dass es natürlich nicht ausreicht, hier immer Sonntagsreden zu halten, dann will ich doch durchaus auch noch mal auf den Toilettenwagen zu sprechen kommen, der keinesfalls dazu bestimmt ist, dass Frau König oder ich auf Toilette gehen.

(Unruhe CDU)

Aber, es gibt Situationen im Leben, Herr Fiedler, da gibt es zwischen Menschen keine Unterschiede, und der Toilettenwagen stellt eine solche Situation – denke ich – dar. Aber ich will Ihnen auch deutlich sagen – Sie stellen sich hier seit vielen Jahren immer als der Verbündete der Thüringer Polizei hin –, seit acht Jahren wird dieser Toilettenwagen gefordert. Sie haben es nicht vermocht, den tatsächlich auch im Haushalt darzustellen.

(Abg. Dittes)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen auch ganz ehrlich, Schaufensterreden in Richtung Polizei helfen den Bediensteten der Thüringer Polizei nicht. Wichtig ist und richtig ist, was hinten rauskommt, und dafür haben wir gesorgt. Der Toilettenwagen wird angeschafft.

(Heiterkeit und Beifall DIE LINKE)

Das ist durchaus auch ein richtiges Signal, was wir für die Thüringer Polizei setzen wollen. Natürlich wollen wir auch mit den Bediensteten bei der Polizei über ihre Amtsausübung diskutieren. Wir wollen, dass sie angemessen und verhältnismäßig ist und wir wollen dort in den kritischen Dialog treten, wenn wir der Auffassung sind, dass da vielleicht – wie am 1. Mai in Saalfeld – Fehler geschehen sind. Aber umgekehrt dürfen die Bediensteten natürlich auch von der Landesregierung und vom Landtag erwarten dürfen, dass wir die Voraussetzungen auch für eine angemessene und verhältnismäßige Dienstausbübung schaffen, und das ist sicherlich ein Teil, der auch mit dazu beiträgt. Das ist ein sehr kleiner Teil, aber er trägt in jedem Fall auch dazu bei, eine gemeinsame Basis herzustellen.

Herr Fiedler, Sie haben an einigen Stellen auf Vorhaben der Landesregierung sehr kritisch hingewiesen. Ich sage Ihnen, auch fünf Jahre oder viereinhalb Jahre nach der Selbstenttarnung des neonazistischen Terrornetzwerks NSU ist es eigentlich nicht angebracht, sich in Thüringen hinzustellen und zu sagen: Wir sind es über, jeden Tag darüber zu reden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist richtig, wir müssen über das Reden auch zum Handeln kommen und die Konsequenzen ziehen. Das hat der NSU-Untersuchungsausschuss mit seinem Abschlussbericht getan. Aber wir müssen dann auch den nächsten Schritt gehen, wir müssen diese Konsequenzen, die wir gezogen haben, auch tatsächlich zur Anwendung bringen und umsetzen. Das tun wir eben auch damit, dass wir die polizeiliche Ausbildung evaluieren und dort nachsteuern, um die Erkenntnisse, die wir gerade aus dieser mehrjährigen Arbeit im Untersuchungsausschuss gezogen haben, tatsächlich dort auch mit einfließen zu lassen. Ich denke, das ist eine richtige Investition, eine gute Investition in die Zukunft. Wir ziehen Konsequenzen und reden nicht nur, sondern wir handeln.

Wir handeln auch an einer anderen Stelle, Herr Fiedler, und da geht es gar nicht um Misstrauen oder um eine De-facto-Abschaffung. Da sind wir auch kein Einzelfall als rot-rot-grüne Landesregierung. Sie haben es angesprochen: Wir stellen Gelder in diesen Landeshaushalt ein, um die Rechts-

widrigkeit oder Rechtförmlichkeit der Speicherung von personenbezogenen Daten zu überprüfen.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Da geht es schon mal los mit Ihrer Doppelzüngigkeit, gerade!)

Ja, natürlich. Ich habe beide Sachverhalte dargestellt. Wenn ich von Anfang an davon ausgehen würde, dass alles rechtswidrig ist, müsste ich nichts prüfen, ich müsste aber auch nichts prüfen, wenn nicht alle unterstellen würden, dass alle Speicherungen und auch dauerhafte Speicherung rechtskonform wären. Das Bundesland Niedersachsen hat eine solche Überprüfung vorgenommen und kommt zu dem Ergebnis, dass 30 Prozent der personenbezogenen Daten, die beim Landesamt dort gespeichert sind, entweder rechtswidrig erhoben oder noch rechtswidrig gespeichert sind, also rechtswidrig nicht gelöscht worden sind. Ich glaube, eine solche Überprüfung dient nicht nur dazu, tatsächlich rechtswidriges Handeln aufzudecken, wenn es denn vorhanden ist, es dient auch dazu, ein Stück weit nach außen darzustellen, dass wir es auch ernst meinen mit der Aufklärung um die Versäumnisse der Sicherheitsbehörden in Thüringen. Wenn sich am Ende bestätigen wird, Herr Fiedler, was Sie hier darstellen, dass es dort kein rechtswidriges Handeln gab, dann werde ich mich auch hier vorn hinstellen und werde das entsprechend darstellen und auch auf Grundlage der Untersuchungsergebnisse/Überprüfungsergebnisse prüfen. Wichtig ist nur, dass die Betroffenen jederzeit tatsächlich in der Lage sind, über ihre Daten dann informiert zu werden, wenn diese tatsächlich rechtswidrig erhoben und rechtswidrig andauernd gespeichert wurden.

(Beifall DIE LINKE)

Wir stellen natürlich auch nicht nur für diese Bereiche, die wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben, Geld in diesen Haushalt ein, sondern auch für andere Bereiche, weil wir glauben, dass damit natürlich auch Transparenz, Bürgernähe gestärkt werden kann. Gerade im Zusammenspiel mit den Polizeibediensteten, nämlich für die konzeptionelle Erarbeitung oder konzeptionelle Vorbereitung einer Polizeivertrauensstelle oder Polizeiombudsstelle, weil nicht nur Menschen die Möglichkeit haben sollen, jenseits des Verwaltungsgerichtsverfahrens, jenseits der Strafanzeige sich über polizeiliches Verhalten zu beschweren und das aufzuklären, sondern auch Polizeibedienstete die Möglichkeit haben müssen, sich möglicherweise über Abläufe zu beschweren, die zur Klärung beizubringen. Da ist dieser Polizeiapparat, wie wir ihn derzeit vorfinden – und wir kennen in allen Fraktionen die Vielzahl anonymer Schreiben von Polizeibeamten –, durchaus einer, wo es sich lohnt, auch darüber nachzudenken, wie mehr Vertrauen wieder in diese Arbeit, auch der Beamten untereinander, entwickelt

(Abg. Dittes)

werden kann. Wir glauben, das ist ein Weg dazu, aber eben in dem Fall auch nur ein Weg.

Verfassungsschutz will ich ganz kurz ansprechen. Sie haben jetzt mitbekommen, dass wir tatsächlich mehr machen, als nur V-Leute abzuschaffen. Das haben wir im Haushalt auch haushalterisch untersetzt. Ich denke, das ist ein richtiger Schritt, den wir da gehen. Wir werden natürlich auch darstellen, dass damit nicht der Verlust von Sicherheit verbunden ist, sondern ein Zugewinn an Demokratie und Transparenz, ohne dabei tatsächlich Sicherheit zu verlieren.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich würde gern noch einige Sachen zum Digitalfunk sagen. Sie haben da einen Antrag eingebracht. Da sage ich nur: Wie konzeptionslos ist tatsächlich in diesem Bereich Ihr Vorgehen? Erst versuchen Sie, uns weiszumachen, dass Sie da konzeptionell die letzten Jahre etwas getan haben, aber nichts ist passiert. Dann fordern Sie die Landesregierung auf, innerhalb von sechs Monaten das zu machen, was Sie fünf Jahre nicht gemacht haben. Dann sagen Sie im Innenausschuss, es ist gut, dass das Innenministerium an einem Konzept zur Umsetzung arbeitet, und jetzt bringen Sie einen Haushaltsantrag ein, wo das schon untersetzt ist. Was wollen Sie denn eigentlich? Wenn Sie den Innenminister und die Landesregierung in diesem wichtigen Bereich unterstützen wollen, dann begleiten Sie diesen Prozess kritisch,

(Beifall SPD)

aber beenden Sie endlich Ihr konzeptionsloses Agieren in diesem Bereich. Dafür möchte ich Sie einladen, sich hier weiter zu beteiligen. An dieser Stelle herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat Abgeordneter Höhn das Wort.

Abgeordneter Höhn, SPD:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte vorausschicken, dass ich an dieser Stelle für meine Fraktion im Rahmen des Einzelplans 03 für den kommunalen Teil ein paar Ausführungen mache. Ich könnte es mir natürlich auch in dem Falle einfach gestalten, nachdem wir die Debatte zur Generalsausprache gehört haben und nun fast jeder Redner explizit auch zu den kommunalen Belangen bzw. kommunalen Angelegenheiten hier gesprochen hat, getreu meinem Lieblingsphilosophen Karl Valentin, der gesagt hat: „Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht von allen.“ Aber es gibt schon vor allen Dingen nach der

Rede vom wirklich von mir geschätzten Kollegen Fiedler noch einiges zu sagen.

Ich will beginnen beim – und das gehört, glaube ich, auch mit zur Debatte des Haushalts 2015 dazu – kommunalen Hilfspaket, das Herr Fiedler in epischer Breite noch einmal hier dargelegt hat. Ich kann Ihnen und auch Ihren Kolleginnen und Kollegen nur sagen: 135,5 Millionen sind 135,5 Millionen und bleiben 135,5 Millionen. Das ist nämlich exakt die Summe, die die Koalition den Kommunen zusätzlich zur Verfügung stellt und davon

(Beifall DIE LINKE)

– um im Jargon des Gemeinde- und Städtebunds bzw. des Landkreistags zu bleiben – sind exakt 102,5 „neues, frisches“ Geld, obwohl ich die Gelddruckmaschine im Bereich des Innenministeriums da nicht gefunden habe, aber genau darum handelt es sich. Es ist heute schon ausgeführt worden: Die 33 Millionen Euro aus der Abfinanzierung alter Hilfspakte sind tatsächlich nicht untersetzt gewesen, Herr Kollege, das sollten Sie wissen. Es ist eine ganze Menge zu einigen Dingen hier gesagt worden, die man so nicht stehen lassen kann. Der Kollege Kowalleck hat sich heute Vormittag hier zum Thema „Mehrbelastungsausgleich“ ausgelassen. Ich muss sagen, als Haushalts- und Finanzsprecher hätte ich schon ein bisschen mehr Fach- und Sachkenntnis erwartet. Wenn sich die Koalition und der Innenminister an die Regelungen, die im Finanzausgleichsgesetz für das Jahr 2015 nun einmal zu gelten haben, halten, dann kann man Ihnen das mitnichten vorwerfen. Ich hoffe, wir sind in der Einschätzung einig, meine lieben Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion, dass es sich bei Kostensteigerungen weder um eine Aufgaben- noch um eine Leistungsumfangssteigerung handelt und somit eine Evaluierung aus diesem Zwecke nach dem Gesetz obsolet ist. Alle anderen Anpassungen nach dem Verbraucherindex werden bzw. sind vorgenommen worden. Das ist das Gesetz, daran halten wir uns, um das hier noch einmal ganz klar festzuhalten.

Dann haben Sie ein paar Anträge eingebracht, das ist ja ein ganz tolles Prinzip, das Sie da an den Tag legen. Das ist das Eskimoprinzip. Ich weiß nicht, wer das kennt. Wenn man versucht, einem Eskimo einen Kühlschranks zu verkaufen, dann hat man vielleicht einen Umsatz generiert und vielleicht auch ein bisschen Stromverbrauch, aber die Wirkung, jedenfalls für den Eskimo, bleibt im bescheidenen Umfang. Sie kürzen bei den Kommunen, um dann anschließend den Kommunen zu verkaufen, dass Sie wieder etwas drauflegen. Sie kürzen beim Winterdienst, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was die Seriosität solcher Anträge betrifft – ich muss sagen, Sie sind ganz schön schnell im Oppositionsmodus angekommen. Mit der Methode, das kann ich Ihnen voraussagen, wird der Wartestand ein Dauerzu-

(Abg. Höhn)

stand. Das, glaube ich, sollten Sie sich mal zu Herzen nehmen. Sie hätten ja auch hergehen und sagen können, jawohl Koalition, das macht ihr gut,

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das ist falsche Fragestellung!)

indem ihr den Feuerwehren für eine Mitgliederkampagne Geld zur Verfügung stellt, damit sie nämlich nicht wie die Feuerwehrleute in der Stadt Lauscha ihren Bürgern kleine rote Eimer als Soforthilfe bei Bränden zur Verfügung stellen müssen. Das hätte man an der Stelle auch tun können. Ihre Ausführungen zum Thema „Digitalfunk“ betreffend, also mit Verlaub, das haben wir schon in der letzten Debatte im letzten Plenum gehabt, das zu kritisieren, ist schon ein starkes Stück. Wenn jetzt die Koalition mit einem Änderungsantrag noch mal 1,2 Millionen Euro drauflegt, glauben Sie, wir wissen nicht, dass das der berühmte Tropfen auf den heißen Stein ist? Aber es ist immerhin mehr, als Ihr verehrter Herr Innenminister in der letzten Legislatur auf dem Gebiet für den nicht polizeilichen Brand- und Katastrophenschutz getan hat. Auch das soll nicht unerwähnt bleiben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Gipfel, lieber Kollege, sind die Ausführungen zu den Kita-Kosten. Sie kennen sich ja in vielen Belangen aus, was den Innenbereich betrifft, Herr Kollege Fiedler, aber Ihre Märchenstunde im Bereich Kita-Kosten, da haben Sie nun mal wirklich keine Ahnung.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Sie haben keine Ahnung!)

Mir müssen Sie nicht erklären, wie die Kita-Finanzierung im Freistaat Thüringen seit 25 Jahren funktioniert. Von Anfang an war es ein Drei-Säulen-Modell – drei Säulen, die Kommune, die Eltern und das Land, wobei die Finanzierung durch das Land wiederum auf zwei Beinen steht, nämlich den direkten Zuweisungen nach dem Kindertagesstättengesetz und den finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen. Wissen Sie eigentlich, warum das so ist, Herr Kollege Kommunalsprecher? Warum ist das so? Weil nämlich die Kinderbetreuung zu den Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der Kommunen gehört. Deshalb ist das in der Schlüsselmasse mit drin. Wer möchte, das sage ich im Übrigen nicht nur in Ihre Richtung, dass diese Finanzierung, diese Säulen umgestellt werden, der muss sich auch darüber im Klaren sein, dass dann die kommunale Pflichtaufgabe Kinderbetreuung aus diesem Katalog der Kommunen gestrichen werden müsste. Dann steht dort nicht mehr „Kita Spatzenest, Stadt XY“, sondern „Staatlicher Kindergarten“.

(Unruhe CDU)

Wenn man das will, kann man darüber politisch diskutieren, das ist nicht die Frage. Aber dieser Kon-

sequenz muss man sich bewusst sein. Uns vorzuwerfen, dass Sie in der letzten Legislatur Veränderungen an diesem Prinzip haben wollten und das Augenmerk auf den ehemaligen Minister Matschie gelenkt haben, das ist ja wohl der Gipfel, Herr Kollege, das ist ja wohl der Gipfel.

(Unruhe CDU)

Wir als SPD-Fraktion haben in der letzten Legislaturperiode mehrfach den Versuch unternommen, das Verhältnis zwischen direkter Zuweisung und Schlüsselzuweisung zugunsten der direkten zu verändern. Da wurde Ihrerseits sogar die Verfassungsmäßigkeit als Begründung zur Ablehnung mit herangezogen, Herr Kollege.

(Beifall SPD)

Sie müssen sich darüber im Klaren sein, in dem Moment, in dem Sie Gelder aus der Schlüsselmasse entziehen – das würden Sie mit einer solchen Verschiebung tun –, trifft das genau die, die es am nötigsten haben, nämlich die finanzschwachen Kommunen. Aber diese Konsequenzen oder diese Folgen aus diesen Aussagen, die Sie hier gemacht haben, die sind Ihnen offenkundig wohl nicht klar. Deshalb war mir das ein regelrechtes Bedürfnis, hier Ihre Märchenstunde noch einmal mit dem Blick auf die Realität zu vergleichen. Ihre Ausführungen halten der Realität tatsächlich nicht stand.

Ich will es an der Stelle bei den Ausführungen zu dem Bereich, was das Kommunale betrifft, bewenden lassen. Wie gesagt, die Generalaussprache hat sich doch schon in erheblichem Maße mit diesen Themen auseinandergesetzt. In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat sich Abgeordneter Henke zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Henke, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, werte Gäste, ich bedanke mich erst einmal bei allen, die im Innen- und Kommunalausschuss konstruktiv zusammengearbeitet haben. Als Partei mit liberal-konservativem Profil stehen wir im Bereich der inneren Sicherheit und der kommunalen Belange für einen starken Staat,

(Heiterkeit DIE LINKE)

der die Sicherheit – eines der zentralen Grundbedürfnisse und Grundrechte eines jeden Bürgers – im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung gewährleistet, die Bürger schützt und den Kommunen im Sinne der Subsidiarität die Mittel gibt, die sie zur Ausübung ihres Rechts auf Selbstverwaltung benötigen.

(Abg. Henke)

(Beifall AfD)

Daher gewährleisten wir mit unserem Änderungsantrag die Sicherheit und den Schutz der Bürger im Freistaat Thüringen. Wir treten dafür ein, die Rettungsdienste, insbesondere die Feuerwehren, mit den dringend benötigten Endgeräten für den Digitalfunk auszustatten. Die Mehrausgaben in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro decken wir mit Einsparungen bei Ihrem ideologischen Lieblingsspielzeug, der Asyl- und Zuwanderungspolitik. Kollege Möller wird Ihnen die Sache in aller Ausführlichkeit erläutern.

Demgegenüber kürzt die Landesregierung im vorliegenden Haushaltsentwurf sogar beim Erwerb von Geräten, Ausstattung und Ausrüstungsgegenständen, sonstigen Gebrauchsgegenständen für den digitalen BOS-Funk gegenüber dem Ist-Ansatz 2013. Die für 2015 angesetzten Haushaltsmittel sind um mehr als 1,18 Millionen Euro geringer als die Ist-Ausgaben 2013. Nun wurden die Koalitionsfraktionen durch unseren Änderungsantrag und die schlechte Presse wach und wollen mehr Geld für die Anschaffung im Bereich des Digitalfunks bei der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr sowie in Bezug auf personenbezogene Ausrüstungsgegenstände. Das ist gut, kommt den größtenteils freiwilligen Feuerwehren entgegen und hilft den Kommunen, die für die Gefahrenabwehr zuständig sind. Aber mit Rot-Rot-Grün ist das wie mit einer schlecht funktionierenden Ampel: Ehe man sich versieht, stehen alle Zeichen auf Rot.

(Beifall AfD)

So wollen die Koalitionsfraktionen die Mehrausgaben für den Digitalfunk bei den Rettungsdiensten unter anderem durch Kürzungen beim Amt für Verfassungsschutz finanzieren. Sie spielen damit Sicherheit gegen Sicherheit aus: den Kampf gegen extremistische Brandherde gegen den Kampf gegen Feuer.

Ihre Einsparvorschläge beim Amt für Verfassungsschutz gefährden dabei nicht nur die Sicherheit Thüringer Bürger, sondern sind so überflüssig wie ein Kropf. So wollen Sie 100.000 Euro für die Überprüfung sämtlicher personenbezogener Daten beim Amt für Verfassungsschutz ausgeben. Nur, die rechtliche Zulässigkeit der Erhebung, Speicherung und Löschung der beim Amt gespeicherten Personendaten wird bereits von der G 10-Kommission überwacht, die genau dafür zuständig ist. Oder nehmen Sie etwa Ihre parlamentarischen Aufgaben nicht mehr wahr, meine Damen und Herren Koalitionäre? Neben dem Amt für Verfassungsschutz, das besonders einer Fraktion ein Dorn im Auge sein muss, von der sieben Gruppierungen aufgrund von linksextremistischen Bestrebungen vom Verfassungsschutz beobachtet werden und ehemalige Stasi-Leute im Hohen Haus sitzen, prügeln Sie mit

Ihren Änderungsanträgen vor allem auf die Polizei ein.

(Beifall AfD)

Auch das ist logisch. Sie bedienen die Interessen ihrer Klientel, die halt auch bei den oftmals gewaltbereiten Demonstranten zu finden ist. So kriminalisieren Sie die Arbeit der Thüringer Polizei, indem sie 25.000 Euro für die Erarbeitung eines Konzepts bereitstellen – Sie geben beim Gesamtvolumen von 100 Seiten 250 Euro pro Seite aus –, das die Einrichtung einer Polizeivertrauensstelle analysiert. So einen Ombudsmann braucht weder die Polizei noch die von der vermeintlichen Polizeigewalt Betroffenen. Die Polizei hat bereits eine Organisationseinheit „Interne Ermittlungen“, die seit 2008 bei Verdachtslagen und Strafanzeigen gegen Polizisten ermittelt, die im Zusammenhang mit ihrer Dienstausbildung stehen.

(Beifall AfD)

(Unruhe DIE LINKE)

Das hat übrigens der Abgeordnete Adams 2011 herausgefunden, was in seiner Antwort auf die Kleine Anfrage – Drucksache 5/3431 – nachzulesen ist. Es scheint, Sie haben ein neues Motto gefunden, das die bisherige Arbeit dieser Koalition sehr gut charakterisiert: Mehr Bürokratie wagen!

(Beifall AfD)

Dazu gehört auch eine ausgebrochene Evaluierung, die Sie geradezu exemplarisch mit Ihrem Vorschlag vorführen, 50.000 Euro für die Evaluation von Aus- und Fortbildungsinhalten zum Themengebiet „Neonazismus“ bei den Polizeibildungseinrichtungen ausgeben zu wollen. Nun ist das Themengebiet sicherlich wichtig, aber sind 50.000 Euro für so eine Evaluation wirklich notwendig? Wäre so eine Evaluation nicht einfach durch interne Kapazitäten bei der Polizeibildungseinrichtung zu decken, ohne finanziellen Mehraufwand? Und hat Rot-Rot-Grün bei der Polizei eigentlich nichts Besseres zu tun? Wann werden zum Beispiel die Führungsstellen bei der Polizeibildungseinrichtung wie bei der Thüringer Polizei überhaupt besetzt? Vielleicht sollten Sie sich darum einmal kümmern, anstatt Ihre ideologischen Schaukämpfe mit dem zahlenden Bürger als bemitleidenswertem Zuschauer austragen zu wollen.

Bemitleidenswert sind auch die Thüringer Kommunen, die unter Ihrer Regierung statt einer nachhaltigen, verbesserten Finanzlage – ein Versprechen aus Ihrem Koalitionsvertrag – nur nachhaltig leere Kommunalkassen vorfinden. Die Landkreise und kreisfreien Städte erledigen nach Information des Landkreistags etwa 80 verschiedene Aufgaben im Auftrag des Landes. Das allein bindet 25 bis 30 Prozent ihres Personals. Sie geben beim kommunalen Finanzausgleich nicht einmal die mindes-

(Abg. Henke)

tens benötigten 2 Milliarden Euro an die notleidenden Gemeinden, Landkreise und kreisfreien Städte – so wie die Umsetzung von zentralen Wahlkampfversprechen nach rot-rot-grüner Lesart aussieht.

Auch auf die von der Landesregierung angekündigte Reform des KFA darf man also gespannt sein. Fest steht jedenfalls, der geltende KFA ist nicht zukunftsfähig. Entweder wird über eine Neufassung des KFA die Einnahmesituation der Kommunen verbessert, indem zum Beispiel der Mehrbelastungsausgleich nicht mehr auf der Basis der zurückgehenden Einwohnerzahlen der kommunalen Gebietskörperschaften erfolgt, oder die Ausgaben der Kommunen werden vermindert, indem die Landesregierung dem Parlament und den kommunalen Spitzenverbänden eine Liste von durch Landesgesetzgebung eingeführten Aufgaben und Aufgabenstandards vorlegt, die gestrichen bzw. abgesenkt werden können. Hier steht die Landesregierung in der Pflicht, einen Katalog an notwendigen Aufgaben und Standards vorzulegen, Prioritäten zu setzen und die Kommunen durch die Minimierung von überflüssigen Standards zu entlasten. Aber Entbürokratisierung ist für Sie ja genauso ein Fremdwort wie Subsidiarität.

Liebe rot-rot-grüne Koalitionäre, ich darf Sie an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, solidus heißt im Lateinischen: gediegen, fest, wesentlich, dauerhaft und unerschütterlich.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das haben Sie aber schön abgelesen!)

Dieser Haushalt ist nichts von alledem und folglich ist er auch kein solider Haushalt. Ich muss mich hier noch einmal wiederholen, Herr Innenminister Poppenhäger: Mit diesem Haushalt gibt man Ihnen eine schwere Hypothek mit. Ich bin gespannt, wie Sie diesen gordischen Knoten lösen wollen. Vielen Dank.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Keinesfalls mithilfe der AfD!)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich Abgeordneter Adams zu Wort gemeldet.

Abgeordneter Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste hier im Thüringer Landtag, nachdem wir heute Vormittag die Generaldebatte geführt haben, sind wir jetzt ganz dicht an den Einzelplänen dran und da darf es durchaus auch ein bisschen inhaltlich werden. Die große

Idee, das große Ziel von Rot-Rot-Grün gerade im innenpolitischen Bereich ist gewesen, verkrustete oder sich blockierende Situationen aufzubrechen, neue Wege zu gehen, Zeichen in die Zukunft zu setzen und Thüringen weiterzuentwickeln. So haben wir das bei der Polizei auch schon hier in diesem Übergangshaushalt auf den Weg gebracht.

Wenn Herr Henke hier eben die Beschwerdestelle als etwas vollkommen Überflüssiges charakterisiert hat, dann liegt das bestimmt daran, dass Sie die letzten Jahre nicht hier im Thüringer Landtag waren. Wir haben so viele Debatten darum geführt, wo sich einmal Bürger über die Polizei beschwerten, aber auch Polizisten keine Chance hatten, sich mit etwas, was ihnen in der Polizei nicht nur nicht gefallen hat, sondern was sie als Missstand erkannt haben, wohin wenden zu können. Es war dann immer die Situation, dass wir als Abgeordnete irgendwie Briefe bekommen haben, manchmal anonym, dann hatte man einen Tipp und dann konnte man daraufhin eine Frage stellen. Ziel war, das aufzubrechen, zu sagen, natürlich hat jede Polizistin, jeder Polizist, wenn ihr oder ihm etwas auffällt, was nicht in Ordnung ist, die Chance, das irgendwo anzubringen. Das hat doch noch lange nichts – ich will hoffen, dass das in den seltensten Fällen etwas mit irgendwelchen Situationen zu tun hat – mit internen Ermittlungen zu tun. In der internen Ermittlung geht es um Straftatbestände. Hier geht es um Missstände, die wir abbauen wollen, wo wir unsere Thüringer Polizei voranbringen wollen, wo wir eine neue Führungskultur wollen, die auch bereit ist – nicht in der Situation des Einsatzes, aber in der Situation der Einsatzplanung und in der Situation der Einsatzbewertung –, sich in die Diskussion zu begeben und zu sagen, das war in Ordnung, das war nicht in Ordnung. Warum hat das denn nicht geklappt in Saalfeld?

(Beifall DIE LINKE)

Warum hat das denn nicht geklappt? Darüber muss man doch reden. Da kann man doch nicht sagen, solange die interne Ermittlung nicht kommen muss, ist alles in Ordnung gewesen.

Sehr geehrter Herr Kollege Fiedler, da bin ich ganz bei Ihnen, wenn Sie einfordern, dass wir unserer Polizei zugewandt, positiv zugewandt sein müssen und wir ihr die Chance zur Weiterentwicklung geben wollen. Bündnis 90/Die Grünen und Rot-Rot-Grün wollen das auf jeden Fall hier in Thüringen machen. Deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich sehr froh, dass der Innenminister angekündigt hat, auch die Personalentwicklung zu evaluieren, sich anzuschauen, wie wir das machen, bis dahin den Stellenabbau auszusetzen und 200 Stellen in die Stellenhebung zu bringen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist ein konstruktiver Vorschlag. Das können wir, wenn wir es

(Abg. Adams)

in diesem Jahr auf den Weg bringen, auch in Zukunft weiter finanzieren.

Damit bin ich jetzt bei einem der CDU-Änderungsanträge, die wir vor wenigen Minuten erhalten haben. Wenn ich das richtig durchgezählt habe, wollen Sie fast 500 Stellenhebungen durchführen.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ja!)

Auf der Rückseite – hoffentlich lesen bis dahin alle, auch die Presse –, im letzten Absatz sagen Sie, ich zitiere mal den Anfang: „Die Maßnahme führt im Jahr 2015“ – zwei Sätze weiter werden Sie darlegen, dass das auch für 2016 und 2017 gilt – „zu keiner Steigerung der Personalkostenausgaben, da eine endgültige Einweisung in die neuen Planstellen und die Entlohnung aus dem höheren Amt erst nach erfolgreicher mehrjähriger Aufstiegsausbildung erfolgen.“ Das kommt dann hinterher. Hier hilft gar nichts, was Sie machen. Im Jahr 2018 gehen uns dann die Stellenkosten durch die Decke. Das ist keine seriöse Haushaltspolitik. Seriös ist das, was hier der Innenminister vorgelegt hat. Vielen Dank dafür. Und Sie haben dazu auch die Fraktionen der Koalition an Ihrer Seite.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weiterhin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist auch angesprochen worden: Es ist doch allen vollkommen klar gewesen, dass Rot-Rot-Grün beim Verfassungsschutz so nicht weitermacht wie bisher,

(Beifall SPD)

dass wir das nicht wollen und dass wir das auch nicht können. Dafür sind wir auch gewählt worden.

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Mit 5,6 Prozent!)

Lieber Herr Mohring, Sie versuchen, den Menschen in Thüringen Angst zu machen, Sie operieren ja fast nur noch mit Angst, und zwar mit irrationaler Angst. Es ist nicht so, dass durch das Einsparen von 300.000 Euro eine Sicherheitslücke entsteht. Sondern es ist so, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir sogar in ein wichtiges Projekt der Rechtsstaatlichkeit in diesem Bereich noch einmal extra 100.000 Euro investieren. Wir wollen nämlich überprüfen und klarstellen, dass die gespeicherten Daten im Amt für Verfassungsschutz auch wirklich rechtmäßig dort gespeichert sind. Und da staune ich, da staune ich wirklich, dass die CDU bisher noch nicht auf diese Idee gekommen war, dass man dazu die Kraft nicht gehabt hat und dass man auch nicht den Willen hatte, so intensiv da reinzugucken. Wir machen das, meine sehr verehrten Damen und Herren, genug Geheimdienstskandale in den letzten Jahren zeigen uns, dass Rot-Rot-Grün hier neue Wege gehen muss. Wir sind

bereit, diese Wege auch zu gehen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das so eingesparte Geld werden wir in der nicht polizeilichen Gefahrenabwehr, also zum Hauptteil natürlich in der Feuerwehr, einsetzen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Hinzu kommt die Finanzierung oder Unterstützung einer Mitgliederwerbekampagne – etwas, worum die Feuerwehren dringend gebeten haben. Die Feuerwehren brauchen hier dringend Nachwuchs. Wir wollen die freiwilligen Feuerwehren unterstützen. Das ist auch ein Ausdruck von Rot-Rot-Grün, dass wir die Arbeit, die dort in den freiwilligen Feuerwehren geleistet wird, mit einer sehr hohen Anerkennung sehen und sie unterstützen wollen. Die Aufstockung bei der Hundestaffel will ich gar nicht noch extra anführen. Hauptsächlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden wir in diesem Bereich 1,2 Millionen Euro mehr eingeben.

Abschließend will ich noch ganz kurz zum BOS-Funk kommen, zum Digitalfunk. Es ist alles schon gesagt worden, die ehemalige CDU-Regierung und der CDU-Innenminister haben dieses Thema wirklich liegen lassen. Wir hinken in Thüringen unglaublich hinterher. Und es ist ein wirklich engagiert geführter Kampf mit der Zeit, den Rot-Rot-Grün hier aufgenommen hat und deshalb auch vollkommen folgerichtig aus den Reihen des Parlaments, hat es noch einmal eine Aufstockung in diesem Bereich gegeben. Wir machen ernst mit dem Ausbau des Digitalfunks, wir machen ernst mit der Nachrüstung, insbesondere entlang der Tunnelkette, um hier gute Arbeitsmöglichkeiten, sichere Arbeitsmöglichkeiten für die Rettungskräfte, gute Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Rettungskräften und Polizei zu ermöglichen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vielen Dank. Dass die CDU einen Änderungsantrag stellt, wo Sie, glaube ich, die ganze Sache dann auf 24 Millionen Euro hochdrehen, vollkommen bar realistischer Vorstellungen, wie Sie das finanzieren wollen, vollkommen weg von den historischen Betrachtungen, was Sie denn bisher bereit waren zu tun, als Sie die Verantwortung hatten, als Sie die Chance hatten, das zu tun, dort zu investieren, zeigt, wie, ja, man darf das sagen, nicht solide, um nicht „unseriös“ sagen zu müssen, hier die Vorschläge der CDU sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stellen fest, dieser Einzelplan 03 zeigt in eine richtige Richtung, wir haben viele Probleme geerbt, die wir gemeinsam angehen werden. Und das werden wir nicht nur im Haushalt 2015 tun, sondern wir werden das auch im dann bald zu beratenden Doppelhaushalt 2016/2017 tun und damit Thüringen auf eine gute Schiene setzen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Adams. Als Nächste hat das Wort Frau Abgeordnete Marx für die SPD-Fraktion.

Abgeordnete Marx, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt hatte ich einige Zeit, hier nicht nur die Reden der Vorgängerinnen und Vorgänger gründlich anzuhören, sondern auch noch einmal den einen oder anderen Antrag, der uns jetzt hier erst im Lauf dieser Debatte erreicht hat. Drei Punkte möchte ich noch einmal ansprechen. Es war klar, dass natürlich die neue Opposition in Gestalt von Wolfgang Fiedler daherkommt und sagt, dass jetzt mit Rot-Rot-Grün natürlich die Sicherheit total gefährdet ist und den Bach heruntergeht.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Na, das ist so!)

Ach, vergiss es. Als Erstes kommt natürlich der Verfassungsschutz dran. Der Kollege Adams hat eben zu Recht gesagt: Sie werden doch nicht geglaubt haben, dass die rot-rot-grüne Koalition, nachdem, was wir über den Verfassungsschutz herausfinden mussten und erfahren haben, alles so lässt wie es ist. Aber es ist eigentlich nicht nur die rot-rot-grüne Koalition gewesen. Es war auch ein einstimmiger Beschluss im Abschlussbericht des NSU-Untersuchungsausschusses, die Empfehlung abzugeben, dass man in diesem Amt wirklich vieles umstrukturieren muss, dass man das V-Mann-Wesen überdenken muss und dass es nicht mehr passieren darf, dass aus Geldern des Verfassungsschutzes rechtsextreme Strukturen angefütert werden. Deswegen haben wir nicht nur V-Leute abgeschaltet in dem Bereich, wo es nicht darum geht, Terrorismus abzuwehren, sondern das damit verbundene Spielgeld – es ist ja keine Kaffeekasse, das ist eine offizielle Kasse –, wenn Herr Tino Brandt, wenn er sich getroffen hat, zweimal in der Woche, einmal die Woche, zweimal im Monat, je nachdem, dann immer sein Bargeld in die Hand bekommen hat, um hinterher den THS mit anzufüttern, dann brauchen wir natürlich solche Kostenpositionen auch nicht mehr. Die Geheimhaltung des Verfassungsschutzhaushalts im Einzelnen verbietet es uns, Ihnen im Einzelnen darzulegen, welche Positionen wir jetzt hier erst mal eingekürzt haben, bis der Verfassungsschutz zu dem umgebaut worden ist, was er wirklich sein soll, nämlich Verfassungsschutz. Zu diesem Amt und zu dieser Behörde stehen wir durchaus und die Arbeit soll verbessert, konzentriert werden auf die eigentlich wichtigen Bereiche und nicht mehr dazu dienen, Strukturen anzufüttern, die man eigentlich bekämpfen sollte. Das ist auch eine Konsequenz aus dieser traurigen Erkenntnis.

Zum Zweiten haben Sie die Polizeivertrauensstelle angegriffen und haben gesagt, hier würden Vorur-

teile gegen die Polizei geweckt, indem man so täte, als ob Übergriffe auf Bürger ein Massenphänomen seien und die Bürger sich ständig über die Polizei beschweren müssten. Sie haben den Kern der Sache nicht erkannt. Es geht um eine Vertrauensstelle, bei der sich nicht nur Bürgerinnen und Bürger über Polizeieinsätze beschweren können sollen, die ihrer Meinung nicht optimal oder nicht richtig gelaufen sind. Es geht vor allen Dingen oder auch um eine Stelle, an die sich Polizisten selbst wenden können. Dass das dringend erforderlich ist, das haben wir auch in den letzten Jahren sehr deutlich erfahren. Wie oft haben wir es gesehen und gehört, dass sich Leute nicht getraut haben, die Strukturen innerhalb der Polizei kritisch zu beleuchten, wenn dort Unregelmäßigkeiten oder Mängel vorgekommen sind. Wie oft ist es denn gewesen, dass jemand, der einen Missstand gegeißelt hat, statt dass diesem Missstand nachgegangen worden ist, erst mal mit einem Disziplinarverfahren überzogen worden ist. Auch dazu dient diese Polizeivertrauensstelle den Polizistinnen und Polizisten, den Kolleginnen und Kollegen wirklich, die vor Ort für uns hier alles hinhalten, dass denen eben auch eine Stelle gegeben wird, an die sie sich vertrauensvoll wenden können, denn das ist leider erforderlich.

(Zwischenruf Abg. Kräuter, DIE LINKE: Immer!)

Schön ist es nicht, aber die Erfahrung hat uns das gelehrt. Ich meine, selbst Sie haben doch neulich wieder in einem Fachausschuss ein anonymes Schreiben eines Polizisten vorgelegt und haben uns gesagt, er habe sich nicht getraut, sich mit offener Namensnennung in seiner Behörde zu melden.

(Unruhe CDU)

Jetzt als Letztes noch mal zu den Polizeistellen. Sie versuchen hier ein Hase-und-Igel-Spiel, nachdem Sie hier jahrzehntelang nichts gemacht haben. Das ist wirklich krass, anders kann man es nicht sagen. Ihr Antrag, den der Kollege Adams schon zitiert hat, der gar nicht wirksam wird, wo Sie insgesamt 500 Stellen heben wollen, jetzt plötzlich, um sich offensichtlich als Helden darzustellen, was sich aber überhaupt nicht auswirken soll, sondern irgendwann mal später im Haushalt wirksam werden soll!

(Heiterkeit DIE LINKE)

Ich lese die Begründung noch mal von Anfang an vor, denn die lohnt sich auch. Da steht: „Die Thüringer Polizei hat einen der ungünstigsten Stellenkessel, insbesondere die mengenmäßige Zuordnung zu den Laufbahnen des gehobenen und des mittleren Polizeivollzugsdienstes betreffend, bundesweit.“ Ja, und warum? Haben wir das in einem halben Jahr als SPD, als Linke, als Grüne hinbekommen?

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Abg. Marx)

„Zur langfristigen Sicherstellung der Einsatzfähigkeit und Einsatzbereitschaft der Thüringer Polizei ist es daher dringend erforderlich“ – erst jetzt? –, durch eine Verschiebung eben dann die Voraussetzungen für Beförderung zu schaffen. Dann geht es noch weiter: „Mit der Verbesserung des Stellenkennzeichens soll dem Leistungsgedanken Rechnung getragen werden“. Bisher nicht?

Präsident Carius:

Frau Marx, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Marx, SPD:

Und dann dient die Maßnahme der „Stärkung der Motivation“. Also wir motivieren jetzt unsere Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, indem wir 200 Stellen anheben und dafür auch die Voraussetzungen geschaffen haben. Und dann sollen Sie noch, dass wir den Stellenabbau aussetzen. Das ist doch mehr als scheinheilig.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Das Wort hat nun Abgeordneter Kalich für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Kalich, DIE LINKE:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, heute liegt uns der Landeshaushalt und mit diesem der Kommunale Finanzausgleich in Kapitel 17 20 für das Haushaltsjahr 2015 vor. Als wir in die Diskussion und die folgende erste Lesung eingestiegen sind, bemängelte die größte Oppositionspartei den späten Zeitpunkt. Später war es die Schnelligkeit, die auf Kritik gestoßen ist. Traditionell ist dabei der Kommunale Finanzausgleich ein stark diskutierter Abschnitt. Die Diskussion setzt bei grundsätzlichen Fragen wie dem Partnerschaftsgrundsatz ein. Nicht die Sache an sich wird dabei infrage gestellt, sondern die Höhe, die dabei angesetzt wird.

Im Jahre 2015 stehen dafür 1,853 Millionen Euro zu Buche. Die Berechnungsgrundlage, die eine gleichmäßige Entwicklung der Einnahmen von Land und Kommunen vorsieht, wird auf dem Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2014 getätigt. Schon dies führte auch in der Vergangenheit zu vielfältigen Diskussionen und gehört erneut in die Prüfung. Dies kann aber nur mit einer völligen Neuausrichtung des KFA geschehen. Für uns war es beim Einstieg in die Erarbeitung und Diskussion klar, dass dies in diesem Jahr nur ein Übergangs-KFA werden wird.

Festzustellen ist, dass die Finanzausgleichsmasse als größte Einzelposition gegenüber 2014 um 14,23 Millionen Euro steigt. Die interne Verteilung der Finanzausgleichsmasse richtet sich ebenfalls

nach den Regelungen des Thüringer Finanzausgleichsgesetzes. Auf dessen Grundlage steigt die Gesamtschlüsselmasse gegenüber 2014 um 12 Millionen Euro. Der Anteil für Gemeindeaufgaben beträgt 542,8 Millionen Euro und jener für die Kreisaufgaben 751,5 Millionen Euro. Die kreisfreien Städte erhalten aus beiden Schlüsselmassen eine Zuweisung. Insgesamt finden wir 310,8 Millionen Euro im Sonderlastenausgleich, dabei für die Position Kindertagesbetreuung 210,3 Millionen Euro und im Bereich Schule und Schülerbeförderung 100,6 Millionen Euro.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, auch die neue Landesregierung hat in vielfältiger Weise mit den Altlasten der letzten Regierung zu kämpfen. Durch die Verhinderung der Bildung von leistungsfähigen Strukturen auf der kommunalen Ebene ist man auch jetzt gezwungen, 16,8 Millionen Euro im Landesausgleichsstock sowie 48 Millionen Euro aus dem aufgestockten Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz zur Verfügung zu stellen. Weitere 10 Millionen Euro Garantiefondsmittel stehen bereit, um zu helfen. Der Rückgang der Garantiefondsmittel gegenüber 2014 ist der positiven Entwicklung der kommunalen Steuern geschuldet. Insgesamt stehen in dem Hilfspaket 102 Millionen Euro zur Verfügung.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, in einer Vielzahl von Gesprächen, schriftlichen und mündlichen Anhörungen der kommunalen Spitzenverbände ist es zu einem regen Gedankenaustausch gekommen. Das von den Regierungsparteien eingebrachte Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz wurde nach oben verändert. Wir hören nicht nur zu, sondern stellen auch nach sachlicher Diskussion Veränderungen dar. Wer sich aber der Hilfe für die Kommunen verweigert, obwohl er ursächlich für die Missstände mitverantwortlich ist und dies mit seinen Gegenstimmen im Hohen Haus dokumentiert, sollte sich in den folgenden Diskussionen an Sacharbeit orientieren. Wir wissen, dass wir mit dem Kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2015 keine ursächlichen Probleme der Thüringer Kommunen lösen. Wir steuern aber bereits jetzt im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Freistaat auf eine auskömmliche Finanzierung in leistungsstarken Kommunen in den kommenden Jahren um.

Ich lade die kommunalen Spitzenverbände und alle kommunalen Mandatsträger sowie auch die Opposition im Interesse der Bürgerinnen und Bürger zu diesem spannenden Prozess ein und hoffe, dass es uns gelingt, im neuen Kommunalen Finanzausgleich im Doppelhaushalt unsere Kommunen endlich mal so zu finanzieren, wie es notwendig ist und es die alte Landesregierung in ihrer gesamten Legislaturperiode nie geschafft hat. Danke.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Carius:

Bevor ich jetzt dem Innenminister das Wort gebe, darf ich Sie darüber informieren, dass die Änderungsanträge zum Haushalt 2015 und zum Haushaltsgesetz 2015 sowie zwei weitere Entschließungsanträge zum Haushaltsgesetz 2015 in die Abgeordnetenfächer der Poststelle verteilt wurden. Den Parlamentarischen Geschäftsführern der Fraktionen und den haushaltspolitischen Sprechern der Fraktionen wurden die Änderungs- und Entschließungsanträge auf die Abgeordnetenplätze gelegt.

Herr Innenminister, es gibt noch eine Wortmeldung aus den Reihen der Abgeordneten. Wenn Sie die zulassen, dann würde ich Herrn Kollegen Fiedler

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Was heißt zulassen? Erst kommen wir!)

– nein, die Landesregierung hat immer das Wort – auch das Wort geben.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU)

(Unruhe DIE LINKE)

Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Herr Abgeordneter Fiedler, ich will Sie noch mal auf das verfassungsrechtliche Recht der Landesregierung hinweisen, hier das Wort zu ergreifen. Aber ich trete selbstverständlich das Wort an Sie ab.

Präsident Carius:

Herr Kollege Fiedler hat das Wort.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

Wie lange habe ich noch Zeit?

Präsident Carius:

1 Minute.

Abgeordneter Fiedler, CDU:

1 Minute? Da muss ich mich aber beeilen. 1 Minute habe ich Zeit. Vielen Dank, Herr Minister. Die Landesregierung ist immer vorneweg, das ist mir vollkommen klar. Wir kontrollieren nur. Aber trotzdem will ich noch mal auf die Verbesserung des Stellenkegels bei der Thüringer Polizei eingehen. Denn das sind die Stellen, die Sie so lächerlich machen. Von 500 Planstellen des mittleren in den gehobenen Dienst. Deswegen will ich Ihnen das noch mal kurz nennen: 87 von A 9 nach A 12, 136 von A 9 nach A 11, 14 von A 8 nach A 11 und folgende, ich lasse das jetzt alles weg. Wer keine Ahnung hat und nicht weiß, dass wir in Thüringen eine dreigeteilte Laufbahn haben und dass es eine alte Forderung der Innenministerkonferenz ist, dass sich der

Stellenkegel verbessert, der sollte nicht hier vorgehen und solches Zeug erzählen.

Dann noch eins: Die ganze Frage, Herr Dittes, wenn ich Ihnen etwas glauben würde, dem Wolf im Schafspelz, seit über 20 Jahren wollen Sie den Verfassungsschutz abschaffen.

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: Endlich!)

Jetzt tun Sie so, als ob Sie ihn erhalten wollen. Das können Sie erzählen, wem Sie wollen.

Beschwerdestelle, das ist die Vorstufe der Kennzeichnung der Polizei. Frau Kollegin Marx, Sie haben mehrfach schon gesagt, in der alten Regierung durften die sich nicht äußern. Das ist und bleibt nicht wahr. Dann legen Sie die Karten auf den Tisch und beweisen Sie das! So kann man eine alte Landesregierung nicht diskreditieren. Das finde ich unverfroren.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Wiederholen Sie noch mal den Begriff „unverfroren“, der klingt so schön!)

Präsident Carius:

Der Innenminister hat das Wort. Herr Poppenhäger.

Dr. Poppenhäger, Minister für Inneres und Kommunales:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte Sie noch mal über einige Einzelheiten des Einzelplans meines Hauses informieren. Zunächst einige Worte zum Kommunalen Finanzausgleich. Die Zuständigkeit hat ja – wie Sie alle wissen – in dieser Legislaturperiode in das Innenressort gewechselt. Die Wichtigkeit der Aufgabe wird auch durch den neuen Namen des Ressorts unterstrichen. Die Finanzausgleichsmasse bleibt wie bisher auch im Einzelplan 17, hier im Kapitel 17 20 veranschlagt. Für das Jahr 2016 sollen der KFA strukturell angepasst und auch das Thüringer Finanzausgleichsgesetz novelliert werden. Auch davon war bereits die Rede. Die Finanzausgleichsmasse für das Jahr 2015 war auf Grundlage des nach § 3 Thüringer Finanzausgleichsgesetz verankerten Partnerschaftsgrundsatzes auf 1.853 Millionen Euro festzulegen. Der Partnerschaftsgrundsatz selbst beinhaltet eine gleichmäßige Entwicklung der Einnahmen von Land und Kommunen, wobei die Berechnungsbasis aus dem Durchschnitt der Jahre 2012 bis 2014 gebildet wird. Für das Jahr 2015 bedeutet das, Herr Abgeordneter Fiedler, dass die Finanzausgleichsmasse gegenüber 2014 um 14,23 Millionen Euro steigt.

(Beifall DIE LINKE)

(Minister Dr. Poppenhäger)

Die interne Verteilung der Finanzausgleichsmasse richtet sich ebenfalls nach den Regelungen im Thüringer Finanzausgleichsgesetz. Soweit die Bewirtschaftung, wie zum Beispiel für den Schullastenausgleich, anderen Fachressorts obliegt, waren deren Anmeldungen Grundlage für die Abstimmung der Ansätze. Die größte Einzelposition innerhalb der Finanzausgleichsmasse stellen die von meinem Ressort bewirtschafteten Schlüsselzuweisungen dar. Auch dazu wurde bereits richtig und sachlich zutreffend argumentiert. Die Gesamtschlüsselmasse beträgt nun insgesamt 1.314,3 Millionen Euro und ist ebenfalls gegenüber 2014 um 12 Millionen Euro gestiegen. Für den Mehrbelastungsausgleich sind 209,3 Millionen Euro veranschlagt. Von den insgesamt 310,8 Millionen Euro für die Sonderlastenausgleiche entfallen 210,3 Millionen Euro auf den wichtigen Bereich der Kindertagesbetreuung, 100,6 Millionen Euro sind für den ebenso wichtigen Aufgabenbereich Schule und Schülerbeförderung vorgesehen.

Im Landesausgleichsstock wurden 16,8 Millionen Euro für Bedarfszuweisungen veranschlagt. Dieser Betrag wird insbesondere durch die Übertragung von Resten auf rund 30 Millionen Euro erhöht. Daneben stehen 2015 weitere 48 Millionen Euro aus dem aufgestockten Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammgesetz für ergänzende Bedarfszuweisungen zur Verfügung. Ich finde, bei diesen Summen darf man dies auch nicht kleinreden. Es handelt sich um 30 Millionen Euro, die mit dem Haushaltssicherungsprogrammgesetz 2014 für das Jahr 2015 bereitgestellt wurden, sowie 18 Millionen Euro aus dem Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015, das erst am 30. April dieses Jahres beschlossen wurde.

Insgesamt – auch das ist mehrfach richtigerweise gesagt worden – fließen den Kommunen aus dem Hilfspaket der neuen Landesregierung zusätzliche 102 Millionen Euro zu. Ich möchte Sie daher bitten, aufgrund auch dieser Ausführungen dem so beschriebenen Kommunalen Finanzausgleich zuzustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte nun noch einiges zum Einzelplan 03 ausführen. Insgesamt werden hier Ausgaben in Höhe von 585,5 Millionen Euro ausgewiesen. Das ist eine leichte Steigerung gegenüber dem Vorjahr. Im Einzelplan 03 sind insgesamt 9.307 Stellen und Planstellen ausgebracht. Auf den Polizeivollzug entfallen davon 6.338 Planstellen, das sind genauso viele wie im Jahr 2014. Der Abbaupfad für die Polizei wurde, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen, für das Jahr 2015 damit zunächst ausgesetzt. Damit tragen wir auch dazu bei, dass Thüringen weiterhin eines der sichersten Länder bleibt. Ich will noch einmal zurückkommen auf die schon mehrfach freundlich begleiteten zwei Toilettenwagen für die Polizei, Herr Abgeordneter Fied-

ler. Ich weiß, dass Sie viele Jahre dafür gestritten haben, dass das auch erfolgt, die Forderung der Polizeigewerkschaften zu erfüllen. Aber die Abgeordneten, die Sie angesprochen haben, insbesondere auch die Abgeordneten Dittes und Frau König, die haben nun wirklich als Teil der Koalition ein Herz für die Polizei bewiesen, was Sie so fordern.

(Unruhe CDU)

(Beifall DIE LINKE)

Und haben an dieser Stelle etwas durchgesetzt.

(Heiterkeit CDU)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Dittes ... usw. Den kennt jeder Polizist.)

(Zwischenruf Abg. König, DIE LINKE: ..., Herr Fiedler!)

Ja, und die Polizisten nehmen jetzt zur Kenntnis, Herr Abgeordneter Fiedler,

(Unruhe DIE LINKE)

dass diese Koalition in selbst einfach erscheinenden Dingen etwas voranbringt, was Sie nie zustande gebracht haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir kommen auch noch auf die Hebung der Stellen bei der Polizei zu sprechen, auf die Hebung der Stellen bei den Polizeibeamten. Da besteht auch Einigkeit, dass wir im Polizeibereich gut ausgebildete Polizeibeamte brauchen, und wir brauchen auch motivierte gut ausgebildete Polizeibeamte. Deshalb will ich auch sagen, die 200 Stellenhebungen, die wir jetzt in diesem Haushalt vornehmen, sind natürlich notwendige Voraussetzungen für Beförderungen, die erst erfolgen müssen. Insofern stimmt die Begründung in Ihrem Änderungsantrag, dass eine solche Maßnahme nicht unmittelbar wirksam wird. Sie braucht Zeit, sie muss umgesetzt werden. Aber das ist die Voraussetzung für Beförderung in vielen Bereichen. Diese 200 Stellenhebungen ermöglichen es uns nun, mir und den Verantwortlichen in meinem Haus, diesen Beförderungsstau im mittleren und im gehobenen Dienst, wie wir ihn vorgefunden haben, deutlich zu reduzieren.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Wir haben noch ... befördert!)

Ich will noch mal mit aller Schärfe sagen, Herr Fiedler, Ihre Fraktion verhöhnt letztlich mit ihren Änderungsanträgen nicht nur die betroffenen Polizisten, sondern auch die ehemaligen Innenminister der CDU. Weil, die haben sicherlich alle ebenso wie Sie für diese Stellenhebungen ...

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Es gab auch einen von der SPD, Richard genannt!)

(Minister Dr. Poppenhäger)

Sie haben ebenso, ich weiß das, wie auch Ihre Innenminister, eben für derartige Stellenhebungen gestritten. Aber sie haben immer nur erfolglos gestritten, sie haben es nie hinbekommen.

(Beifall DIE LINKE)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Nein, stimmt doch gar nicht!)

(Unruhe CDU)

200 Stellenhebungen ist das höchste Maß seit vielen Jahren und in der letzten Legislaturperiode haben Sie es nicht gemacht. Deswegen will ich noch mal darauf hinweisen, dass wir hier an dieser Stelle das tun, was die Polizeigewerkschaften seit vielen Jahren auch fordern. Auch bei der Einstellung von Polizeianwärtern haben wir den Koalitionsvertrag umgesetzt. Dort heißt es: „Für die Dauer der Überprüfung der Polizeistrukturen, während der der Stellenabbaupfad bei der Polizei ausgesetzt werden soll, wird ein Bedarf an jährlichen Neueinstellungen in der Größenordnung der letzten drei Jahre gesehen.“ Somit werden wir in diesem Jahr 25 Anwärter für den gehobenen und 100 für den mittleren Dienst einstellen. Das ist exakt die Größenordnung der letzten drei Jahre, Herr Abgeordneter Fiedler, und nicht wie Sie sagen, 150 mindestens und mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, die Thüringer Polizei benötigt für gute Arbeit auch gut funktionierende Technik. Im Entwurf des Einzelplans sind – um nur zwei Beispiele zu nennen – circa 12 Millionen Euro für die Beschaffung und Pflege von EDV im Landeskriminalamt vorgesehen. Hiermit geben wir den Polizeibeamtinnen und -beamten die technischen Möglichkeiten, um auch für Sicherheit und Schutz im wichtigen Bereich des Internets zu sorgen. Es werden weiterhin die finanziellen Voraussetzungen für den Kauf von mehr als 160 Polizeifahrzeugen geschaffen, damit schaffen wir auch Präsenz in den Städten und im ländlichen Bereich. Und wir sorgen dafür, dass sich die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat auch weiterhin sicher fühlen können.

Es gibt noch ein paar andere wichtige Aufgaben in meinem Haus. Das Digitalfunknetz für die Behörden und Organisation mit Sicherheitsaufgaben ist ein weiterer Schwerpunkt im Einzelplan 03. Für diesen Bereich sind im Kapitel 03 03 rund 12,1 Millionen Euro eingestellt. An mehr als 170 Standorten sind bereits Funkmasten eingerichtet, die vom Thüringer Liegenschaftsmanagement betreut werden. Und ja, die Zeit rast, weil wir hinter allen Nachbarländern in diesem Bereich hinterherhinken. Auch das gehört zur Wahrheit.

Im Landesverwaltungsamt werden von derzeit ungefähr 1.000 Mitarbeitern die von EU-, Bundes- und Landesgesetzgebung vorgesehenen Aufgaben erledigt. Damit ist das Landesverwaltungsamt neben der staatlichen und inneren Verwaltung eine zentra-

le Mittelbehörde des Freistaats Thüringen und auch zuständig für die Aufgaben der Thüringer Staatskanzlei, der Ressorts Bauwesen, Raumordnung, Umwelt, Wirtschaft, Gesundheit, Versorgung und Integration sowie Soziales.

In Kapitel 03 06 sind die Mittel insbesondere für die Thüringer Fachhochschule für öffentliche Verwaltung in Gotha sowie die zentrale Aus- und Fortbildung der obersten Landesbehörden veranschlagt. Der Landesregierung ist an gut ausgebildeten Mitarbeitern in der Verwaltung gelegen, sodass wir auch im kommenden Jahr hier Mittel benötigen, um weiterhin eine qualitativ hochwertige Ausbildung zu gewährleisten.

Die rund 250 Mitarbeiter im Landesamt für Statistik – Kapitel 03 09 – liefern in enger Zusammenarbeit mit den anderen statistischen Landesämtern die Daten, die wir in der Politik auch benötigen, nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft, der Wissenschaft und als Grundlage für Entscheidungen und Analysen.

Auch für das Amt für Verfassungsschutz – Kapitel 03 10 – sind die notwendigen Mittel eingestellt, damit es seine Aufgabe entsprechend den neuen gesetzlichen Vorgaben erledigen kann.

Wir wollen die Sicherheit noch verbessern, indem wir die Mittel für Online-Überwachung erhöhen und damit den Bediensteten die Handlungsmöglichkeiten an die Hand geben, die sie im 21. Jahrhundert benötigen. Wir denken eben nicht – wie hier gerade die CDU-Fraktion – monochrom und analog in den Farben des Kalten Krieges, als die V-Leute und die Spione noch den Ton angaben, wir denken digital und bunt in dieser Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Demnächst wird nur noch Zeitung gelesen und aus der Zeitung ausgewertet!)

Die nachrichtendienstlichen Mittel müssen heute im Zeitalter der Online-Kommunikation und insbesondere der verstärkten und vielfältigen Nutzung sozialer Netzwerke entsprechend neu ausgerichtet werden. Nur durch eine verbesserte Aufklärung im Bereich Cybercrime werden wir auch den Sicherheitsstandard für unsere Bürgerinnen und Bürger verbessern können.

Übrigens ist darüber hinaus – auch das will ich betonen – die gute Zusammenarbeit mit den Nachbarländern und den Ländern des Sicherheitsverbunds der neuen Bundesländer von zentraler Bedeutung für unsere Thüringer Sicherheitsarchitektur. Ich appelliere noch einmal – auch im Zusammenhang mit den Ereignissen im Mai in Saalfeld – an das Hohe Haus, nicht die Nachbarländer zu verdächtigen, uns Informationen vorenthalten zu haben.

(Minister Dr. Poppenhäger)

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, lassen Sie mich noch zu dem ebenso wichtigen Bereich der Feuerwehren kommen. An der Feuerwehr- und Katastrophenschutzschule in Bad Köstritz sorgen 30 Mitarbeiter dafür, dass die ehrenamtlichen Feuerwehr- und Katastrophenschutz Helfer in Thüringen gut ausgebildet werden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Das stimmt!)

Mit einer Verpflichtungsermächtigung von 8 Millionen Euro wird die zentrale Beschaffung der Katastrophenschutzfahrzeuge in diesem Jahr noch ermöglicht. Entsprechend dem Regierungsentwurf und den Änderungsanträgen der Regierungskoalition werden insgesamt 7,5 Millionen Euro für die Gemeinden und die Gemeindeverbände für Feuerwehrhäuser, Fahrzeuge und Feuerwehrgeräte, aber auch für den Digitalfunk bereitgestellt.

Zum Abschluss möchte ich noch einen kurzen Ausblick auf die Staatlichen Hochbaumaßnahmen werfen, den Einzelplan 18 in diesem Fall. Es ist erfreulich, dass für die Polizei auch nach Fertigstellung des Landeskriminalamts in der Kranichfelder Straße 1 hier in Erfurt weiter Mittel zur Verfügung gestellt werden.

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Jawohl, das erwarten wir!)

Wichtigstes Projekt bleibt der Neubau für die Bereitschaftspolizei. Es ist gut, dass hier ohne Unterbrechung weitergearbeitet werden kann. Auch für das Bildungszentrum der Thüringer Polizei in Meiningen sowie den Neubau der Polizeiinspektion Saale-Orla in Schleiz ist die Finanzierung in Kapitel 18 03 abgesichert.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich möchte Sie um Zustimmung zu diesem Haushaltsplan bitten. Sie tragen damit wesentlich dazu bei, die Sicherheit in unserem Freistaat Thüringen zu verbessern und auch eine erfolgreiche Arbeit meines Hauses in diesem Jahr zu ermöglichen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Minister. Das Wort hat nun Abgeordneter Dittes für die Fraktion Die Linke. Sie haben noch 2 Minuten.

Abgeordneter Dittes, DIE LINKE:

Herr Fiedler, Sie rufen immer in den Saal, dass mich jeder Polizist in Thüringen kennen würde

(Zwischenruf Abg. Fiedler, CDU: Ja, fast jeder!)

und versuchen das als kleinen Versuch der Diskreditierung hier darzustellen. Also ich finde es ja nicht verkehrt, wenn der innenpolitische Sprecher einer Regierungsfraktion bei jedem Polizeibeamten in Thüringen bekannt ist.

(Beifall DIE LINKE)

Das scheint Ihnen offensichtlich nicht gelungen zu sein.

(Unruhe CDU)

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das war ich!)

Aber ich habe mich wegen eines anderen Punkts noch einmal gemeldet. Sie haben mir unterstellt, ich wäre hier als Wolf im Schafspelz aufgetreten und würde den Bestand des Verfassungsschutzes verteidigen. Herr Fiedler, das ist doch Quatsch. Denn wenn Sie den Koalitionsvertrag gelesen hätten, dann würden Sie lesen: Die Koalition verständigt „sich – im Bewusstsein der unterschiedlichen Positionen hinsichtlich der Notwendigkeit des Landesamtes für Verfassungsschutz [...] –, das Landesamt weiter grundlegend zu reformieren“. Ich sage Ihnen noch was – springen Sie jetzt bitte nicht an die Decke –, wir haben auch vereinbart, in dieser Legislaturperiode eine Expertenkommission auf den Weg zu bringen, die sich genau mit dieser Frage auseinandersetzt, nämlich mit der Notwendigkeit und mit der Befugnisreichweite eines nach innen gerichteten Geheimdienstes, weil wir glauben, dass es dringend notwendig ist. Was wir aber bis dahin gemacht haben, ist, das auszuschließen, was in der Vergangenheit den Verfassungsschutz tatsächlich ausgemacht hat, nämlich Gesinnungsschnüflei und eben Doppelermittlungen, die dazu geführt haben, dass die Ermittlungen beim NSU nicht in die richtige Richtung laufen konnten. Das haben wir vereinbart und das haben wir dann tatsächlich auch im Haushalt hier umgesetzt, weil es eben auch eine Konsequenz erfordert in der Strukturgestaltung dieses Amtes. Das hat nichts damit zu tun, dass wir hier in irgendeiner Form der Öffentlichkeit Positionen vorenthalten. Wir machen bloß einen notwendigen Schritt nach dem anderen. Aber es sind notwendige Schritte.

(Beifall DIE LINKE)

Präsident Carius:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan des Ministeriums für Inneres und Kommunales beendet.

Ich rufe auf den **Einzelplan 04 – Ministerium für Bildung, Jugend und Sport**.

Die vereinbarten Redezeiten sind Ihnen bekannt. Das Wort erhält Abgeordneter Christian Tischner für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Tischner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verhandeln heute mit reichlicher Verspätung den Haushalt 2015 und nun die Zahlen für Bildung, Jugend und Sport. Gerade der Einzelplan 04 ist ein Zukunftseinzelplan. Bildung, Jugend und Sport wirken wie kaum ein anderer Politikbereich in die Zukunft. Alle Generationen in unserem Freistaat und gerade das Ehrenamt sind von diesem Einzelplan betroffen. Deshalb ist es wichtig, dass wir heute endlich die Unsicherheiten beenden und Klarheit für die Träger im Bildungs-, Jugend- und Sportbereich haben.

Nun hat man nach all den Versprechungen von Linken, SPD und Grünen im Wahlkampf und in den letzten Monaten auf den großen Wurf gehofft. Aber nein, es bleibt dabei: Rot-Rot-Grün betreibt Bildungs-, Jugend- und Sportpolitik mit angezogener Handbremse und setzt die falschen Signale.

(Beifall CDU)

Zur Personalsituation an den Thüringer Schulen: Es ist richtig, dass die Landesregierung in diesem Jahr beabsichtigt, 500 neue Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Frau Ministerin, Sie haben in der TA am 24. Januar angekündigt, Sie wollen die neu einzustellenden Lehrer unbefristet einstellen und verbeamen. Ich frage Sie: Was ist aus dieser Ankündigung mit Blick auf den Haushalt geworden? Und was ist mit der Verbeamtung der vielen Kollegen geworden, die hierauf in unseren Schulen als Signal für ihre tägliche Arbeit warten? Jedem Schüler soll der Unterricht zugutekommen, der von der Stundentafel und vom Lehrplan vorgesehen ist. Deshalb ist auch die geplante Einführung einer Vertretungsreserve grundsätzlich ein richtiger Schritt. Dennoch dürfen wir uns nicht mit dem blauen Nebel vergnügen und glauben, dass jeweils 18 bis 22 Kollegen in den einzelnen Schulämtern die Situation in unseren Schulen grundlegend verbessern werden. Hierzu bedarf es weiterer Anstrengungen und die hundert befristeten Springerstellen können nur ein Anfang sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt für uns ist die gerechte Verteilung auf die einzelnen Schularten bei den Einstellungen. Es kann nicht sein, dass durch das System schulscharfer Stellenausschreibungen vor allem Gemeinschaftsschulen von diesen Neueinstellungen profitieren werden. Gemeinschaftsschulen wurden bereits von Ihrem Vorgänger, Frau Ministerin, massiv bevorzugt. Sie setzen diese Politik der Bevorzugung einzelner Schularten fort, allerdings – das muss man sagen – mit mehr Nettigkeit.

Wir bleiben dabei, Sie setzen auch hier die falschen Signale an Thüringer Lehrer, Schüler und Eltern. Neueinstellungen sind das eine, wichtig ist aber auch die Sicherung des Lehrernachwuchses. Die alte Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt,

mehr Lehramtsanwärter einzustellen und die Kapazität an den Studienseminaren auszuweiten. So wurden im Jahr 2009 340 Lehramtsanwärter eingestellt, im Jahr 2010 dann 400 und später 500. Ab diesem Jahr sollten dann 600 Lehramtsanwärter jährlich eingestellt werden. Dies sah oder sieht auch der Haushaltsentwurf der Landesregierung vor, wie man aus den Erläuterungen entnehmen kann. Leider teilte die Landesregierung auf konkrete Nachfragen später mit, dass beabsichtigt sei, auch im Jahr 2015 nur lediglich 500 Referendare einzustellen. Das ist ein falsches Signal. Sie verschenken die Möglichkeit, 100 jungen Absolventen mit dem ersten Staatsexamen eine Zukunft im Thüringer Schuldienst zu eröffnen. Das bedauern wir ausdrücklich. Ich kann Ihnen ein Dutzend Studenten nennen, die Sie damit heute massiv enttäuschen.

(Beifall CDU)

Sie haben es bisher völlig verschlafen, etwas bei der Referendarausbildung zu tun. Sie haben es in den letzten Monaten verpasst, die Kapazitäten an den staatlichen Studienseminaren auszubauen sowie die Betreuung durch Fachleiter für die kommenden Einstellungen sicherzustellen. Wir fordern Sie auf: Korrigieren Sie diesen Kurs, stärken Sie die Referendarausbildung, stärken Sie die Fachleiter und stellen Sie die 600 Referendare in diesem Jahr ein!

(Beifall CDU)

Zu einem Thema, das mir als Bildungspraktiker ausdrücklich am Herzen liegt: Im Rahmen der Haushaltsberatung ist aufgefallen, dass die Mittel für das Lernen am anderen Ort im Jahr 2014 in allen Schularten sehr schlecht abgeflossen sind. Ich halte das für ein schlechtes Signal, denn das Einbinden außerschulischer Lernorte in den Unterrichtsprozess hat für uns einen hohen Stellenwert. Eigentlich war davon auszugehen, dass die Erstattung der Reisekosten für Lehrkräfte ab dem Jahr 2013 die Annahme dieser Angebote weiter vergünstigt. Aus den Schulen höre ich immer wieder, dass die Budgets der Reisekosten für Lehrer regelmäßig nicht ausreichen und Exkursionen abgesagt werden müssen. In Kenntnis der Ist-Zahlen für das Jahr 2014 muss man sich fragen, warum dies offensichtlich nicht geschieht. Die Frage, wer im Ministerium oder in den Schulämtern hier die Handbremse ganz fest angezogen hat, muss gestattet sein und dem muss nachgegangen werden. Wir fordern, wenn es hier Probleme bei der Beantragung und Durchführung mit Bürokratie bei den Veranstaltungen gibt, dass diese dringend abzustellen sind. Auch muss die Möglichkeit bestehen, dass nicht genutzte Budgets unter den Schulen getauscht werden können.

Vor der letzten Landtagswahl haben CDU und SPD ein Schulinvestitionsprogramm in Höhe von zusätz-

(Abg. Tischner)

lich 150 Millionen Euro bis 2019 geplant. Insgesamt sollten dann 225 Millionen Euro für den Schulbau zur Verfügung stehen. Es ist positiv, dass auch die neue Landesregierung die Mittel im Bereich Schulbau in diesem Jahr um 36 Millionen Euro aufstocken will. Die CDU-Fraktion hätte sich allerdings gewünscht, dass dieses Geld nicht mit der Gießkanne über das Land verteilt wird, sondern als Projektförderung ausgereicht wird. Das hätte den Vorteil, dass auch größere Sanierungen durchgeführt werden könnten. In diesem Zusammenhang ist es bedauerlich, dass Frau Ministerin mehrfach hier im Haus erklärt hat, keine kleinen Grundschulen in der Fläche und im ländlichen Raum zusätzlich zu unterstützen. Sie wollen die Schulträger mit dieser Herausforderung alleinlassen und keine besonderen Regelungen in der Lehrerrzuweisung für kleine Grundschulen erarbeiten. Das ist traurig und wieder ein falsches Signal an die Menschen im ländlichen Raum.

(Beifall CDU)

Nun möchte ich noch zum größten Desaster Ihrer aktuellen Bildungspolitik kommen – die Grünen schmunzeln schon –, den Schulen in freier Trägerschaft. Was uns hier in den letzten Wochen live und medial vermittelt geboten wird, ist weit weg von dem, was Sie sich immer regelmäßig versprechen, nämlich eine Politik auf Augenhöhe. Fakt ist, mit Ihrem Ansatz im vorliegenden Haushaltsentwurf begehen Sie Wortbruch gegenüber den Schulen in freier Trägerschaft.

Schon mit Blick auf das alte Gesetz betragen die Mehrkosten für das Haushaltsjahr 2015 bei den freien Schulen 5 bis 6 Millionen Euro, die sich bekanntlich automatisch durch mehr Schüler und das Auslaufen der Wartefristen ergeben. Sie brechen damit Ihren eigenen Koalitionsvertrag, in dem steht: Wir werden im ersten Jahr mindestens 10 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stellen. Sie bleiben also um mindestens 6 Millionen Euro hinter Ihrem Koalitionsversprechen zurück. Wir können verstehen, dass die Grünen sauer sind.

(Beifall CDU)

Wir als CDU sehen eine Bildungslandschaft in Gefahr, die von uns aufgebaut wurde. Deshalb haben wir zu diesem Haushalt einen Änderungsantrag gestellt, der die Mehrkosten von 17,5 Millionen Euro für unseren Gesetzentwurf in diesem Jahr für freie Schulen tatsächlich realisiert. Unser Antrag ist ausfinanziert und wir benötigen dafür weder neue Schulden noch Rücklagen, noch die Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung. Unser Gesetzentwurf fördert den Zusammenhalt und die Vielfalt unseres Schulsystems, er zielt auf Wahlfreiheit, Gleichberechtigung, Transparenz und Planungssicherheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Rot-Rot-Grün hat mit diesem Haushalt die Sätze im Bereich der Jugendhilfe, der Jugendförderung, der Schulsozialarbeit, des Kinderschutzes etc. von der Vorgängerregierung fortgeschrieben und tarifbedingte Steigerungen eingerechnet. Das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit wollen Sie kurzfristig und ohne langfristige Strategie aufblähen. Es ist gut, was hier aktuell passiert. Das gilt es nun zunächst zu evaluieren, zu sichern und fortzuschreiben. Es gilt zu stärken, was wir haben – und das sind beispielsweise auch unsere Gedenkstätten.

Im Jugendbereich stellt uns vor allem die ansteigende Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in den nächsten Jahren vor enorme Herausforderungen. Unserer Einschätzung nach decken die im Haushalt 2015 hierfür bereitgestellten Mittel nicht den tatsächlichen Bedarf in diesem Jahr ab. Hier ausschließlich auf den Bund zu verweisen, so wie es Ministerin Dr. Klaubert in ihrer Pressemitteilung diese Woche getan hat und auch der Ministerpräsident heute hat wiederholen lassen, kann nicht die einzige Lösung sein.

Liebe Kollegen von Rot-Rot-Grün, Sie steuern hier erkennbar auf ein gesellschaftliches Problem zu, indem Sie die räumlichen, die personellen, die medizinischen, die psychologischen und pädagogischen Fragen unbeantwortet lassen. Das ist fahrlässig und eine Politik, die letztlich die Kommunen ausbaden müssen.

(Beifall CDU)

Zum Sport: Die CDU-Fraktion bekennt sich zur finanziellen Absicherung des Thüringer Vereins- und Verbandssports. Die Förderung des Sports aus den Reinerträgen der staatlichen Lotterie hat sich bewährt und ist unverzichtbar. Das schließt aber nicht aus, dem gemeinwohlorientierten Sport einen angemessenen Anteil an den aus Sportwetten zusätzlich erzielten Steuereinnahmen der Länder zur Verfügung zu stellen. Wir sehen darin eine Möglichkeit, zusätzliche Mittel für die Sportförderung im Landeshaushalt bereitzustellen. Die Forderung der Sportbünde, von den Steuereinnahmen, die es nur dank des Sports gibt, profitieren zu wollen, ist für uns nachvollziehbar, und wir unterstützen diese ausdrücklich. Für uns gilt: Was wir vor der Wahl zugesagt, gilt auch nach der Wahl – das gilt für die Lehrereinstellungen,

(Beifall CDU)

das gilt für die freien Schulen und das gilt eben auch beim Sport. Bei der SPD ist diese Ehrlichkeit in Richtung Sport völlig verloren gegangen – leider. Es war die frühere Sportministerin und SPD-Ministerpräsidentenkandidatin und heutige stellvertretende Ministerpräsidentin und Finanzministerin, die noch vor einem halben Jahr durch den Freistaat ge-

(Abg. Tischner)

zogen ist und am Grill versprochen hat, die Sportwetten dem Sport zur Verfügung zu stellen. Wir fragen die SPD und die Finanzministerin: Was ist mit Ihren Zusagen in den Wahlprüfsteinen an den LSB zur letzten Landtagswahl geworden? Wir haben einen Änderungsantrag eingebracht, dass ein Drittel der Einnahmen aus der Konzessionsabgabe von privaten Sportwetten künftig zweckgebunden für die Trainer und für die Sportanlagen verwendet wird. Wenn Ihnen, liebe Mitglieder – vor allem des Freundeskreises Sport – dies wirklich wichtig ist und der Sport wichtig ist, dann stimmen Sie parteiübergreifend unserem Antrag zu!

(Beifall CDU)

Der Sport ist eine grundlegende Basis unseres gesellschaftlichen Lebens im Freistaat. Neben den Investitionskosten für Sportstätten, wo die Ministerin davon ausgeht, dass dieses Jahr viele Projekte nicht mehr rechtzeitig mit Blick auf die Ausschreibungsfristen begonnen werden können, sind uns zwei Projekte von landespolitischer Ausstrahlung von besonderer Bedeutung, die nicht im Dschungel des Haushalts verschwinden sollen. Wir wollen durch unsere Änderungsanträge im Jahr 2015 die Planungskosten für den Ausbau der Werner-Aßmann-Halle in Eisenach und für die Salza-Halle in Bad Langensalza sichtbar und verbindlich im Haushalt bereitstellen. Für 2016 beantragt die CDU-Fraktion Verpflichtungsermächtigungen zur Finanzierung der Bauten. Nur so ist der drängende Sanierungsbeginn sicherzustellen und in der Handballbundesliga ein weiterhin erstklassiges und nationales Spielniveau möglich.

(Beifall CDU)

Es bleibt dabei, Rot-Rot-Grün betreibt Bildungs-, Jugend- und Sportpolitik mit angezogener Handbremse. Sie senden mit Ihrem Haushalt in vielen Punkten – nicht in allen, das habe ich ausgeführt – die falschen Signale an unsere Thüringer Bildungslandschaft, an unsere Lehrerkollegen, an unsere Schüler, an die Kinder und Jugendlichen in den Vereinen und an die Mitglieder in unserer Sportfamilie.

(Beifall CDU)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Tischner. Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Wolf für die Fraktion Die Linke.

Abgeordneter Wolf, DIE LINKE:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Tischner, uns vorzuwerfen, wir würden mit angezogener Handbremse in der Bildungspolitik, in der Jugend- und Sportpolitik agieren, das ist schon ein starkes Stück. Über fünf Jahre, mindestens die letzten fünf Jahre haben

alle Lehrer, alle Schulleiter den Karren, das Auto, was sich Schulpolitik, Bildungspolitik nennt, von hinten und immer nur mit Bremslichtern gesehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verantwortlich dafür war Ihr Finanzminister. Ihr Finanzminister ist dafür verantwortlich, dass wir einen massiven Unterrichtsausfall übernommen haben.

(Unruhe CDU)

Der Alt-Bildungsminister hat hart darum verhandeln müssen, um dort etwas Entspannung reinzubringen, es ist ihm leider nur zum Teil gelungen. Aber wir – Rot-Rot-Grün – sind es jetzt, die diese Baustelle tatsächlich angehen und dort bessere Bedingungen schaffen werden.

Nichtsdestotrotz, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ist Thüringen im Bereich Bildung alles in allem gut aufgestellt. Im nationalen Vergleichsstudium belegen wir regelmäßig vordere Plätze. Dies haben wir vor allem den Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern sowie den Schulleitern zu verdanken, welche durch ihre engagierte und motivierte Arbeit dies erst möglich machen. Es ist nicht nur das Geld, welches diese Ergebnisse bringt, es ist die hervorragende Ausbildung und die pädagogische Arbeit gerade auch der älteren Kolleginnen und Kollegen in den Schulen, es ist ihre Bereitschaft, sich auf neue pädagogische und gesellschaftliche Herausforderungen auch tatsächlich einzustellen im Sinne der besten Bildung für unsere Kinder und Jugendlichen. Dafür seitens meiner Fraktion allen Pädagoginnen und Pädagogen meinen Dank und meinen Respekt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Tischner, Sie haben gesagt, die CDU hält sich nach der Wahl an das, was sie vor der Wahl versprochen hat. Nun können Sie viel versprechen, Sie müssen es ja nicht umsetzen. Fakt ist, das, was Sie vorher versprochen haben, was Sie 2009 versprochen haben, haben Sie eben nicht umgesetzt.

(Unruhe CDU)

(Beifall DIE LINKE)

Im Koalitionsvertrag von 2009 steht die Einstellung von 2.500 Lehrerinnen und Lehrern. Tatsächlich wurden es etwas mehr als 2.000. Wir haben uns realistisch auch mit Blick auf die Alterssituation an den Schulen auf 500 Neueinstellungen mindestens jedes Jahr verabredet. Und was sehen wir? Wir nehmen sie tatsächlich vor. Wir setzen es um. Das ist ein wichtiger Schritt: Verlässlichkeit und keine Zahlentricks. Gute Bildung braucht ausreichend und motivierte Lehrkräfte. Wir als Rot-Rot-Grün liefern. Vorbei ist die Zeit, in der der Finanzminister die Bedingungen an den Schulen vorgab. Vorbei ist

(Abg. Wolf)

die Zeit, in der um gute Bedingungen bei der Bildung gefeilscht und ein Kuhhandel daraus gemacht worden ist. Die Schulen, die Gewerkschaften, Verbände, die Landesschüler- und Landeselternvertreter haben mehr als einmal in den letzten Jahren angemahnt, die Zusagen des Koalitionsvertrags auch tatsächlich einzuhalten. Während unaufhörlich Unterrichtsausfall gestiegen ist, Mehrbelastungen durch Mehrarbeit und Abordnung gestiegen sind, können die Schulen, die Schulleiter und Lehrkräfte, heute sagen: Heute ist ein guter Tag für die Bildung, denn Rot-Rot-Grün hält Wort!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Jetzt erzählen Sie mir mal, was Sie gemacht haben!)

Dabei, sehr geehrter Herr Tischner, sind 500 neue Lehrerstellen nicht nur hinsichtlich der Einlösung von Wahlversprechen wichtig, es ist auch wichtig, um eine gesunde Altersstruktur an die Schulen zu bekommen. Es ist wichtig, um neue pädagogische Methoden und Konzepte in die Schulen zu bringen. Sie haben vorhin in der mündlichen Frage noch mal gefragt: Wie sieht es denn mit der Altersstruktur an den Thüringer Schulen aus? Da frage ich mal zurück: Wer ist denn dafür verantwortlich? Es waren die Gewerkschaften, nicht alle Gewerkschaften, es war eigentlich nur eine Gewerkschaft, die den Floatingvertrag damals verantwortlich eingegangen ist. Und es waren die Pädagoginnen und Pädagogen, die den Personalabbau zurückgedrängt haben, die ihn aufgehalten haben, indem sie auf Beschäftigungsanteile verzichtet haben. Bestandteil des Vertrags war aber auch, das können Sie als Praktiker vielleicht nicht wissen, dass auch Neueinstellungen vorgenommen werden sollten. Das stand in dem Floatingvertrag. Warum ist das nicht passiert? Es ist nicht passiert, weil die CDU schlicht und einfach die falsche Personalpolitik eingegangen ist. Sie haben eine Teilzeitverbeamtung vorgenommen, obwohl Sie wussten,

(Zwischenruf Abg. Emde, CDU: Herr Wolf, Sie erzählen nicht die Wahrheit!)

dass es nicht durchzuhalten ist vor Gericht und Sie alle in die Vollzeitverbeamtung übernehmen mussten. Und dadurch konnte die Landesregierung fünf Jahre definitiv keine Neueinstellungen vornehmen. Es ist CDU-Politik.

(Unruhe CDU)

Es ist CDU-Politik und mehr oder weniger auch ein Bruch des Floatingvertrags, welcher dazu geführt hat, dass wir eine völlig schräge Altersstruktur an den Schulen haben.

(Beifall DIE LINKE)

Besondere Aufmerksamkeit sollten wir natürlich der geplanten Vertretungsreserve schenken. Wie eine

Mündliche Anfrage von meiner Kollegin Astrid Rothe-Beinlich ergab, waren im März dieses Jahres 670 Lehrer in den allgemeinbildenden Schulen und 115 Lehrer an den berufsbildenden Schulen langzeiterkrankt. Dies sind mehr als 4 Prozent des Lehrpersonals an den Schulen und das liegt damit deutlich höher als im Bundesdurchschnitt. Es ist ein Verdienst von Bildungsministerin Dr. Klaubert und auch von Finanzministerin Frau Taubert, sich hier ganz konkret der Situation gestellt zu haben und durch 100 zusätzliche Lehrkräfte in Form einer Vertretungsreserve den Unterrichtsausfall zu begrenzen. Die Umsetzung –

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Über Leerstellen!)

richtig – wird über Leerstellen erfolgen. Ich möchte betonen, dass wir hier den Koalitionsvertrag abarbeiten und endlich das Personalentwicklungskonzept Schule umsetzen, welches die vorhergehende Landesregierung mit den Gewerkschaften und Verbänden zwar abgeschlossen hat, zu dessen Umsetzung aber dem damaligen Finanzminister Dr. Voß schlicht und einfach der politische Wille fehlte. Auch hier setzen wir den Koalitionsvertrag um.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Das hoffe ich doch!)

Sicherlich ist, Sie haben es auch angesprochen, die Frage der Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft eine immer noch nicht in diesem Haushaltsjahr, aber in den nächsten Haushaltsjahren zu lösende Aufgabe.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Vielleicht später!)

Nichtsdestotrotz geben wir 12,3 Millionen Euro mehr ins System für freie Schulen. Das ist ein deutlicher Aufwuchs. Nachdem die finanzielle Situation an den freien Schulen in den letzten Jahren – und das war ja Ihre Politik – sich immer mehr zuspitzte, werden die Schulen in freier Trägerschaft mit diesem, zumindest im Jahr 2015, kräftigen Schluck aus der Pulle im Vergleich zu anderen Bundesländern von einem Mittelfeldplatz auf Platz 2 bis Platz 3 katapultiert. Wir wissen aber auch, dass wir keine nicht begründbaren Zahlen in Gesetze schreiben werden, wie bei der CDU die 3 Prozent, dass wir Entwicklung an der freien Schule möglich machen und trotz alledem die finanziellen Voraussetzungen dafür nicht aus den Augen verlieren. Hier lassen sich auch ganz gut die Unterschiede zur CDU kenntlich machen. Sämtliche Änderungsanträge der CDU sind reine Umverteilungsanträge. Wäre die CDU heute noch an der Macht, würden den staatlichen Schulen – im Bereich Jugend und Sport –, den Personalräten sowie der Landeseltern- und Landesschülervertretung, dem Beirat Inklusion, sämtlichen staatlichen Schulämtern, dem Ganztagsschulbereich und – es wurde schon ausgeführt

(Abg. Wolf)

– den Straßenbauinvestitionen mehr als 10 Millionen Euro entzogen, um es umzuschichten. Das ist nicht nur linke Tasche, rechte Tasche, das ist eine Giftliste, die wir so nicht mitmachen werden. Wir als Koalition setzen hier auf Ausgleich. Wir werden den freien Schulen zusätzlich die 10 Millionen Euro zur Verfügung stellen, ohne aber den staatlichen Schulen das Geld dafür zu entziehen. Dass Sie mit Ihrer Umverteilungspolitik weder im Ausschuss noch hier im Plenum eine Mehrheit finden werden, damit rechnen Sie sicherlich selber nicht.

Wir werden ganz konkret im Bereich des Azubi-Tickets deutliche Verbesserungen einführen. Wir haben einen Rückgang um 30 Prozent an Auszubildenden in den letzten fünf Jahren. Wir kämpfen zusammen mit der Wirtschaft, dem Handwerk und den Gewerkschaften um jeden Auszubildenden. Wir wollen Thüringen bereits im Berufsstart als ein attraktives Ausbildungsland darstellen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, natürlich bleiben auch noch Aufgaben, das ist heute schon mehrfach gesagt worden, für die nächsten Jahre. Wir stehen vor großen Herausforderungen, die Qualitätsoffensive „Inklusion“ auch tatsächlich umzusetzen. Hier sind Sie natürlich mit eigenen Vorstellungen, eigenen Ideen jenseits dessen, dass irgendjemand Förderschulen schließen will, herzlich eingeladen. Es ist schon gesagt worden, dass wir Schulbauinvestitionen in Größenordnungen vornehmen, im Übrigen nachdem die CDU das massiv zurückgefahren hat – das muss man auch wieder sagen –, und den Investitionsstau dort auflösen wollen. Deswegen werden wir dort die Schulbaurichtlinie anpassen und diese auch auf die Erfordernisse einer modernen Schulpolitik und auch einer modernen Schulstruktur anpassen. Wir wollen natürlich auch den Ausbau der Grundschulen als echte Ganztagschulen vorantreiben. Lassen Sie mich mit einem bekannten Zitat, verbunden mit einem Dank an die Bildungs- und an die Finanzministerin sowie ihre Mitarbeiter für den vorgelegten Haushalt 2015, schließen: Nichts ist teurer als Bildung – außer keine Bildung! – Vielen Dank!

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Das Wort hat nun die Abgeordnete Rosin für die Fraktion der SPD.

Abgeordnete Rosin, SPD:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildungspolitik hat für die SPD auch in dieser Regierungskoalition eine zentrale Bedeutung. Das zeigen die finanziellen Weichenstellungen eindeutig, die im Etat des TMBJS vorgenommen werden.

Gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern haben wir dort den Einstellungskorridor für Nachwuchspädagogen auf 500 Stellen ausgeweitet. Der versprochene Aufbau einer Lehrervertretungsreserve, den mein Kollege Torsten Wolf schon angesprochen hat, beginnt jetzt. Selbstverständlich wird auch der Personalbedarf im Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ abgedeckt, um die schulische Integration und Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund zu verbessern. Diese Vorhaben wollten wir Sozialdemokraten schon in der vergangenen Legislaturperiode umsetzen. Leider ist es uns mit dem damaligen Koalitionspartner nicht gelungen.

Die bildungspolitische Gewichtung des Einzelplans 04 ist stimmig, daher haben die Koalitionfraktionen nur wenige Änderungsanträge eingebracht. Zum einen wollen wir Eltern und Auszubildende finanziell entlasten. Deswegen erhöhen wir deutlich die Landeszuschüsse zu den Fahrt-, Unterbringungs- und Verpflegungskosten der Azubis und Berufsschüler. Dies wurde auch im Koalitionsvertrag so vereinbart. Gleichzeitig muss die entsprechende Förderrichtlinie zügig modernisiert, angepasst, auf die aktuellen Bedarfe überarbeitet werden.

Zum anderen setzen wir uns dafür ein, das Landesprogramm für Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit finanziell im bisherigen Umfang auszustatten, obwohl die Mittel im vergangenen Jahr nicht in voller Höhe abgerufen wurden. Wir sind aber der Auffassung, dass dieses wichtige Instrument weiter etabliert werden muss, um langfristig eine Strategie gegen politischen Extremismus und weltanschauliche Intoleranz zu verankern. Die Regierungskoalition macht somit konkrete und solide gegenfinanzierte Änderungsvorschläge. Die CDU dagegen betreibt hier Populismus.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das machen wir nicht!)

Es tut mir leid, Herr Tischner, Sie wollen mit Ihren Änderungsanträgen die freien Schulen finanziell besserstellen, indem Sie einfach die Ausgaben für sämtliche Schularten des staatlichen Bereichs für den Ausbau der Ganztagschule, für das ThILLM und das Thüringenkolleg zusammenstreichen. So werden freie und staatliche Schule gegeneinander ausgespielt.

(Beifall DIE LINKE)

Seriöse Bildungspolitik, meine Damen und Herren, sieht anders aus.

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Wir haben an das Ist 2014 angepasst!)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine kleine Randnotiz zur AfD machen. Die vorliegenden An-

(Abg. Rosin)

träge sind nichts anderes als eine radikale Kürzungsforderung beim Landesprogramm für Toleranz, Demokratie und Weltoffenheit. Welche Schlussfolgerungen sich daraus ziehen lassen, liegt auf der Hand. Die öffentliche Diskussion zur Ausrichtung der AfD belegt, welches Geistes Kind diese Partei ist und wie es in Wahrheit um ihre Abgrenzung zum Rechtsextremismus steht.

(Beifall DIE LINKE)

(Unruhe AfD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, den Oppositionsanträgen werden wir nicht folgen. Die SPD setzt ihren Kurs fort, im Einzelplan 04 sind solide, ausfinanzierte und bildungspolitische Weichenstellungen vorzunehmen. Diese Zielstellung hat unsere Arbeit am vorliegenden Landeshaushalt bestimmt und sie wird uns auch bei den anstehenden Beratungen zum Doppelhaushalt 2016 und 2017 leiten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Präsident Carius:

Vielen Dank. Das Wort hat nun Abgeordneter Höcke für die Fraktion der AfD.

Abgeordneter Höcke, AfD:

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnetenkollegen, das passt gerade, dass Sie uns als AfD-Fraktion wieder markiert haben. Ja – schön – und deswegen kann ich Ihnen die Sinnhaftigkeit unserer Änderungsanträge hier vorn auch noch mal erklären. Ich habe das in der Generalausprache schon andeutungsweise gemacht und will das gern noch mal tun. Denn wir wissen ja, die Wiederholung ist die Mutter der Wissenschaft, nicht wahr?

(Unruhe SPD)

Man sagt so: In der Polizei und in der Bildung darf nicht gespart werden – vollkommen richtig. Dazu stehen wir auch und das sehen wir so auch.

(Beifall AfD)

Deswegen freuen wir uns natürlich, dass dieser Einzelplan 04 das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit ausweist, sehr verehrte Kollegen. Und ich möchte das auch ganz deutlich am Anfang meiner Rede herausstellen, dass die AfD-Fraktion tatsächlich dieses 3,8 Millionen Euro teure Landesprogramm sehr kritisch sieht.

3,2 Millionen Euro dieses Betrags wollen wir tatsächlich einsparen. 1 Million Euro wollen wir umschichten und 2,2 Millionen Euro wollen wir in die Tilgung investieren, tatsächlich.

(Beifall AfD)

Unsere Kinder und Kindeskindern wird es freuen.

Sehr verehrte Kollegen, Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit – ich denke, dass es in diesem hohen Haus niemanden geben wird, dem diese Werte nicht am Herzen liegen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Richtig!)

(Beifall AfD)

Die Belebung der Demokratie, der Kampf gegen die Politikverdrossenheit der Wähler und die Stärkung der direkten Demokratie – das sind ja, wie Sie alle wissen, Schwerpunktthemen des AfD-Programms. Es erschließt sich uns allerdings nicht, inwiefern das besagte Landesprogramm geeignet ist, die Demokratiefähigkeit der Thüringer zu fördern und ihre Politikverdrossenheit, die in Wahrheit eine Parteienverdrossenheit ist, abzubauen. Die Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen ist in den letzten 25 Jahren in Thüringen stetig und deutlich gesunken. Ganz offensichtlich konnte auch das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit das nicht verhindern. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Das beste Mittel gegen Demokratie- bzw. Politikverdrossenheit ist die direkte Demokratie.

(Beifall AfD)

Die direktdemokratischen Instrumente müssen ausgebaut, systematisiert und endlich routinemäßig angewandt werden in diesem Land. So einfach ist das eigentlich mit der Belebung unserer Demokratie. Dazu braucht man kein Landesprogramm. Was wir als Politiker tun können, das wissen Sie selber genauso gut wie ich: maßhalten vor allen Dingen, maßhalten, Vorbild sein und die Sorgen und Nöte der Menschen in diesem Land endlich ernst nehmen.

(Beifall AfD)

Wir stellen also fest, dass das Landesprogramm das Interesse der Bürger an der Demokratie nicht erhöht hat, und wir können auch keine deutlichen Fortschritte in der Verbreitung von Toleranz in der Gesellschaft erkennen. Diese Toleranzdefizite sind ja nun vor allen Dingen auch bei den Abgeordneten aus der Regierungskoalition augenfällig. Auch hier scheint das Landesprogramm keine Wirkung entfaltet zu haben, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

Wir als Fraktion der AfD setzen uns für die Bekämpfung aller Formen des Extremismus ein, selbstverständlich. Es darf dabei nicht nur um die Bekämpfung des Rechtsradikalismus gehen, die immer und immer wieder thematisiert wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist geradezu unsere Pflicht, auch für die Bekämpfung des Linksextremismus und des religiösen Extremismus einzustehen.

(Beifall AfD)

(Abg. Höcke)

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Warum klatschen Sie jetzt nicht da drüben?)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil es einfach schlecht ist!)

Die Förderrichtlinie des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit lässt diesen umfassenden Extremismusbekämpfungsbegriff auch tatsächlich zu. Aber wenn wir uns die einzelnen Aktionspläne in diesem Programm ansehen, dann müssen wir feststellen, dass dieses Programm offensichtlich sehr, sehr einseitig ausgerichtet ist. Das mag ja nach Ihrem Gusto sein und in Ihrem ideologischen Sinn, hebt aber tatsächlich die Demokratiefähigkeit unserer Thüringer Bürger leider nicht. Dort – man mag staunen – gibt es sogar Projekte und einzelne Personen, die mit Steuergeldern gefördert werden, obwohl sie teilweise tatsächlich vom Verfassungsschutz als linksextrem eingestuft werden. Das ist tatsächlich ein Skandal. Unseres Erachtens bedarf dieses Programm deswegen dringend einer Neuausrichtung. Unserem Anspruch an Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit kann das Programm jedenfalls nicht gerecht werden. Daher sehen wir die von uns beantragten Einsparungen weiterhin als vollständig gerechtfertigt an und als absolut notwendig.

Wir sparen, wie gesagt, 2,2 Millionen Euro ein und wir nehmen 1 Million Euro aus diesen Einsparungen, um ein umfangreiches Projekt zur Förderung der Integration durch Sport auf den Weg zu bringen. Mit Integration meinen wir die Integration aller, das heißt Migranten, Menschen mit Behinderung oder auch Menschen, die vom richtigen Weg abgekommen sind. Und das Schöne ist, es gibt diese Angebote in Thüringen bereits, aber die Mittel für diese Angebote sind viel zu knapp bemessen und es gibt eine viel zu lange Warteliste, sodass viele Vereine, die in ihrer täglichen Arbeit erfolgreich Integration leisten, nicht angemessen gefördert werden können.

(Beifall AfD)

Ich betone in aller Deutlichkeit: Integration ist keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für unterbeschäftigte Sozialpädagogen, sehr verehrte Kollegen.

(Beifall AfD)

Nein, das ist sie nicht. Das ist eine Fehldeutung oder Falschübersetzung des Begriffs „Integration“. Integration muss nämlich aus der Mitte der Gesellschaft kommen und genau an dieser Stelle setzen unsere Thüringer Sportvereine an.

(Beifall AfD)

Sport verbindet, er verbindet über Grenzen hinweg. Im Sport, Frau Rothe-Beinlich, wird längst das gelebt, was mithilfe vieler Millionen Euro Steuermittel durch ein Landesprogramm erreicht werden soll –

Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit –, und das sollte uns Förderung wert sein. Herzlichen Dank.

(Beifall AfD)

Präsident Carius:

Vielen Dank, Herr Höcke. Als Nächste hat das Wort Frau Abgeordnete Rothe-Beinlich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Na, das passt ja!)

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, meine Kollegin Rosin und auch Torsten Wolf haben schon eine Menge gesagt zu dem, was wir uns vorgenommen haben. 500 Neueinstellungen im nächsten Jahr, wir wissen alle, was aus den Versprechungen des letzten Koalitionsvertrags von Schwarz-Rot geworden ist. Wir packen es jedenfalls an, 500 Neueinstellungen und eine Vertretungsreserve mit zunächst einmal 100 Lehrkräften, wenn auch befristet. Das macht schon einen Unterschied, denn genau das hat die alte Landesregierung nie auf den Weg gebracht, obgleich wir alle wissen, dass es einen großen Anteil an ausgefallenen Unterrichtsstunden gibt – 4 Prozent – und dass auch weitere 4 Prozent nur fachfremd vertreten werden können. Entscheidend wird allerdings sein, dass wir diese Reserve erstens auch verstetigen können und dass wir zweitens in der Perspektive tatsächlich unbefristet Lehrkräfte dafür einstellen. Auch Deutsch als Zweitsprache ist schon thematisiert worden, ein wichtiges Problemfeld. Wir alle wissen, dass im aktuellen Schuljahr 4.800 Schülerinnen nicht deutscher Herkunftssprache unsere Schulen besuchen. Die steigenden Zahlen an Asylsuchenden werden auch dafür sorgen, dass wir noch mehr Bedarf in diesem Bereich haben werden. Wir haben dafür 1,2 Millionen Euro bereitgestellt. Das heißt, wir stellen uns auch dieser Herausforderung, meine sehr geehrten Damen und Herren. Torsten Wolf hat auch schon darauf hingewiesen: Nur fehlende Investitionen in Bildung kommen uns perspektivisch teurer zu stehen als Investitionen in Bildung.

Schulsozialarbeit ist uns ein sehr wichtiges Anliegen. Deswegen haben wir uns im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir das Landesprogramm für Schulsozialarbeit verstetigen und für 2015 folgerichtig auch 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Arbeit der 260 Schulsozialarbeiterinnen, die Sie von der AfD immer wieder so ein bisschen despektierlich betrachten, ist überaus wertvoll und wird an den Schulen auch dringend gebraucht. Für den Doppelhaushalt gilt es nun, auch alles daran zu setzen, dass wir zukünftige Ta-

(Abg. Rothe-Beinlich)

rifsteigerungen mit abdecken. Wir werden uns sicherlich auch morgen noch direkt mit der GEW auseinandersetzen dürfen, die ihren Protest hier vor unserem Haus angekündigt hat. Perspektivisch jedenfalls wünschen wir uns gerade als Bündnis 90/Die Grünen, dass Schulsozialarbeit ein Regelangebot an allen Schulen wird.

Nun noch zu unseren Änderungsanträgen: Das Azubi-Ticket. Das ist hier heute – glaube ich – noch nicht thematisiert worden. Es hat in den letzten Monaten aber des Öfteren eine Rolle gespielt, vorgebracht von unterschiedlichen Seiten. Dem aufmerksamen Leser unseres Koalitionsvertrags wird es daher sicher nicht entgangen sein, dass wir langfristig ein tragfähiges Konzept genau dafür suchen und erarbeiten wollen. Auch das Verkehrsministerium arbeitet daran. Als ersten Schritt zu einem landesweit einheitlichen Azubi-Ticket haben wir uns entschieden, zunächst die Richtlinie zur Kostenerstattung für Berufsschülerinnen für die Fahrt- und Unterbringungskosten zu überarbeiten und den Kreis der Anspruchsberechtigten auszuweiten sowie dieses besser zu bewerben und anzupassen. Entsprechend wurden auch die Mittel um 100.000 Euro erhöht.

Nun zum Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Endlich!)

Die AfD sieht das Landesprogramm ja sehr kritisch. Ich kann Ihnen zurückgeben, werte Kollegen – das kann ich nur sagen –: So geht es uns mit Ihnen. Interkulturelle Kompetenz tut dringend not, vermutlich auch bei der AfD. Wir jedenfalls haben im Gegensatz zu Ihnen, die das Landesprogramm ja mehr oder weniger in Grund und Boden stampfen wollten, den Haushaltsansatz wieder auf den Vorjahresansatz von 3,9 Millionen Euro angehoben, weil wir sicher sind, dass die Maßnahmen des Landesprogramms ganz dringend benötigt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch zu den freien Schulen will ich kurz zwei Sätze sagen. Es ist richtig, wir tun uns da nicht unbedingt leicht, aber wir haben den Schulen mit einem Ansatz von 146,2 Millionen Euro im Haushalt 12,4 Millionen Euro mehr als im Ist des letzten Jahres zur Verfügung gestellt. Das, glaube ich, ist schon ein erheblicher Unterschied. Gerade von Ihnen, gegen deren Gesetz wir in der letzten Legislatur klagen mussten, müssen wir uns, glaube ich, nicht erzählen lassen, wie man das besser machen kann, sehr geehrter Herr Tischner von der CDU.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit dieser Ausgangsbasis und mit festen Steigerungsraten jedenfalls werden wir die auskömmliche Finanzierung der freien Schulen sicherstellen und

da streiten wir uns auch gern mal bisschen länger, aber wir werden zu einem guten Abschluss kommen.

Wir alle wissen, dass wir gerade mit dem Blick auf die frühkindliche Bildung noch viel zu tun haben. Da haben wir uns sehr vieles vorgenommen. Auch Inklusion wird noch eine große Rolle spielen, Gleiches gilt für die Jugendförderung insgesamt. Dass wir diese Probleme nicht alle auf einmal mit einem Haushalt lösen können, war und ist uns auch allen klar. Deswegen werben wir für gemeinsame Kraftanstrengungen gerade auch für den anstehenden Doppelhaushalt.

Jetzt lassen Sie mich noch zu drei der Änderungsanträge der CDU-Fraktion etwas sagen, die uns ja leider erst vorhin ausgeteilt wurden. Es sind 80 an der Zahl. Ich habe mir mal drei herausgepickt und fange an mit dem Antrag Nummer 25. Da streichen Sie die Reisekosten für diejenigen, die für Gleichstellung und Personalvertretung zuständig sind, auch und gerade für diejenigen, die die Interessen der Schwerbehinderten vertreten. Wenn das Ihre Art und Weise ist, in dem Bereich Politik zu machen, kann ich nur sagen, das tragen wir nicht mit. Auch nicht, wenn man damit 20.000 Euro einsparen könnte.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihr Antrag Nummer 78: Hier streichen Sie 100.000 Euro, Herr Tischner.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Wo lesen Sie ...?)

Das finde ich schon echt spannend. Wir haben hier neulich über die Wichtigkeit der Besetzung der Schulleiterstellen gesprochen und im Ausschuss noch einmal diskutiert, dass genau diese Schulleiterstellen auch im Schulportal noch breiter beworben werden sollen. Sie wollen aber 100.000 Euro genau dafür streichen. Wie das dann funktionieren soll, frage ich mich ganz ernsthaft. Das ist keine seriöse Arbeit, die Sie da abgeliefert haben.

Im Punkt 80 wollen Sie die Reisekosten für das Thillm streichen. Gerade für diejenigen, die externe Evaluation machen, die Beratung in den Schulen vor Ort anbieten, wollen Sie diese 30.000 Euro streichen. Auch das ist mit uns nicht machbar. Deswegen lehnen wir Ihre Änderungsanträge ab.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Tischner, CDU: Das war schon mal sachlicher!)

Präsident Carius:

Für die SPD-Fraktion hat sich Kollegin Pelke noch zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Pelke, SPD:

Herr Präsident, meine Damen und Herren, herzlichen Dank, dass ich noch Zeit habe, ganz kurz etwas zum Sport auszuführen. Herr Tischner, ganz lieben Dank, dass Sie sich Sorgen darum machen, wie denn die SPD mit dem Sport umgeht. Das müssen Sie nicht, wir sind dem Sport nach wie vor verbunden. Wir haben das immer sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, wir haben ganz viele Aktive und Ehrenamtliche im Sport.

(Beifall SPD)

Deswegen bin ich auch immer froh, dass es den Freundeskreis Sport gibt und wir uns dort gemeinsam miteinander austauschen.

(Beifall SPD)

Ich danke Ihnen auch für die Aufforderung, dass wir uns an den Anträgen, die Sie gestellt haben, beteiligen sollen. Ich sage Ihnen jetzt mal ganz persönlich meine Bemerkung: Ja, ich hätte mir im 2015er-Haushalt mehr für den Sport gewünscht – das sage ich ganz deutlich –, aber es ist in einer Koalition so, wie es ist. Da gibt es Kompromisse, da muss man schauen, was man hat, was man ausgeben kann. Da werden Schwerpunkte gesetzt und das haben wir in dieser Koalition für den 2015er-Haushalt getan. Ich komme gleich noch auf einige Einzelheiten. Wir werden das auch im nächsten Doppelhaushalt fortsetzen. Sie werden das beobachten können und Sie werden uns auch beim Wort nehmen dürfen, was die Unterstützung des Sports angeht.

Nur eine Bemerkung: Sie wissen – das habe ich in der Großen Koalition gelernt –, so einfach mal andere Anträge mit abstimmen, das durften wir bei Ihnen nicht und das machen wir auch in dieser Koalition nicht – so einfach ist das.

Wir haben seinerzeit als SPD-Fraktion in den Wahlprüfsteinen festgeschrieben – ich kann Ihnen das auch genau zitieren: „Eine Beteiligung des Landesportbundes an Einnahmen aus der Lotteriesteuer privater Sportwettenanbieter ist denkbar und ein Weg, die Einnahmen des LSB weiter zu stützen und zu erhöhen. Die konkrete Höhe dieser Beteiligung ist noch festzusetzen.“ Dazu stehen wir nach wie vor.

(Beifall CDU, DIE LINKE)

Das Glücksspielgesetz muss zu diesem Zwecke geändert werden. Das Glücksspielgesetz läuft 2016 aus und dann werden Sie mal schauen, wie wir das entsprechend regeln. Wir hatten im Übrigen bei der Diskussion auch die LIGA mit einbezogen, wenn es schon darum geht, dass auch die Finanzen manifestiert und begleitet werden. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt: Sehr wohl werden wir weiterhin etwas tun, was die Investitionen angeht. Auch da haben wir uns sehr deutlich in den Wahlprüfsteinen

des LSB geäußert, was die Finanzierung, die Zuwendung beim Sportstättenbau angeht. Dass das verstärkt werden muss, darüber brauchen wir nicht zu reden. Das ist einfach so und demzufolge gehe ich davon aus, dass diese Koalition – und ich schaue insbesondere in Richtung Knut Korschewsky –, ich glaube, wir werden das auch gemeinsam packen, dass wir dann hier die Mittel verstärken und – im Klartext – anheben.

Wir haben aber schon etwas getan, weil Sie sich auch ganz deutlich geäußert haben, was der Thüringer Spitzensport alles so braucht. Er braucht verlässliche politische Aussagen. Jawohl, zur Halle in Bad Langensalza hat sich die Ministerpräsidentin a. D. Lieberknecht sehr deutlich geäußert, dazu hat sich der Ministerpräsident Ramelow geäußert, dazu hat sich die stellvertretende Ministerpräsidentin Taubert geäußert. Das haben wir alles geklärt, dazu gibt es einen Antrag.

Wir haben einen Antrag der Linken, SPD, Bündnis 90/Die Grünen – Einzelplan 10. Da haben wir die Erläuterung wie folgt gefasst: Dass nämlich insbesondere für den Aus- und Umbau der für den Spitzensport notwendigen Sporthallen in Eisenach, Suhl und Bad Langensalza 2 Millionen Euro festzuschreiben sind. Das gehört in diesen Haushalt, das weiß Herr Grob auch ganz genau, weil solche Mittel für die Bereiche Suhl, Eisenach und Bad Langensalza natürlich nicht aus dem Sporthaushalt genommen werden dürfen. Das wäre ja noch schöner, dann hätte ich wahrscheinlich auch eine andere Position zur Multifunktionsarena, wenn diese aus dem normalen Sportförderetat gekommen wäre. Ist sie aber nicht und demzufolge bin ich auch für diese Arena. So viel dazu, ansonsten haben wir weiterhin noch einen Antrag eingebracht, was den Sport angeht.

Wir haben die Landeszuschüsse an Sportvereine und Sportverbände um 90.000 Euro erhöht, um insbesondere das Engagement der Sportvereine bei der Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen finanziell besserzustellen. Da kann ich auch nur noch mal feststellen, dass der Sport ganz viel für Integration gemacht hat, macht und weiter tun wird. Deswegen wollen wir dieses Engagement der Sportvereine ganz besonders unterstützen. Das ist sicherlich auch noch nicht ausreichend, darüber sollten wir – da stimme ich Ihnen zu – 2015/2016 noch mal nachdenken, was wir noch mehr tun können.

Damit, denke ich, wird deutlich, die SPD-Fraktion, die Koalition steht zum Sport. Wir sind im ständigen Austausch und wir wollen, dass gerade die Sportvereine, das Ehrenamt, alles, was damit zu tun hat, gestützt wird. Wir wissen, dass die Rahmenbedingungen, was räumliche Dinge angeht, und natürlich auch die entsprechende finanzielle Begleitung insgesamt notwendigerweise gebraucht werden. Diese

(Abg. Pelke)

Koalition steht an der Seite des Sports und das werden wir auch für die nächsten Haushalte zeigen. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Ich habe eine Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Kobelt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben noch rund 1 Minute Redezeit.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident, der Sporthaushalt von Rot-Rot-Grün gibt für die Gemeinden, Städte und Sportvereine und -verbände zunächst erst einmal Planungssicherheit. Es erfolgt eine moderate Steigerung auch von Investitionen trotz des knappen Gesamthaushalts. Es ist natürlich klar, dass in einem halben Jahr Bauzeit – wer ein bisschen aus dem Bau kommt, weiß das auch – nicht die Mittel von einem ganzen Jahr verbaut werden können. Deswegen vergleichen Sie mal die Zahlen auch mit den Zahlen des letzten Jahres mit dem halben Haushalt, da sehen Sie, dass es da eine Steigerung gibt und in den nächsten Doppelhaushalten werden wir auch bei den Sportstätten noch zusätzliche, höhere Investitionen einstellen. Da ist sich die Koalition – Frau Pelke hat es schon gesagt – sehr einig und 2016/2017 wird es dann noch einmal einen Schwung geben.

Die rot-rot-grüne Koalition steht zu Sportvereinen, Jugendarbeit und Investitionen für Sportstätten. Der Änderungsantrag der Koalition sieht eine Steigerung des Titels Sportförderung, Zuschüsse an Vereine in Höhe von 90.000 Euro vor. Bündnis 90/Die Grünen wird sich vor allen Dingen neben dem Spitzensport für Breitensport und Jugendarbeit einsetzen. Gerade im Bereich von neuen Aufgaben sind viele Vereine vorbildwirkend, was Integration von Flüchtlingen angeht.

Präsident Carius:

Ihre Redezeit geht zu Ende.

Abgeordneter Kobelt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Das wollen wir unterstützen und haben dort einen ersten Schritt gemacht und das wird im Doppelhaushalt verstetigt werden. Da freuen wir uns auch auf Ihre Zustimmung.

(Zwischenruf Abg. Grob, CDU: Sie müssen auch nicht lügen!)

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Ich habe noch eine Wortmeldung. Bitte Herr Korschewsky. Es sind noch 20 Sekunden, die Sie haben. Wenn Sie sich knapp fassen, können Sie viel zum Ausdruck bringen.

Abgeordneter Korschewsky, DIE LINKE:

Herr Präsident, ich mache es ganz kurz. Wir brauchen eigentlich die Ansätze der Oppositionsfraktionen nicht, etwas für die Stadt Eisenach einzustellen. Wir haben es eingestellt.

Aber ich will eines sagen und das muss gesagt werden: Wir wussten seit vielen Jahren und Sie wussten auch, dass die Eisenacher Handballer nur noch unter Ausnahmegenehmigung gespielt haben. Sie hätten das als damalige Regierungskoalition schon lange ändern können.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt ist es so, dass die Eisenacher Handballer – gerade ist die Meldung reingekommen – keines ihrer Heimspiele zu Hause austragen können. Das können Sie nun wirklich nicht der neuen Koalition vorwerfen. Das müssen Sie sich selber in die Schuhe schieben.

Präsident Carius:

Herr Korschewsky, wir nähern uns den 40 Sekunden.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

Dr. Klaubert, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten, ich zitiere mal aus dem Koalitionsvertrag, und zwar Seite 1: „Wir setzen neue Impulse für gute Bildung vom Kindergarten bis zur lebenslangen Weiterbildung.“ Das Schöne an diesem Koalitionsvertrag ist, dass von der Bildungsministerin bis zur Finanzministerin und denen, die in den Fraktionen diese Themen tragen, alle einer Meinung sind, diesen Koalitionsvertrag so umzusetzen und wir da nicht gegeneinander stehen. Wir wollen mehr Chancengerechtigkeit für alle Kinder und Jugendlichen in Thüringen, und wer Unterstützung braucht, sollte diese auch bekommen.

Mit dem neuen Zuschnitt des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport haben wir die Möglichkeit, diese Ansätze miteinander zu verbind-

(Ministerin Dr. Klaubert)

den und ich sage auch, in den Haushaltsberatungen und auch in manchen Beratungen untereinander haben wir gemerkt, dass uns das allen gut zu Gesicht steht.

Mit dem Haushaltsentwurf 2015 stärken wir die Bedingungen für Bildung, Jugend und Sport und ich danke insbesondere meinen Kolleginnen aus den Fraktionen, aus den Koalitionsfraktionen, dass sie auf die eine oder andere Schwerpunktsetzung und die haushalterische Untersetzung bereits eingegangen sind.

Ich kann zunächst feststellen: Wir statten die Schulen in Thüringen besser aus und wir bringen mehr Personal an die Schulen. Es ist des Öfteren benannt worden: Die Vorgängerregierungen haben uns in schwieriger Situation Lehrerzimmer hinterlassen, in denen die Altersdurchmischung nicht stimmt. Und ja, wir brauchen dringend mehr junge und gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen. Es ist auf den Koalitionsvertrag hingewiesen worden. Wir bringen insgesamt 500 neue Lehrerinnen und Lehrer an die Schulen und ich sage, 179 haben wir bereits zum Februar an die Schulen gebracht. Die sind schon da und die nächsten werden wir jetzt einstellen und das werden unbefristete Stellen sein. Alle diese Stellen sind unbefristete Stellen und ich frage mich, wo hier verschlafene Zeit oder eine angezogene Handbremse bemerkt wird, wenn wir im Moment sogar feststellen können, dass wir in den Einstellungsgesprächen zahlreichen jungen Kolleginnen und Kollegen die Chance geben, im Schuljahr 2015/2016 an ihren Schulen zu sein. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren ist allein diese Zahl ein Aufwuchs um ein Viertel und es ist bereits darauf hingewiesen worden, dass auch die vergangene Koalition eine Einstellung von 2.500 Lehrerinnen und Lehrern wollte, aber dies scheiterte am Finanzminister. Das ist ein Fakt und ich bin der Finanzministerin sehr dankbar dafür, dass wir in intensiven Beratungen auch die Möglichkeit gefunden haben, die Vertretungsreserve zu etablieren. Da wird so ein bisschen lächerlich reingeringelt, das sind ja nur Leerstellen. Ja, wir können sie aber dauerhaft erst einmal für die Vertretungsreserve zur Verfügung stellen und wir haben damit die Gewähr, weil wir gleich das Verfahren gefunden haben, die Vertretungsreserve mit in den Einstellungskorridor zu bringen, sodass wir mit dem Schuljahr 2015/2016 mit dieser Vertretungsreserve starten. Und ja – und das wissen Sie auch –, wir werden diese zunächst in befristeten Arbeitsverhältnissen haben. Das befriedigt uns alle nicht, ich glaube, nicht einmal die Finanzministerin befriedigt das vor dem sachlichen Hintergrund, aber wir haben zum ersten Mal die Möglichkeit, das zu realisieren.

(Beifall DIE LINKE)

Nächste Anmerkung: Zu den Referendaren haben wir uns im letzten Bildungsausschuss erst verständigt und wir haben die haushalterischen Voraussetzungen gelegt und ich habe Ihnen dort sehr deutlich gesagt, woran es liegt, dass wir manche Bedarfe im Moment nicht erfüllen können. Es liegt insbesondere bei den Lehramtsanwärtern in den Gymnasien an den Fachleitern, die wir zum Teil im Moment nicht dafür finden, weil wir erst einmal die entsprechenden Stellen ausstatten und die Vertretungsreserve sichern müssen. Sie wissen auch, dass wir den Referendaren im Laufe dieser zwei Jahre ihre Möglichkeit zur Referendariatszeit sichern werden. Dazu sind wir verpflichtet. Also bitte, wo ist hier die angezogene Handbremse?

(Beifall DIE LINKE)

Nächstes Problem: Die Anforderungen an Schule haben sich verändert. Gesellschaftliche Bedingungen bilden sich natürlich auch in den Klassenzimmern ab. Das ist nicht neu, aber das verstärkt sich zum Teil. Deswegen brauchen wir an den Schulen neben den Lehrerinnen und Lehrern auch zunehmend multiprofessionelle Teams. Ich bin sehr froh, dass in diesem Haushaltsentwurf das Schulsozialprogramm, welches ein wirklicher Erfolg ist, fortgeschrieben wird und dass wir auch mit den Verpflichtungsermächtigungen für das Jahr 2016 und hoffentlich auch mit dem Haushaltsansatz 2016/2017 dieses Programm so verstetigen können, dass wir die knapp 200 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an rund 270 Schulen in Thüringen im Einsatz behalten können. Das sind hoch qualifizierte Fachkräfte

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ich habe sie ausdrücklich ermuntert, nicht aus Thüringen wegzugehen, weil wir ihnen die Perspektive geben wollen. Nur als Anmerkung dazu: Weiterhin geben wir 10 Millionen Euro für die örtliche Jugendarbeit. Auch das wollen wir so beibehalten und am besten noch aufstocken.

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, an den Thüringer Schulen gibt es derzeit etwa 5.000 Schülerinnen und Schüler nicht deutscher Herkunftssprache. Die Tendenz ist steigend. Es wird allerorten über das Thema gesprochen, wie es denn aussieht, wenn uns zunehmend mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ins Land kommen. Da gibt es große Probleme, die wir lösen müssen. Das ist zum einen die Frage des Erlernens von Deutsch als Zweitsprache. Auch hier bin ich sehr froh, dass es uns gelungen ist, im harten Ringen miteinander, im Verständnis der Sache und im Verständnis der haushalterischen Möglichkeiten, die Stellenäquivalente für 50 Stellen für Deutsch als Zweitsprache zur Verfügung zu stellen. Auch vor dem Hintergrund, dass wir ein hohes Maß an Flexibilität brauchen, wir unterschiedliche Möglichkeiten

(Ministerin Dr. Klaubert)

nutzen können, wie wir Deutsch als Zweitsprache in den unterschiedlichen Regionen anbieten können, denn Sie wissen alle: Es gibt Regionen, die haben mehr und es gibt Regionen, die haben weniger Erfahrung. Auf dem Flüchtlingsgipfel gab es eine gute Debatte darum, wie wir uns gegenseitig helfen können und uns die besten Praxisbeispiele gegenseitig zeigen können. Also: 500 Neueinstellungen, 100 Vertretungsreserven, rund 200 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter und die personelle Unterstützung für 50 Stellenäquivalente für Deutsch als Zweitsprache – ich finde, das kann sich sehen lassen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun haben Sie – meine Kolleginnen aus den Fraktionen sind darauf noch einmal eingegangen – auch gesagt, auf der einen Seite geht es um das, was in der Schule ist, auf der anderen Seite geht es auch um die bauliche Substanz. Mit den 2,2 Millionen Euro für das Jahr 2015, die im Etat von Frau Keller verankert sind, haben wir den Start genommen in eine Ausstattung von Schulen, die sich entsprechend der inhaltlichen Konzepte gestalten lässt. Wir haben Qualitätssicherung im Blick.

Auf einige Dinge möchte ich noch eingehen, weil die Frage der freien Schulen benannt worden ist: Wissen Sie – Astrid Rothe-Beinlich hat es bereits gesagt –, mit dem Haushalt steigen wir in das Finanzierungsmodell ein, welchem ein Festbetragsmodell zugrunde liegt, und wir folgen den Vorgaben des Thüringer Verfassungsgerichts. Sicher, wir haben das eine oder andere noch auszustreiten. Aber da sage ich Ihnen auch: Um die letzte Formulierung streite ich lieber mit unserem Koalitionspartner, mit Bündnis 90/Die Grünen und der sozialdemokratischen Seite, mit der Finanzministerin und unseren fachlichen Experten als mit Ihnen von der CDU, die Sie ein 10-Millionen-Mogelpaket auflegen, welches sowohl Marion Rosin als auch Astrid Rothe-Beinlich bereits bewertet haben. Was Sie machen, ist das Ausspielen von freien Schulen gegen staatliche Schulen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was wir wollen, ist die gemeinsame Verantwortung von staatlichen Schulträgern, von privaten Schulträgern, von kirchlichen Trägern –

(Unruhe CDU)

also das gemeinsame Arbeiten an einer Bildungslandschaft. Ich sage Ihnen auch: Wir kriegen das hin. Sie wissen auch, wie gern Medien manchen Konflikt aufgreifen, der im Inneren gar nicht so heftig ist, als er sich nach außen in Überschriften darstellen lässt. Wir bekommen einen Gesetzesentwurf über die freien Schulen hin! Sie werden sehen, er folgt allen Ansprüchen des Verfassungsgerichts.

12,3 Millionen Euro mehr im Jahr 2015 – mehr als ein ganzes Schulsozialarbeiterprogramm –, ich bitte Sie, wo ist da die angezogene Handbremse oder Verschlafenheit von Regierungspolitik!

(Beifall DIE LINKE)

Als letzte Anmerkung sei mir noch gestattet, die Frage der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu beleuchten. Der Gesetzesentwurf des Bundes ist als Referentenentwurf seit dem 9. Juni vorliegend. Wir wissen, dass wir in jedem Fall mehr Flüchtlinge bekommen und dass in unserem Haus die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge mit all ihren Problemlagen und all ihrem Bedarf an Unterstützung thematisch anliegen. Wenn wir allein von den bisherigen Prognosen ausgehen und die knapp 500 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erhalten, bedeutet das einen Aufwuchs im Haushalt von im Moment etwas über 4 Millionen Euro – 4,2 Millionen Euro exakt – auf etwa 38 Millionen Euro. Ich frage Sie, wenn der Bund, wie er bisher verkündet, dort nicht mithilft, wie sollen wir denn diese Aufgabe stemmen? Da sage ich gleich für Kollegen Lauinger noch dazu, was dann über 18 Jahre alt ist, ist natürlich auch zu organisieren. Wir haben Clearingstellen einzurichten. Wir wollen mit den Kindern und Jugendlichen und ihren Begleitpersonen arbeiten. Wenn uns da keine Unterstützung des Bundes angeboten wird, dann frage ich mich, wie wir das in den nächsten Haushalten 2016, 2017, 2018, 2019 stemmen wollen. Es wird keine rückläufigen Zahlen geben. Alle Sprachen der Weltpolitik zeigen uns, dass wir hier ein Hilfsangebot unterbreiten müssen, dass es einen Gesetzesentwurf geben wird und dass wir ihn auf der Landes- und übrigens dann auch auf der kommunalen Ebene umsetzen müssen.

Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Haushaltsentwurf ist mehr als ein Zahlenwerk. Ein Haushaltsentwurf zeigt, wie wir Thüringen gestalten wollen und wo wir Schwerpunkte setzen. Wir als rot-rot-grüne Koalition sagen, Thüringen ist ein gutes Land für junge Leute und Familien. Wir sagen, in diesem Land wird jedes Kind seine faire Chance erhalten, egal wo es herkommt und was seine Eltern verdienen. Wir sagen, wir übernehmen auch Verantwortung für andere Menschen, die zu uns kommen oder denen es nicht so gut geht. Das ist das Land, wie wir es uns vorstellen, und da bin ich beim Eingangssatz aus dem Koalitionsvertrag. Deshalb: Ich bedanke mich für die Zusammenarbeit mit den Fraktionen. Ich bedanke mich übrigens auch für Ihre sehr sinnvollen Änderungsanträge, Sie haben sie noch einmal selbst eingebracht. Und ich wünsche mir, dass Sie diesem Haushalt im Einzelplan 04 – über 1 Milliarde Euro schwer – zustimmen. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Carius:

Vielen Dank. Die Redezeit der Fraktionen verlängert sich noch einmal um 2 Minuten. Wortmeldungen sehe ich dennoch nicht, sodass ich die Aussprache zum Einzelplan des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport beende.

Ich rufe auf den Einzelplan 05 – Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

Die Redezeiten sind Ihnen bekannt und ich rufe auf Herrn Abgeordneten Scherer für die CDU-Fraktion.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Herr Präsident, liebe Abgeordnetenkollegen, der Einzelplan 05 – bisher ausschließlich Haushalt der Justiz – war ein sogenannter reiner Verwaltungshaushalt, geprägt bei den Einnahmen durch Gerichtskosten von rund 66 Millionen Euro und Geldstrafen von 15 Millionen Euro und bei den Ausgaben vor allem für Personalausgaben von mehr als 200 Millionen Euro und rund 130 Millionen Euro für sächliche Verwaltungsausgaben. Was man sich darunter vorstellen kann, sind zum Beispiel 25 Millionen Euro für Betreuungskosten, 10 Millionen Euro für beigeordnete Rechtsanwälte oder zum Beispiel auch 18 Millionen Euro für Sachverständige.

Weil es ein Verwaltungshaushalt war, gab es dazu auch wenig Spielraum und wenig Diskussionsbedarf. Das hat sich jetzt wesentlich geändert, denn jetzt gehört zum Einzelplan 05 auch der „Verbraucherschutz“ und das Thema „Migration“. Beim Thema „Migration“ gibt es dann gleich einen Knackpunkt, auf den ich noch zurückkomme.

Zuerst aber noch zu den direkten Justizthemen. Justizthemen deshalb, weil wir zur Gegenfinanzierung der von uns zur Aufnahme in den Haushalt beantragten kommunalen Dividende von 24 Millionen Euro auch Titelminderungen im Justizhaushalt vorgeschlagen haben. Kommunale Dividende heißt, Landeszuweisungen für die Kommunen sollen 2015 ebenso hoch wie 2014 bleiben und dafür muss die Finanzausstattung der Kommunen um 24 Millionen Euro aufgestockt werden, was im Haushalt der Regierung eben nicht vorgesehen ist.

Für den Justizhaushalt will ich nur die großen Brocken bei den Einsparungen dafür erwähnen: zum Beispiel eine Kürzung des Titels 632 72 – Kosten der Unterbringung Gefangener in Justizvollzugsanstalten anderer Länder mit 1,12 Millionen Euro –, die sind aus unserer Sicht zu kürzen. Hier waren 2014 1,28 Millionen Euro angesetzt, ausgegeben worden sind 684.000 Euro, und jetzt sind für 2015 2,4 Millionen Euro angesetzt, eine offensichtliche Luftnummer. Die vorgesehene Erhöhung bei den Zuschüssen für den Verbraucherschutz nehmen wir mit 200.000 Euro wieder zurück, ebenso 100.000 Euro von 150.000 Euro

vorgesehener Erhöhung beim Titel 538 69 – Ausgaben für sonstige Dienstleistungen. Es bleiben dann in dem Titel immer noch mehr, als 2014 ausgegeben wurde. Schließlich als Beispiel noch eine Kürzung um 100.000 Euro beim Aufwuchs für Maßnahmenträger für berufliche Bildung der Gefangenen; das ist der Titel 671 73. Hier steht einem Ist 2014 von 272.000 Euro ein derzeitiger Ansatz von 400.000 Euro gegenüber. Auf die weiteren Kürzungsvorschläge gehe ich wegen der begrenzten Zeit nicht weiter ein. Nur als Beispiel noch 19.000 Euro Kürzung aus unserer Sicht für rechtswissenschaftliche Symposien. Da war bisher auch der Ansatz wesentlich niedriger. Das braucht man in dieser Höhe nicht. Wie gesagt, das sind im Einzelplan 05 vorgesehene Kürzungen von uns zur teilweisen Gegenfinanzierung der kommunalen Dividende von 24 Millionen Euro.

Damit kann ich dann direkt an einen uns sehr wichtigen Punkt für die Kommunen anschließen, an den von uns eingebrachten Antrag „Kommunen entlasten und Schuldentilgung erhöhen“. Wir beantragen, den Haushalt dahin zu ändern, dass ein neuer Titel im Kapitel 05 02 ein neuer Titel ausgebracht wird, der Titel 613 72 – Kommunale Entlastungspauschale – mit einem Ansatz von 26 Millionen Euro.

Wir sind damit beim Thema enorm ansteigender Aufwendungen der Kommunen im Asylbereich. Wir alle wissen, dass die Anzahl der Asylantragsteller stark zugenommen hat und noch weiter steigen wird. Das führt unbestritten auch zu höheren Aufwendungen für das Land, das den Kommunen Kosten nach der Flüchtlingskostenerstattungsverordnung zu ersetzen hat. Aber, das wissen wir auch alle, die sich im Asylbereich auskennen, damit waren bisher schon die Kosten der Kommunen nicht gedeckt. Durch die ansteigenden Asylbewerberzahlen steigen diese ungedeckten Kosten der Kommunen exorbitant an. Dabei verschärft die Landesregierung die Situation noch dadurch, dass sie erklärmaßen ihre Abschiebepflichten nicht erfüllen will, sondern stattdessen den Bund um Geld bittet.

(Beifall AfD)

Ja, so ist es.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Polemisch!)

Und der Bund will hier auch tatsächlich helfen. Aber eben nicht dem Land, er will den Kommunen helfen, und zwar mit einer Entlastung von 500 Millionen Euro, die schon Gesetzesform hat und mit einer durch die Bundesregierung als Ergebnis des Asylgipfels vor ein paar Tagen zugesagten Verdoppelung dieses Betrags auf 1 Milliarde Euro. Damit sollen die Thüringer Kommunen im Asylkostenbereich mit insgesamt 26 Millionen Euro entlastet werden. Im Entwurf des Bundesgesetzes ist dazu Folgendes festgehalten – und ich darf daraus zitieren

(Abg. Scherer)

ren –: „Die Länder haben eine entsprechende Weitergabe der vom Bund erhaltenen Mittel an die Kommunen zugesagt, soweit die Kommunen Kostenträger bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern sind.“ Das findet sich in der Gesetzesbegründung unter V dem Wortlaut nach ebenso wieder. Deshalb fordern wir, dass diese am 11.12.2014 zwischen dem Bund und den Ländern getroffene Vereinbarung auch eingehalten wird und die Hilfe des Bundes direkt und ohne Kürzung an die Kommunen weitergereicht wird.

(Beifall CDU)

In der gemeinsamen Pressemitteilung von Thüringischem Landkreistag und Gemeinde- und Städtebund vom 16.06.2015 wird genau dies ebenso gefordert. Ganz richtig sehen die Verbände, dass nach dem Regierungshaushalt Folgendes passiert, und ich zitiere aus der Pressemitteilung des Thüringischen Landkreistags und des Gemeinde- und Städtebunds: „Dieser Zusage kommt der Freistaat Thüringen nicht nach, sondern verwendet diesen Betrag zur Verbesserung der eigenen Haushaltssituation.“ Genauso ist es im Haushalt auch vorgesehen. War das bisher bei 13 Millionen Euro schon unerträglich, wird es zum Skandal, wenn das Land auch noch die weiteren 13 Millionen Euro für sich vereinnahmen will. Was sind Vereinbarungen der Länder mit dem Bund noch wert, wenn sich Thüringen nicht daran zu halten gedenkt?

(Beifall CDU)

Aber es ist typisch für die Landesregierung und die Regierungskoalition, große Sprüche zu machen, wenn es um die menschenwürdige Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern geht. Andere Länder schaffen Fakten und leiten dieses Geld des Bundes eins zu eins an die Kommunen weiter, so zum Beispiel Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Rheinland-Pfalz.

(Beifall CDU)

Thüringen gibt keinen Cent an die Kommunen weiter. Landesregierung und Regierungsparteien benehmen sich hier wie ihre Kollegen in Griechenland. Zusagen werden einfach nicht eingehalten.

(Beifall CDU)

Man kann hier große Reden gegen Gemeinschaftsunterkünfte und für Einzelunterbringung halten und den erheblichen Aufwand, den Mehraufwand für die Kommunen dann schlicht negieren.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Scherer, der Abgeordnete Kuschel möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Abgeordneter Scherer, CDU:

Wenn hinterher noch Zeit ist. Landkreistag, Gemeinde- und Städtebund und die CDU-Fraktion sind sich völlig einig: Es gibt nicht nur den Anspruch der Kommunen auf Durchreichung der 26 Millionen Euro, es gibt die dringende Notwendigkeit hierzu, wenn wir dem Anspruch auf menschenwürdige Unterbringung und Betreuung gerecht werden wollen. Also, liebe Mitglieder der Koalitionsfraktionen, springen Sie über den Schatten und stimmen Sie für unseren Antrag und damit für die Flüchtlinge und Asylbewerber in unserem Land und lassen Sie nicht wahr werden, was Herr Landsberg, der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, sagte – und da darf ich ihn wieder zitieren –, er sagte: „Wir kennen leider die klebrigen Hände vieler Länderpolitiker.“

(Beifall CDU, AfD)

(Zwischenruf Abg. Harzer, DIE LINKE: Ja, da kennt ihr euch ja aus! Ihr habt es ja selber gemacht!)

Nein, wir reden jetzt von euch, nicht von uns.

(Beifall CDU)

Wir reden von 26 Millionen Euro, die das Land für sich vereinnahmen will, obwohl es der Bund ausdrücklich für die Kommunen zur Verfügung gestellt hat,

(Zwischenruf Abg. Höhn, SPD: So ein fachlicher Quatsch!)

und dem das Land Thüringen auch zugestimmt hat und sich jetzt einen Teufel darum schert. Genau darüber reden wir.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Das ist ein intellektueller Unfug, den Sie hier veranstalten!)

Wenn Sie schon am Springen sind, dann können Sie gleich noch mal springen und einen Missstand beseitigen, der für 2015 letztlich nichts kosten würde und auch danach jährlich nur ein paar Tausend Euro kostet. Wir hatten noch dafür gesorgt, dass die Justizwachtmeister vom einfachen Dienst in den mittleren Justizdienst eingestuft werden. Im Haushalt findet sich deshalb zu Recht im Stellenplan bei 05 04 die Streichung der Stellen im einfachen Dienst und der Ausweis von 187 Stellen in A 6 des mittleren Dienstes. Was dabei übersehen wird, ist, dass es jetzt keinerlei Stufung in diesem Bereich mehr gibt, das heißt, der bisherige Leiter einer großen Justizwachtmeisterei mit zum Beispiel 20 Beschäftigten wird zukünftig in derselben Gehaltsstufe entlohnt wie der gerade neu eingestellte Beschäftigte in der Wachtmeisterei. Zumindest für Leiter großer Wachtmeistereien wird dies ihrer Aufgabe und Verantwortung überhaupt nicht gerecht. Das ist nicht hinnehmbar. Wir bringen deshalb den

(Abg. Scherer)

Antrag ein, im Einzelplan 05 Kapitel 05 04 Titel 422 01 nur sechs Stellen von den 187 Stellen in A 7 hochzustufen. Sechs Stellen, was zukünftig einen jährlichen Mehrbetrag von insgesamt, für alle sechs Stellen zusammen, nur rund 10.000 Euro ausmacht. Dies sollte überhaupt keine weitere Diskussion mehr nötig machen und es ist nur ein ganz kleiner Schatten, über den Sie da springen müssen. Aber an diesem Beispiel wird sich zeigen, wie ernst Sie es damit nehmen, gerade in den untersten Gehaltsgruppen für eine angemessene Entlohnung zu sorgen. Die namentliche Abstimmung wird Ihr Engagement oder eben auch Ihr Nichtengagement zeigen und das nach außen entsprechend dokumentieren. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Kann Abgeordneter Kuschel Ihnen jetzt noch eine Frage stellen?

Abgeordneter Kuschel, DIE LINKE:

Danke, Frau Präsidentin. Sie hatten in Ihren Ausführungen auf Sachsen-Anhalt verwiesen, das die Bundesmittel eins zu eins durchreicht. Können Sie sagen, wie hoch der Erstattungsgrad für die Zweckkosten der Unterbringung für Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu Thüringen ist?

Abgeordneter Scherer, CDU:

Das kann ich Ihnen für Sachsen-Anhalt nicht sagen. Ich kann Ihnen mal für Thüringen sagen, dass das, was das Land Thüringen erstattet, im Moment so nicht ausreicht. Nämlich wenn ich gerade keine Gemeinschaftsunterkünfte haben will, sondern Einzelunterbringung präferiere,

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Wer hat es gemacht, Herr Scherer? Sie haben es gemacht!)

dann führt das genau dazu, dass ich einen wesentlich höheren Aufwand habe. Das wissen Sie doch genauso gut wie ich. Sie haben ja jetzt selbst einen Entschließungsantrag gestellt, die Flüchtlingskostenerstattungsverordnung zu ändern und mehr reinzuschreiben, gerade deshalb. Aber da reicht eben ein Entschließungsantrag nicht aus, da muss man dann auch Geld dafür auf den Tisch legen. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat die Abgeordnete Berninger das Wort.

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Scherer, jetzt haben Sie mich so richtig aufgebracht.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Ja, das glaube ich!)

Aber ich werde trotzdem an meinem Redemanuskript bleiben, aber auf das von Ihnen Gesagte zurückkommen.

Meine Damen und Herren, der Einzelplan 05 des Ministeriums für Migration, Justiz und Verbraucherschutz war eine Herausforderung nicht für die Koalition, sondern sicherlich auch für das Ministerium selbst. Es ist nicht allein die Umstrukturierung, die Neuordnung der Bereiche Flüchtlings- und Asylpolitik sowie des Verbraucherschutzes und auch nicht allein die gestiegene Zahl in Thüringen ankommender Flüchtlinge, die eine Herausforderung darstellten. Eine große Herausforderung hat uns auch die vorige Landesregierung hinterlassen, Herr Scherer, zum Beispiel mit dem Justizvollzugsgesetzbuch und dem darin richtig festgeschriebenen hohen Anspruch an Diagnoseverfahren, Resozialisierung und Entlassungsvorbereitung. Und diese Herausforderung ist mit dem heute vorliegenden Haushalt noch nicht gemeistert, meine Damen und Herren. Hier werden wir in Vorbereitung des Doppelhaushalts noch viele Anstrengungen unternehmen müssen, um dem Anspruch dieses Justizvollzugsgesetzbuchs gerecht werden zu können.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine weitere Herausforderung haben uns das CDU-geführte ehemalige Innenministerium und auch die CDU-geführte Bundesregierung hinterlassen, nämlich dadurch, dass sehenden Auges unterlassen wurde, das Land als auch die Thüringer Kommunen auf die absehbar steigenden Flüchtlingszahlen vorzubereiten, meine Damen und Herren.

Die dritte Herausforderung ist, die Hinterlassenschaft einer bisher und über viele Jahre repressiven Flüchtlingspolitik trotz gestiegener Flüchtlingszahlen so zu verändern, dass Thüringen den Ansprüchen einer humanitär- und menschenrechtsorientierten Flüchtlings- und Integrationspolitik gerecht werden kann, so wie sich das Rot-Rot-Grün vorstellt und gestalten möchte.

(Beifall DIE LINKE)

Und da gehört die ehrliche Debatte zur Flüchtlingskostenerstattungsverordnung und der von Ihnen im letzten Sommer noch vorgenommenen Änderungen noch mit in die Debatte rein. Sie haben nämlich im letzten Sommer noch dafür gesorgt, dass die positive Tendenz zur dezentralen Unterbringung in Thüringen wieder umgekehrt werden sollte, indem eben die Investitionspauschalen nur für neu zu schaffen-

(Abg. Berninger)

de Gemeinschaftsunterkünfte zur Verfügung gestellt werden sollten.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren der CDU-Fraktion, es stimmt: Der Koalitionsvertrag ist mit dem Landeshaushalt 2015 noch nicht in Gänze umgesetzt. Aber wir gehen erste Schritte, vielleicht Schritte, die dem einen oder der anderen noch zu kurz erscheinen, dem Flüchtlingsrat Thüringen beispielsweise, der neuerdings mit seinen Forderungen sogar in den Stellungnahmen der kommunalen Spitzenverbände zitiert wird, ein noch vor zwei Jahren undenkbares Ereignis und ein Fortschritt, den ich unter anderem dem flüchtlingspolitischen Wirken der Koalition zuschreibe. Der Flüchtlingsrat Thüringen beispielsweise ist noch nicht zufrieden, wenn es um den Betreuungsschlüssel geht. Aber wenigstens stimmt bei unseren Schritten, die wir gehen, die Richtung und das ist das Neue an einer Debatte zum Thüringer Landeshaushalt.

Aus den Reihen Ihrer Fraktion zum Beispiel publizierte Pressemitteilungen wie letzte Woche zur finanziellen Absicherung der psychotherapeutischen Behandlung traumatisierter Flüchtlinge halte ich in diesem Zusammenhang für nicht qualifiziert, sondern für reine Profilierungspolemik, gerade wenn Sie von einer Abgeordneten kommt, die jetzt zwar nicht im Raum ist, die ich aber ansprechen möchte, die den repressiven Kurs jahrelang gern mitgetragen hat – Frau Meißner nämlich.

(Beifall DIE LINKE)

Ich halte das für eine Profilierungspolemik auf dem Rücken der betroffenen Menschen, die Ihnen in den Jahren Ihrer Regentschaft eben nicht – lange nicht – so wichtig waren, wie Sie das jetzt vorgeben. Und ich kann Ihnen versichern: Wir werden auch in diesem Punkt unseren Koalitionsvertrag erfüllen.

Das unterschiedliche Verständnis seitens der Regierungskoalition auf der einen und der CDU-Fraktion auf der anderen Seite in Fragen der Resozialisierungsfunktion des Strafvollzugs und der Nachbetreuung wird am genau gegensätzlichen Umgang mit dem Mittelansatz für die Bewährungs- und Straffälligenhilfe deutlich, meine Damen und Herren. Während Rot-Rot-Grün nach Signalen aus der Praxis wegen des ungedeckten Bedarfs und nicht zu bewältigenden Arbeitsandrangs gegenüber dem Haushaltsansatz 2014 deutlich Mittel aufgestockt hat – nämlich auf 500.000 Euro –, schlägt die CDU vor, die Mittelaufstockung wieder um mehr als die Hälfte, nämlich um 100.000 Euro zurückzufahren. Hier empfehle ich Ihnen, Herr Kowalleck oder auch Herr Scherer, sich mal mit den Mitgliedern Ihrer Fraktion in der Strafvollzugskommission zu unterhalten und ernst zu nehmen, was die Abgeordneten

Floßmann, Lehmann und Schulze über den Stand der Umsetzung des Justizvollzugsgesetzbuchs zu berichten wissen, und wie notwendig die Straffälligenhilfe gebraucht wird, meine Damen und Herren.

Dass Aus- und Weiterbildung bzw. Qualifizierung auch und gerade während der Haft ein wichtiger Baustein für eine langfristig wirksame Resozialisierung sind, müsste nach der ausgiebigen Fachdiskussion um das Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch eigentlich auch bei der CDU angekommen sein, zumal die damit befassten Fachpolitiker, wie zum Beispiel Herr Scherer, keine Neulinge in der CDU-Fraktion sind. Dennoch soll – so die CDU – wie in Zeiten früheren Verwahrvollzugs ausgerechnet am Mittelansatz für diese Bildungsmaßnahmen gespart werden. Wir lehnen das ab.

Ähnlich ist es mit dem Änderungsantrag zu den Therapiekosten im Rahmen der Bewährung, und das, obwohl sicherlich auch der CDU bekannt ist, dass immer mehr straffällig gewordene Menschen auch ein Sucht- oder Drogenproblem haben bzw. darin in nicht wenigen Fällen auch eine Ursache der Straffälligkeit liegt.

Noch ein kurzer Blick auf den Teilbereich des Verbraucherschutzes. Hier will die rot-rot-grüne Koalition neben der bereits durch das Ministerium im Entwurf vorgenommenen Aufstockung bei den Zuschüssen für den Verbraucherschutz die Verbraucherinsolvenzstellen finanziell stärken, mit dem Blick auf ihre Präventionsfunktion zum Beispiel, aber auch mit dem Blick auf die langen Wartezeiten bei den Beratungsstellen, die wir für problematisch halten.

Was den CDU-Änderungsantrag zur sogenannten kommunalen Entlastungspauschale betrifft, habe ich hier mal den Duden bemüht, um nichts Falsches zu behaupten und mir einen Ordnungsruf von der Präsidentin einzuhandeln. Dieser Antrag, meine Damen und Herren, ist reiner Populismus. Ich zitieren aus dem Duden: „Populismus ist eine von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen.“

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Das hören die Kommunen gern!)

Und genau das ist es, was Sie mit diesem Antrag machen und was auch die kommunalen Spitzenverbände machen. Sie nehmen eine Dramatisierung der politischen Lage vor. „Dramatisierung“ im Duden übrigens: „etwas aufregender, schlimmer oder bedeutungsvoller darstellen, als es eigentlich ist“, es ist also ein Synonym für Lügen.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Das zu hören, freut sie bestimmt!)

(Abg. Berninger)

„Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern“ so lautet der genaue Titel des Gesetzes, aufgrund dessen Thüringen für 2015 und 2016 13 Millionen Euro vom Bund erhält.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: 26!)

Sie wissen erstens genau, dass Thüringen bereits 95 Prozent der Mittel an die Kommunen durchreicht, dass spitz abgerechnet wird. Und Sie wissen genau, dass der Titel – das haben Sie weggelassen, Herr Scherer – aufgrund der Finanzierungspolitik von – ich meine – vier Bundesländern, darunter nämlich der Freistaat Thüringen, die bereits den Großteil der Mittel weiterreichen, deswegen im Bundesrat geändert wurde und der Zweck des Gesetzes nun im Titel als „Entlastung von Ländern und Kommunen“ benannt ist. Sie stellen die Lage also aufregender und schlimmer dar, als sie eigentlich ist, und zwar um die Gunst der Massen, nämlich der Kommunen und auch der besorgten Bürgerinnen und Bürger zu gewinnen, und zwar im Hinblick auf Wahlen. Damit fischen Sie auch in Reihen, in denen Sie meines Erachtens nicht fischen sollten. Wenn Sie ehrlich wären, dann hätten Sie direkt nach der Berichterstattung des Ausschussvorsitzenden Herrn Abgeordneten Reinholz, der heute Morgen berichtet hat, die Mittel würden an die Kommunen weitergereicht, diesen Antrag zurückziehen müssen.

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Ich denke nicht daran!)

Meine Damen und Herren, zu den rassistisch motivierten Änderungsanträgen von der rechtspopulistischen Seite – hier musste ich nicht nachschlagen – hier im Plenarsaal muss ich tatsächlich zugeben,

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Kein Ordnungsruf?)

dass ich verwundert bin darüber, dass nicht einmal versucht wurde, die rassistische und menschenverachtende Motivation dieser Anträge zu verschleiern, sondern dass Sie das tatsächlich als Begründung so deutlich formuliert haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann nur davor warnen, dass,

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Wir sind nicht rassistisch, Sie sind einfach doof!)

fänden diese und die dahinterliegende menschenverachtende Ideologie ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Brandner, bis jetzt habe ich mich schwer zurückgehalten. Es war in den allgemeinen Ausführungen. Ordnungsrufe gibt es, wenn eine Person

persönlich angegriffen wird, und den kriegen Sie jetzt, Herr Brandner, weil Sie gesagt haben, die Abgeordnete Berninger ist „doof“.

(Zwischenruf Abg. Brandner, AfD: Dabei bleibe ich auch!)

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Und das war auch eine ganz objektive Lüge, muss man sagen.

(Beifall DIE LINKE)

Vizepräsidentin Jung:

Frau Abgeordnete, Entschuldigung. Herr Abgeordneter Brandner, ich verwarne Sie, wenn Sie heute, an diesem Tag noch mal diesen Jargon hier anwenden, verweise ich Sie des Saales.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abgeordnete Berninger, DIE LINKE:

Ich kann nur davor warnen, dass, fänden diese und die hinter diesen rassistischen Änderungsanträgen liegende menschenverachtende Ideologie in Thüringen eine Mehrheit, uns dies teuer zu stehen käme. Thüringen verlöre nicht nur seine Menschlichkeit, Thüringen verlöre auch seine Zukunft.

Ich möchte am Ende meiner Rede noch einen Dank an Herrn Minister Lauinger und Frau Staatssekretärin Dr. Albin und auch die Ministerinnen Dr. Birgit Klaubert und Heike Werner loswerden für den vorgelegten Haushaltsplanentwurf, aber auch für die lösungsorientierte Debatte zu unseren, gerade auch den flüchtlingspolitischen Änderungswünschen. In diesen Dank schließe ich die Haushälter der Koalitionsfraktionen sehr gern mit ein.

Meine Damen und Herren, es ist noch nicht alles umgesetzt, was mir persönlich und sicherlich auch meinen flüchtlingspolitischen Kolleginnen der Koalition am Herzen liegt, aber für den Doppelhaushalt 2016/2017 bin ich sehr optimistisch. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat sich die Abgeordnete Lehmann zu Wort gemeldet.

Abgeordnete Lehmann, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, meine Vorrednerin hat es bereits gesagt. Die Erstellung dieses Haushalts war eine Herausforderung und trotzdem möchte ich noch mal sagen, dass der vorgelegte Haushaltsentwurf

(Abg. Lehmann)

ein deutlicher Schritt zur Verbesserung in der Migrations- und Justizpolitik ist.

(Beifall DIE LINKE)

Ich würde das gern an einigen Beispielen ausführen. Zum Beispiel ist uns die Modernisierung der Justiz ein ganz zentraler Punkt. Wir werden in dem Bereich neue Investitionen vornehmen, unter anderem zum Beispiel zur Verbesserung und zum Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs. Das ist ein wesentliches Ziel, das wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, dass wir bis 2020 flächendeckend elektronischen Rechtsverkehr möglich machen wollen. Dafür werden wir in Fachanwendungen investieren, damit neue Hard- und Software gekauft wird und hier auch Verbesserungen für die Bürgerinnen und Bürger erzielt werden können.

Wir wollen außerdem, und das ist ein anderes Beispiel, gemeinsam mit den Kollegen in Sachsen eine JVA in Zwickau aufbauen, weil das auch ein Beispiel dafür ist, wie man Justizvollzug modernisieren kann, aber auch ein Beispiel dafür, wie länderübergreifende Kooperationen sinnvoll gemacht werden können. Wir wollen damit einen Beitrag dazu leisten, dass Thüringen eine zukunftsfähige Justiz hat.

Eine besondere Herausforderung in dem Haushaltstitel ist allerdings, und da sind wir uns – glaube ich – einig, die Asyl- und Flüchtlingspolitik. Das hat zum einen damit zu tun, dass wir einen Anstieg der Flüchtlingszahlen haben und damit eben schlicht und ergreifend auch mehr Mittel notwendig sind, weil wir Menschen, die aufgrund von Krieg, von Folter, von Diskriminierung, von Ausgrenzung ihre Heimat verlassen müssen, hier ihr Recht auf Asyl gewähren wollen und weil wir ihnen Schutz geben wollen, solange sie das brauchen, und wir sie hier willkommen heißen wollen.

(Beifall DIE LINKE)

Zu einer Willkommenskultur gehört es eben auch, dass wir Menschen ausreichend und gute Unterbringung und Betreuung ermöglichen müssen, und dass hier Investitionen notwendig und richtig sind, das ist ja zumindest für einen Großteil der Abgeordneten hier im Saal unstrittig.

Ein Teil der Wahrheit ist, dass es auch deswegen so ein großes Thema ist, weil das in den vergangenen Jahren vom CDU-geführten Innenministerium schlicht und ergreifend nicht ernst genug genommen und vernachlässigt wurde und weil wir hier jetzt aufarbeiten müssen, was in den vergangenen Jahren versäumt wurde.

(Beifall DIE LINKE)

Nichtsdestotrotz haben wir einige Änderungsanträge zum Haushalt und darauf würde ich jetzt gern noch mal eingehen, denn die Mehrausgaben, die wir aus dem Flüchtlings- und Asylbereich zum Beispiel haben, nutzen wir momentan überwiegend

zum Ausbau von Infrastruktur zur Unterbringung. Das hat zunächst erst mal gar nicht so furchtbar viel mit Qualität zu tun, sondern einfach damit, dass wir mehr Flüchtlinge unterbringen müssen und damit auch mehr Plätze zur Verfügung stellen müssen. Uns ist aber auch wichtig, dass es qualitative Verbesserungen in der Flüchtlingsarbeit gibt. Deswegen wollen wir zum Beispiel 500.000 Euro mehr für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter. Hier wurde sich heute schon mal relativ abfällig über diese Personengruppe geäußert. Ich möchte an der Stelle noch mal sagen, dass die eine ganz wichtige Arbeit gerade in der Flüchtlingsbetreuung übernehmen und dass wir in der Absenkung des Betreuungsschlüssels von eins zu einhundert, der möglicherweise immer noch nicht sachgerecht ist, aber eben eine deutliche Verbesserung zum bisherigen Stand, einfach einen wichtigen Punkt sehen und dass wir uns auch genau deswegen dafür eingesetzt haben.

(Beifall DIE LINKE)

Wir wollen außerdem eine Stärkung der Beratungs- und Netzwerkarbeit, indem wir zum Beispiel den Thüringer Flüchtlingsrat mit zusätzlichen 90.000 Euro einbringen. Wir wollen außerdem, dass wir eine stärkere Förderung in der dezentralen Unterbringung durch die Veränderung der Investitionspauschale erreichen können. Das ist ein Anfang von dem, was wir machen wollen. Es ist sicherlich noch nicht alles. Das wird in den kommenden Haushaltsberatungen auch noch mal eine Rolle spielen. Ich möchte aber noch mal sagen, dass der Migrationsbereich ein sehr, sehr sensibler Bereich ist, auch wenn wir über den Haushalt sprechen. Ich bin mir nicht sicher, ob jede Parlamentarierin und jeder Parlamentarier hier in diesem Hohen Haus das verstanden hat.

Ein wichtiger anderer Punkt in diesem Haushalt sind zum Beispiel die Erhöhungen der Zuschüsse an die Verbraucher- und Insolvenzberatungsstellen. Das sage ich auch als Arbeitsmarktpolitikerin. Wir wissen, dass die Verbraucherinsolvenzberatungsstellen bei Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit mit Vermittlungshemmnissen eine ganz große Rolle spielen, dass es eigentlich sogar größeren Bedarf gibt, als das momentan durch die Kommunen sichergestellt wird, dass es da auch wichtig ist, um deren Arbeitsfähigkeit aufrechtzuerhalten und zu zeigen, wir wollen hier auch noch mal mehr Geld einstellen.

Ich würde gern noch das eine oder andere zu den Änderungsanträgen der Opposition sagen. Ich konnte nicht alle Änderungsanträge lesen, weil ich bis eben noch im Präsidium saß, deswegen bin ich mir nicht sicher, was jetzt eingebracht wurde und was tatsächlich nur im Haushalts- und Finanzausschuss beraten wurde. Zunächst möchte ich noch mal sagen, es ging in der Debatte darum, dass wir

(Abg. Lehmann)

bei der Migrationsbeauftragten kürzen, weil angeblich hier keine Förderung oder keine öffentlichen Gelder notwendig sind, weil das alles über einen rechtlichen Anspruch geklärt ist. Das ist völlig absurd, weil wir gerade in der Situation, die wir aktuell erleben, wenn wir uns Thügida anschauen, wenn wir uns Nazidemonstrationen anschauen, wenn wir uns Übergriffe auf Flüchtlingsheime anschauen, wissen, dass wir hier einen großen Bedarf haben. Wir wissen auch, dass die Migrationsbeauftragte hier eine wichtige Stellung hat, nämlich sich für die Interessen der Betroffenen einzusetzen, aber eben auch eine Scharnierfunktion in die Gesellschaft hat und das auch ein Beitrag ist, zu zeigen, wie wir eigentlich für Willkommenskultur sorgen, wie wir für ein gutes gesellschaftliches Klima sorgen. Dass das nicht allen in diesem Haus wichtig ist, gerade der AfD, das haben sie in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder unter Beweis gestellt. Aber uns als Koalition ist es auf jeden Fall ein wichtiges Anliegen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ebenso absurd ist eine Debatte darum – den Antrag habe ich zumindest auf die Schnelle gefunden –, zu sagen, dass es eine Kürzung bei den Kosten für die Unterbringung geben soll, weil die Statistiken oder die Prognosen angezweifelt werden. Jetzt kann man natürlich über den Sinn und Unsinn von Prognosen streiten, aber Prognosen sind nun mal Schätzungen

(Zwischenruf aus dem Hause)

– hören Sie mir einfach zu, vielleicht lernen Sie noch etwas – und ich glaube, es ist wichtig, dass wir das Geld in den Bereich einstellen. Sollten wir es zum Schluss nicht dafür brauchen, glaube ich, sind wir alle froh, das nicht tun zu müssen, weil wir alle froh sind über jeden Menschen, der nicht fliehen muss.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE:
Man kann sich auch anders für Flüchtlinge einsetzen!)

Ja, oder wir können uns schlicht und ergreifend anders für Flüchtlinge einsetzen.

Dann würde ich gern noch etwas zu Herrn Scherer und der Forderung sagen, dass wir die Mittel, die wir vom Bund für die Flüchtlingsunterbringung bekommen ... In diesem Plenum ist es schon mehrfach angesprochen worden –, es wird allerdings dadurch auch nicht richtiger, dass man es mehrmals sagt.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Das Geld, das wir vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen – auch das ist relativ klar formuliert –,

soll für das Land und für die Kommunen zur Verfügung gestellt werden. Wir wissen auch, dass die Erstattungsquote, die wir in Thüringen an die Kommunen haben, relativ hoch ist – auch das haben wir hier im Haus schon mal besprochen. Das ist der Vor- und der Nachteil von Pauschalen. Wenn man Pauschalen bekommt, bekommt man manchmal ein bisschen zu wenig, manchmal hat man Glück und man bekommt ein bisschen zu viel. Allerdings das von Ihrer Seite zu kritisieren, ist aus dem Grund unehrlich, weil Sie die Grundlagen, auf denen wir das auszahlen, schlicht und ergreifend selber mit erarbeitet haben.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Unruhe CDU)

Sie können gern mit Ihren kommunalen Vertretern, mit dem Landkreistag oder dem Gemeinde- und Städtebund darüber sprechen, ob die in der Flüchtlingsunterbringung spitz abrechnen wollen. Ich kann es mir schlicht und ergreifend nicht vorstellen.

Auch auf die Gefahr, dass ich mich wiederhole, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, Sie regieren auf Bundesebene noch mit, die Bundesregierung hat für 2016 angekündigt, auch strukturelle Förderungen für die Unterbringung von Flüchtlingen und für die Betreuung von Flüchtlingen an die Länder zu zahlen. Setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass das tatsächlich eine Finanzierung ist, die uns hier als Land nützt, die den Kommunen nützt, dann haben wir nämlich alle etwas davon, die Flüchtlinge, die Kommunen und wir als Land. Darüber würde ich mich freuen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zu Ihnen, Frau Lehmann: Sie haben natürlich völlig recht, der Einzelplan 05 ist ein sehr sensibler Bereich. Es ist ein sensibler Bereich, weil er auch das Thema „Migration“ umfasst und aus dem Thema „Migration“ haben Sie ein politisches Minenfeld gemacht. Dieses politische Minenfeld haben Sie hergestellt, indem Sie so ziemlich jedes Sachargument gegen Ihre Politik, gegen Ihre verfehlte Asylpolitik und ihre verfehlte Zuwanderungspolitik, indem Sie jedes Argument dagegen mit dem Rassismusbegriff belegen. Das ist nichts anders, als das Aufstellen

(Abg. Möller)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Meinen Sie, man sollte es nicht beim Namen nennen, Herr Möller?)

von Meinungsverböten und Sprech- und Denkverböten. Dafür steht Rot-Rot-Grün.

(Beifall AfD)

Das beste Beispiel dafür hat eben Frau Berninger gezeigt. Frau Berninger, das ist nun wirklich allerunterste Schublade gewesen, wie Sie hier diese Empörung zu Ihrem Beruf gemacht haben. Also ich denke, Sie sollten wirklich mal über das Bild des Abgeordneten nachdenken, ob Sie hier wirklich richtig unterwegs sind.

(Beifall AfD)

So, nun aber gehen wir mal in medias res. Die AfD steht im Gegensatz zu Rot-Rot-Grün für eine realistische Asyl- und Zuwanderungspolitik. Wir haben den Haushaltsentwurf angeschaut, gerade unter dem Blickwinkel Migration, und haben da ein Einsparpotenzial von über 6,5 Millionen Euro festgestellt. Ich erläutere Ihnen das jetzt gern mal. Wir haben neun Änderungsvorschläge, Änderungsanträge gemacht. Ich kann sie Ihnen nicht alle erläutern, aber ich werde das mal anhand einiger weniger versuchen. Ein gutes Beispiel dafür ist zum einen die Position für die Kosten der Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen, diese sind nämlich förmlich explodiert, von 2013 rund 714.000 Euro auf Ansatz 2015 7,6 Millionen Euro. Das ist eine Verzehnfachung des Werts, wir haben aber keine Verzehnfachung der Migranten. Wir haben 2013 3.000 Migranten gehabt, wir haben jetzt höchstens 13.000 Migranten. Das ist also das 4,3-Fache. Wenn wir dieses 4,3-Fache, wenn wir diesen Faktor ansetzen, dann kämen wir auf eine maßvolle Steigerung auf ungefähr 3 Millionen Euro. Das ergibt wiederum ein Einsparpotenzial von 4,5 Millionen Euro. Das könnte man auch heben, wenn man bereit wäre, die Asylanträge schneller zu bearbeiten und die vom Bund gegenüber Thüringen auch des Öfteren angemahnte konsequente Abschiebepaxis realisieren würde.

(Beifall AfD)

Das ist aber was, mit dem wir bei der Landesregierung nicht rechnen können, denn dazu müsste man gut regieren und das heißt, Sachwalter der Interessen unseres Landes und seiner Bürger zu sein. Aber nichts liegt Ihnen ferner, und das zeigt sich gut an einem Statement von Herrn Lauinger, dem Migrationsminister unseres Landes. Er wurde mit der Tatsache konfrontiert, dass im Januar bis Mai dieses Jahres 2.400 Asylbewerber aus Ländern des Westbalkans nach Thüringen kamen, die keine Chance auf Asyl haben, so gut wie keine Chance auf Asyl haben, weil es dort keine staatliche Verfolgung gibt, und im selben Zeitraum, das ist die große Diskrepanz, lediglich 280 freiwillige Ausrei-

sen erfolgten. Nun könnte man sagen, vernünftigerweise müsste ein Justizminister, der auch das Migrationsressort unter sich hat, alles daran setzen, den Rechtsvollzug zu stärken und die Zahl der lediglich 49 Abschiebungen im selben Zeitraum erhöhen. Aber damit ist eben nicht zu rechnen. Herr Lauinger setzt weiter auf Freiwilligkeit. Das ist eine – aus unserer Sicht, aus Sicht der AfD – an Arbeitsverweigerung grenzende Haltung. Es tut mir leid, Herr Lauinger, das muss ich Ihnen so sagen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist einfach eine Frage der Haltung, Herr Möller!)

Es ist weiterhin auch eine Steuergeldverschwendung, weil Sie eben dieses Einsparpotenzial von 4,5 Millionen Euro, was allein durch die Umsetzung des Rechts erreicht werden könnte, was Sie eben nicht heben. Das zu dem Thema.

Dann habe ich aber noch eine weitere ideologische Stilblüte aus dem Haushalt des Migrationsministeriums, welche ich Ihnen offenbaren kann. Das ist uns bekannt geworden, als wir uns die Maßnahmen zur Integrationsförderung angeschaut haben. Die steigen im Vergleich zum Ist im Jahr 2013 um fast 250.000 Euro. Maßnahmen zur Integrationsförderung sollen gemäß der Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Thüringen, die es dafür gibt, auch zur Förderung von Maßnahmen und Projekten für ausländische Staatsangehörige ohne verfestigten Aufenthaltsstatus genutzt werden. Da muss ich sagen, das heißt nichts anders, als dass jetzt auch die Integration von Ausreisepflichtigen mit illegalem Aufenthaltsstatus, wie zum Beispiel geduldete, abgelehnte Asylbewerber, mit Steuergeld finanziert werden. Geduldete, abgelehnte Asylbewerber haben einen illegalen Aufenthaltsstatus.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Kein Mensch ist illegal!)

Hier wird die Außerkraftsetzung des Rechtsvollzugs durch die ausufernde Duldungspraxis in Thüringen noch einmal absurd auf die Spitze getrieben, denn eigentlich sollte der Staat ja alles dafür tun, die Ausreisepflicht solcher Menschen zu vollziehen, aber er finanziert stattdessen das Gegenteil. Ein weiteres Beispiel für Ihre verfehlte Migrationspolitik ist auch die Förderung von Organisationen, die die Integration von Ausländern zum subventionierten Geschäftsmodell gemacht haben. Das sieht man beispielsweise an den Mitteln, die Sie für die Ausländervereinsarbeit bereitstellen. Die Mittel haben Sie um mehr als die Hälfte erhöht, und zwar für wen?

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE: Sie sind so widerlich!)

(Abg. Möller)

Für Migrantenorganisationen etwa? Nein, Sie geben dieses Geld für die Stärkung der Beratungs- und Netzwerkarbeit des Thüringer Flüchtlingsrats. Das ist eine Mitgliedsorganisation von Pro Asyl und sie versteht sich selbst als Lobbyorganisation. Diese Lobbyorganisation ist nicht unabhängig, nein, im Vorstand dieser Lobbyorganisation befinden sich acht Personen, davon sind drei Landtagsabgeordnete von den Linken und den Grünen – von den Grünen ist einer – und außerdem ist es noch eine junge Dame von den Jusos. Das heißt, der Vorstand ist durchsetzt mit Aktivisten aus dem rot-rot-grünen Lager und es ist kein Wunder, dass diese Organisation eben auch rechtswidrige Maßnahmen wie den Winterabschiebestopp fordert und außerdem noch eine linksextremistisch offene Flanke hat.

(Beifall AfD)

Dann fehlt natürlich noch im Dreigespann die Bürokratie. Die haben wir hier am Beispiel des Beauftragten für Integration, Migration und Flüchtlinge. Wenn wir diese Institution abschaffen würden, dann würden wir 437.000 Euro einsparen. Diese Stelle ist auch einsparbar, man hat das zum Beispiel an der Wahlbeteiligung des Migrantenrats in Rostock gesehen, da haben von 7.000 zur Wahl aufgerufenen Ausländern gerade mal 350 gewählt. Das zeigt eigentlich auch, dass es sich hierbei nur um einen Versorgungsposten handelt.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Möller, Ihre Redezeit ist leider zu Ende.

Abgeordneter Möller, AfD:

Danke schön.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Rothe-Beinlich, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Abgeordnete Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Mirjam Kruppa als Beauftragte für Migration, Integration und Flüchtlinge, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir reden eigentlich über den Einzelplan 05. Im Einzelplan 05 finden sich tatsächlich mehrere wichtige Bereiche wieder, nämlich neben dem Migrationsbereich auch der Bereich der Justiz und des Verbraucherschutzes. Meine Kollegin Sabine Berninger hat schon vieles ausgeführt, auch Frau Lehmann. Ich werde trotzdem noch ein paar Ausführungen aus unserer Sicht machen.

Ja, die Ausgaben gerade im Bereich Asyl sind aufgrund der gestiegenen Zahlen von Asylsuchenden von etwa 16,5 Millionen Euro im Jahr 2010 auf knapp 80 Millionen Euro im Haushaltsansatz 2015 gestiegen. Das ist eine Verfünffachung, der wir Rechnung tragen im wahrsten Sinne des Wortes, weil wir uns als rot-rot-grüne Fraktionen zum Grundrecht auf Asyl bekennen

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und weil wir den Menschen, die hierherkommen, selbstverständlich auch die entsprechende Unterbringung, Betreuung etc. gewährleisten. Vonseiten des Landes, das wissen wir auch alle, besteht beispielsweise großer Bedarf an zusätzlichen Plätzen in der Erstaufnahme. Minister Lauinger hat es hier auch schon mehrfach ausgeführt, wir werden insgesamt etwa 3.000 Plätze schaffen. Mühlhausen wird als neuer Standort hinzukommen. Ich glaube, das ist auch gut so.

Gut so ist auch, dass die Landesregierung in den kommenden Wochen erstmalig klare und verbindliche Standards für die Erstaufnahmeeinrichtungen entwickeln wird und auch die schulische, berufliche und sprachliche Qualifikation früher fördern möchte, um dann eine gezieltere und schnellere Vermittlung in den Arbeitsmarkt zu befördern. Ich habe mich heute übrigens sehr über eine Meldung der IHK Ostthüringen gefreut, die sich dafür starkmacht, gerade jugendliche Flüchtlinge besser auszubilden und ihnen dann aber in dieser Zeit auch Sicherheit zu geben. Das heißt auch, sie nicht abzuschieben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was ich hier gehört habe, sowohl von den Kollegen der CDU, die von Abschiebepflichten gesprochen haben, als auch von den – ich nenne es leider so – Ausfällen der AfD-Fraktion, die am liebsten alle in ein Lager schicken und schnellstmöglich wieder zurückführen wollen,

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Ich weiß nicht, wovon Sie träumen!)

(Unruhe AfD)

das widerspricht eklatant unserem Ansatz einer menschenrechtsorientierten Flüchtlings- und Asylpolitik,

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

für die wir von Rot-Rot-Grün hier in Thüringen stehen.

Ihre Änderungsanträge hat meine Kollegin Berninger schon intensiv beleuchtet. Ich will aber noch mal ganz deutlich sagen: Sie wollen sämtliche Mittel für die Integrations- und Migrationsbeauftragte beispielsweise streichen, auch die Projektzuschüs-

(Abg. Rothe-Beinlich)

se für wichtige Vereine und Initiativen, die sich in der Integrations- und Flüchtlingsarbeit verdient machen. Das zeigt doch, wes Geistes Kind Sie sind. Es ist bitter, dass wir hier mehr oder weniger gemeinsam sitzen müssen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich will ganz deutlich sagen, auf dem Flüchtlingsgipfel sind etliche Maßnahmen vorgestellt worden – und zwar von den unterschiedlichsten Ressorts –, weil wir alle wissen, dass der Umgang mit Flüchtlingen, die Aufgabe der Integration nicht nur eine Aufgabe des Migrations-, Justiz- und Verbraucherschutzministeriums ist. Ich glaube, das ist allen bewusst – dafür bin ich auch sehr dankbar –, das hat Herr Tiefensee erst unlängst in einem Schreiben an die Universitäten beispielsweise deutlich gemacht, wofür ich sehr dankbar bin,

(Beifall DIE LINKE)

in dem er die Universitäten darauf hingewiesen und ermutigt hat, doch auch und gerade Menschen, die nicht von hier kommen, auch Asylsuchenden, die Möglichkeit zum Zugang zu Universitäten zu gewährleisten. Wir arbeiten intensiv als Fraktionen im Moment an einer Lösung, um zu einer medizinischen Gesundheitskarte für Asylsuchende zu kommen. Darauf haben wir uns auch in den Koalitionsverhandlungen verständigt, zumal vom Bund leider nichts zu erwarten ist. Das muss ich so deutlich sagen.

Die Sozialministerin hat erklärt, an welchen Stellen sie dazu beitragen wird. Im Doppelhaushalt werden wir uns gerade der psychosozialen Beratung und Betreuung noch sehr viel stärker widmen. Im Bildungsbereich – wir haben ja vorhin schon diskutiert –

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Sie müssen es nicht bezahlen!)

ist es nicht nur die Sprachförderung, sondern auch und gerade der Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, der uns beschäftigt. Ich will an dieser Stelle auch noch einmal kurz darauf eingehen, weil ich manchen Zungenschlag wirklich vorhin in der Debatte schlimm fand. Es geht hier um Kinder und Jugendliche. Sie brauchen unser aller Schutz, sie sind hier ohne ihre Eltern, sie sind hier allein, wenn sie hier ankommen. Ich glaube, wir sollten ihnen bestmöglich eine Heimat bieten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben einen Antrag eingebracht, um tatsächlich die Flüchtlingskostenerstattungsverordnung – Frau Berninger hat darauf hingewiesen –, die leider die Weichen dahin gehend gestellt hat, dass nur in Gemeinschaftsunterbringung die Schaffung von Plätzen im Moment unterstützt wird, entsprechend ge-

ändert wird. Wir haben einen konkreten Antrag dafür eingebracht, um den Betreuungsschlüssel in der Flüchtlingssozialarbeit zu verbessern. Ich weiß, dass die Verbesserung von 1 zu 150 auf 1 zu 100 noch lange nicht das ist, was gerade die Expertinnen und Experten in diesem Bereich fordern. Aber ich glaube, es ist ein erster richtiger Schritt.

Wichtig war uns außerdem, die Beratungs- und Netzwerkarbeit des Thüringer Flüchtlingsrats zu unterstützen, auch wenn Sie versuchen, diesen zu diskreditieren, werte Kollegen von der AfD. Das wird uns erst recht anspornen, diesem wichtigen Gremium unsere Unterstützung zukommen zu lassen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wissen aber auch, dass es sowohl im Bereich Justiz als auch im Verbraucherschutz etliche Dinge gibt, die angepackt werden müssen. Das ist die Einführung der elektronischen Akte, die kommen muss und der wir uns selbstverständlich stellen. Das ist aber auch eine Aufstockung der Mittel – auch und gerade im Verbraucherschutz – um etwa 100.000 Euro, die wir endlich anpacken, auf die lange gewartet werden musste. Ich glaube, das ist ebenfalls ein gutes und wichtiges Zeichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch sagen: Ich bin froh, dass wir den Mut gehabt haben, ein völlig neues Ministerium zu stricken, was sich ganz unterschiedlichen Themenbereichen widmet. Ich hoffe, dass Sie alle dem Haushalt im Einzelplan 05 und auch den Änderungsanträgen von Rot-Rot-Grün zustimmen und den rassistisch motivierten Anträgen der AfD selbstverständlich Ihre Zustimmung verweigern. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen jetzt keine Wortmeldungen der Abgeordneten mehr vor. Das Wort hat der Minister Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz.

Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten, Herr Scherer hat es zu Recht erwähnt, der Haushalt des TMMJV bildet im Wesentlichen staatliche Kernaufgaben ab. Justiz als dritte Staatsgewalt ist ein elementarer Bestandteil der Demokratie. Die Funktionsfähigkeit der Justiz ist entscheidend für den Rechtsfrieden in unserem Land, für Sicherheit und

(Minister Lauinger)

Vertrauen in den Rechtsstaat. Vertrauen in staatliche Institutionen ist vor allem auch ein wesentlicher Standortfaktor für Wirtschaftsansiedlungen. Justiz muss personell und finanziell so ausgestattet sein, dass eine effiziente Rechtsprechung, auch eine effiziente Strafverfolgung und ein funktionierender Strafvollzug möglich sind.

Von daher, Herr Scherer, war ich schon etwas überrascht, dass Sie Titelkürzungen ausgerechnet im Bereich Justiz vornehmen wollen. Und auch Ihre einzelnen Vorschläge, die Sie gemacht haben, insbesondere der Vorschlag zum Strafvollzug, zeigen, dass Sie es sich doch im Ergebnis nicht ganz so genau angeschaut haben. Der beruht nämlich im Wesentlichen darauf, dass es Abkommen mit Sachsen gibt, dass es eine gemeinsame Haftanstalt für weibliche Gefangene gibt, dass wir dafür im Wesentlichen zahlen und dass der Ausgleich, den es früher gegeben hat, indem nämlich männliche Gefangene aus Sachsen in Thüringen waren, im Moment nicht mehr erfolgt, sodass dieser Anstieg, der dort eingeplant ist, zwingend notwendig ist.

„Migrations- und Flüchtlingswesen“ ist ein Thema, das neu in dieses Ministerium dazu gekommen ist und – wie man der ganzen Debatte entnommen hat – eigentlich das Thema, das diesen Einzelplan inzwischen dominiert. Wenn Sie heute Zeitungen und Medien verfolgt haben, dann haben Sie sicher gelesen, dass es inzwischen 50 Millionen Menschen gibt, die auf der Flucht sind. Wenn man diese Zahlen kennt und weiß, dass Europa für viele ein Ziel ist, dann muss jedem klar sein, dass diese Zahl Menschen, die Zuflucht in Europa suchen, in den nächsten Jahren nicht abnehmen wird, sondern dass dies eine Aufgabe für dieses Land ist, vor der wir noch viele Jahre stehen werden. Ich werde im Einzelnen noch mal versuchen, auf die Punkte einzugehen, die Sie zu dem Bereich gesagt haben.

Verbraucherschutz ist in unseren Augen ein sehr, sehr wichtiges Thema, um viele Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Bereich einen großen Bedarf an Beratung haben, auch ausreichend zu unterstützen.

Die wesentlichen Schwerpunkte dieses Haushaltsentwurfs, das hat Herr Scherer völlig zu Recht gesagt, sind Personalausgaben. Allein 51 Prozent, nämlich 226,4 Millionen Euro, betreffen diesen Bereich. Das ist traditionell im Bereich der Justiz auch ein großer Bereich, nämlich 85 Prozent aus Beamten und Richtern, neu hinzugekommene Bereiche aus dem Innen- und Sozialministerium, Bereiche, bei denen kein großer Spielraum gegeben ist.

Lassen Sie mich ein paar Sätze zur Flüchtlings- und Migrationspolitik sagen und zu den heute hier in die Debatte eingeworfenen Argumenten, es ist ein Bereich, der inzwischen 78,5 Millionen Euro in diesem Einzeltitel umfasst. Die Debatte konzentriert sich immer wieder auf die erst 13, dann auf 26 Mil-

lionen Euro erhöhten Summen, die an die Kommunen direkt durchgereicht werden sollen. Ich versuche jetzt nicht einmal, die ganzen Argumente, die heute mehrfach und immer wieder wiederholt worden sind, noch einmal zu erwähnen. Aber es fällt auf, dass Sie immer von drei Ländern sprechen, die gesagt haben, sie werden die Mittel vollständig durchreichen. Im Ergebnis bedeutet das aber, dass es auch 13 Länder sind, die dieses nicht machen. Und dass man dann ausgerechnet diese drei Länder, die in der Erstattung an niedrigster Stelle sind, die selbst nach der Komplettdurchreichung noch nicht einmal so viel an die Kommunen geben wie Thüringen, als Beispiel heranzieht, ist einfach die Milchmädchenrechnung, die Sie immer wieder machen an dieser Stelle und sie wird durch dauernde Wiederholung nicht richtiger.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einen zweiten Punkt vergessen Sie auch immer wieder – ich glaube, ich habe das an dieser Stelle mindestens auch schon vier- oder fünfmal gesagt –: Selbst wenn Ihre Rechnung richtig wäre, erhöhen wir die Zuweisungen für die Kommunen um mindestens 20 Millionen Euro. Also die Zahlen, die bis gestern auf dem Tisch lagen, dass der Bund sich nämlich mit 13 Millionen Euro beteiligt, übertreffen wir sogar noch um 7 Millionen Euro. Und dass Sie jetzt mit 26 Millionen Euro argumentieren, während im Kanzleramt die Runde noch tagt, von der ich noch nicht einmal weiß, was das Ergebnis sein wird, ist nicht gerade ein Zeichen von Seriosität an dieser Stelle.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Zwischenruf Abg. Scherer, CDU: Das haben wir doch schon ausgemacht!)

Die Situation der Gerichte und Staatsanwaltschaften ist so, dass wir in diesem Bereich einen Betrag von 81,6 Millionen Euro angesetzt haben. Das ist eine Steigerung von 5,4 Millionen Euro, die im Wesentlichen auf einer Steigerung des Kostenrechtsmodernisierungsgesetzes beruht. Mit dem einher gehen aber auch steigende Kosten für Vergütungen für Rechtsanwälte, Entschädigungen von Zeugen, Sachverständigen, ehrenamtlichen Richtern usw.

Der größte Brocken, der auf die Justiz zukommen wird, sind die schon mehrfach angesprochene elektronische Akte und die IT-Ausgaben der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Wir haben eine Situation, dass viele Gerichte sowohl von der baulichen Situation als auch von der Computer- und IT-Kapazität darauf nicht ausreichend vorbereitet sind. Das heißt, in diesem Bereich werden tatsächlich in den nächsten Jahren erhebliche Ausgaben auf die Justiz zukommen. Die dafür in Ansatz gebrachten Mittel sind notwendig, denn ohne diese Mittel werden

(Minister Lauinger)

wir die Einführung der elektronischen Akte nicht stemmen können.

Sicherheit in Gerichten ist noch ein Punkt, den ich gern ansprechen würde. Wir haben eine Situation, dass dies teilweise in den Gerichten schon umgesetzt ist, mit gutem Erfolg, mit einem deutlich gestiegenen Sicherheitsempfinden der Bediensteten. Aber es ist tatsächlich so, dass es eben nicht in allen Gerichten bisher erfolgt ist. Um da keine Ungleichbehandlung entstehen zu lassen, sind die dafür in Ansatz gebrachten Beträge notwendig. Diese Zugangskontrollen sind gut, haben positive Erfahrungen gebracht. Und wir würden das natürlich auch gern an den weiteren Standorten – bisher ist es in neun Standorten etabliert – in den Folgejahren ausbauen.

Zum Justizvollzug: Die Gesamtkosten belaufen sich in dem Bereich auf 61,9 Millionen Euro, 21 Millionen Euro ohne Personalkosten, natürlich ein für den Gesamtetat durchaus relevanter Bereich. Für uns ist wichtig, dass wir in diesem Bereich den begonnenen Weg fortsetzen, das heißt, die sozialen Dienste stärken, den Behandlungsvollzug ausbauen. Die Kostenbeteiligung an der Sicherungsverwahrung in Hessen ist nun einmal eine Vereinbarung, die wir eingegangen sind. Auch die Baukosten für Zwickau sind natürlich etwas, was wir gern umsetzen, weil wir damit in die Lage versetzt werden, Justizvollzugsanstalten, die alt, marode und teilweise nicht mehr zeitgemäß sind, ersetzen zu können, nämlich die Justizvollzugsanstalten in Hohenleuben und Gera.

Lassen Sie mich noch einen weiteren Punkt ansprechen, den Sie angesprochen haben, die Justizwachtmeister. Tatsächlich ist es so, diese Justizwachtmeister wurden von dem einfachen in den mittleren Dienst angehoben. Das war ein Wunsch der alten Regierung. Den finde ich auch im Ergebnis richtig. Aber dann zu sagen, ihr habt nicht gleichzeitig auch noch dafür gesorgt, dass es jetzt wieder weitere Anhebungen gibt, ist in dem Fall, glaube ich, nicht besonders ehrlich, denn wir müssen jetzt erst mal Laufbahnverordnungen schaffen. Und dann müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass wir auch in bestimmten Bereichen tatsächlich in der Lage sind, noch zu Verbesserungen für die Leiter der Justizwachtmeistereien zu kommen.

Letzter Satz oder zwei letzte Bemerkungen zu dem, was die AfD an dieser Stelle gesagt hat, und auch zu den Vorwürfen, die sie erhoben hat, dass der Justizminister nicht an der Umsetzung des Rechts interessiert wäre: Ich glaube, Sie haben immer noch nicht verstanden, dass es zwei Schritte gibt in diesem Verfahren. Das Erste ist, über den Antrag des Asylbewerbers, ob er ein Bleiberecht in Deutschland hat oder das Recht auf Asyl, entscheiden natürlich die Gerichte und darüber entscheiden

die Gerichte auch rechtskräftig. Am Ende dieses gerichtlichen Verfahrens steht eine Entscheidung, ob das Recht dem Antragsteller zusteht oder nicht. Danach gibt es einen zweiten Schritt, den man betrachten muss. Dieser zweite Schritt heißt: Ist selbst, wenn dieses Recht auf Asyl nicht zusteht, eine Abschiebung möglich? An dieser Stelle kann ich nur immer wieder stakkatoartig wiederholen: Sämtliche Länder haben eine ähnliche Abschiebequote, ganz egal, ob das Bayern oder Thüringen oder andere Länder sind. Alle Länder haben aufgrund diverser Gründe, die ich auch hier schon mehrfach benannt habe, diese Abschiebequote zwischen 10 und 15 Prozent. Thüringen vorzuwerfen, wir würden da Rechtsmissbrauch begehen oder was auch immer, ist komplett neben der Sache.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist nun mal nicht so, dass jede abgelehnte Entscheidung sofort zwingend die Abschiebung nach sich zieht. Das sind wieder ganz andere Gründe. Das mal zu trennen, wäre, glaube ich, an dieser Stelle ganz hilfreich.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, lassen Sie ...

Vizepräsidentin Jung:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Lehmann?

Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:

Habe ich dann noch ausreichend Zeit? Ja, fragen Sie mal! Ich glaube, ich habe noch 2 Minuten.

Abgeordnete Lehmann, CDU:

Die Landesregierung darf sprechen, solange sie möchte. Vielen Dank, Herr Minister. Ich habe da noch einige Fragen, weil Sie sagten, Sie seien jetzt am Ende Ihrer Rede. Mir fehlten da noch ein paar Punkte. Zum einen würde mich interessieren, ob Sie sich in den letzten Monaten mal mit der Gewerkschaft Strafvollzug zusammengesetzt oder getroffen haben in Bezug auf die Verbesserung der Situation in den Justizvollzugsanstalten zur Umsetzung des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuchs und zum Gesetz der Sicherungsverwahrung, denn hier gibt es noch Bedarfe an weiteren Stellen. Ich habe gesehen, im Haushalt sind sechs Stellenhebungen drin. Aber diese Personalstellen fehlen dann auch im mittleren Justizvollzugsbereich.

Zum Zweiten geht es mir um die Beförderungssituation. Inwieweit plant denn die Landesregierung, hier über Stellenhebungen etwas für die Beamten

(Abg. Lehmann)

zu tun? Denn es gibt immer noch Beamte, die im Eingangssamt in den Ruhestand gehen.

(Zwischenruf Abg. Marx, SPD: Warum ist das so gekommen?)

Lauinger, Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz:

Ich habe in den ersten fünf Monaten inzwischen die Justizvollzugsanstalten in Tonna, Arnstadt und Hohenleuben besucht, habe dort auch immer wieder mit den Strafvollzugsbeamten und dem gesamten Personal gesprochen, unter anderem natürlich auch über die von Ihnen angesprochenen Punkte. Ich antworte Ihnen jetzt zu der Frage, ob bei meinen gefühlten 40 Antrittsbesuchen oder Einladungen im Ministerium auch die Gewerkschaft der Strafvollzugsbeamten dabei war, müsste ich jetzt nachschauen. Ich habe so viele Gewerkschaften und Richtervertretungen und Bewährungshilfe bei mir am Tisch sitzen gehabt, dass ich jetzt vermeiden will, etwas Falsches zu sagen. Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, ob auch die Gewerkschaft der Strafvollzugsbeamten dabei war. Aber ich habe schon ausreichend mit Strafvollzugsbeamten über diese Probleme gesprochen.

Zu der Frage der Stellenhebungen kann ich Ihnen an dieser Stelle nicht mit Sicherheit eine Auskunft geben, was da in den nächsten Jahren möglich sein wird.

Deshalb zum Schluss: Lassen Sie mich Dank sagen für die Beratungen, Dank für die Unterstützung der Abgeordneten, Dank auch für die kleinen Nachjustierungen, die es insbesondere im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik ermöglichen, tatsächlich vielleicht auch mal zu leichten Qualitätssteigerungen zu kommen, weil die Zahlen dazu führen, das habe ich versucht, deutlich zu machen, dass wir im Moment allein aufgrund der gestiegenen Zahlen nahezu ausschließlich die Gelder brauchen, um tatsächlich die notwendigen Aufgaben zu erfüllen. Für uns als Ministerium wäre es großartig, wenn wir in der Lage wären, vielleicht an der einen oder anderen Stelle Qualitätssteigerungen durchzuführen.

(Beifall DIE LINKE)

Das ist mit den leichten Änderungen möglich. Das ist ein erster Schritt, den müssen wir weitergehen. Von daher wünsche ich mir und bitte Sie um die Zustimmung zu diesem Einzelplan. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktionen stehen jetzt noch mal 2 Minuten Redezeit zur Verfügung. Das kann ich nicht erkennen. Doch, Herr Abgeordneter Brandner, Sie haben das Wort.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Er will jetzt seinen dritten Ordnungsruf haben! Er bettelt drum! Er will heim!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Herr Kuschel, Sie kennen sich ja aus mit solchen Problemen. Frau Berninger, was Sie abgeliefert haben, war unterste Kanone.

(Unruhe DIE LINKE)

Das Einzige, wo Sie recht haben, ist, dass eine Dramatisierung fast einer Lüge gleich kommt. Und genauso handhaben Sie es. Sie blasen einen Popanz auf, den hatten wir heute schon mal. Bis Ende März gab es nicht einen Übergriff auf irgendwelche Flüchtlingsheime. Sie blasen da irgendwas auf, was gar nicht vorhanden ist. Auf der anderen Seite, das Gegenteil von Dramatisierung ist Verharmlosung, Frau Berninger. Sie stellen sich vorn hin, Sie dramatisieren, Sie beleidigen, Sie schimpfen und Sie geifern, was unsere Fraktion angeht. So was nehmen wir nicht länger hin.

(Beifall AfD)

Ich lese Ihnen mal was vor, was die Frau Klaubert auf eine Kleine Anfrage von mir mitgeteilt hat, in Drucksache 6/553, bezogen auf Linksextremismus. Das ist das Gegenteil von Dramatisierung, das ist dann aus Ihrer Sicht auch eine Lüge, eine Verharmlosung.

(Zwischenruf Abg. Berninger, DIE LINKE)

„Der Phänomenbereich ‚Linksextremismus‘ ist derzeit hinsichtlich der personellen Entwicklung weitgehend durch Stillstand und Stagnation gekennzeichnet. [...] ein Vorhandensein linksextremer Einstellungen und Haltungen im Sinne eines Rückgriffs auf geschlossene, linksextreme Welt- und Menschenbilder [lässt sich] nicht konstatieren.“ Das ist Ihre Auffassung zu Linksextremismus. Das hat mit der Wirklichkeit überhaupt nichts zu tun. Das will ich Ihnen mal sagen.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zum Einzelplan 05 – Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz – beendet.

Wir kommen zum **Komplex 06 – Finanzministerium, gemeinsam mit dem Einzelplan 17 – Allgemeine Finanzverwaltung, einschließlich Gesamtplan, dem Thüringer Haushaltsgesetz 2015, Mittelfristiger Finanzplan, Finanzbericht.**

Die vereinbarten Redezeiten sind bekannt und das Wort erhält der Abgeordnete Kowalleck, Fraktion der CDU.

Abgeordneter Kowalleck, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Berichterstattung heute Morgen und auch in der Generalausssprache wurden schon Punkte angesprochen, die den Einzelplan 06 betreffen, Thüringer Finanzministerium, ebenso wie den Einzelplan 17 mit der allgemeinen Finanzverwaltung, den wir auch beraten.

Die Einnahmen im Einzelplan 06 haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 140.000 Euro auf 18,86 Millionen Euro erhöht. Die Ausgaben des Einzelplans erhöhen sich um 8,8 Millionen Euro auf 182,4 Millionen Euro. Es gibt vor allem eine Erhöhung durch die Personalkosten. Die Verstärkung der Personalkosten erfolgt wie auch bei den anderen Einzelplänen durch den Einzelplan 17. Wir haben das auch im Haushalts- und Finanzausschuss besprochen. Hier hat die Finanzministerin deutlich gemacht, dass eine Vorsorge der Tarifierhöhungen durch den Einzelplan 17 erfolgt ist. Es wurde auch gesagt, dass diese Mittel dann ausreichen.

Wichtig ist, dass gerade auch im Einzelplan weiterhin das Personalabbaukonzept greift. Dazu hatte die Ministerin über die durchaus schwierige Altersstruktur im Ministerium berichtet. Darauf muss reagiert werden und im Blick muss deshalb auch die Nachwuchsförderung sein, auch dadurch, dass zukünftig genügend Absolventen zur Verfügung stehen. Es wurde gesagt, dass in diesem Jahr 19 Anwärter des mittleren und 22 Anwärter des gehobenen Dienstes in ein Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden sollen und künftig ist geplant, jährlich 75 neue Anwärter, davon 25 im mittleren und 50 im gehobenen Dienst, auszubilden.

Das Thema „Schuldentilgung“ haben wir heute intensiv in der Generalausssprache thematisiert. Die Steuereinnahmen sind im Einzelplan 17 zu finden. Aufgrund der Maisteuerschätzung haben wir festgestellt, dass die Steuereinnahmen zu niedrig angesetzt wurden. Die CDU-Fraktion hat auf Grundlage der aktuellen Steuerschätzung Änderungsanträge zur Anpassung der Steuermehr- und Steuermindereinnahmen gestellt.

Das Thema „Schuldentilgung“ hatten wir heute auch schon an dieser Stelle besprochen. Mit unseren Anträgen ist der Freistaat in der Lage, Schulden in Höhe von 151 Millionen Euro zu tilgen, 26,5 Millionen Euro der vorgesehenen Tilgung durch die Landesregierung und eben die 124,5 Millionen Euro durch die Einsparung nach dem Vorschlag unserer Fraktion.

Die Auswirkungen des späten Haushalts werden auch im Einzelplan 06 deutlich. Thema in der Haushaltsberatung war zum Beispiel der Ankauf von Steuer-CDs. Hier wurde uns mitgeteilt, dass gerade der Bund auch auf die Zahlungen wartet. Dabei

möchte ich aber nicht weiter auf das Thema an sich eingehen, nur dies als Beispiel nennen.

Die Finanzministerin hatte im Haushalts- und Finanzausschuss darüber informiert, dass im Sinne der Haushaltskonsolidierung auch manche Investition gestreckt und zurückgestellt werden könne und wir als CDU-Fraktion haben das auch so gesehen und mit unseren Änderungsanträgen entsprechend gehandelt.

Es ist auch wichtig, dass bei allen ernsthaften Sparbemühungen auch das Finanzministerium einzubeziehen ist. Die CDU-Fraktion hat in diesem Bereich geschaut, welche Aufwüchse es gibt und welche finanziellen Mittel aufgrund des verspäteten Haushalts nicht mehr ausgegeben werden können. So haben wir Anträge gestellt, die das Ministerium betreffen. Ich möchte beispielhaft noch mal auf die Reduzierung um drei neu geschaffene Stellen im Leitungsbereich des Ministeriums eingehen, dann Reduzierung der Dienstreisen auf den Vorjahresansatz, vermischter Sachaufwand im Ministerium – ebenfalls eine Reduzierung auf den Vorjahresansatz –, Geschäftsbedarf, Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen, da auch immer mit Blick auf den Vorjahres-Ist-Ansatz bzw. die Ausgaben.

Auch in der Landesfinanzdirektion haben wir gesehen, dass mit Blick auf den Vorjahresansatz und wegen des verspäteten Haushalts Änderungsanträge möglich sind, und zwar bei den sonstigen Dienstleistungen und Gestattungen, beim Geschäftsbedarf, Ausgaben für sonstige Dienstleistungen, Erwerb von Datenverarbeitungsanlagen. Dies haben wir ebenfalls in der Steuerverwaltung gesehen und auch im Einzelplan 17.

Wir haben unsere Anträge zum Thema „Sport“ an dieser Stelle auch schon einmal besprochen, deswegen werde ich darauf jetzt nicht näher eingehen. Ich möchte hier an der Stelle erwähnen, dass weitere Änderungsanträge im Bereich des Thüringer Landesrechnungszentrums von uns eingebracht wurden. Zur Änderung zum Haushaltsgesetz habe ich heute früh auch schon unsere Änderungsvorschläge dargestellt, unter anderem – da sind wir uns im Hohen Hause einig, was die über- und außerplanmäßigen Ausgaben angeht, dass die Berichterstattung wie in der Vergangenheit auf 50.000 Euro festgelegt wird. Die Kreditermächtigung haben wir in unserem Änderungsantrag um den Betrag der zusätzlichen Schuldentilgung in Höhe von 124,5 Millionen Euro herabgesetzt. Dann auch der Punkt der öffentlich-privaten Partnerschaften, den wir mit unserem Änderungsantrag hineinhaben wollen. Die Rechte des Parlaments sollen durch die notwendige Einwilligung bei der Aufhebung von Sperrern entsprechend der Regelung in der Vergangenheit gewahrt werden. Wie gesagt, die Themen zum Haushaltsgesetz habe ich heute früh schon mal an dieser Stelle mit eingebracht. Ansonsten sollen das

(Abg. Kowalleck)

erst einmal die Ausführungen von mir gewesen sein. Danke schön.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordneter Mike Huster das Wort.

Abgeordneter Huster, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will mich kurzfassen. Der Einzelplan 06 ist relativ unspektakulär.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Wie der gesamte Haushalt!)

(Beifall und Heiterkeit CDU)

Von den Gesamtausgaben von 180 Millionen Euro sind 160 Millionen Euro Personalkosten – deswegen unspektakulär, Herr Dr. Voigt. Hier sind vor allem die 3.000 Finanzbeamtinnen und -beamten in den zwölf Finanzämtern des Landes etatisiert, die eine sehr verantwortungsvolle Arbeit für den Freistaat leisten. Wir freuen uns über jede verstärkte Bemühung um Ausbildung und Übernahme zur Abfederung des prognostizierten Altersabgangs.

Der Einzelplan 17 enthält Steuern, Länderfinanzausgleich, Vermögensverwaltung, Bürgschaften, Schulden und Zinsen, Beihilfen und Versorgungsausgaben für die Sonderzusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR und noch einiges andere. Die Vormittagsdebatte sollten wir in der Tat nicht noch mal wiederholen. Herr Kowalleck hat noch mal angesprochen, was er und seine Fraktion im Einzelplan 17 vorhaben. Erlaubt sei mir die Wiederholung der Kritik, zumindest an dieser einen Stelle: Wir halten es für nicht seriös, dass Sie, obwohl Sie am Anfang die teilweise Übernahme der Steuerschätzung aus November in den Haushalt kritisiert haben, nun eine eigene Steuerschätzung darüber hinaus vorlegen und uns damit eine Schuldentilgung suggerieren. Man könnte das auch Schuldentilgung auf Pump nennen. Das halten wir für nicht seriös und halten da unseren Weg für besser.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Einzelplan 17 in Verbindung mit der Mittelfristigen Finanzplanung sei noch erinnert an die hohen Versorgungslasten – circa 400 Millionen Euro für die Sonder- und Zusatzversorgungssysteme aus DDR-Zeiten, bei denen noch kein Ende abzusehen ist – und auf der anderen Seite den prognostizierten Anstieg der Pensionen, letztes Jahr circa 100 Millionen Euro, dieses Jahr 130 Millionen Euro, Tendenz stark steigend auf mehrere 100 Millionen Euro in den nächsten Jahren.

Meine Damen und Herren, die Mittelfristige Finanzplanung zeigt die Herausforderungen insgesamt für die nächsten Jahre. Großes Augenmerk liegt dabei auf den Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020. Unser Interesse ist es, die Mittelfristige Finanzplanung in diesem Kontext auch stärker zu einem Planungsinstrument zu entwickeln für eine strategische Haushaltsplanung. Vielen Dank, meine Damen und Herren, für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat Abgeordneter Pidde das Wort.

Abgeordneter Dr. Pidde, SPD:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich möchte nur ein paar Punkte hier noch einmal aufgreifen zum Einzelplan 06, 17 und Mittelfristige Finanzplanung. Zum einen, die Ausbildung ist angesprochen worden, um in Zukunft genügend Personal für die Finanzverwaltung zur Verfügung zu haben. Hier steuert die Landesregierung um. Die Zahl der neuen Anwärter für die Finanz- und Steuerverwaltung steigt sowohl im mittleren Dienst als auch im gehobenen Dienst.

Dann will ich feststellen, dass mich eine Verwaltungskostensteigerung gefreut hat, nämlich die Kostenerstattung an andere Länder für Datenankäufe zur Aufdeckung von Steuerhinterziehung. Ich finde es richtig, dass die Ministerin hier klare Kante zeigt, während ihr Vorgänger herumlaviert hat.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Datenankauf hat wesentlich dazu beigetragen, die Steuergerechtigkeit zu verbessern. Ich sage noch einmal, die unnachgiebige Haltung der SPD im Bund und in den Ländern hat inzwischen dazu geführt, dass Bewegung reingekommen ist. Ich denke an den automatischen Informationsaustausch über die Steuerdaten und weitere Vereinbarungen, die vorm Abschluss stehen. Das ist schon ein Quantensprung im Bemühen, Steuergerechtigkeit herzustellen. Zum Thema „Steuergerechtigkeit und Steuerpolitik“ sage ich heute nichts weiter. Die Diskussion, dass Kapitalerträge nur mit 25 Prozent besteuert werden, aber der Faktor Arbeit mit wesentlich mehr, darüber muss grundsätzlich diskutiert werden.

Ausführen möchte ich auch nichts zu dem Trick der CDU-Fraktion, die Steuereinnahmen künstlich hoch zu rechnen; das hat eben Kollege Huster gemacht.

Die Mittelfristige Finanzplanung zeigt uns, dass in dem letzten Jahr die zwingenden Ausgaben einfach ausgeblendet worden sind. Und so sehr ich Finanzminister Voß achte und schätze, was er in und für

(Abg. Dr. Pidde)

Thüringen getan hat, aber im letzten Jahr hat er zwingende Ausgaben einfach ausgeblendet. Jetzt haben wir eine Diskrepanz im Haushaltsvolumen für 2014 und 2015.

Die Versorgungslasten sind angesprochen worden, sie steigen noch mal um 28 Millionen Euro, also ein deutlicher Anstieg. Das ist ein Erbe, was diese Regierung bekommen hat, ohne dass hier eine Vorsorge vorhanden ist.

Feststellen möchte ich noch, dass die IT-Ausgaben jetzt zentral veranschlagt worden sind. Ich halte das für richtig, weil einfach die Beschaffung mit mehr Effizienz erfolgen kann.

Zur Diskussion um das Haushaltsgesetz, diese Diskussion kommt ja alle Jahre wieder, dass der jeweilige Finanzminister oder die Finanzministerin sagt: Müssen denn die Abgeordneten das wirklich alles sehen? Das macht Arbeit. Andererseits sagt das Parlament, diese und diese Dinge wollen wir haben. Wir haben das im Haushalts- und Finanzausschuss festgestellt und klipp und klar gesagt, was wir wollen, mit der CDU darüber gesprochen, ob es einen gemeinsamen Antrag gibt. Dann finde ich das ein bisschen schöflich, wenn von der Union dann die Finanzministerin hier in ein schlechtes Licht gestellt wird. Sie hat nichts anderes gemacht als alle anderen Finanzministerinnen und Finanzminister vor ihr.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Mein Fazit, Einzelplan 06, 17 und Mittelfristige Finanzplanung sind solide aufgestellt und das Haushaltsgesetz mit dem vorliegenden Änderungsantrag ist gut austariert. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat Abgeordneter Kießling, Fraktion der AfD.

Abgeordneter Kießling, AfD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordneten, liebe Zuschauer am Livestream, sofern vorhanden, Einzelplan 06 – das Finanzministerium hat ein Budget von rund 182 Millionen Euro. Das sind rund 9 Millionen Euro mehr als 2014. Das lässt sich teilweise aus den Lohnzuschlägen für die Angestellten und die ebenfalls vorauszu sehenden Zunahmen der Beamtengehälter erklären. Doch auch beim Finanzministerium muss gerade bei den Stellenplänen analysiert werden, ob hier nicht reduziert werden kann, um die Effizienz zu erhöhen. Gerade die drei neu geschaffenen Stellen im Ministerium, da kann man die Frage stellen: Musste das sein? Gleichzeitig ist auch für das Finanzministerium ein Stellenabbauplan in Kraft, der im Finanzministerium bis 2020 einen Stellenabbau von 298 Stellen auf-

führt. Dieser immer noch geltende Abbauplan sollte für Sie, liebe Frau Taubert, eine Leitlinie sein. Es ist schön, dass Sie sich als Hüterin des Haushalts entsprechend vorstellen, doch die Pläne Ihres Hauses für den Haushalt sind trotz der geplanten zusätzlichen Steuereinnahmen unzureichend. Weiterhin werden zwar Schulden getilgt, doch erneut ist man meilenweit weg von dem, was der ehemalige Finanzminister Wolfgang Voß 2014 vorgelegt hat. Dieser hatte geplant, rund 200 Millionen Euro zu tilgen und hatte zu dem Zeitpunkt nicht die sprudelnden Steuereinnahmen, die es heute gibt. Laut Ihren Plänen 2016/2017 werden die auch weiterhin sprudeln, vermutet man. Deswegen kann ich nur darauf verweisen, dass zusätzliche Einnahmen oder auch Haushaltsausgabenreste, die anfallen, immer in die Schuldentilgung sowie in die Rücklage fließen sollten.

Nur die Schuldentilgung macht Thüringen langfristig auch für stürmische Zeiten wetterfest. Ansonsten ist der Haushalt 06 relativ unspektakulär, so wie das meine Vorredner schon gesagt hatten. Ich will nur noch mal ergänzen, zur Information, denn unter den Verwaltungskostenerstattungen findet man auch die Verwendung von Steuergeldern für Datenankäufe zur Aufdeckung von Steuerhinterziehung sowie den Anteil Thüringens an den Kosten für das vom Bund zu entwickelnde Verfahren zum Einbehalt der Kirchensteuer auf Kapitalertragssteuer.

(Zwischenruf Taubert, Finanzministerin: Ist im Gesetz drin. Ja, im Gesetz!)

Ist da drin. Ja, klar ist es Gesetz. Ich habe das nur mal zur Info gestellt, das ist keine Kritik. Ich habe das nur mal bemerken wollen, denn, wie gesagt, die CD-Ankäufe von vermeintlichen Steuersündern mit Steuergeldern, ob das rechtens ist, diese Frage stellt sich in der Öffentlichkeit des Öfteren und ist auch sehr umstritten, denn der Staat muss hier mit legalen Mitteln vorgehen, um Steuersündern entsprechend das Handwerk zu legen. Der Staat ist es nicht zuletzt seiner Vorbildfunktion schuldig, dass er hier mit legalen Mitteln vorgeht. Auch Kostenerstattung im Rahmen der Kirchensteuereintreibung mittels Steuergeldern der Nichtkirchengänger, die davon bezahlt wurden, ist fraglich. Hier sollte doch eine Trennung von Kirche und Staat erfolgen. Ähnliche Positionen wurden früher von der Partei Die Grünen formuliert. Auch Die Linke lehnte sowohl die grundgesetzliche Verankerung der Kirchensteuer als auch den staatlichen Einzug ab. Aber in Thüringen sieht es wohl anders aus. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Abgeordneter Adams das Wort.

(Vizepräsidentin Jung)

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir haben uns gar nicht angemeldet!)

Abgeordneter Adams möchte nicht reden, dann frage ich die Finanzministerin. Wünscht die Landesregierung das Wort? Bitte, Frau Taubert.

Taubert, Finanzministerin:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ich würde mir sonst – jetzt will Herr Adams? Ich setze mich auch wieder.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, nein, Herr Mohring hat nicht richtig zugehört!)

(Zwischenruf Abg. Mohring, CDU: Er hat schlecht über Sie geredet!)

Er hat schlecht über mich geredet? Ja, das könnte ich jetzt auch machen, will ich aber gar nicht.

Meine Damen und Herren, zum Einzelplan 06 ist in der Tat nicht so viel zu sagen, weil die politischen Themen, die sich mit dem Steuerrecht verbinden, für die meisten nicht so sehr durchschaubar sind. Das Steuerrecht ist kompliziert und deswegen gibt es an der Stelle wenige Menschen, die das durchschauen. Trotz alledem, Herr Voigt, die Unspektakularität des Einzelplan 06 hat natürlich wesentliche Vorzüge. Steuerrecht muss einfach auch mit dem Datenschutz gut einhergehen und deswegen müssen wir unspektakulär sein. Aber keiner kann sich vorstellen, wenn die Steuerverwaltung wegfallen würde. Schon wenn kleinste Veränderungen vorgenommen werden, gibt es in Thüringen erhebliche Beben. Wir haben bestimmte Ansprechtagge weggenommen in einzelnen ehemaligen Finanzamtsstellen. Ich habe natürlich viele Rückmeldungen bekommen von Bürgermeistern, von allen möglichen. Aber wenn man das macht, was die CDU immer gesagt hat mit ihrem Stellenabbaukonzept – dazu stehen wir –, dann bedeutet das natürlich auch, ich muss auch die kleinste Möglichkeit nutzen, Stellen abzubauen, das heißt zusammenzuziehen, Arbeit zusammenzuziehen, zu effektivieren und damit auch die Möglichkeit zu haben, wenn Menschen in den Ruhestand gehen, dann auch diese Stellen abzubauen. In diesem Jahr werden wir noch 33 Stellen im Einzelplan 06 zum Wegfall bringen.

Ich möchte auch noch einmal im Einzelplan 17 darauf verweisen, dass es uns natürlich schmerzt, dass wir jetzt 25 Millionen Euro für die gezogene Bürgschaft finanzieren müssen. Das ist nicht schön. Gleichwohl will ich auch im Positiven sagen, wir müssen natürlich als Freistaat Thüringen auch in der Lage sein, Firmen mit Bürgschaften zu helfen, und da ist immer ein gewisses Risiko vorhanden. Nur gerade bei dieser Bürgschaft oder bei diesem Fall war es Anfang der 90er-Jahre so, dass viele

davor gewarnt haben, diese Bürgschaft einzugehen. Nun müssen wir es bezahlen.

Auch dass wir die Datenverarbeitung zentral vorschlagen mit dem Übergehen des TLRZ aus dem Einzelplan 06 in den Einzelplan 17, ist für mich eine wichtige Entscheidung, weil wir natürlich viel zu lange gewartet haben. Das hat unterschiedliche Gründe, darauf will ich nicht im Einzelnen eingehen. Das ist auch eher nicht im politischen Raum, sondern im Rahmen der Verwaltung zu klären. Wir müssen schlicht und ergreifend unsere Datenverarbeitung zentralisieren, wir müssen mit dem Plan, den wir ja auch vorhaben, in kürzester Zeit schauen, dass wir eine gemeinsame Beschaffung haben und dass wir am Ende auch deutlich und transparent machen, was geben wir für die Datenverarbeitung aus, was geben wir für Software aus. Diese Ausgaben steigen schon seit 25 Jahren Stück für Stück. Alles, was moderner wird, bedeutet natürlich auch, dass der sogenannte moralische Verschleiß und am Ende dann die tatsächliche Nichtweiterpflege zum Beispiel von Software, aber auch von Hardwarekomponenten dazu führen, dass wir Neuanschaffungen tätigen müssen. Das ist in aller Regel nicht billiger. Aber die Menschen in unserem Lande haben sich natürlich auch daran gewöhnt, dass vieles über den Computer zu regeln ist, elektronisch zu regeln ist, über das Internet zu machen ist, und möchten diese Zeitersparnis, die sie davon haben, auch nicht mehr missen.

Ein Letztes, auch das sage ich mit allem Bedacht, weil nachgefragt wurde: Warum beteiligen wir uns am Ankauf der Steuer-CDs? Ich will ganz klar sagen, die Frage für uns lautet: Was ist Steuerhinterziehung? Steuerhinterziehung ist ein strafbares Delikt. Trotz der relativen Steuerzahlfreude unserer Einwohner habe ich das Gefühl, dass die großen Auskenner auch gern Steuern sparen. Ich will nicht gleich jedem Steuerhinterziehung unterstellen. Manchmal gibt es auch Versehen. Aber wie kann ich dem Staat noch den einen oder anderen Cent abluchsen, indem ich das eine oder andere noch zur Abschreibung bringe, das ist auch in Deutschland ganz weit verbreitet. Deswegen ist mein Wunsch natürlich an den Bund, dass die Steuergesetzgebung darauf reagiert, dass wir nicht mehr Tatbestände haben, wo Abschreibungen möglich sind, sondern dass wir durch eine Reduzierung der Abschreibungsmöglichkeiten dem Staat zustehende Einnahmen akquirieren können. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Es liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache zu diesem Komplex beendet.

(Vizepräsidentin Jung)

Ich rufe auf den **Einzelplan 07 – Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft**.

Die Redezeiten sind bekannt. Als Erster erhält der Abgeordnete Dr. Mario Voigt, Fraktion der CDU, das Wort.

Abgeordneter Dr. Voigt, CDU:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung, der Einzelplan 07 weist mit 1,2 Milliarden Euro das zweitgrößte Volumen unter den Einzelplänen der Häuser aus. Jetzt würde man erwarten, dass dort die Innovationen und besonders die Handschrift der neuen Regierung am deutlichsten werden.

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Wird sie auch!)

Ja, ist klar, aber ich zitiere jetzt einfach mal nur den Kollegen Huster. Auch dieser Haushalt ist unspektakulär, er ist unambitioniert, ohne Vision, ist quasi ein Krämerhaushalt, und ich finde, das ist offen gestanden schwach für einen Haushalt von Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft: Wir treffen uns beim Krämerbrückenfest!)

Wir treffen uns beim Krämerbrückenfest, Herr Minister. Ich hoffe, Sie spielen Cello.

Ich freue mich, dass – das kann ich durchaus sagen – es Schwerpunkte gibt, die in einer guten Kontinuität fortgesetzt werden, auch im Hinblick auf die Hochschulstrategie, die Stärkung der Studentenwerke, der Forschungseinrichtungen. Das ist etwas, was zu begrüßen ist. Aber wenn man sich den Ressortzuschnitt anschaut und sich die Frage stellt, dort ist eigentlich ein Haushalt, der durch die europäischen Förderprogramme und durch viele andere Dinge der mit den höchsten Investitionsausgaben im ganzen Land ist, muss man schon sagen, dass dieser Haushalt sinnbildlich dafür steht, dass die späte Aufstellung des Haushalts ein verlorenes Investitionsjahr für den Freistaat war. Das müssen Sie sich gefallen lassen.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Müssen wir nicht!)

Die Landesregierung verschläft ein Jahr für Thüringen, denn wer im Juni davon spricht, dass er jetzt bestimmte Bereiche stärken will, der spricht nicht die Wahrheit, denn in Wahrheit ist es so, dass 100 Existenzgründer in Thüringen seit dem 1. Januar auf Unterstützung warten. Ich finde, das dauert

einfach viel zu lange, wenn ein Haushalt erst im Juni eines Jahres kommt.

(Beifall CDU)

Wenn wir uns den zweiten Punkt anschauen, ich will auch da den Finger in die Wunde legen, Sie sorgen neben der Tatsache, dass das Schnecken-tempo natürlich der Thüringer Wirtschaft schadet, im Wirtschaftshaushalt auch dafür, dass Sie Ihre eigenen Leute versorgen. Ein Haushalt, der Arbeit und Energie in andere Ministerien abgeben hat, der glänzt jetzt dadurch, dass ein zweiter Staatssekretär benötigt wird, um die Arbeit zu erledigen. Sehr geehrter Herr Minister, bisher habe ich Sie als jemanden kennengelernt, der gut in der Materie drinsteckt, gerade in der Wirtschaftspolitik, ich kann Ihnen eines sagen, lassen Sie doch den Staatssekretär weg. Das spart dem Thüringer Steuerzahler Geld und die Arbeit wird trotzdem gut gemacht.

(Beifall CDU)

(Zwischenruf Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft: Gut gemacht?)

Ausreichend.

Der dritte Punkt – und das finde ich im Hinblick auf Wissenschaft und Hochschule besonders schändlich: Sie haben gemeinsam im Bund mit auf den Weg gebracht, dass der Bund die Vollfinanzierung für das BAföG übernimmt, 100 Prozent. Wir haben Sie das in den Haushaltsberatungen gefragt, wir haben da noch einmal eine Kleine Anfrage gestartet und da kam dann die Auskunft, dass wir uns in der Rahmenvereinbarung ab dem Jahr 2016 überlegen wollen, ob wir diese Mittel, die 24 Millionen Euro, die zusätzlich für die Hochschullandschaft zur Verfügung stehen, auch tatsächlich an die Hochschulen geben. Das ist, finde ich, offen gestanden der falsche Weg. Ich fordere Sie hier noch einmal auf, 100 Prozent der BAföG-Mittel müssen in die Finanzierung der Thüringer Hochschullandschaft gehen, nicht in irgendwelche Schattenhaushalte und Spardosen Ihres Ministeriums, sondern tatsächlich in die Hochschullandschaft und ich glaube, da kann man einiges leisten.

Ein vierter Punkt, der mir auch in Ihrem Haushalt zu kurz kommt, das Ministerium heißt ja Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Es heißt digitale Gesellschaft!)

Digitale Gesellschaft. Wenn ich mir die Digitale Gesellschaft im Haushaltsplan anschau, dann darf ich feststellen, dass es sogar einen Änderungsantrag der regierungstragenden Fraktionen braucht, um das Thema „Digitale Gesellschaft“ überhaupt in diesen Haushalt hineinzuformulieren. Wenn ich mir dann die Frage stelle, wie viel Geld wird tatsächlich

(Abg. Dr. Voigt)

für Digitalisierung etatisiert, dann kann ich sagen, in Sonntagsreden funktioniert „Industrie 4.0“ und Digitalisierung, aber in den Zahlen des Haushalts muss es auch sichtbar werden. Ich finde, für Breitbandförderung kommt da zu wenig raus und das ist – finde ich – kein gutes Zeugnis für ein Ministerium, das den Namen Digitale Gesellschaft trägt.

(Beifall CDU)

Deswegen haben wir als CDU-Fraktion Einsparpotenzial offengelegt, knapp 7 Millionen Euro, erstens weil es ein spätes Haushaltsjahr gibt, zweitens weil es erhebliche Differenzen gibt zwischen den Ist-Ausgaben und den prognostizierten Soll-Ausgaben und – das will ich schon mal sagen –, weil das hier häufiger als Kürzung verkauft wird. Nur weil ein Sollwert in einem Haushaltsplan drinsteht, ist das noch lange nicht das reale Geld, was dann draußen ankommt, und deswegen muss man die Ist-Zahlen der vorvergangenen Jahre vergleichen, um zu wissen, was tatsächlich gehauen und gestochen ist. Da kann ich Ihnen sagen, haben wir genügend Einsparpotenzial identifiziert, 7 Millionen Euro. Ich finde, das ist ein wichtiger Wert.

(Beifall CDU)

Wir werben mit eigenen Änderungsanträgen für eine zukunftsorientierte Politik und für Umschichtungen in Ihrem Etat. Dazu zählt einerseits die Stärkung der lokalen Tourismusverbände, weil wir glauben, dass es wichtig ist, nicht nur abstrakt in Plänen im Land über Dinge nachzudenken, sondern auch konkret an der regionalen Basis Mittel zur Verfügung zu stellen. Deswegen wollen wir 350.000 Euro für die regionalen Tourismusverbände vor Ort gewinnen.

Ein zweiter Punkt, der uns inhaltlich sehr wichtig ist in den Änderungsanträgen, ist der ganze Bereich Meisterbonus. Wir glauben, dass es wichtig ist, die Meisterausbildung im Handwerk zu stärken. Wir werben für einen Bonus, der dafür Sorge trägt, dass junge Menschen die Chance haben, sich auch über diesen Qualifizierungsweg weiter zu profilieren. Ihr eigenes Ministerium hat berechnet, die Kosten sind ungefähr 500.000 Euro im Jahr. Genau das ist der Vorschlag, den wir haben. Wir setzen – statt zwanghaftem Bildungsurlaub – motivierte junge Auszubildende und Gesellen für den Meisterbonus dagegen. Ich glaube, das ist auch ein guter Weg, um die Thüringer Wirtschaft zu stärken.

Und dann – last, but not least – schnelles Internet und hier noch mal: Ihr Anspruch ist „digitale Gesellschaft“ – da muss sich das auch in den Zahlen wiederfinden. Deswegen machen wir den Vorschlag, wie wir Breitband und Bratwurst zusammenbringen – nämlich mehr Geld für den Breitbandausbau im Freistaat.

Ich will das schon durchaus sagen, Herr Minister, ich schätze Sie in vielen inhaltlichen Fragen, aber

die 30 Mbit pro Sekunde im Jahr 2019, das ist einfach zu wenig ambitioniert. Wir haben jetzt schon 56 Prozent der Thüringer, die schneller surfen als 50 Mbit pro Sekunde, und ich glaube, es muss unser gemeinsames Ziel sein, das zu erreichen. Sie haben 100.000 Euro Umschichtung in den koalitionstragenden Fraktionen vorgeschlagen. Wir schlagen tatsächlich mit landeseigenen Mitteln 12 Millionen vor plus digitale Dividende – ergibt am Ende tatsächlich einen Innovationsschub für die Thüringer Digitalisierung.

Fortschritt hat wenig mit Geschwindigkeit, aber viel mit der Richtung zu tun. Man gewinnt bei dem Haushalt Wirtschaft den Eindruck, dass die Richtung noch nicht richtig da ist. Deswegen stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu, dann stimmt die Richtung auch. Danke.

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Die Linke hat Abgeordneter Hausold das Wort.

Abgeordneter Hausold, DIE LINKE:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, verehrter Kollege Voigt, ich verstehe, dass Sie ein bisschen in Schwierigkeiten sind. Wir haben seit Dezember vergangenen Jahres eine linke Regierung aus Linken, SPD und Grünen. Entgegen aller Voraussagen, die manche Leute immer wieder getätigt haben, entwickelt sich die Wirtschaft in Thüringen gut, die Daten sind positiv.

(Beifall DIE LINKE)

Das hat in allererster Linie damit zu tun, dass engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer und die Belegschaften in diesem Land auch mit ihrer Initiative darauf setzen können, dass sie gerade von dieser Landesregierung entsprechend unterstützt werden. Darin besteht die Voraussetzung für weiteren Erfolg. Wir wissen, dass es dabei auch viele Problemfelder gibt, denen wir uns zuwenden. Ich will sie aus Zeitgründen hier nicht alle aufführen. Aber ich muss schon mal sagen, bei den Ausgangsbedingungen, die wir hatten, Kollege Voigt, finde ich, wir werden ein gutes halbes Jahr noch haben bei der Haushaltsumsetzung. Die meisten Ihrer Jahre haben diese Ergebnisse nicht zutage gebracht, die wir schaffen werden. Das kann ich Ihnen sagen und daran können Sie uns dann messen,

(Beifall DIE LINKE)

wie das ja der Opposition zusteht. Wir haben uns in der Koalition geeinigt auf jeweils Schwerpunkte, ich werde mich deshalb besonders mit der Wirtschaftsförderung und mit den Wirtschaftsfragen befassen.

(Abg. Hausold)

Hat diese Landesregierung in der Richtung und auch im Tempo, das möglich ist, die Zeichen der Zeit erkannt? Wir sagen deutlich: Ja, sie hat diese erkannt. Wir haben eine Situation, dass wir zum Beispiel die Unterstützung bei der Erschließung neuer Märkte als ganz wichtigen Fokus sehen, dass wir deshalb die einzelbetriebliche Außenwirtschaftsförderung mit 240.000 Euro insgesamt mit einem Plus im Bereich um dann 1,7 Millionen Euro steigern. Das ist ganz wichtig, Globalisierung und Außenwirtschaftsbeziehungen – das Thema kennen wir alle. Wir hatten übrigens auch nicht und erst mit Beginn dieser heutigen Beschlussfassung eine gute Politik in der Richtung. Ich erinnere nur zum Beispiel mal an die erfolgreiche Ausgestaltung des Germany Travel Mart in Erfurt – so etwas hat dieses Land noch nicht gesehen, es war für die internationale Präsentation Thüringens sehr wichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Wir werden eine gute Präsentation des Landes auf der Expo in Mailand haben. Wir haben auch außenpolitische und außenwirtschaftliche Aktivitäten, das will ich durchaus hervorheben, zum Beispiel die auch im Ausschuss diskutierte Reise von Minister Tiefensee nach Brasilien. Also diese Regierung zeigt sich den internationalen Herausforderungen zur Stärkung der Thüringer Wirtschaft gewachsen, meine Damen und Herren. Das sagt auch dieser Haushalt.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dabei verkennen wir nicht, dass im außenwirtschaftlichen Bereich viele Risiken und Herausforderungen liegen. Wir haben deshalb unser Konzept weiter auf regionale Wirtschaftsförderung gerichtet, denn wir wissen, zum Beispiel alleine die Einbrüche im Russlandgeschäft aufgrund der aktuellen Lage machen uns natürlich zu schaffen.

Ich will ausdrücklich begrüßen, dass die Wirtschaftsförderung auf die kleinteiligen Unternehmen ausgerichtet wird. Wir haben hier eine deutliche Aufstockung des Clustermanagements um 1 Millionen Euro zu verzeichnen. Wir haben das deshalb gemacht – und die Regierung tut das richtig –, weil die innovative Vernetzung von Unternehmen und Forschungseinrichtungen gerade bei der Kleinteiligkeit eine ganz wichtige Angelegenheit ist. Wir haben bei Thüringen-Invest – auch das hat ja eine Rolle gespielt – ein Plus von 2 Millionen Euro zum Unternehmenswachstum. Ich will hier noch mal unterstreichen, das Ziel dieser Regierung und der Koalition ist, nicht nur über Kleinteiligkeit zu reden, sondern sie auch tatsächlich zu fördern und auch diesen Unternehmen eine Zuwachsmöglichkeit in den nächsten Jahren und damit im Übrigen auch Mehrbeschäftigung zu ermöglichen. Das Gleiche betrifft übrigens auch Investitionszuschüsse an pri-

vate Unternehmen insgesamt, ein Plus von 4,2 Millionen Euro, und Investitionszuweisungen an Gemeinden für Infrastrukturmaßnahmen mit einem Plus von 10 Millionen Euro und Investitionszuschüsse für öffentliche Unternehmen, mehr als verdoppelt: 2014 waren es 250.000 Euro und wir haben 2015 mit 570.300 Euro hier die Zahlen festgesetzt. Da sage ich Ihnen: Das ist tatsächliche Stärkung des Wirtschaftsstandorts Thüringen entsprechend seiner Bedingungen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür danke ich dieser Regierung. Darunter fällt im Übrigen auch die Frage, wie wir mit Mikrokreditprogrammen, mit der Gründerprämie und mit einem jetzt angekündigten Gründerinnenprogramm diese Fragen der Betriebsübergänge, der Neugründung, der Motivation zu einem vernünftigen Risiko bei Unternehmensneugründungen unterstützen.

Wir haben im Bereich des Tourismus wichtige Fragen enthalten, unter anderem die Frage der Verknüpfung von Kultur-, Städte- und Aktivtourismus, eine Frage, die für Thüringen besonders wichtig ist. Wir haben schließlich eine entsprechend stabile Finanzierung der TTG, aber auch wichtige Weichenstellungen für die Zukunft bei Finanzierungszusagen im Wintersportzentrum Oberhof und beim Organisationsbüro zum Reformationsjubiläum und zum „Deutschen Wandertag 2017“ mit insgesamt 2,2 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, das sind die richtigen Akzente für Thüringen.

Wenn ich jetzt auf Ihre Änderungsanträge eingehen soll, will ich hier sagen: Kürzungen um 1,2 Millionen Euro beim Standortmarketing. Ist der CDU der Standort Thüringen jetzt weniger wert als bisher, meine Damen und Herren? Das kann doch wohl nicht Ihre Aussage sein, die Sie hier treffen wollen. Sie haben 57.500 Euro weniger für Zuschüsse an private Unternehmen zur einzelbetrieblichen Außenwirtschaftsförderung. Ich hatte das vorhin gerade erläutert. Wohin soll denn der Kurs bitte führen, meine Damen und Herren? Da bleiben Sie ja selbst hinter dem zurück, was Sie mühsam in den vergangenen Jahren gemacht haben. Ist das jetzt der Kurs der CDU? Das verstehe ich nicht. Genauso verstehe ich nicht die Kürzungen bei der TTG, die Sie vorschlagen, wo wir tagein, tagaus gemeinsam auf Veranstaltungen über die Frage eines einheitlichen Tourismusangebots in Thüringen streiten und debattieren. Sie konterkarieren das, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gleichzeitig Kürzungen beim Clustermanagement und langfristige Streichung – das ist dann der Gipfel – der Förderung für Elektromobilität, meine Damen

(Abg. Hausold)

und Herren. Was ist von den Worten Ihrer ehemaligen Ministerpräsidentin Frau Lieberknecht übrig geblieben, die sich ganz nach vorn gestellt hat bei diesen Fragen der Energiewende in diesem Land? Nichts ist bei Ihnen übrig geblieben. Deshalb ist es umso besser, dass dieses Land auch im Einzelplan 07 einen guten Haushaltsentwurf hat, den wir morgen beschließen werden.

Ihren Anträgen können wir natürlich nicht zustimmen, wenn wir das Land voranbringen wollen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion der SPD hat die Abgeordnete Mühlbauer das Wort.

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Damen und Herren, werte Kolleginnen und Kollegen, als Erstes sei mir hier erlaubt, ein Dankeschön an meinen Koalitionsarbeitskreis auszurichten.

(Beifall DIE LINKE, SPD)

Wir haben effektiv, gut und sehr erfolgreich, zielorientiert, sach- und fachorientiert an dem Thema gearbeitet. Und auch danke schön an das Ministerium. Wir waren immer gut beraten, immer offen, unsere Ideen, unsere Ansätze unterzubringen

(Beifall SPD)

und fühlen uns hier mitgenommen und sehen unsere politischen Ansätze hier durchaus mit verwirklicht.

Werter Herr Dr. Voigt, ich bin natürlich schon etwas überrascht, weil, wie Sie und ich und wir alle den letzten Infratest-dimap-Aussagen entnehmen können, ist natürlich Wirtschaft eine der Hauptfragen der Thüringer, ein Hauptaugenmerk, die Wirtschaftsförderung, die Wirtschaftsunterstützung. Aus diesem Grund hat sich genau diese Landesregierung dafür entschieden, den zweiten Staatssekretär mit diesen Aufgaben zu betrauen, die wichtig sind für den Fortschritt, die Entwicklung dieses Landes, das auf einem guten Weg ist, das wir aber weiter ausbauen und begleiten müssen. Genau da einzusparen, wo Innovation und Forschung ist – das hatten wir gestern schon mal in einer Aktuellen Stunde –, scheint jetzt der Trend der CDU zu sein, nicht weiter in Fortschritt, sondern in Rückschritt zu investieren. Deswegen ist mir Ihre Kritik inhaltlich nicht nachvollziehbar, außer blanke Polemik. Einsparen, um an Werten und an Qualität zu sparen, das kann ja wohl kein politischer Ansatz sein. Da waren wir irgendwann gemeinsam schon mal weiter.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zweiter Punkt, der natürlich bei Ihnen auch nicht ganz so richtig ist: Natürlich geben wir die BAföG-Mittel ... – bitte am Schluss, ich habe ganz wenig Redezeit – Entschuldigung.

Vizepräsidentin Jung:

Frau Mühlbauer, gestatten Sie eine Anfrage?

Abgeordnete Mühlbauer, SPD:

Bitte am Ende.

Natürlich geben wir die BAföG-Mittel komplett in die Studierendenleistung. Genau aus diesem Grund steigt es auch.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Nein!)

Mein Werter, ich bin für den Bereich Wissenschaft und Hochschulen hier zuständig, um das zu erklären. Genau dort ist es unehrlich. Während wir erstmals das Budget des Studierendenwerks für die Studentenwohnheime auf 2 Millionen Euro erhöhen und einen weiteren Deckungsvermerk bringen, ist einer Ihrer Änderungsanträge, diesen Ansatz um 1 Million Euro zu kürzen. Bitte, wo ist hier Ihre klare Positionierung? Hier ist ein Investitionsstau aufgelaufen bei den Hochschulbauten, den wir mühsam Stück für Stück abbauen müssen, ansonsten bricht uns Hochschule, Wissenschaft, Forschung zusammen. Das ist einer Ihrer Schwerpunktbereiche, für den Sie mit Herzblut kämpfen. Und dann kommen Sie hier und bringen einen Änderungsantrag und reduzieren dieses auf 1 Million Euro. Dieser Ansatz ist mir vollkommen unverständlich.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch sagen, Forschung, Innovation – Schwerpunkt dieser Regierung, Schwerpunkt dieses Ministers, der genau erkannt hat, die verlängerte Werkbankpolitik dieser CDU muss zu Ende sein.

(Zwischenruf Abg. Primas, CDU: Nun ist aber genug!)

Wir müssen die Innovationsansätze dieses Freistaats verknüpfen, um ihn in Zukunft auch weiter voranzubringen. Wir werden dafür 333 Millionen Euro einsetzen und umsetzen. Und das ist auch richtig. Und das ist auch gut so.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

ProExzellenz, sieben neue Forschungszentren, drei ProExzellenz-Professuren werden bis 2019 mit weiteren 20 Millionen Euro gefördert. Das ist genau der Weg, den ich vorhin beschrieben habe. Diese Ansätze finden Sie in diesem Haushalt wieder, sie sind richtig und wichtig.

(Abg. Mühlbauer)

Jetzt zu unseren Änderungsanträgen im Bereich der Hochschule, der Wissenschaft. Wir haben erkannt, wenn wir nicht werben, wenn wir für diesen Standort nicht werben, werden wir ihn nicht weiter erfolgreich ausbauen. Aus diesem Grund haben wir eine Studierendenkampagne hier mit angesetzt. Wir werden diese auswerten. Ich bin mir sicher, wir werden in Deutschland, in Europa, weltweit diesen Standort weiter bewerben und gute Studierende nach Thüringen bekommen, die mit uns diesen Innovationsstandort ausbauen.

Eine kleine Anmerkung am Rande, die ich im Bereich Wirtschaft noch mal übe, ist der Meisterbonus. Lassen Sie mich mal bitte anmerken, die CSU ist immer eines Ihrer Vorbilder, aber selbst die Bayern wissen nicht, ob das was gebracht hat. Ich denke, sinnlos Geld auszugeben bei den knappen Haushaltslagen, ist alles andere als förderlich. Wir haben andere Förderprogramme, die dort effektiver und sinnvoller arbeiten. Lassen Sie uns da mal Ergebnisse auswerten. Ich bedanke mich.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Die Redezeit ist leider zu Ende. Für die Fraktion der AfD hat Abgeordneter Möller das Wort.

Abgeordneter Möller, AfD:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, der Blick in den Einzelplan des Wirtschaftsministeriums lässt leider folgenden Schluss zu: Die Ministerialbürokratie blähen Sie auf und gleichzeitig geben Sie Geld für Wirtschaftsförderung aus. Die positiven Aufbaueffekte, die dadurch entstehen, die reißen Sie aber leider gleich wieder durch Ihre Bürokratie, die Sie schaffen, ein.

Fangen wir mal mit dem Thema „Aufblähen der Ministerialverwaltung“ an. Das Thüringer Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft leistet sich einen ganz besonderen Luxus: Das ist der zweite Staatssekretär. Da muss man sich schon fragen, welche berechtigten Gründe es denn gibt, dass der Steuerzahler nun solche Mehrbelastungen tragen soll. Ich glaube nicht, dass der Thüringer Interesse und Verständnis daran hat. Er hatte sicherlich schon kaum Interesse und Verständnis an der kostenintensiven Neuordnung der Ressorts.

Dann weiter zum Thema „Finanzielle Wirtschaftsförderung“. Wir begrüßen natürlich Wirtschaftsförderung. Wir begrüßen auch finanzielle Wirtschaftsförderung. Die ist in einem Land wie unserem wichtig, in dem die Industrie und die Wirtschaft insgesamt noch entwickelt werden muss. Allerdings meinen wir, dass bei diesem Einzelplan teilweise übers Ziel hinausgeschossen worden ist mit der Wirt-

schaftsförderung. Wenn wir zum Beispiel die 4,3 Millionen Euro nehmen, die jetzt in sechs Monaten für Standortmarketing ausgegeben werden können, dann halten wir das in Zeiten der dringend erforderlichen Haushaltskonsolidierung für überambitioniert. Es macht aus unserer Sicht, ich hatte es schon angesprochen, kaum Sinn, einerseits Wirtschaftsförderung mit finanziellen Mitteln zu betreiben und andererseits den möglichen Wachstumseffekt dadurch wieder einzuebnen, indem man die Bürokratisierung der Thüringer Wirtschaft weiterbetreibt und entsprechende Belastungen vorantreibt.

(Beifall AfD)

Dass es auch anders geht, dass man also nicht unbedingt Wirtschaftsförderung betreiben muss, indem man Geld in die Hand nimmt und subventioniert oder unterstützt, das zeigt eigentlich das momentan offensichtliche Gebot der Stunde, wenn es um Wirtschaft geht, nämlich das Gebot, die Wirtschaft von den Lasten der Bürokratie zu befreien, also die Entbürokratisierung, die Abschaffung unnötiger Dokumentations- und Berichtspflichten.

(Unruhe im Hause)

Es heißt auch, dass die Politik wieder gemeinsam mit der Wirtschaft betrieben wird, dass man also auch mit den Unternehmen ins Gespräch kommt. Da stellen wir fest: Okay, den Dialog führen Sie zwar, aber irgendwie werden wir von der AfD das Gefühl nicht los, dass die ...

Vizepräsidentin Jung:

Meine Damen und Herren – Entschuldigung, Herr Abgeordneter Möller –, ich bitte Sie, die Diskussionen nach draußen zu verlegen. Das ist wirklich störend. Der Redner hat das Wort.

(Zwischenruf Abg. Kuschel, DIE LINKE: Es betrifft aber die eigene Fraktion!)

Abgeordneter Möller, AfD:

Wir werden das Gefühl nicht los, dass Sie die Sorgen und Nöte der Unternehmer, die dann geäußert werden im Dialog, nicht ernst nehmen und dass Sie sie eben geringer einschätzen als die eigenen ideologischen Ziele. Das kann man exemplarisch festmachen zum Beispiel an der Diskussion um das Bildungsfreistellungsgesetz, aber auch beispielsweise bei der Debatte hier im Landtag um die Reduzierung der Bürokratie im Zusammenhang mit dem Mindestlohn. Es gibt sicherlich auch noch weitere Ansatzpunkte, wo die Landesregierung entsprechende Impulse nach Berlin schicken, wo man Bürokratie abbauen könnte und damit den Unternehmen im Freistaat deutlich weiterhelfen könnte, zum Beispiel bei der Frage der „Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge“ oder bei der Bürokratie rund um die Künstlersozialabgabe und – wie gesagt

(Abg. Möller)

– den anderen üblichen und immer weiter jährlich ausufernden Berichtspflichten. Hier könnte Wirtschaftsförderung betrieben werden, ohne dass man den Haushalt belastet. Aber das setzt eben voraus, dass man sich auch von der Bürokratie verabschiedet. Wir haben eben den Eindruck, leider haben wir den Eindruck in den letzten Plenarsitzungen gewonnen, dass es bei Ihnen da offensichtlich relativ wenig Wille gibt, das Sie sich da teilweise auch schon zu weit vom Idealbild der sozialen Marktwirtschaft entfernt haben. Aber vielleicht denken Sie da noch mal um. Danke.

(Beifall AfD)

Vizepräsidentin Jung:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat die Abgeordnete Henfling das Wort.

Abgeordnete Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, ich freue mich ja schon, wenn es die AfD einmal hinbekommt, in einem Redebeitrag nicht fünfmal das Wort „Ideologie“ zu benutzen, es wäre irgendwie echt was Neues.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Fällt mir auch schwer bei Ihnen!)

Das wäre wirklich toll, wenn Sie vielleicht mal ein bisschen sachlich bleiben könnten und Ihnen was Neues einfallen würde.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Dr. Voigt, ich habe ja immer das Gefühl, Sie sind so ein bisschen neidisch, weil die CDU nicht darauf gekommen ist, in einem Ministerium vielleicht wirklich mal das Thema „Digitale Gesellschaft“ anzugehen.

(Beifall DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist Ihnen nicht gelungen. Wir haben sehr verzweifelt in diesem Haushalt nach einem Haushaltsposten gesucht. Wir mussten ganz pragmatisch eine neue Haushaltsstelle einrichten, um das dann auch da stehen zu haben.

Digitale Gesellschaft – zu Wissenschaft und Wirtschaft haben die Kolleginnen und Kollegen hier schon viel gesagt –: Uns allen ist klar, und das zeigt auch der Koalitionsvertrag relativ deutlich, dass das Thema „Digitale Gesellschaft“ weder nur den Breitbandausbau noch nur die Wirtschaft betrifft, sondern dass es ein Querschnittsthema ist. Das sehen wir auch als Koalitionsfraktion so, das sieht unsere Landesregierung so. Wir müssen natürlich daran arbeiten – und das wird eine Aufgabe auch in den nächsten Monaten sein –, dass die verschiedenen

Häuser in dieser Frage zusammenarbeiten. Denn es betrifft eben nicht nur das Ministerium, zu dem Digitale Gesellschaft gehört, sondern auch alle anderen.

Zuallererst müssen wir natürlich über den Breitbandausbau sprechen. Aber ich wiederhole mich hier gebetsmühlenartig auch da, Herr Dr. Voigt, immer wieder gern: Gehen Sie bitte zu Ihrer Bundespartei und geben Sie durch, dass wir in Deutschland da hinterherhinken und dass es damit zusammenhängt, dass wir nicht genug Geld vom Bund bekommen.

(Zwischenruf Abg. Dr. Voigt, CDU: Das ist ja armselig!)

Das ist nämlich eine Tatsache. Sie können nicht erwarten, dass die Länder ausschließlich aus ihren Länderhaushalten die Ziele, die auf Bundesebene gesteckt werden, erreichen. Das sollten Sie doch langsam mal wirklich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Digitalisierung ist auch sicherlich ein entscheidender Standortfaktor für Thüringen. Innovation und kreative Geschäftsideen im Internet können nur entstehen, wenn die notwendige Infrastruktur dafür zur Verfügung steht. Wir hatten das ja auch schon in der letzten Plenardebatte zum Thema „Digitale Wirtschaft“. Auch da wiederhole ich mich, wenn ich sage, dass uns natürlich insbesondere Netzneutralität am Herzen liegt und wir hier ganz deutlich Innovationspotenzial sehen und das sehr essenziell für uns ist, insbesondere für Startup- und kleine Unternehmen, die wir ja in Thüringen haben.

Um den Zugang zum Internet in Thüringen weiter auszubauen, haben wir eben auch diese besagten 100.000 Euro zur Verfügung gestellt, um Projekte zur digitalen Gesellschaft auf den Weg zu bringen und insbesondere – und das ist nämlich das Wichtige daran – auch bürgerschaftliches Engagement, beispielsweise bei den Freifunkinitiativen, zu stärken.

(Beifall SPD)

Die Freifunknetze und die Freifunkinitiativen – also wir reden hier wirklich von einem Bürgernetz, was natürlich politisch unterstützt und auch finanziell unterstützt werden muss, aber was davon lebt, das Bürgerinnen und Bürgern Netz zur Verfügung steht. Diese Freifunknetze sind für alle zugänglich, sie sind frei von Zensur und sie werden nicht kommerziell betrieben und sie gehören der Gemeinschaft. Und das ist etwas, was wir übrigens als einen Schwerpunkt und als einen ganz großen Unterschied zu dem, was hier in den letzten Jahren passiert ist, setzen werden und wo wir ansetzen und digitale Gesellschaft auch spürbar machen wollen.

(Abg. Henfling)

Neben den finanziellen Förderungen wollen wir aber auch beispielsweise Landesliegenschaften als Standorte für Freifunkrouter zur Verfügung stellen. Um die digitale Gesellschaft mit Leben zu füllen, braucht man eben nicht nur Geld, sondern vor allem ein Umdenken, und das in der Wirtschaft, in der Verwaltung und auch bei uns Abgeordneten. Auch das war gestern schon an dieser Stelle Thema.

Unser Fokus muss dabei sowohl auf der Transparenz von politischen Abläufen als auch auf dem Schutz von Daten liegen. So wollen wir in den kommenden Jahren – auch das ist ja schon in der Pipeline – ein umfassendes Transparenzgesetz auf den Weg bringen und dafür auch das notwendige Geld in die Hand nehmen, um Kriterien wie Open Data und Open Access zu erfüllen.

Beim Datenschutz und der Datensicherheit ist es wichtig, dass wir bei uns selber anfangen. Die Verschlüsselung der elektronischen Kommunikation wollen wir Schritt für Schritt auch in unseren Verwaltungen ausweiten. Nur so können wir den Umgang mit sensiblen Daten sicher machen. Auch das ist gestern von der Kollegin König erwähnt worden. Wir haben dazu Open-Source-Programme vorliegen, Open-Source-basierte Software zur Verfügung wie beispielsweise die PGP-Verschlüsselung. PGP heißt übrigens – für alle, die sich damit noch nicht beschäftigt haben –, pretty good privacy, also eine ziemlich gute Privatsphäre.

(Beifall DIE LINKE)

Ich denke, auch mit Blick auf die gestrige Diskussion ist das eine sehr wichtige Geschichte, dass wir hier weiterkommen. Sie sehen, Geld ist das eine, Umdenken ist das andere. Meine sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, dieses Umdenken habe ich in den letzten Jahren in diesem Freistaat von Ihnen nicht gespürt und, ich glaube, da gehen wir einen sehr großen Schritt voran und sind sehr, sehr innovativ. Herzlichen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Das Wort hat Abgeordneter Jens Krumpe.

Abgeordneter Krumpe, fraktionslos:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordneten! Liebe Bürger, Thüringen ist etwas ganz Besonderes. Thüringen braucht sich in Bezug auf herausragende Impulse für Deutschland und in der Geschichte und Gegenwart nicht zu verstecken. Ich denke an Luther, der auf der Wartburg mit seiner Bibelübersetzung eine gemeinsame deutsche Schriftsprache schuf, oder Bachs himmlische Musik, Fröbels Kinderpädagogik,

die Weimarer Klassik, aber auch Carl Zeiss und Ernst Abbe mit ihren vielen technischen und sozialen Innovationen leuchten bis heute weit in die Welt hinein.

Damit sich Thüringen auch weiterhin in der Bundesrepublik und darüber hinaus als Impulsgeber und innovatives Land darstellen kann, müssen wir alles daran setzen, damit die gesellschaftlichen Lebensadern nicht versiegen. Sollte es uns in den kommenden Jahren nicht gelingen, die Reduzierung der Landesausgaben zu verringern, dann trifft es notwendige Investitionen in den Erhalt unserer Lebensadern, und das beeinträchtigt die Wirtschaftskraft unseres Landes.

Genau das passiert bereits am Beispiel des Breitbandausbaus. Thüringen hat im Kampf um den letzten Platz mit Sachsen-Anhalt verloren und ist bundesweit das Land, welches über Jahre hinweg über die schlechteste Breitbandinfrastruktur verfügt und damit über Jahre hinweg auf Steuereinnahmen in Millionenhöhe durch eine fehlende digitale Wirtschaft in Thüringen verzichtet. Die Reduzierung der Landesausgaben kann aber gelingen, wenn endlich die Einspar- und Wertschöpfungspotenziale durch eine zentrale strategische Steuerung der IT in der Landesverwaltung gehoben werden. Momentan wird die IT in der Thüringer Verwaltung, wenn überhaupt, als Unterstützungsfunktion gesehen, um einzelne Geschäftsprozesse innerhalb der Verwaltung effizienter zu gestalten. Wenn wir aber perspektivisch 11.000 Stellen in der Landesverwaltung abbauen müssen, wenn wir die Öffnung von Staat und Verwaltung vorantreiben möchten, wenn die Open-Data-Politik tatsächlich gelebt werden soll, wenn das Ziel besteht, die zeitlichen und finanziellen Erfüllungsaufwände zur Umsetzung einer gesetzlichen Norm stetig zu reduzieren und wenn uns der Datenschutz ein wichtiges Anliegen ist, dann werden wir nicht drumherum kommen, einen Verantwortlichen festzulegen, der im politischen Raum auch deutlich sichtbar ist. In Neudeutsch heißt ein solcher IT-Verantwortlicher „Chief-Information-Officer“, kurz CIO. Und die Forderung, die ich hier formuliere, einen solchen CIO samt Stabsstelle, die die Steuerung der IT im Zusammenhang mit den Geschäftsprozessen als eine strategische Aufgabe zur Verwaltungsmodernisierung versteht und auch ganzheitlich angeht, ist nicht neu, sondern wurde 2014 im IT-Konzept der Landesregierung bereits festgeschrieben.

Mit der Schaffung des Ministeriums für Digitale Gesellschaft wurde der Grundstein einer institutionellen Verantwortung der eben beschriebenen strategischen Aufgaben gelegt. Bislang wurde der oberste Digitalisierer Thüringens und Chef der Verwaltungs-IT noch nicht mit Namen benannt.

Ein Blick auf das Nachbarland Bayern verrät, wo wir uns in Thüringen befinden. Im Jahr 2009 hat

(Abg. Krumpe)

das bayerische Kabinett einen CIO berufen. Damit wurde der Weg freigemacht, um die eng verflochtenen Aufgaben, also Finanzierung der landesweiten IT, Verwaltungsmodernisierung, IT-Strategie und E-Government zentral zu bündeln. Die derzeitige Landesregierung schafft sechs Jahre später genau das an, was in Bayern und in vielen anderen Bundesländern abgeschafft worden ist, nämlich eine Dezentralisierung der Aufgabenbereiche eines CIOs. Mit meinem Antrag fordere ich die Landesregierung indirekt auf, einen CIO für Thüringen aus dem Hause Digitale Gesellschaft zu benennen und ihm aufgrund seiner wichtigen politischen Rolle auch einen Platz am Kabinetttisch zuzusichern. Mit meinem Antrag fordere ich direkt die Schaffung einer CIO-Stabsstellenleitung, die organisatorisch eine CIO-Stabsstelle vorbereitet, damit diese ab 2016 ihre Aufgaben wahrnehmen kann. Das bedeutet zukünftig auch eine zentrale Budgetierung aller IT-Ausgaben der einzelnen Ministerien. Da eine Beamtenkarriere nicht von der erbrachten Leistung abhängig ist, sondern von den Dienstaltersstufen, habe ich bewusst eine Angestelltenstelle gefordert und nicht eine Beamtenstelle. Zu den wichtigsten Eigenschaften eines CIO-Stabsstellenleiters gehört eine gleichbleibende Agilität, sich den stetigen Veränderungen in der Informationstechnik zu stellen. Vielen Dank.

(Beifall Abg. Gentele, fraktionslos; Abg. Helmerich, fraktionslos)

Vizepräsidentin Jung:

Das war eine Punktlandung. Für die Landesregierung erhält Minister Tiefensee das Wort.

Tiefensee, Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, Thüringen hat den Anspruch, seinen Mittelstand so zu stärken, dass er innovativ und zukunftsfest ist, seine Wirtschaft so fit zu machen, dass sie den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts genügt. Thüringen hat den Anspruch, eine Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu entwickeln, die in der Spitzengruppe der Bundesländer rangiert. Der Einzelplan 07, der Haushalt des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft, bildet das genau ab.

Ich danke – und das ist der Ort einer solchen Debatte – allen sehr herzlich, die dazu beigetragen haben, dass dieser Haushalt entstanden ist, ich bedanke mich bei den die Regierung tragenden Fraktionen, ich bedanke mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen im Haus.

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist tatsächlich ein gewichtiger. Allein durch das Zusammenführen, durch das sehr sinnvolle Zusammenführen

der beiden Bereiche Wirtschaft und Wissenschaft ist ein Haushalt aufgewachsen von 619 Millionen auf 1,24 Milliarden Euro. Die Zuweisungen aus dem Landeshaushalt sind von 200 Millionen auf 842 Millionen Euro angestiegen. Die Investitionen, die unser Land vornimmt, schlagen mit etwa einem Drittel in unserem Haushalt zu Buche.

Wir haben in unserem Haushalt eine Globale Minderausgabe von 7 Millionen Euro eingeführt – und das an die Adresse der CDU –, um flexibel zu sein – nicht etwa, weil wir das hätten nicht aufteilen können, sondern weil wir flexibel sein wollen, in diesem kurzen halben Jahr alles das finanzieren zu können, was zu finanzieren ist.

Meine Damen und Herren, die Mehrzahl der investiven Mittel geht in die GRW. Die Investitionen sind also in Förderprogrammen angelegt, die sehr, sehr segensreich sind. Wenn man auf das Jahr 2014 schaut, wo wir eine Summe von ungefähr 567 Millionen Euro in diese Programme gesteckt haben, da haben wir rund 1.750 Arbeitsplätze neu geschaffen in einem Jahr, rund 350 Ausbildungsplätze. Das heißt, diese Programme und auch das Aufstocken dieser Programme ist ein deutliches Signal an die Wirtschaft. Das Geld ist gut angelegt, schafft Arbeitsplätze, die gute Arbeitsbedingungen haben. Das ist das Rückgrat all dessen, was wir auch bei den anderen Haushalten hier verhandeln.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir investieren in eine weitere Branche, die uns wichtig ist, nämlich in den Tourismus. Sie wissen, ungefähr 100.000 Arbeitsplätze hängen daran, ein Umsatz von 3,2 Milliarden Euro pro anno. Das ist eine wichtige Säule. Ich kann die Anträge aus der CDU, den Antrag, überhaupt nicht verstehen. Dort müssen wir stärken, und zwar sowohl auf der Landesebene als auch im regionalen Bereich. Das ist unser Anspruch. Wir haben mit dem Germany Travel Mart gezeigt, dass die TTG ihrer Aufgabe nicht nur gewachsen ist, sondern sie auch in Relation zu anderen Bundesländern hervorragend wahrnimmt. 1.000 Menschen sind gekommen, 350 aus dem Ausland, 600 aus ganz Deutschland, die begeistert waren vom Standort Thüringen. Wir müssen allerdings zulegen, was Qualität, was Service angeht, damit wir unser Land noch besser vermarkten und nach außen bringen.

(Beifall SPD)

Es ist angesprochen worden, wir legen Wert darauf, das Clustermanagement voranzutreiben. Wir haben da durchaus Erfolge. Sie haben in Erinnerung, dass das Optronikcluster einen namhaften Förderbeitrag des Bundes zur Aufstockung seiner internationalen Tätigkeit bekommen hat. Das ist ein Ausweis dafür, dass wir hier auch im Jahre 2015 investieren müs-

(Minister Tiefensee)

sen. Wir tun das, indem wir diesen Bereich aufstocken.

Oder nehmen Sie einen weiteren Sektor, nämlich die Existenzgründung. Ich habe an anderer Stelle Gelegenheit gehabt, breit auszuführen, dass Thüringen darauf setzen muss, dass wir Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit, aus dem Arbeitsverhältnis heraus generieren, dass wir es Frauen besonders leicht machen, aber auch dass wir für Wagniskapital sorgen. Deshalb wird es zwei neue Fonds geben: den Wachstumsbeteiligungsfonds und den StartUP-Fonds, die dazu dienen sollen, das nötige Geld zur Verfügung zu stellen. Auch im Bereich der Existenzgründungen sind wir hervorragend, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir stocken hier auf und wir werden an der Spitze der Bundesrepublik ankommen, wenn wir so weitermachen.

Ein weiterer Punkt ist die regionale Innovationsstrategie, meine Damen und Herren. Dort setzen wir verstärkt EFRE-Gelder ein, weil wir auf den vier Schwerpunktfeldern und dem quer liegenden IT-Feld innovativ sein, die Innovation in unserem Land stärken wollen. Auch hier wieder ist das Geld hervorragend angelegt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Bereich der Wissenschaft und der Forschung kommen. Wir haben im Jahre 2015 für die Hochschulen einen Wert, ein Finanzvolumen von über 580 Millionen Euro im Haushalt stehen. Die Rahmenvereinbarung III läuft in diesem Jahr aus. Wir ergänzen sie durch Hochschulpaktmittel. Diese Hochschulpaktmittel können aber nur dann fließen, meine Damen und Herren, wenn wir tatsächlich unsere Zielzahl von 10.000 Studienanfängern schaffen. Da wir, wie Sie wissen, unterhalb dieses Levels sind, müssen wir etwas tun, dass Thüringen für Studienanfänger attraktiv und bekannt wird. Attraktiv, indem wir zum Beispiel in die Renovierung unserer Studentenwohnheime investieren, ein Förderprogramm bis 2019 von 15 Millionen Euro, das wir im Jahre 2015 bereits mit 2 Millionen Euro anfinanzieren.

(Beifall SPD)

Mir ist völlig unverständlich, wie man in diesem Sektor mittels eines Antrags sparen will.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben die große Sorge, dass wir die Sanierung unserer Mensen nicht finanzieren können, aber es wäre doch völlig kontraproduktiv und quer jeglicher Zukunftsvision, wenn wir diesen Titel kürzen.

Das Gleiche gilt für den Werbeetat. Wir müssen in Deutschland und darüber hinaus bekannter werden. Wir haben hervorragende Bedingungen, was zum Beispiel das Schüler-, das Studierenden- und Lehrverhältnis anbetrifft. Das gilt es auszubauen. Deshalb Aufstockung dieses Titels und die Werbekampagne.

Schauen wir auf die Forschungslandschaft. Hier sind wir sehr gut aufgestellt – zwei Preise. Wenn Sie an Herrn Prof. Hertweck denken vom Hans-Knöll-Institut, der den Leibnizpreis bekommen hat, oder Herrn Prof. Tünnermann, der einen Award vom europäischen Forschungsrat bekommen hat, alles das Millionenbeträge, die den Ausweis dafür darstellen, dass unsere Forschungslandschaft hervorragend aufgestellt ist. Jetzt gilt es – die ProExzellenz-Initiative ist angesprochen worden –, mit diesen sieben neuen Forschungseinrichtungen, mit zwei Exzellenzprofessuren, die wir im Laufe der nächsten Jahre mit namhaften Millionenbeträgen finanzieren wollen, hier zuzulegen.

Das Gleiche gilt für die digitale Gesellschaft, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch hier werden wir mittels der Gelder, die wir vom Bund bekommen, zulegen. Wir wollen den Breitbandausbau gestalten und mit Modellvorhaben „Industrie 4.0“, die wir dank der Anträge finanzieren können, an die Spitze der Bundesländer vorstoßen.

Meine Damen und Herren, ein ehrgeiziges Vorhaben für 2015. Der Einzelplan 07 bietet die hervorragende Grundlage dafür, dass wir auch in der Zukunft eine starke Wirtschaft, eine starke Wissenschafts- und Forschungslandschaft haben werden. Vielen Dank.

(Beifall DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Damit ist die Aussprache zum Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft beendet.

Ich schließe damit die heutige Plenarsitzung. Ich möchte noch einmal auf den parlamentarischen Abend um 20.00 Uhr aufmerksam machen. Morgen ist neuer Plenumstag um 9.00 Uhr an gleicher Stelle.

Ende: 19.38 Uhr